BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 8 Köln, 25. August 1960 **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Manfred Pahl-Rugenstein, „Die Lage"* S. 725
- *Konni Zilliacus, M. P., „Die Verteidigungspolitik Großbritanniens"* S. 735
- *Dr. Achim v. Borries, „Die Agonie Spaniens"* S. 749
- *Klaus Ehrler, MA., „Wer kann sich den Frieden leisten?"* S. 762
- *Dr. Carlo Levi, „Der Juli 1960 in Italien"* S. 768
- *Albrecht Goes, „Mit brennender Sorge"* S. 778
- *Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, „Im Krebsgang voran"* S. 779
- *Dr. Günther Anders, „Brief über Ignoranz" (Brief an Powers)* S. 784
- *Willy Huhn, „Historische Lektionen für den West-Berliner Senat"* S. 792
- *Kurt Pritzkoleit, „Das private Imperium des Dr. h. c. Dr.-Ing. e. h. Friedrich Flick (II)"* S. 801
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 814

Manfred Pahl-Rugenstein

Die Lage

Zwischenbilanz der Symptome

„Statt die Polaris-Rakete mit Mißtrauen aufzunehmen, sollte man sie als Garantie des Friedens und der Freiheit begrüßen ..." (Bulletin der Bundesregierung). „Es handelt sich dabei nicht um den Einbau von Mittelstreckenraketen ‚Polaris' in den ‚Schild' der Nato, sondern um eine Verstärkung, Sicherung und Erweiterung der ‚Schwert'-Funktion ..." (Neue Zürcher Zeitung vom 7. August 1960). „Über die Erklärungen des amerikanischen Heeresministers, die Bundeswehr mit Atom-Raketen auszurüsten, dürften andere Mitglieder der Nato erschrecken" (Times, London). Der Daily-Express kommentiert die Aufrüstung der Bundeswehr mit Polaris-Raketen: das bedeutet, Westdeutschland mit den Mitteln für einen offensiven Krieg auszustatten.

Die Verfügungsgewalt über diese Art von Vernichtungsmitteln liege bei der Nato, erklärte Minister Strauß. Der amerikanische Heeresminister Bruckner dagegen kündigte an, daß der bisher auf die USA beschränkte Einsatzbefehl

an die europäischen Nato-Verbündeten delegiert werden solle. Der Rheinische Merkur bezeichnete es als unvorstellbar und unzumutbar, daß der Einsatz maßgebender Waffen allein von der Entscheidung der USA abhängig gemacht wird.

Die strategische Konzeption der Nato-Mächte geht heute davon aus, Mitteleuropa „in seinen östlichen Ausläufern" zu verteidigen. (General Speidel beim Jahrestreffen der Vereinigung der USA-Armee; Westf. Rundschau vom 10. August 1960.)

„Wenn Recht und Freiheit für alle gesichert sein sollen, so müssen alle dafür Opfer bringen. Die Aufgaben des zivilen Bevölkerungsschutzes und die wachsende Stärke der Bundeswehr werden zur Ausbildung aller wehrfähigen Bürger für die vielfältigen Aufgaben der Verteidigung zwingen ... Bei einem einseitigen Verzicht auf atomare Bewaffnung der Schildstreitkräfte kann die Bundesrepublik nicht verteidigt werden ... Die Bundeswehr muß dieselbe wirkungsvolle Bewaffnung haben wie die verbündeten Schildstreitkräfte ... Die Soldaten der Bundeswehr haben Anspruch auf Waffen, die denen des Gegners mindestens ebenbürtig sind. Die Verantwortung für die anvertrauten Soldaten zwingt die Truppenführer, in der heutigen Situation die für Schildstreitkräfte unentbehrliche atomare Bewaffnung zu fordern ... Diese Abschreckung fordert eine atomar und konventionell ausgewogene Bewaffnung der Schildstreitkräfte als Ergänzung der strategischen Luftwaffe und Marine ... Die Bundeswehr ist die Armee des ganzen deutschen Volkes ..." (Aus der „Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr"; Bulletin der Bundesregierung vom 20. August 1960.) *)

„Wir wissen, daß die Macht hinter dem Eisernen Vorhang in den Händen von Männern ist, für die Verantwortung vor Gott keine Rolle spielt. Dafür sind wir Soldaten: daß diese Macht nicht gegen uns gebraucht werden kann, daß die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche Hände übergeht". (Minister Strauß auf dem Eucharistischen Kongreß; vgl. Süddeutsche Zeitung vom 8. August 1960.)

„Wir Angehörigen der freien Völker müssen beten um die Freiheit und den Frieden für die, die bisher davon ausgeschlossen sind. Denn die Zeit wird kommen, in der die heutigen kommunistischen Herrscher hinweggefegt werden. Bis zu diesem Tage aber dürfen wir nicht ruhen." (Kardinal Spellman auf dem Eucharistischen Kongreß; Süddeutsche Zeitung vom 8. August 1960.)

„Der Zonen-Bevölkerung müsse eine Alternative zum sowjetischen Friedensvertrag entgegengestellt werden", empfahl in einer nicht näher definierten „politischen Aktion" der Vertraute Willy Brandts, der SPD-Abgeordnete Matik, auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing. Er forderte: „Wir müssen einen inneren deutschen Druck entwickeln, der bis zu einer gewissen Konsequenz getrieben wird. (Deutsche Zeitung vom 18. August 1960.)

In der Bundestags-Sitzung vom 30. Juni 1960 forderten die Sprecher der Regierungspartei: 1. „Endgültig Schluß mit dem Gerede vom ‚Provisorium Bundesrepublik'"; 2. „Endgültig Schluß mit dem Gerede von der ‚Koexistenz'"; 3. „Endgültig Schluß mit allen Plänen eines regionalen Disengagements"; 4. „Die Aufrüstung der Bundeswehr ist die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik. Die Bundeswehr muß mit den stärksten Waffen ausgerüstet werden."

---

*) Dieser „erste massive Angriff auf die Politik durch die Generale der neuen Bundeswehr" wurde erst nach Redaktionsschluß dieses Heftes veröffentlicht. Wir verweisen daher vorerst auf die in der Dokumentation wiedergegebenen Kommentare der Frankfurter Rundschau und des Sunday Expreß. D. Red.

Bundeskanzler Adenauer forderte in seinem Schreiben an den Kongreß der IG-Bau-Steine-Erden die „Aufhebung der sowjetzonalen Sperrgebiete an der Zonengrenze, die Wiedereröffnung sämtlicher Grenzübergänge, die Abschaffung aller Sonderausweise, die die Sowjetzone im Personenverkehr noch verlangt, die Wiederherstellung der Freizügigkeit über die Demarkationslinie in der Ost-West-Richtung". In dem gleichen Schreiben heißt es: „Die Regierungen des Bundes und der Zonen-Grenzländer sind daher gezwungen, gewisse Einrichtungen zur Sicherung der Demarkationslinie gegenüber dem sowjetischen Machtbereich zu unterhalten". (DGB-Nachrichten vom 12. Augus 1960).

Diese Zitate und Pressestimmen aus den letzten Tagen machen erneut die militärische und politische Konzeption der Bundesregierung sichtbar. Sie erhellen den Hintergrund, vor dem die Verhandlungen Bonns mit de Gaulle und Macmillan gesehen werden müssen.

‚Europäische Einigung' wozu?

Bonn ließ die von den Verhandlungen ausgeschlossene Öffentlichkeit wissen, das nach dem Scheitern der Pariser Konferenz entstandene politische Vakuum müsse durch eine Aktivierung der europäischen Politik ausgefüllt werden. Der ‚allgemeinen kommunistischen Bedrohung' könne nur so wirksam entgegengetreten werden. In Wirklichkeit ging es der Bundesregierung darum, die französische und britische Politik so weit wie möglich auf die Bonner Pläne festzulegen. In Rambouillet trafen sich ein de Gaulle, der den Zeitpunkt für gekommen hielt, in einem neuen Anlauf die Widerstände gegen die französischen Vorherrschaftswünsche in Europa und in der Nato zu überwinden, und ein Bundeskanzler, wie so oft auch diesmal der eigentliche Aktivist für das Zustandekommen der Konferenz, der versuchen wollte, seine starren politischen Postulate und militärischen Intentionen zur Basis der westeuropäischen Politik zu machen.

Dem Präsidenten kam es darauf an, Unterstützung für seinen Plan eines Dreier-Direktoriums der westlichen Atommächte zu erwirken oder zumindest in einer Staaten-Gemeinschaft der Mitgliedstaaten der EWG Frankreich in die führende Position zu bringen. Adenauer dagegen strebt die Schaffung eines aktionsfähigen, konföderativen „Kreuzzugs"-Westeuropa an. Im besonderen hoffte er, de Gaulles Mißtrauen gegenüber der forcierten atomaren Aufrüstung in Westdeutschland auszuräumen, eine Aufhebung der Beschränkungen bei der Herstellung von schweren Raketen und Marine-Einheiten einzuhandeln, de Gaulle auf eine unnachgiebige Haltung in der Berlin-Frage festlegen zu können, sowie seine Ansicht über die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie zu revidieren.

Diesen Bonner Plänen stehen innerhalb der Nato nach wie vor zwei entscheidende Hindernisse entgegen: Einmal der Widerstand Englands und der EFTA-Staaten, die zusammen mit de Gaulle eine verschärfte Politik gegenüber dem Osten nicht befürworten, zum zweiten starke Bedenken sowohl in England als auch in Frankreich, die Bundesrepublik in den Besitz von Atomwaffen zu bringen.

Bei Licht besehen erweist sich die ‚Europäische Einigung', wie der Kanzler sie versteht, als ein gefährlicher Plan, dessen Realisierung zu einer äußerst bedrohlichen Verschärfung der Spannungen in der Welt führen muß. Er ist, wie auch durch das Bonner Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Adenauer und Macmillan deutlich geworden ist, an den Widersprüchen zwischen EWG und EFTA einerseits, aber auch an den Hegemonie-Bestrebungen und dem Mißtrauen der führenden Nato-Staaten untereinander gescheitert.

Der Rheinische Merkur beurteilt denn auch das Ergebnis der Besprechungen in Rambouillet sehr vorsichtig als „Ansatz zu einer konföderativen europäischen Regierung". Aber eben diesen Vorstellungen stehen de Gaulles Ansichten von

einem ‚Staatenbund' unter französischer Herrschaft so gut wie diametral entgegen. Und England?: „Wenn die Engländer ‚Europa' sagen", meint die Züricher Tat vom 10. August 1960, „dann meinen sie nach wie vor EWG und ihr Verhältnis zur EFTA". Und die USA?: „Die Vereinigten Staaten haben erkennen lassen", schreibt die Welt vom 15. August 1960, „daß sie die grundsätzliche Einigung zwischen Premierminister Macmillan und Bundeskanzler Adenauer nicht mit ungeteilter Freude aufnehmen. Regierungssprecher erklärten, Washington würde sich jedem Arrangement zwischen der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft und kleinen Freihandels-Zone dann widersetzen, wenn daraus eine große einheitliche Freihandelszone entstünde. Die USA fürchten für ihren Export in die europäischen Länder ..." Die Frankfurter Allgemeine Zeitung klagt am 6. August 1960, nach Adenauers Rückkehr aus Rambouillet: „Im breiten Publikum beginnt man, so ist zu befürchten, den Überblick über das Geflecht und Gewirr der schon vorhandenen europäischen Organisationen zu verlieren und infolgedessen einem weiteren Zusammenschluß das notwendige Verständnis zu versagen. Das stimmt nachdenklich". Das gleiche Blatt macht wenige Zeilen weiter keinen Hehl daraus, was Bonn unter ‚Europäische Einigung' versteht: „Der gemeinsame Nenner ist die Notwendigkeit einer politischen Harmonisierung Europas, die der Nato zustatten zu kommen hätte." Wir fügen hinzu: — unter bundesdeutscher Vorherrschaft!

Psychologische Militarisierung

Die Politik der Aufrüstung um jeden Preis und damit der Verschärfung der internationalen Spannungen zieht sich wie ein roter Faden durch alle Bonner Bemühungen. Damit nimmt die Bundesregierung in nicht zu überbietender Eindeutigkeit — ob zugegeben oder nicht — gegen jede friedliche Koexistenz, gegen Verhandlungen, Entspannung und Abrüstung — d. h. gegen alle jene Voraussetzungen Stellung, die allein zu einer allmählichen innerdeutschen Entspannung und schrittweisen Wiedervereinigung führen können. Für sie gibt es offenbar nur mehr noch das eine Rezept: durch „Aufrüstung" „Befreiung" und „Anschluß" der „Sowjetzone" zu erhalten. Das ist das schmerzliche, aber notwendige Fazit, das man nach sorgfältiger Prüfung der Bonner Worte und Taten im Spätsommer des Jahres 1960 ziehen muß. Jede andere Bedeutung, so wünschenswert sie auch immer sein mag, wäre Selbstbetrug.

Dieser Konzeption der ‚Aufrüstung' und des ‚Anschlusses' entsprechen die Bonner Pläne nach innen. Sie verlangen die Gleich- und Ausschaltung aller Kräfte, die in der atomaren Aufrüstung eine Gefahr für die Existenz des deutschen Volkes sehen und ein friedliches Programm zur Lösung der deutschen Frage fordern. Der massive Druck auf jene Menschen in unserem Land, die eine selbst nur in Nuancen andere Politik verfolgen, ist nur ein Barometer dafür, wie sehr Strauß, Adenauer und Schröder entschlossen sind, von diesem Kurs nicht abzuweichen. Deshalb brauchen sie die „gemeinsame Politik", jene „Gleichschaltung", die unsere Nation in den letzten fünfzig Jahren zweimal in Katastrophen geführt hat. „Gemeinsame Politik" hat in Deutschland leider noch immer Aufrüstung und Krieg bedeutet. Und wer sein Ja zur gemeinsamen Politik gibt, wie Wehner, Erler und Mommer, kann auch seine Zustimmung zu den innenpolitischen Konsequenzen der Aufrüstung nicht verweigern.

So überrascht es denn auch nicht, wenn jene Führer der SPD ihre Hand zur Verabschiedung der Notstandsgesetze reichen, die dem Rest unserer Demokratie den letzten Stoß versetzen können — und sollen? Was nutzt da das nur taktische Lamento einiger SPD-Führer, die sich im Grunde mit Adenauer längst einig geworden sind, zum Beispiel zu der diktatorischen Gründung der sogenannten „Deutschland Fernsehen-GmbH", jenem Gewaltstreich, den der CDU-Abgeord-

nete Peter Nellen mit den Worten kommentierte: „Mit diesem Fernsehvertrag hat der Bundeskanzler der Demokratie das letzte Sommerfähnchen vom Leib gerissen ..."

Wie der Prozeß der Entdemokratisierung, so läuft auch die „Psychologische Kriegsführung" mit den forcierten Atomrüstungsplänen einher. „Psychologische Kriegsführung" ist nötig, meint Strauß. „Wer im Schicksalskampf mit dem Kommunismus steht, kann nicht den kleinsten Kompromiß dulden." Wer die ideologische Anti-Aufrüstung nicht unterstützt, wer den blindwütigen amtlichen Anti-Kommunismus nicht mitmacht, soll mundtot gemacht werden. Der Bonner Anti-Kommunismus gibt sich nicht mit der formalen Ablehnung der Verhältnisse in der DDR und den anderen Staaten des Ostens zufrieden. Er begnügt sich auch nicht mit der Bejahung und Verteidigung der Verhältnisse im Westen. Der Bonner Anti-Kommunismus dient sicherlich der Immunisierung der Bevölkerung gegen ‚neutralistische', ‚pazifistische' und ‚koexistenzialistische' Gedanken und Programme; dient er nicht darüber hinaus zur Gewinnung der Bevölkerung für jenen Plan, den Strauß in München proklamierte: Wir sind Soldaten, damit die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche Hände übergeht?

„Dennoch ist es einem nicht ganz behaglich dabei", meint der „Vorwärts" am 19. August 1960, „vor allem, wenn man beobachtet, wie der Antikommunismus bei uns mehr und mehr zu einem durchaus bürokratischen und sterilen Unternehmen geworden ist ... Der Vorwurf, daß die Erfolge der anti-kommunistischen Bürokratie in absolut keinem Verhältnis zu ihrem Aufwand stehen, ist zwar politisch gefährlich, aber er muß dennoch immer wieder ausgesprochen werden ..." Nein, der Anti-Kommunismus hierzulande ist kein „bürokratisches und steriles Unternehmen", er ist die ideologische Begleitmusik zur atomaren Rüstung, und er dient dazu, die nötige Zustimmung des Volkes zu verschaffen. Er ist jenes Instrument, mit dem der westdeutschen Bevölkerung eine ‚ideologische Käseglocke' übergestülpt werden soll. Das hat nichts mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Ordnung in der jetzigen Bundesrepublik zu tun, der demokratischen Handhabung unserer eigenen Angelegenheiten. In der Tat handelt es sich hier um die gleiche außenpolitische ‚Grundtorheit', von der Thomas Mann sprach und die uns schon einmal die ‚verlorenen Siege' gebracht hat. Es ist verständlich, daß selbst viele, die in Opposition zur Politik der Bundesregierung stehen, die Zusammenhänge noch nicht durchschaut haben und deshalb die Konsequenzen dieser Politik heute noch nicht übersehen können.

Potemkinsche Argumente

Die Integration der Bundeswehr in der Nato, so sagt man, sei die beste Garantie dafür, daß die Politik der Bundesregierung auf Gewalt verzichte, denn die Nato sei ja ein Defensiv-Bündnis. Hier ist zunächst daran zu erinnern, daß es sich bei der „Polaris" um eine als strategische Offensiv-Waffe verwendbare Rakete mit einer Reichweite von mehr als 2000 km handelt. Ferner: Soll nicht die Bundesrepublik, wie es der amerikanische Heeresminister Bruckner angekündigt hat, die Verfügungsgewalt über die Polaris-Raketen erhalten? Und kann man von jener Macht eine Sicherheitsgarantie erwarten, die es kürzlich noch für notwendig gehalten hat, unter Bruch des Völkerrechts Spionage-Flugzeuge über das Gebiet der Sowjetunion zu entsenden? Und was bedeutet nach allem, was man darüber in der Öffentlichkeit gehört hat, die regionale Aufteilung des Nato-Oberkommandos anderes, als das man einen Teil der Befehlsgewalt, wohl auch über atomare Waffen, in deutsche Hände übergeben will? Läßt die Bundesregierung darüber hinaus nicht ständig durch ihre Generale, Schlamms und Kissingers Hinweise auf die Möglichkeit sogenannter „begrenzter Kriege" verbrei-

ten? Sind nicht folgende an sich simplen Washingtoner Weisheiten des Generals Speidel im jetzigen Augenblick recht symptomatisch: „Es ist eine Tatsache, daß begrenzte und lokalisierte Kriege durch einen zufälligen Zusammenstoß gegnerischer Kräfte entbrennen können" (Die Welt vom 17. Juli 1960). Und wie läßt sich die ‚Befreiung' unter Ausschluß jedes Verhandlungsweges und bei Aufrechterhaltung der „Nichtanerkennung", so fragen wir nochmals, anders verwirklichen, als mit Gewalt?

Die Regierung beruft sich, um ihren Griff nach Polaris zu rechtfertigen, auf angebliche Nato-Verpflichtungen. Dazu ist zu sagen: Wenn man das relativ selbständige Handeln anderer Nato-Mitglieder verfolgt und an die reservierte Haltung skandinavischer Staaten in der Frage der Atombewaffnung denkt, ja selbst wenn man nur die Haltung de Gaulles gegenüber US-Atomwaffen und Nato-Einheiten auf französischem Boden registriert, kann man es dem Minister Strauß nicht abnehmen, wenn er sagt: „Wir müssen". Nein — die Regierung Adenauer selbst will die Polaris-Vernichtungswaffe. Sie ist es, die gerade jene Kräfte innerhalb der Nato bestärkt, deren einziges Rezept Rüsten heißt.

Das „Müssen" zeigt zudem nur, wie es um die Souveränität der Bundesrepublik steht. Es zeigt, was von der Souveränität und dem Selbstbestimmungsrecht zu halten ist, von dem man heute merkwürdigerweise so viel spricht. (Wer erinnert sich nicht an das ‚Selbstbestimmungsrecht' für das Sudetenland und Danzig und was aus der Handhabung damals geworden ist?) Mag Herr Strauß „Wollen und Müssen", — für die westdeutsche Öffentlichkeit kommt es darauf an, die bundesdeutsche Politik zu überprüfen und den verhängnisvollen Kurs aufzuhalten. Der malitärische Status, wie er von Bonn heute angestrebt wird, bedeutet mehr als nur eine Verhinderung der deutschen Teilung, er bedeutet eine ständige Atom-Kriegs-Gefahr in Europa.

Lediglich ‚Taktisches Manöver'?

Es heißt, das Einschwenken der SPD-Führer sei lediglich ein ‚taktisches Manöver', um die Wahlen zu gewinnen. Als ob Wahlen zu gewinnen seien ohne ein klares Alternativ-Programm zur Politik Adenauers, zur Politik des Verzichts auf unsere Souveränität und Selbstbestimmung, zu dieser Politik der Unsicherheit und des atomaren Untergangs-Risikos. Wahlen lassen sich nicht gewinnen, wenn man vor den Augen der Öffentlichkeit in eine Firma einsteigt, deren politische Geschäfte nur zu leicht in einem schweren Bankerott enden können, einem Bankerott allerdings, der dann für das deutsche Volk tödliche Folgen haben kann. Wahlen lassen sich nicht gewinnen, wenn man die Politik Adenauers, die man jahrelang als falsch und gefährlich hingestellt hat, sozusagen ‚über Nacht' sanktioniert und ihr damit das Argument in die Hände spielt, „endlich hat die SPD die Richtigkeit unseres Weges eingesehen ... nun wählt aber auch nicht diese Leute, die jahrelang zum ‚Schaden des Volkes' gegen unsere richtige Politik opponiert haben, sondern ..."

Wer nachdenkt, kann die Schwenkung, den ‚Freitod' der SPD-Führung nicht als ‚taktisches Manöver' ansprechen, sondern nur als gewollte Zustimmung zu Regierungspolitik und Aufrüstung mit allen Konsequenzen. ‚Taktische Manöver' dagegen sind jene ‚Ja—Nein'- und ‚Nein—Ja'-Erklärungen, mit denen man die erschrockenen und entsetzten Parteimitglieder zu besänftigen sucht, um sie ohne Verluste nach und nach in das Lager Adenauers zu überführen.

Die politische Alternative

In offiziellen Verlautbarungen der Parteien, in Presse, Funk und Fernsehen wird in letzter Zeit immer wieder der Versuch unternommen, der Öffentlichkeit

einzureden, die Grundlinie der Politik der Bundesregierung sei die einzig richtige, jeder hiervon abweichende Kurs leiste dem Kommunismus Vorschub — darum könne es eine Alternative zu dieser Politik nicht geben.

In der Tat können sich weite Kreise der westdeutschen Öffentlichkeit kaum mehr eine andere Politik vorstellen. Der Kalte Krieg hat schon zu lange gedauert; viele erkennen ihn nicht mehr als solchen. Andere, lange Jahre in der Opposition stehende Kräfte, sind still geworden und haben zum Teil die Fahne der Resignation gehißt. Sie meinen, alles habe keinen Zweck mehr. Einige meinen, ein Krieg sei nicht mehr zu verhindern. Manche hoffen auf die Einsicht der Amerikaner, die sich ja doch irgendwann einmal zu einem friedlichen Arrangement mit dem Osten bereitfinden müssen. Sie wollen die Wahlen in den USA abwarten, obwohl bekannt ist, daß die Bundesregierung ihrerseits gar nicht ‚abwartet', sondern durch die Schaffung neuer Fakten alles unternimmt, damit in diesem wichtigen Lande der westlichen West Entscheidungen im Sinne der Fortsetzung des Kalten Krieges fallen. Andere wiederum glauben, daß sich alles von selbst zum Besseren wenden werde. Von selbst aber geschieht nicht nur nichts, sondern nehmen die Dinge weiter ihren verhängnisvollen Lauf. Auf die Erarbeitung und Durchsetzung eines Alternativ-Programmes zu verzichten, heißt, den Bonner Plänen Vorschub leisten, heißt, der Atombewaffnung mit allen gefährlichen Konsequenzen, einschließlich des Abbaus der Demokratie, freien Lauf zu lassen.

Zweifellos hat die Internationale der Kalten Krieger in den letzten Jahren mit den grellen Schlagbildern der Weltrevolution manche guten Ansätze zu einer, die blutigen Lehren unseres Jahrhunderts berücksichtigenden Politik der Vernunft zunichte machen können. Besonders nach dem Scheitern der Pariser Konferenz setzen diese Kalten Krieger alles daran, neue Spannungen zu schaffen. Selbst Eisenhower, der noch in Camp David Chrustschow die Hand zu Aussöhnung und ernsthaften Verhandlungen gereicht hatte, traf in Paris als ein vom Pentagon und den Rüstungsinteressenten geschlagener Mann ein. Aber dies ist nur eine der Erkenntnisse, die uns Paris vermittelt hat. Weitaus wichtiger ist die Erkenntnis, daß mit der Fortsetzung des Kalten Krieges kein Problem in der Welt, geschweige denn in Deutschland, gelöst werden kann, und der Osten offenbar weniger denn je bereit ist, eine weitere Radikalisierung der internationalen Politik tatenlos hinzunehmen. Er ist auch nach Meinung maßgeblicher Staatsmänner des Westens ernsthaft daran interessiert, das energievergeudende und gefährliche Wettrüsten zu beenden. Im Zusammenhang mit den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen erklärte N e h r u kürzlich: „Von einem bin ich ganz überzeugt, daß nämlich die Politik des Herrn Chrustschow bestimmt und wohl überlegt auf den Frieden bedacht ist. Aus verschiedenen persönlichen und anderen Gründen ist meiner Ansicht nach die ganze Sowjetunion mehr als jedes andere Land dem Frieden zugeneigt." (Welt am Sonntag vom 17. 7. 1960.)

Auch die jüngsten Reden und Noten Chrustschows lassen erkennen, daß er nicht beabsichtigt, die Grundlinien seiner Koexistenzpolitik zu revidieren. Mehr als je zuvor setzt er sich mit allen Kräften auch innerhalb des Ostblocks auseinander, die auf Grund der gescheiterten Pariser Konferenz und des vorausgegangenen U 2-Zwischenfalles einen ‚härteren Kurs' fordern. Selbst Adenauer anerkennt zuweilen, daß Chrustschow den Frieden braucht und will. Anstatt aber diese entspannungs- und abrüstungswilligen Kräfte im Kreml zu stützen, setzt er gemeinsam mit den verständigungsfeindlichen Kräften in den USA die Politik der Aufrüstung um jeden Preis fort und kompliziert und verschlechtert damit die internationale und die deutsche Lage. „Ist sie sich klar darüber," (gemeint ist die Bundesregierung d. V.) fragt Richard T h i l e n i u s am 19. August 1960 in der Süddeutschen Zeitung, „daß ein solcher Entschluß (Thilenius

meint den Griff der Bundesregierung nach der ‚Polaris' d. V.) verheerende Folgen für Deutschland haben könnte?" Er schreibt dann weiter: „Wir dürfen nicht zulassen, daß um vorübergehender strategischer Dispositionen willen 15 Jahre nach der totalen Katastrophe auf deutschem Boden Atomraketen stationiert werden, von denen die vierte Macht allzuleicht behaupten kann, sie seien auf Moskau und Leningrad gerichtet."

Das Ziel der deutschen Politik ist und bleibt die Wiedervereinigung; ihr Dignum der reale Weg dorthin durch eine Konzeption, die allen Beteiligten annehmbar erscheint und unserem Volk eine friedliche Zukunft verspricht. Deshalb kommt es für die deutsche Politik darauf an: den Kalten Krieg einzustellen, mit der Atombewaffnung Schluß zu machen, die Verwirklichung einer Zone in Mitteleuropa ohne Atomwaffen und fremde Stützpunkte mit paritätischer konventioneller Truppen- und Waffenbegrenzung ernsthaft zu betreiben. Durch einen solchen eigenen Beitrag zu Abrüstung und Entspannung werden jene gefährlichen Umstände beseitigt, die täglich und gar durch Zufall den Krieg auslösen können, allein so wird unsere Politik auf Frieden und Wiedervereinigung ausgerichtet. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Politik der Bundesregierung ist deshalb geboten.

Die skandinavischen Staaten lehnen die atomare Bewaffnung ab. In England ist durch alle Schichten hindurch eine breite Diskussion über die Gefährdung durch die heutige Nato-Politik im Gange. Immer mehr Organisationen und Persönlichkeiten nehmen Stellung gegen US-Stützpunkte auf britischem Boden. Das japanische Volk wehrt sich entschieden gegen die lebensgefährliche Rolle eines atomwaffentragenden Stützpunktes der USA. In der Türkei und in Südkorea haben vor allem Studenten autoritäre Regime gestürzt und ihre Länder auf den Weg einer leidlichen Demokratie geführt. Keineswegs bedeuten in diesen Ländern der Kampf um die Befreiung von USA-Stützpunkten und die Beseitigung extrem-autoritärer Regierungen den Übergang in das östliche Lager. Ganz im Gegenteil erkennt man in diesen Staaten, daß Atombomben nicht Sicherheit, sondern Unsicherheit und Gefährdung bedeuten, und daß die Alternative einer primär nationalen Politik mit neutraler Haltung unter voller Wahrung der Souveränität dem Frieden und der Abrüstung in der Welt dienen. Diese Frage nach dem Übergang in das östliche Lager stand weder in Japan noch in der Türkei zur Debatte. Sie steht auch in England nicht auf der Tagesordnung. Diese Frage steht auch bei uns nicht auf der Tagesordnung, auch dann nicht, wenn die Bundesregierung aus allzu durchsichtigen Gründen und gegen ihr besseres Wissen beinahe täglich verkündet, mit der Abwendung der Bundesrepublik von der Nato und mit dem Verzicht auf atomare Bewaffnung werde die Bundesrepublik dem Kommunismus ausgeliefert; denn die Beendigung des Wettrüstens, eine allgemeine kontrollierte maximale Abrüstung und die Hinwendung zu einer Politik der friedlichen Koexistenz liegt ausnahmslos im Interesse aller Völker des Westens. Nur durch Abrüstung und friedlichen wirtschaftlichen Wettstreit kann allein der Krieg verhindert werden. Mit dem Schrei nach mehr Waffen, nach Atomwaffen, nach Härte und Stärke, wie es die Bundesregierung tut, wird nicht nur unserem Volk ein schlechter Dienst erwiesen, sondern verlieren wir auch in der westlichen Welt, vor allem aber in Afrika und Asien, wo diese Politik schon seit langem nicht mehr verstanden wird, immer mehr Kredit. Zur Debatte steht nicht ‚lieber tot als rot', auch nicht ‚lieber rot als tot', zur Debatte steht allein, daß durch Super-Rüstung und Verzicht auf Verständigung, die Existenz unseres ganzen Volkes aufs Spiel gesetzt wird. Zur Debatte steht, entweder die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen auf der Basis des friedlichen Wettstreites auszutragen — oder durch Verzicht auf diese einzige

Alternative zum Krieg die Dinge zum atomaren Untergang treiben zu lassen. Andere Alternativen gibt es nicht. Die Frage, kapitalistische oder sozialistische Welt, kann nur mehr noch auf friedliche, gewaltlose Weise im Wettstreit der beiden Systeme miteinander entschieden werden. Der Krieg ist heute nicht der Vater, sondern der Mörder aller Dinge; es darf deshalb nur zu einer evolutionären Entwicklung in der Welt kommen. Jeder Versuch, Entscheidungen auf andere Weise zu erzwingen, bedeutet Selbstmord.

Das gleiche gilt für die Auseinandersetzung im innerdeutschen Raum. Für die bundesdeutsche Politik kommt es daher darauf an, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz vor allem in der konkreten innerdeutschen Situation anzuwenden. Solange die Thesen des ‚Anschlusses' und der ‚Befreiung' im Raum stehen, solange die politischen Spannungen in Deutschland vor allem durch die atomaren Ambitionen der Bundesregierung ständig weiter verschärft werden, solange wird es nicht nur keinen Schritt zur Wiedervereinigung geben, solange potenziert sich auch die Gefahr eines deutschen Brudermordes. Das ist die Situation, vor die wir heute gestellt sind.

Wenn aber nach der Meinung der großen Mehrheit des deutschen Volkes die Verewigung der deutschen Spaltung verhindert werden soll, wenn es nicht zu einem deutschen Bruderkrieg kommen soll, dann müssen jene Spannungen beseitigt werden, die einer Verständigung und Wiedervereinigung im Wege stehen. Den Weg der schrittweisen Ausräumung der Spannungen in Deutschland beschreiten, ein erstes Stück auf dem gewiß nicht leichten Weg der Wiedervereinigung voranzukommen, heißt, jenes entscheidende Hindernis der atomaren Rüstung beseitigen. *) Wem könnte es denn in Deutschland schaden, wenn sich beide Teile Deutschlands in Verhandlungen untereinander oder einzeln gegenüber der UN verpflichten, auf Atomwaffen im Interesse des deutschen und des Weltfriedens zu verzichten? Solcher Verzicht beider Teile Deutschlands auf atomare Vernichtungsmittel, eine ausdrückliche vertragliche Vereinbarung zwischen den Beteiligten, bei der Lösung der deutschen Frage keine Gewalt anzuwenden, würde die Lage in Deutschland erheblich verbessern, die Angst des ‚Anschlusses' des einen durch den anderen beseitigen und die Möglichkeit des Bruderkrieges ausschließen. Ein solches erstes notwendiges Übereinkommen würde das Berlin-Problem entschärfen und wäre d e r deutsche Beitrag zur Entspannung und Abrüstung in der ganzen Welt.

Für die deutsche Politik sind die kommenden Abrüstungsverhandlungen in der UN von größter Wichtigkeit. Ohne einen Beitrag der Bundesrepublik zu diesem entscheidenden Anliegen der ganzen Welt wird die Spannungssituation in Mitteleuropa nicht auszuräumen sein. Jeder Böswillige, jeder Zufall kann heute den Funken in dieses „begrenzte" atomare Pulverfaß schleudern. Daß Abkommen und Wege der Vernunft möglich sind, beweist der jetzt ratifizierte Vertrag über den südpolaren Kontinent, an dem neben den USA und der Sowjetunion sechs weitere Staaten beteiligt sind. Dieser Vertrag macht die kontinentgroße Eisbergkappe über dem Südpol zu einer neutralen, entmilitarisierten und denuclearisier-

*) Westfälische Rundschau v. 22. August 1960: Nach einer Umfrage des Divo-Institutes lehnen 62 Prozent aller Befragten eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen ab. Nur 18 Prozent sprachen sich dafür aus. Die restlichen 20 Prozent äußerten keine Meinung.

Selbst von den CDU-Anhängern erklärten sich 58 Prozent gegen die Ausrüstung mit atomaren Waffen. Die Frage, ob die Bundesrepublik selbst Atomwaffen herstellen soll, wurde nur von 12 Prozent der Befragten bejaht. Mehr als zwei Drittel sprachen sich dagegen aus. Das Ergebnis der Befragung ist angesichts der Forderung der Militärs nach Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen besonders bemerkenswert.

ten Zone. Dieses Abkommen wurde, wie Herbert v. B o r s c h in der Welt schreibt, gegen den Willen der reaktionären Kreise in den USA durchgesetzt. Für Senator F u l b r i g h t war der Abschluß des Vertrages Anlaß zu folgender Bemerkung: „Ich habe noch nicht die Schlußfolgerung erreicht, daß es unmöglich ist, Abkommen zu erzielen und der Krieg unausweichlich ist. Es scheint mir eine weise Politik zu sein, es weiter zu versuchen." Bemerkenswert ist auch, daß in den letzten Tagen die Delegiertenversammlung der Internationalen Astronautischen Föderation (IAF) den heiligen Bonner Grundsatz durchbrochen hat, daß als Repräsentanten Deutschlands in dieser Organisation nur Vertreter der Bundesrepublik anerkannt sein sollen. Sie nahm die „Deutsche Astronautische Gesellschaft", die ihren Sitz in Ostberlin hat, als voll stimmberechtigtes Mitglied auf. Die Aufnahme der „Deutschen Astronautischen Gesellschaft" wurde von der amerikanischen Delegation unterstützt.

Das erfassen intuitiv auch die Studenten verschiedener westdeutscher Universitäten sowie die Jugend der Gewerkschaft Holz, wenn sie in den letzten Wochen offizielle Kontakte zum Zwecke der Annäherung und der innerdeutschen Verständigung mit der DDR fordern. Diese Forderungen der Jugend stehen im Widerspruch zu der Kontakt-Angst, wie sie seit einigen Monaten von Bonn ausgeht.

Im nationalen Selbstinteresse aller Deutschen liegt es, die innerdeutschen Spannungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren und endlich jene Umstände zu beseitigen, durch die gefährliche Zufälligkeiten hervorgerufen werden können. Weniger denn je kann deshalb die Frage der Atombewaffnung eine „private" Angelegenheit sein. Die Gefahr eines Bruderkrieges in Deutschland wird solange bestehen, solange die Bundesregierung durch ihre anhaltende Intransigenz in der Entspannungs-, Wiedervereinigungs- und Berlin-Frage sowie durch ihren Griff nach der Polaris-Rakete eine weitere Zuspitzung der Lage heraufbeschwört.

In diesem Zusammenhang hat Karl J a s p e r s durch sein Wort von der „Utopie der Wiedervereinigung" unserem Volke einen bösen Dienst erwiesen. Es ist frappierend, daß ein so tiefgeistiger Denker und Philosoph das politische „Ereignis" unserer Situation so vordergründig beurteilt. Es ist der gleiche Karl Jaspers, der es bejahte, die „Freiheit" um der Freiheit willen im atomaren Krieg umzubringen. Das Echo der Öffentlichkeit hat ihn zur Ankündigung neuer Stellungnahmen bewogen. (Darüber wird hier noch zu sprechen sein.)

Wir haben eingangs auf die Verkettung zwischen atomarer Aufrüstung und Abbau der Demokratie in der Bundesrepublik hingewiesen. In der Tat wird die Verteidigung der im Grundgesetz festgelegten demokratischen Rechte und Freiheiten immer mehr zu einem Gebot der Stunde. Der Angriff auf die Mitarbeiterin an diesen Heften, Frau Prof. Dr. Renate R i e m e c k , ist nur ein weiteres Symptom dafür, wie sich Bonn die „Demokratie" in der Bundesrepublik vorstellt. Die Verdächtigung und Verketzerung der Gegner der atomaren Bewaffnung und der Befürworter einer deutschen Entspannungs- und Wiedervereinigungspolitik nimmt immer gefährlichere Formen an. Wenn die öffentliche Meinung sich nicht deutlich und nachhaltig gegen die Verabschiedung der geplanten Notstandsgesetze wendet, und sie allein kann es — gehen wir einem Staat entgegen, der jede Demokratie und Freiheit zu ersticken droht. Dies zu verhindern, die Demokratie zu verteidigen und den Frieden zu sichern, ist Aufgabe aller verantwortungsbewußten Menschen in der Bundesrepublik, die Freiheit, Sicherheit und Wiedervereinigung wollen.

Konni Zilliacus M.P.

Die Verteidigungspolitik Großbritanniens

Schonungslose Wahrheiten über Nato, nukleare Waffen und die Stützpunkte der USA

Der nachfolgende Beitrag ist kennzeichnend für die politische und militärischen Vorstellungen, die z. Zt. in der englischen Opposition diskutiert werden. Die Entschlossenheit zu einer entschiedenen Opposition zur Rüstungspolitik steht in direktem Gegensatz zu der neuen Parteilinie der SPD in Bonn, die Frieden mit der Nato und der Rüstungspolitik der CDU schließen will. Auf der kommenden Jahreskonferenz der Labour-Party vom 3. bis 7. Oktober 1960 wird sich voraussichtlich eine beachtliche Mehrheit für dieses Programm der Entspannung und der atomaren Abrüstung entscheiden. Fast vier Millionen Delegierten-Stimmen der Partei und der Gewerkschaften haben sich schon jetzt für den neuen Kurs ausgesprochen. D. Red.

Einleitung

Landesverteidigung und Außenpolitik sind zu den bedeutendsten und am hitzigsten umstrittenen Streitfragen des öffentlichen Lebens geworden. Die Kontroverse konzentriert sich auf die nuklearen Waffen, auf die Stützpunkte der USA und auf Nato. Sie hat sich durch die Aufgabe der Pläne für das Blue Streak-Geschoß und das Fiasko der Gipfelkonferenz weiter zugespitzt. Die öffentliche Meinung ist sich der tatsächlichen Lage Großbritanniens, in der es sich als Stützpunkt und Verbündeter Amerikas befindet, bewußt geworden durch die Mitteilungen über das Projekt, in Fylingdales eine Station für die Vorauswarnung zu errichten, die die Bevölkerung vier Minuten vor einem Angriff alarmieren soll, und durch das Einverständnis, daß der amerikanische Staatssekretär für Verteidigung, Thomas Gates, als Teil seiner weltumspannenden Alarmierung der Streitkräfte am Vorabend der Gipfelkonferenz, 225 taktische Jäger, 45 taktische Bomber, 45 Erkundungsbomber und eine nicht genannte Zahl von B 52- und B 57-Atombombern des Strategischen Luftkommandos mit großer Reichweite von einem Dutzend Luftwaffenstützpunkten auf der Insel starten ließ, ohne die britische Regierung auch nur zu unterrichten.

Lord Acton bemerkte einmal: „Der Engländer beginnt erst in grundsätzlichen Kategorien zu denken, wenn seine Füße den Rand des Abgrunds berühren." Jetzt denken genügend Menschen in grundsätzlichen Kategorien, um die Kampagne für Nukleare Abrüstung, das moderne Gegenstück zum „nichtkonformistischen Gewissen", das eine so bedeutende Rolle im 19. Jahrhundert spielte, zu einer wesentlichen Macht im öffentlichen Leben zu machen. Sie hat ihren Einfluß, insbesondere innerhalb der Arbeiterbewegung, so schnell ausgedehnt, daß ihr Programm — einseitige Einstellung und Lagerung nuklearer Waffen durch Großbritannien und Verbot ihrer Verwendung von britischem Gebiet aus — zweifellos das Hauptthema der Debatten während der Jahreskonferenz der Labour Party in Scarborough im Oktober sein wird. Sollte die Konferenz eine derartige Politik billigen, so würde sie zur offiziellen Politik der Oppostion und damit des sich zur Wahl stellenden Schattenkabinetts werden.

Diese Perspektiven haben die Labour Party erschüttert und eine bedeutende politische Kontroverse im Lande ausgelöst. Das ist außerdem ein einseitig richtungsgebundener Prozeß: denn diese Bewegung wird nicht dahinschwinden — sie wird weiter wachsen, und die Politik, gegen die sie sich wendet, wird weiterhin versagen und weiterhin immer kostspieliger und gefährlicher werden.

In den Reihen der Labour wird es weder Frieden noch Einheit geben, noch wird die Kontroverse im Lande enden, bis die Mehrheit des Volkes die Ansicht bestätigt, daß wir uns von dem gründlich widerlegten Trugschluß lossagen müssen, daß die Vorbereitung auf den Krieg das Mittel zur Erhaltung des Friedens sei. Die Nuklearwaffen haben diesen Trugschluß wortwörtlich zu einem tödlichen gemacht. Darüberhinaus besteht der Preis, den Großbritannien dafür zahlen muß, daß es seine Politik auf diesen Trugschluß gründet darin, daß es den Status eines amerikanischen Protektorats hinnehmen muß, das im kalten Krieg unbedeutend ist und im heißen Krieg geopfert werden kann.

Jedoch liegt die einzige Möglichkeit, diese irrtümliche Politik endgültig zu überwinden, darin, eine bessere Alternative aufzuzeigen und die öffentliche Meinung zu überzeugen, daß sie durchführbar ist. Das ist der Grund, warum den Anhängern der Kampagne für Nukleare Abrüstung, wenn sie ihre Arbeit zuende führen wollen, jetzt nolens volens die politische Aufgabe aufgedrängt wird, zu erklären, warum die Politik, die sich auf die Strategie der nuklearen Abschreckung verläßt, und deshalb die Stützpunkte der USA und Nato billigt, so unnötig ist, wie sie sich als erfolglos erwiesen hat, und obendrein noch tödliche Gefahren enthält. Ferner müssen sie aufzeigen, wie dieses Land, nachdem es auf nukleare Waffen verzichtet und ihre Anwendung von britischem Boden aus verboten hat, eine wirksame Initiative für den Frieden ergreifen kann.

Und zur Diskussion über dieses Problem beizutragen, lege ich hier meine persönlichen Ansichten über das Thema, so wie ich es sehe, dar — entgegengesetzt der Politik der Tories, der Liberalen und der jetzigen Labour Party, die auf nukleare Waffen (unsere eigenen oder die eines anderen Landes), auf Stützpunkte der USA und auf Nato bauen, und für eine grundsätzlich andere Politik, die sich auf das Programm der Kampagne gründet. Ich habe die Argumente in die Vorstellungen der Labour Party, der ich angehöre, gefaßt, weil die Schlacht auf diesem Terrain geschlagen wird. Darum scheint dies die beste Art und Weise, das Thema auf den Boden der Wirklichkeit zu stellen und es mit zeitgemäßen und realistischen Begriffen zu behandeln.

Wenn ich für das Programm der Kampagne für Nukleare Abrüstung als Ausgangspunkt für eine wirksame Initiative für den Frieden plädiere, befinde ich mich im schroffen Widerspruch zu den politischen Vorstellungen, Überzeugungen, Urteilen und Vorschlägen Mr. Gaitskells. Da er sich dafür entschieden hat, seinen Platz auf der Wasserstoffbombe zu beziehen, muß ich ihn von seinem Sitz herunterholen, bevor dieser in die Luft fliegt, obgleich er der Führer meiner Partei ist. Seine aufrichtigen und sehr betonten wirtschaftlichen und politischen Überzeugugen führten ihn aber so weit nach rechts, daß er in innenpolitischen Angelegenheiten von einem Liberalen und in außenpolitischen von einem Tory kaum zu unterscheiden ist.

Ethik und Realismus in der Politik

Die Kampagne für Nukleare Abrüstung wird von Leuten, die sich selbst als „Realisten" bezeichnen, zwecklos genannt, weil sie sich in erster Linie aus ethischen Gründen gegen die nuklearen Waffen wendet. Es ist aber auch politischer Realismus, zu erkennen, daß die unheilvolle Begabung des Menschen für seine eigene Vernichtung mit den nuklearen Waffen seine Fähigkeit zu überleben übertroffen hat, und daß wir dadurch vor eine neuartige Situation gestellt werden, für die es keine Parallele in der Geschichte gibt. Diese Leute, die sich selbst „Realisten" nennen, sind diejenigen, die unfähig sind zu begreifen, daß der quantitative Unterschied zwischen allen vergangenen Kriegen und einem nuklea-

ren Krieg so groß ist, daß er einen qualitativen Unterschied ausmacht, wie der Unterschied, der darin besteht, ob man sich den Finger ritzt oder den Hals durchschneidet. Die Besorgnis um das Überleben der Menschen ist der gemeinsame Boden, auf dem sich Ethik und politischer Realismus begegnen.

So stellte sich der verstorbene Papst auf den Boden des Gebots „Du sollst nicht töten", als er niederschrieb:

„Wenn der Krieg mit A-B-C-Waffen — ein Krieg mit atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen — solch eine Ausbreitung des Bösen mit sich bringt, daß es sich der menschlichen Kontrolle völlig entzieht, dann muß seine Anwendung selbst als Verteidigung als unmoralisch verworfen werden. In derartigen Fällen . . . kann es keine Frage der ‚Verteidigung' gegen Ungerechtigkeit und keinen notwendigen ‚Schutz' rechtmäßigen Besitzes geben. Es ist ein klarer und einfacher Fall der Ausrottug alles menschlichen Lebens im Bereich der Kriegshandlungen. Es können keine Gründe angeführt werden, um das zu gestatten."

Aber die praktischen Schlußfolgerungen, die sich aus dieser ethischen Stellungnahme ergeben, sind genau dieselben wie diejenigen, zu denen Aneurin Bevan, auf dem Boden des politischen Realismus stehend, während seiner Unterhausrede am 23. Juli 1957 gelangte:

„Es ist Tatsache, . . . daß die Zwecke, denen die nationale Verteidigung dient, und die Mittel, die zur Verteidigung angewandt werden, heute so weit von einander entfernt sind, daß sie überhaupt keinen Sinn mehr ergeben. Niemand glaubt wirklich, daß Waffen, die Mittel des wechselseitigen Selbstmords sind, noch länger ein Mittel der nationalen Verteidigung darstellen. . . . Wenn wir die schwülstigen Verallgemeinerungen über die großen Unterschiede, die das sowjetische System von unserem trennen, aufgeben würden, würden die meisten ehrenwerten Mitglieder privatim zustimmen, . . . daß es keine Unterschiede hinsichtlich des sozialen Systems gibt, die so tiefreichend wären, daß wir bereit sind, das Risiko einzugehen, ihretwegen die ganze menschliche Gesellschaft auszulöschen . . . Schließlich ist die erste Voraussetzung dafür, daß man über unterschiedliche Systeme streitet, die, daß man am Leben ist um darüber zu streiten. Wenn der Streit jedoch zur Vernichtung aller sozialen Systeme führt, so erscheint es recht absurd, sich darüber zu beunruhigen, unter welchem man leben wird."

„Nye" (d. i. Aneurin Bevan) faßte die ethischen und die politisch realistischen Argumente gegen den Besitz oder die Anwendung der nuklearen Waffen in seinen Darlegungen in Brighton im Jahre 1957 zusammen (in der gleichen Rede, in der er den größten Fehler seines Lebens machte, als er sich bei dem vergeblichen Versuch, die Einheit der Partei zu sichern, ohne auf die Wasserstoffbombe zu verzichten, zur offiziellen Politik bekannte) indem er erklärte:

„Keine Nation ist berechtigt zu versuchen, ein Übel auszurotten, indem sie ein größeres Übel als das, das sie zu vertilgen sucht, heraufbeschwört. Die Wasserstoffbombe ist ein größeres Übel als jedes Übel, dem zu begegnen sie bestimmt ist."

Großbritanniens Stellung innerhalb des Nato-Bündnisses

Im Verlauf seiner Rede vor der Konferenz der N.U.M.G.W. (Gewerkschaft der Arbeiter kommunaler und allgemeiner Betriebe) in Great Yarmouth am 23. Mai 1960 behauptete Mr. Gaitskell, Großbritannien werde, indem es in der Nato verbliebe, „eine gewaltige Kraft und einen gewaltigen Einfluß zugunsten des Friedens" ausüben, während es jeden Versuch aufgeben müsse, eigene Nuklear-

waffen zu besitzen, und anerkennen müsse, daß die Vereinigten Staaten innerhalb der Allianz über ein Monopol dieser Waffen verfügen. Aber noch vor kurzer Zeit, am 1. März dieses Jahres, bestand Mr. Gaitskell in der Debatte über Verteidigungsfragen darauf, daß Großbritannien seine eigenen nuklearen Waffen haben müsse, weil sonst Ursache vorhanden sei, eine „übermäßige Abhängigkeit von den USA" innerhalb der Allianz zu befürchten, „die uns eine Politik aufzwingen könnte, der wir nicht zustimmen" — und die uns sogar zum Krieg verpflichten könnte.

Wenige Monate vor diesem Ereignis hatte Mr. Strachey in der Gaitskell-Strachey-Broschüre über die Wasserstoffbombe mit Zustimmung des Parteiführers darauf verwiesen, daß eine Arbeitsteilung innerhalb der Nato, bei der Großbritannien nur über herkömmliche Waffen verfügen würde, während die Amerikaner das Monopol nuklearer Waffen besäßen, zu einer „völligen Abhängigkeit von einem Verbündeten, der allein die entscheidenden Waffen besitzt", führen würde. Er fragte: „Würden Beziehungen völliger Abhängigkeit von Amerika wirklich die Lage sein, die wir für eine Regierung der Labour Party wünschen?" Und er antwortete, daß sie es nicht sei, weil sie dazu führen würde, daß es einem der Labour Party angehörenden Außenminister unmöglich sein würde, entsprechend dem außenpolitischen Programm der Labour Party für die Annäherung der beiden Seiten zu wirken, und uns auf eine amerikanische Politik verpflichten würde, die uns in einen Krieg verwickeln könnte. Das Land in eine derartige Lage zu bringen, so schlußfolgerte er, würde „der Sache des Friedens einen äußerst schlechten Dienst erweisen".

Dennoch entspricht gerade diese Lage (einer völligen und zwingenden Unterordnung unter die Vereinigten Staaten um den Preis der Aufgabe der eigenen Außenpolitik der Labour Party und einer Verpflichtung auf die amerikanische Außenpolitik, die zum Kriege führen könnte) genau jener Position, die einzunehmen die Labour Party durch die neue Erklärung über Fragen der Landesverteidigung aufgefordert wird. Was also im März eine Position der völligen Abhängigkeit und Hilflosigkeit war, die „dem Frieden einen äußerst schlechten Dienst erweisen würde", ist im Mai zu einer Position der gewaltigen Kraft und des gewaltigen Einflusses zugunsten des Friedens" geworden. In beiden Fällen handelt es sich um die gleiche Position!

Was war geschehen? Dies: die kleine Minderheit innerhalb der Partei, die sich derart vor dem Schreckgespenst sowjetischer Aggression fürchtet, daß sie bereit ist, den Schutz der USA um jeden Preis anzunehmen, wollte die Mehrheit, die ihre Angst nicht teilt, überzeugen, daß wir den Status eines amerikanischen Protektorats mit der Unabhängigkeit bei der Verfolgung unserer eigenen Politik, selbst in Opposition zu den Vereinigten Staaten, verbinden können. Das wurde zunächst mit der Behauptung versucht, daß wir, auf Grund unserer Handvoll selbstgefertigter Wasserstoffbomben, nicht nur die Amerikaner beeinflussen, sondern auch „die Russen im Schach halten" und sogar selbständig gegen die UdSSR vorgehen und sie zwingen könnten, uns zu respektieren, indem wir unsere außenpolitischen Forderungen (unter Mißachtung der Charta der Uno!) durch die Drohung mit unserer nicht vorhandenen nuklearen Macht unterstützen (Gaitskell-Strachey-Broschüre).

Was die Amerikaner, von denen man annahm, daß sie davon beeindruckt seien, von dieser Behauptung dachten, wurde durch die Bemerkung von Senator Humphrey klar, die Herstellung der Wasserstoffbombe durch Großbritannien sei „unsinnig" und geeignet, andere Staaten anzuspornen, sich dem nuklearen Wettrüsten anzuschließen, und daher „sowohl gefährlich als auch unerwünscht" (Manchester Guardian vom 4. August 1959).

Die Ansichten der Generalstäbler und Machtpolitiker der Vereinigten Staaten wurden durch den Korrespondenten des Observer (am 17. April) großartig zusammengefaßt, als er schrieb:

„Die Schlußfolgerungen der militärischen Fachleute der USA (womit die Generäle des Pentagon, die Atomenergiekommission und die Fachleute für Verteidigungsfragen im Kongreß gemeint sind) scheinen dahin zu gehen . . . daß für Großbritannien ein unabhängiges Abschreckungsmittel ein Überbleibsel der Vergangenheit und ein Beruhigungsmittel für den Nationalstolz sei. ‚Wir meinen seit einiger Zeit: Was Sie sich leisten könnten, . . . wenn sie unabhängig handelten, würde einfach nicht viel ausmachen. Auch wäre es wenig sinnvoll, wenn Sie einen Teil der gemeinsamen westlichen Abschreckungsmittel befäßen . . . Großbritannien ist zu leicht verwundbar. Es ist ein so kleines Gebiet, daß es durch radioaktiven Niederschlag völlig vernichtet werden könnte. Sobald das Strategische Luftwaffenkommando der USA sich auf die ferngelenkten Geschosse verlassen kann und die Stützpunkte in Großbritannien nicht mehr benötigt, . . . wäre es für Sie vielleicht am besten, wenn sie nicht länger eine Zielscheibe abgäben, und das ist alles, was sie jemals sein können.'"

Ungefähr zur selben Zeit faßte U. S. Bews and World Report die offizielle amerikanische Ansicht über den politischen Status Großbritanniens als Verbündeter wie folgt zusammen:

„Die Verteidigung Großbritanniens hängt in zunehmendem Maße von seinen Verbündeten, besonders von den USA ab."

Das ist die Realität der britischen Stellung innerhalb der Nato. Diejenigen Labourführer, die erst versuchten, das vor der Partei zu verbergen, und zwar durch aufgeblasene Behauptungen über Großbritanniens politischen Einfluß auf Grund des „unabhängigen britischen Abschreckungsmittels", den es nie gegeben hat, haben jetzt eine andere Illusion untergeschoben: wir müssen, so sagen sie in ihren neuen Richtlinien für die Landesverteidigung, die „gemeinsame politische Kontrolle" über die Nato haben. Sie wissen natürlich, daß die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit der britischen Selbsttäuschung über unsere „gemeinsame Kontrolle" als Nuklearmacht aus eigener Kraft immer mit Verachtung begegnet sind. Sie wissen auch, daß de Gaulles energische Versuche, seinen Anspruch auf die Dreimächtekontrolle durchsetzen, indem er sich weigert, amerikanische Raketenstützpunkte zuzulassen und die amerikanischen Bomber hinauswarf, weil er auf einer ausschließlichen französischen Kontrolle über alle Waffen auf seinem Territorium bestand, und indem er zwei Versuchsexplosionen mit Atombomben in der Sahara auslöste, von Washington mit Leichtigkeit abgewiesen wurden, das sich in voller und ungeteilter Kontrolle der Nato befindet und es zu bleiben beabsichtigt.

Sie wissen vermutlich auch das, worauf Mr. Macmillan in der Unterhausdebatte vom 30. Mai d. J. verwies:

„Wenn das Abschreckungsmittel abschrecken soll, so muß seine sofortige Anwendung im Gegenangriff gegen die Aggression dem potentiellen Aggressor glaubwürdig erscheinen. Ohne diese Voraussetzung ist es zwecklos. Sind wir sicher, daß, wenn 15 Minister, seien es Gesandte oder Minister, gemäß der Regel der Einstimmigkeit verfahren, das Abschreckungsmittel glaubwürdig bleibt? Ein Finger mag am Abzugshahn sein, aber 15 Finger würden am Sicherheitshebel sein."

Natürlich hat die Strategie der nuklearen Abschreckung längst aufgehört, glaubwürdig zu sein, weil die UdSSR, wie britische und amerikanische Militärfachleute seit nahezu zwei Jahren betonen, die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Raketen überholt hat. Aber Mr. Macmillan hat wenigstens die unsinnigen

Vorschläge für eine „gemeinsame politische Kontrolle" der Nato wirksam zum Platzen gebracht, denen die Amerikaner weder zustimmen wollen noch können. —

Die neuen Vorschläge für die Landesverteidigung sind in der Tat der unverblümte Versuch, die Labour Party zur Billigung der Politik des rechten Flügels zu verleiten, einer Politik der bedingungslosen Kapitulation gegenüber den USA und des Verzichts auf jegliche Bemühungen, irgendeine eigene Politik durchzusetzen, als Gegenleistung dafür, daß wir ein Stützpunkt der USA und ein loyales Mitglied der Nato bleiben dürfen. Es werden deshalb eine Anzahl platonischer Wünsche angeführt, von denen die Führer der Labour Party wissen, daß die Regierung der USA ihnen nicht beipflichten wird, und bei denen sie nicht die Absicht haben, irgend etwas im Widerspruch zu den Vereinigten Staaten für ihre Verwirklichung zu tun.

So sagt die Erklärung über die Landesverteidigung, daß wir keinen Erfolg bei der Abrüstung (jener „sofortigen und dringenden Notwendigkeit"!) erreichen oder die internationalen Spannungen verringern werden, wenn wir nicht China in die Verhandlungen und die Vereinten Nationen einbeziehen. Die Amerikaner sagen dazu Nein, das wissen wir, und können jeden Augenblick durch ihre kalte Aggression gegen China hinsichtlich Matsus und Quemoys und auf Formosa die internationalen Spannungen bis zum Zerreißen steigern.

Die Erklärung über die Landesverteidigung besagt, daß wir dagegen sind, Deutschland mit nuklearen Waffen zu versorgen, was, wie Mr. Gaitskell im vergangenen Februar erklärte, die Kriegsgefahr erhöhen würde. Bei der selben Gelegenheit sagte Mr. Healey, „daß es die politische Gültigkeit der Nato vernichten würde, wenn General Franco ihr zugesellt würde. Die USA werden ihre Politik fortsetzen, Deutschland mit nuklearen Waffen auszurüsten und Franco der Nato zuzugesellen; wir aber fahren unbekümmert fort, in der Nato zu dienen".

Die Erklärung über die Landesverteidigung „bestätigt erneut" unsere außenpolitische Konzeption. Sie wird jedoch von den USA abgelehnt, und wir müssen sie aufgeben, um ein amerikanischer Stützpunkt und ein loyaler Verbündeter zu bleiben.

Die Erklärung über die Verteidigungspolitik führt aus, daß taktische Atomwaffen „weiterhin ausschließlich durch die Amerikaner hergestellt aber nur unter strikter Kontrolle der Nato in Stellung gebracht werden sollten. . . . Wir müssen uns auch bemühen, von den Vereinigten Staaten eine Verpflichtung zu erhalten, daß sie ihre strategischen Abschreckungswaffen nicht ohne Zustimmung der Nato anwenden werden." (Die Antwort der Amerikaner lautet aber, daß die Länder, die nukleare Waffen der USA für ihre Streitkräfte wünschen und sich für ihren Schutz auf die nuklearen Waffen der USA verlassen, die amerikanischen Bedingungen annehmen müssen — und nicht umgekehrt.)

Die geistigen Väter dieser neuen Verteidigungspolitik wissen natürlich, daß es die Gegenleistung für den amerikanischen Schutz ist, keine dieser Forderungen mit Nachdruck zu vertreten, und sie haben nicht die Absicht, das jemals zu tun. Diese Vorschläge sind tatsächlich nicht ernst gemeint — sie sind nur dazu da, hübsch auszusehen, schmückende Feigenblätter, um die Nacktheit der bedingungslosen Kapitulation gegenüber den USA zu verdecken, damit die Parteimitgliedschaft sich nicht empört.

Nato gegen Uno

Die neue Verteidigungspolitik setzt die hartnäckigen Bemühungen derjenigen Männer fort, die einseitig an der Wasserstoffbombe und dem „Bündnis mit den USA um jeden Preis" festhalten, zu beweisen, daß die Nato eine Art

„kollektiver Sicherheit" bietet. So erklärte die von der Konferenz in Margate 1953 angenommene Entschließung des Nationalen Exekutivkomitees (der Labour Party): „Die Konferenz hält die Unterstützung der Nato als eines begrenzten Systems der kollektiven Sicherheit aufrecht, in dem alle Mitglieder die gleichen Rechte und Pflichten haben, und durch gemeinsame Zustimmung, nicht durch ein Mitglied allein, seien es die Vereinigten Staaten, sei es Großbritannien oder irgendein anderes Land, über die gemeinsame Politik entschieden wird."

Tatsächlich ist die Nato ein Militärbündnis, das auf der Idee beruht, die Sowjetunion sei ein potentieller Gegner, dem gegenüber wir uns auf den Krieg vorbereiten müßten. Sie zerstört das durch die Charta der Uno gegebene System kollektiver Sicherheit, das auf der Voraussetzung beruht, die Sowjetunion sei als Partner bei der Schaffung und Erhaltung des Friedens und bei der Gestaltung und Überwachung der Abrüstungsabkommen zu behandeln.

Die Vereinten Nationen sind ein Bund souveräner Staaten, die sich durch die Charta verpflichtet haben, ihre auswärtigen Beziehungen nach gewissen Regeln zu gestalten, die dazu bestimmt sind, kollektive Sicherheit vor einem Krieg zu bieten. Um diese Regeln wirksam werden zu lassen, muß die Charta von den führenden Mächten mit gutem Willen ausgelegt werden, das heißt mit dem Wunsch, sie wirksam zu machen. Es ist protokollarisch verzeichnet, wie die Westmächte, die nach dem Kriege die Initiative besaßen, die Charta tatsächlich auslegten.

Die in der Charta niedergelegte Grundregel besagt, daß die Mitgliedstaaten ihre Streitigkeiten durch friedliche Mittel schlichten und sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Mitgliederstaaten enthalten müssen und nicht ohne die Genehmigung des Sicherheitsrates, dem sie die Pflicht übertragen haben, „Bedrohungen des Friedens, Verletzungen des Friedens und Aggressionshandlungen" zu begegnen, zur Gewaltanwendung zu greifen. Der Sicherheitsrat kann in Erfüllung dieser Pflicht nur dann handeln, wenn alle ihm als ständige Mitglieder angehörenden Großmächte zustimmen.

Als Ausnahme von dieser Regel können die Mitgliedstaaten, einzeln oder gemeinsam, als Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff zur Gewalt greifen. Sie müssen dieses Recht jedoch in solcher Weise ausüben, daß die Autorität und Wirksamkeit des Sicherheitsrates als Hüter des Friedens nicht beeinträchtigt wird (Artikel 51).

Die Gründer der Nato und später der Cento und der Seato machten die Ausnahme zur Regel und die Regel damit zum toten Buchstaben. Sie erweiterten den Begriff der „Verteidigung", indem sie hierin die Anwendung von Gewalt als Instrument der nationalen Politik und sogar als Instrument der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einbezogen. Auf diese Weise verwandelten sie die Charta in einen Fetzen Papier und stießen die Welt in den Zustand antiquierter Barbarei des „Gleichgewichts der Kräfte" und der Diplomatie der gepanzerten Faust zurück, die jetzt in ihrem modernen Gewand der „Strategie der nuklearen Abschreckung" und der Nato-Politik der „Verhandlungen von der Position der Stärke aus" zur selbstmörderischen Torheit geworden ist.

Einseitig fällen die Vereinigten Staaten innerhalb der Nato als die Bündnispartner mit dem Monopol der entscheidenden Waffen, mit der Kontrolle über den Geldsack, mit Stützpunkten auf dem Gebiet ihrer unbedeutenden Verbündeten und mit dem Oberkommando über ihre Streitkräfte, alle wichtigen Entscheidungen. Wenn diese Entscheidungen im Zeitraum von Minuten getroffen werden müssen, so können und wollen sie nicht versuchen, ihre Verbündeten

zu konsultieren. (In der Tat gab der verstorbene Mr. Dulles vor dem Kongreß die Versicherung ab, daß die Vereinigten Staaten niemals zulassen würden, daß das Veto einer fremden Macht irgendwelche Maßnahmen behindert, die die USA für ihre Selbstverteidigung als notwendig erachten.) Wenn diese Entscheidungen Fragen von Tod und Leben berühren, so werden die Vereinigten Staaten ihre eigenen Interessen an die erste Stelle setzen und ihre Satelliten und Protektorate als Gebiete behandeln, die man aufopfern kann.

Es hat keinen Sinn, deshalb den Amerikanern Vorwürfe zu machen. Sie wenden nur die grausame Logik der Machtpolitik auf die Realitäten der Lage an. Wäre die Situation umgekehrt, so würden unsere eigenen Generalstäbler und Machtpolitiker die Amerikaner in genau der gleichen Weise behandeln.

Als die Frage der Nato dem Parlament unterbreitet wurde (13. Mai 1949), machte Winston Churchill geltend, daß sie die Politik verwirkliche, die er am 5. März 1946 in Fulton, Missouri, skizziert hatte. Am 28. März 1950 sagte Außenminister Ernest Bevin dem Haus, daß die in der Rede von Fulton dargelegte Politik den Präventivkrieg befürworte. Beide hatten sie Recht.

Als der Senat der USA über die Nato debattierte, wurde sie von einem Senator gutgeheißen, weil sie eine Rückkehr zur „Diplomatie des Schlagrings" bedeute und die Russen nur Gewalt verstünden. Auch das Wall Street Journal (5. April 1949) lobte den harten Realismus der Nato, weil sie „die Grundsätze der Charta aufhebt" und „die militärische Macht zum bestimmenden Faktor in den internationalen Beziehungen macht".

Mr. George F. Kennan, damals Chef des Stabs für die Planung politischer Richtlinien im State Department und einer der geistigen Väter der Nato, erklärte in seinem berühmten, mit „Mr. X." gezeichneten Artikel in Foreign Affairs vom Juli 1947, daß es Zweck der Nato sei, die inneren Belastungen der sowjetischen Regierung zu vergrößern, indem man ihr rundherum an ihren Grenzen entgegenarbeite, ihre Absichten vereitele und sie einkreise, bis auf diese Weise der Zusammenbruch des sowjetischen Regimes herbeigeführt werde! Mehr als zehn Jahre später (Foreign Affairs vom Januar 1959), als er seine Ansichten über die Nato geändert hatte, beschwerte er sich, daß ihr Ziel „nicht die Schaffung einer Machtposition zum Aushandeln mit der Absicht eines abschließenden Kompromisses (war), sondern das Erreichen einer derart mächtigen und beredten politischen und militärischen Stellung durch Westeuropa, daß jede Widerspenstigkeit vor ihr dahinschmelzen würde, und Europa schließlich seine Vereinigung zu unseren Bedingungen erreichen würde, ohne die Notwendigkeit, mit unserem Hauptfeind zu kämpfen oder Konzessionen in seinem Interesse zu machen".

Es ist wirklich unverzeihlich, daß unsere eigenen politischen Führer sich hinsichtlich dieser Realitäten irgendwelchen Illusionen hingeben oder, noch schlimmer, diejenigen, die ihnen vertrauen, zu täuschen suchen; und es ist geradezu skandalös, zu erklären, wie das die Richtlinien des Nationalen Exekutivkomitees für die Landesverteidigung tun, daß die Nato „eine Grundlage (sei), von der aus die friedliche Koexistenz ausgehandelt werden muß". Denn die Nato ist das militärische Instrument der Politik der „antikommunistischen Einkreisung" (containment), die der Feind der friedlichen Koexistenz ist. Sie identifiziert Verteidigung mit „Verhandlungen von der Position der Stärke", der Politik, die versucht, unter Gewaltandrohung der Sowjetunion eine Regelung aufzuzwingen — wie beispielsweise die Einbeziehung eines vereinigten Deutschlands in die Nato. Es wird keine durch Verhandlungen erzielte Vereinbarung mit der UdSSR und keine friedliche Koexistenz geben, wenn die Westmächte

nicht der Auflösung der Nato zusammen mit dem Warschauer Bündnis — wie es die Sowjetunion wiederholt vorgeschlagen hat — zustimmen, oder bis, in Ermangelung einer derartigen Zustimmung des Westens, die Nato selbst auseinandergebrochen ist.

Die Verteidigungspolitik des „Nationalen Exekutivkomitees", die uns veranlassen würde, weiterhin amerikanischer Stützpunkt zu bleiben und bedingungslos in der Nato zu verbleiben, würde den Verzicht auf die Vorschläge der Labour Party für Abrüstung, Disengagement, politische Vereinbarungen und Zusammenarbeit zwischen Ost und West in den Vereinten Nationen notwendig machen, durch die wir tatsächlich zu Vereinbarungen mit der Sowjetunion und China gelangen könnten. Sie würde uns zwingen, uns damit abzufinden, daß unser Land als quantité négligéable im kalten Krieg und als zum Aufopfern geeignet im heißen Krieg behandelt wird, den das Versäumnis, den Frieden herzustellen, früher oder später heraufbeschwören würde. Denn die offizielle Politik Amerikas, der wir als Gegenleistung für unsere auf die Nato gestützte Verteidigungspolitik dienen müssen, bietet keine vernünftige Grundlage für Verhandlungen mit der Sowjetunion und erkennt die Volksrepublik China nicht einmal an.

Stellen wir uns auf den Boden der Charta

Es gibt nichts derartiges wie eine Verteidigung gegen einen nuklearen Angriff. In diesem Fall bedeutet „Verteidigung", zu verhindern, daß jemals ein Krieg ausbricht, wie selbst der den Tories angehörende Verteidigungsminister immer wieder gesagt hat. Das kann nicht mit Waffen oder Bündnissen unternommen werden, sondern nur mit der Außenpolitik.

Um eine wirksame Initiative zugunsten des Friedens ergreifen zu können, muß Großbritannien es wagen, der Furcht die Herausforderung hinzuwerfen, es muß aufhören, ein vorgebliches Mitglied des Klubs atomarer Selbstmörder und ein Lückenbüßer im amerikanischen Bündnissystem zu sein, es muß sich auf den Boden der Charta der Vereinten Nationen, an die Spitze der großen Mehrheit der Nationen der Welt und an die Spitze der mächtigen, für den Frieden wirkenden Kräfte in allen Ländern stellen.

Die Charta der Uno und die Friedenspolitik der Labour Party

Im internationalen Zusammenhang bedeutet dies, an den Grundsätzen, Absichten und Verpflichtungen der Charta festzuhalten, eine Politik der friedlichen Koexistenz anstelle der „antikommunistischen Einkreisung" zu verfolgen und bei Verhandlungen vom gemeinsamen Interesse am Handel und am Frieden anstatt von der „Position der Stärke" auszugehen, die wir nicht besitzen.

In der Tat leistet die neue Verteidigungspolitik diesen Richtlinien Lippendienst, während sie ihnen in der Praxis nicht entspricht. „Die Vereinten Nationen müssen zum Grundstein der britischen Außenpolitik gemacht werden. Wir müssen unsere Beziehungen zu anderen Ländern stets in Übereinstimmung mit dem Buchstaben und dem Geist der Charta leiten. . . . Solange aber die Welt in rivalisierende Blocks geteilt ist, werden die Vereinten Nationen selbst geteilt bleiben. . . . Das ist der Grund, warum wir . . . loyale Anhänger der Nato bleiben müssen."

Unsere Politik sollte darauf gerichtet sein, die Teilung der Welt in zwei Blöcke zu beenden, indem wir die wechselseitigen Beziehungen zwischen sozialistischen und nichtsozialistischen Staaten von den rivalisierenden Militärbündnissen, die die Charta in einen Fetzen Papier verwandelt haben, auf den Boden der Charta zurückleiten, was die Liquidierung der rivalisierenden Blöcke bedeutet. Stattdessen wird uns gesagt, wir müßten an der Nato festhalten, die diese Teilung der Welt verewigt!

Die erste Maßnahme einer künftigen Regierung der Labour Party sollte es sein, ihren Standpunkt und ihre Absichten etwa wie folgt zu verkünden:

„Die (Labour) Regierung, die gemäß des ihr vom Volke erteilten Mandats handelt, hat alle Arbeiten an der Herstellung nuklearer Waffen jeder Art eingestellt und hat von ihrer Ermächtigung unter dem System gegenseitiger Kontrolle Gebrauch gemacht, um ein Veto gegen jede Ausbildung oder andere Aktivität im Zusammenhang mit nuklearen Raketen und Bombern wie auch gegen jeden Einsatz nuklearer Waffen unter welchen Umständen auch immer auf allen und von allen Stützpunkten einzulegen. Sie untersucht die besten Methoden, um die Bestände britischer Nuklearwaffen in Rohmaterial für die Atomkraftwerke und für andere friedliche Zwecke zu verwandeln. Sie hat Gespräche mit der Regierung der USA über die Durchführung der Räumung der Stützpunkte der USA auf britischem Territorium begonnen.

Die Gründe der Regierung für das Erwählen dieses Weges sind dreifach: Erstens: ein nuklearer Krieg würde unter allen nur denkbaren Umständen das größte vorstellbare Übel sein, und jeder Krieg zwischen den Großmächten würde dazu führen, daß man zu nuklearen Waffen seine Zuflucht nimmt. Zwischen unserem Land und der Sowjetunion oder China gibt es und kann es keine Streitigkeiten über nationale Interessen oder Fragen der Ideologie und der sozialen Struktur geben, für die es sich lohnen würde, die Ausrottung des größten Teils oder der ganzen menschlichen Rasse zu riskieren.

Zweitens: die Regierung glaubt nicht, daß die Ansichten der sowjetischen Regierung über die lebenswichtigen Interessen, die sie schützen will, irgendein Interesse oder irgendeinen Wunsch einschließen, einen bewaffneten Angriff gegen unser oder irgendein anderes Land zu verüben. In diesem Zusammenhang mißt die Regierung der Tatsache Bedeutung bei, daß die bekannten Stellungnahmen und Vorschläge der Sowjetunion für die Abrüstung und einen politischen Ausgleich genügend mit denen der britischen (Labour) Regierung gemeinsam haben, um eine durch Verhandlungen und Kompromisse erreichte Übereinkunft zu einem Unterfangen zu machen, das wert ist, begonnen und hartnäckig betrieben zu werden.

Drittens: was immer die ursprüngliche Rechtfertigung dafür gewesen oder nicht gewesen sein mag, daß die Charta der Vereinten Nationen mißachtet und stattdessen auf Waffen und Bündnisse und die Konzeption der „Verhandlungen von der Position der Stärke" zurückgegriffen wurde (das heißt, die Identifizierung der „Verteidigung" mit Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung durch die Regierungen, um ihren eigenen Ansichten über ihre Rechte bei dem Bemühen um die Schlichtung von Streitigkeiten Nachdruck zu verleihen), so ist die Regierung doch überzeugt, daß diese Politik bisher völlig versagt hat, ihre Kosten unmäßig hoch geworden sind, und daß das Beharren auf dieser Politik unweigerlich früher oder später zum Kriege führen würde, selbst wenn, wie das

heute der Fall ist, keine der Mächte, die sich am nuklearen Wettrüsten beteiligen, den Krieg wünscht. Die ganze Konzeption, daß es möglich sei, den Frieden zu erhalten, indem man sich für den Krieg vorbereitet, deren moderner Ausdruck die Theorie ist, daß die Anhäufung nuklearer Waffen den Krieg „abschreckt", ist irrig, hat in der Erinnerung der Lebenden zweimal versagt und wird schließlich, wenn sie nicht aufgegeben wird, einen dritten Weltkrieg heraufbeschwören.

Die Regierung glaubt, daß der Zeitpunkt jetzt gekommen ist, auf das unnötige und schließlich tödliche Risiko eines Gleichgewichts zu verzichten, das durch das nukleare Wettrüsten aufrechterhalten wird, und das kalkulierte Risiko einzugehen, daß wir uns in unseren Beziehungen zu allen Staaten, einschließlich der Sowjetunion und Chinas, auf den Boden der Charta der Vereinten Nationen stellen. Die Charta beruht auf der Voraussetzung, daß diejenigen Großmächte, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind, ein gemeinsames Interesse an der Abwendung des unermeßlichen Unheils eines Krieges und somit an der Zusammenarbeit zur Erhaltung des Friedens haben. Die Regierung ist überzeugt, daß es nie irgendein Abkommen über die allgemeine Abrüstung oder über die offenstehenden politischen Streitfragen geben wird, bis wenigstens einer der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates bereit ist, gemäß dieser Voraussetzung zu handeln.

Sie wird daher, zuerst in den Vorschlägen, die sie für eine allgemeine Vereinbarung macht, bemüht sein, die aus der Charta sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen und gemäß der Voraussetzung zu handeln, auf der sie beruht. Unsere Vorschläge für die Wiedervereinigung Deutschlands und die Organisation des Friedens in Europa, für die Zusammenarbeit von Ost und West im Nahen Osten und die Zulassung der Volksrepublik China zu ihrem Sitz als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat als Vorbereitung für eine Beilegung der Streitigkeiten im Fernen Osten, sind alle darauf gerichtet, die „antikommunistische Einkreisung" in die „friedliche Koexistenz" zu verwandeln und die rivalisierenden militärischen Bündnisse durch Regionalabkommen auf der Grundlage der Artikel 52 und 53 der Charta zu ersetzen. Sie sind darauf gerichtet, die Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und nichtsozialistischen Staaten in den Vereinten Nationen zu fördern, unsere gemeinsamen Interessen auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Technik, der Kultur und der Wissenschaft zu verstärken, die Durchführung der Abkommen über die Abrüstung und das Disengagement zu überwachen und den Frieden zu bewahren. Gemäß unseren Vorschlägen sollen in den wechselseitigen Beziehungen der sozialistischen und nicht sozialistischen Staaten die militärischen Verpflichtungen aus den rivalisierenden Bündnisse sofort dem den Frieden bewahrenden System der Charta untergeordnet und, als wesentlichen Teil des Verfahrens der Abrüstung und des Disengagements, durch dieses System ersetzt werden.

Die Regierung wird ferner die grundsätzliche Voraussetzung der Charta beachten, indem sie sich zu Verhandlungen mit der Sowjetunion und China bereit erklärt, wenn diese unsere Vorschläge für diesen Zweck annehmen, selbst wenn einer oder mehrere unserer Verbündeten sich weigern sollten, auf dieser Grundlage zu verhandeln. Jedes Abkommen, das in derartigen Verhandlungen erreicht würde, würde von den an ihm beteiligten Parteien der Vollversammlung der Ver-

einten Nationen mit einem Entschließungsentwurf vorgelegt werden, der es als die Grundlage für eine Übereinkunft empfehlen würde.

Ferner: die Regierung wird die Charta auf die bestehenden Militärbündnisse, auf die Nato, die Cento und die Seato, anwenden. Durch Artikel 109 der Charta sind die Mitgliedstaaten übereingekommen, daß in dem Fall, in dem Verpflichtungen aus irgendeinem anderen Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten mit denen der Charta nicht im Einklang stehen, die durch die Charta gegebenen Verpflichtungen den Vorrang haben und die zu ihnen im Widerspruch stehenden Vertragsverpflichtungen aufhören, bindende Kraft zu besitzen und null und nichtig werden. (Die Nato, Cento und Seato erkennen in der Tat ausdrücklich an, daß ihre Vertragsbestimmungen in Übereinstimmung mit der Charta ausgelegt werden müssen.)

Die Regierung ist der Ansicht, daß das Recht individueller oder gemeinsamer Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff gemäß Artikel 51 der Charta durch diese Verträge und die auf ihnen beruhende Politik so weitgehend ausgelegt wird, daß sie den abschließenden Absatz des Artikels im wesentlichen in einen toten Buchstaben verwandelt haben, der besagt, daß Maßnahmen, die bei der Ausübung dieses Rechts ergriffen werden, nicht derart sein dürfen, daß sie die Wirksamkeit der Autorität des Sicherheitsrates beeinträchtigen und die im Artikel 24 niedergelegte Bestimmung, daß es der Sicherheitsrat ist, dem die Mitgliedstaaten, die Pflicht übertragen haben, „mit Bezug auf Bedrohungen des Friedens, Verletzungen des Friedens und Aggressionshandlungen" Maßnahmen zu ergreifen, übergehen. Es ist zum Beispiel offensichtlich, daß allein die Tatsache, daß ständige Mitglieder des Sicherheitsrates an rivalisierenden Militärbündnissen beteiligt sind, die Voraussetzungen ungültig macht, auf die sich die Charta gründet, und es dem System kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen unmöglich macht, überhaupt zu funktionieren, da die Einstimmigkeit der ständigen Mitglieder für irgendeine Entscheidung des Sicherheitsrates in derartigen Angelegenheiten nötig ist.

Deshalb enthalten die Vorschläge der Regierung für das Disengagement und die Zusammenarbeit zwischen Ost und West durch einen ganz Europa umfassenden Sicherheitspakt, der den Rahmen bilden soll für die Wiedervereinigung Deutschlands durch Verhandlungen zwischen west- und ostdeutschen Vertretern, und für die Errichtung einer von Stützpunkten und nuklearen Waffen freien Zone, aus der ausländische Streitkräfte zurückgezogen und in der die Streitkräfte der betroffenen Länder unter der gemeinsamen Kontrolle der vertragschließenden Parteien verringert und begrenzt werden sollen, eine Bestimmung, die besagt, daß, solange dieser Vertrag in Kraft bleibt, die hohen vertragschließenden Parteien übereinkommen, daß ihre militärischen Verpflichtungen aus irgendeinem anderen Vertrag in Übereinstimmung mit Artikel 53 der Charta ausgelegt werden sollen, der Maßnahmen unter den Bestimmungen eines regionalen Vertrags „mit Bezug auf Bedrohungen des Friedens, Verletzungen des Friedens und Aggressionshandlungen" ohne eine Bevollmächtigung durch den Sicherheitsrat verbietet.

Die Regierung lenkt weiter die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß in den Verträgen der Nato, Cento und Seato der Casus foederis (Bündnisfall) als „unprovozierte Aggression" definiert wird. Sie teilt mit, daß Staaten, die die Vorschläge der Regierung für politische Vereinbarungen, für die Abrüstung, das

Disengagement und die Zusammenarbeit zwischen Ost und West in der Nato nicht einmal als Verhandlungsgrundlage billigen, falls sie in einen Konflikt mit anderen Staaten verwickelt würden, nach Ansicht der Regierung nicht länger berechtigt sein würden, geltend zu machen, daß sie Opfer einer „unprovozierten Aggression" geworden seien.

Man wird feststellen, daß diese Vorschläge für ein politisches Abkommen, für die Abrüstung und das Disengagement im allgemeinen denen entsprechen, auf die sich die Labour Party bereits offiziell verpflichtet hat und für die im In- und Ausland breite Unterstützung vorhanden ist. Der einzige Unterschied liegt darin, daß der jetzige Widerspruch zwischen der Außenpolitik der Labour Party — die sich bemüht, die Sowjetunion und China als Partner bei der Herstellung und Erhaltung des Friedens durch die Uno mittels regionaler Abkommen zwischen Ost und West auf der Grundlage der Charta zu behandeln — und der (von Gaitskell vertretenen) Verteidigungspolitik der Labour Party aufgehoben wird, die vorschlägt, daß man fortfahren solle, diese Länder als potentielle Gegner zu behandeln, gegen die wir uns unter amerikanischer Führung in der Nato, Seato und Cento auf den Krieg vorbereiten müssen; daß also die Verteidigungspolitik der Labour Party mit ihrer Außenpolitik in Übereinstimmung gebracht wird. Denn die Tatsache kann nicht genügend betont werden, daß die ganze Politik, die darauf gerichtet ist, im Zustand der Vorbereitung auf den nuklearen Krieg gegen ein Drittel der Welt zu verharren, militärisch ein Fehlschlag und wirtschaftlich eine lästige und kostspielige Belastung ist — was immer ihre moralischen oder vernunftmäßigen Ausgangspunkte gewesen sein mögen, und daß die Bevölkerung der westlichen Länder in zunehmendem Maße ungeduldig wird ob der Abgeneigtheit oder Unfähigkeit ihrer Regierungen, Frieden zu machen. Großbritannien würde daher, wenn es den Standpunkt und die Politik, die hier vorgeschlagen wurden, billigt, eine wachsende Welle der Anteilnahme und der Unterstützung, wie auch einer Auflehnung im Westen gegen die fruchtlose Unnachgiebigkeit der Regierungen auslösen. Gleichzeitig würde es die Kräfte in der Sowjetunion stärken, die bereit sind, uns bei einem Ausgleich ehrlich entgegenzukommen, wenn sie eine echte Antwort des Westens erhalten, weil auch sie verzweifelt den Frieden herbeisehnen und ihn aus wirtschaftlichen Gründen dringend benötigen, um sich von der Rüstungslast zu befreien.

Eine sich zu dieser Politik bekennende Labour Party könnte einen großen Einfluß ausüben, um in Deutschland, Skandinavien, den Beneluxländern, Frankreich und Italien Unterstützung zu gewinnen. Breitere Kontakte durch die Kampagne für Nukleare Abrüstung, durch Ost-West-Konferenzen usw. mit gleichgesinnten Gruppen sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa würden die Zahl und die Entschlossenheit derjenigen erhöhen, die es satt haben, als Verlierer beim nuklearen Wettrüsten ihre Lebenssubstanz für eine unwürdige Politik im Kokettieren mit dem Tode zu vergeuden — und was Großbritannien und Europa im allgemeinen angeht, der Laune jener Art von Narren im Pentagon unterworfen sind, die der Staatssekretär der USA, Christian Herter, mit der skandalösen Behauptung rechtfertigte, daß die USA fortfahren würden, unter Verletzung des Völkerrechts Spionageflugzeuge nach Rußland zu entsenden, um sich und seine (nicht befragten und nach dem Ereignis empörten) Verbündeten vor einem Überraschungsangriff zu schützen.

Die Macht ist zu tödlich, um angewendet zu werden, und Rüstungen und Bündnisse stehen in keinem vernünftigen oder sogar im verkehrten Verhältnis zur

sozialen und ideologischen Herausforderung durch den Kommunismus. Diese reale Politik würde die Unterstützung der Jugend und all derjenigen gewinnen, die sich nach Frieden und einer Politik des gesunden Menschenverstandes sehnen, und eine gewaltige Kampagne ins Werk setzen, bei der die Tatsachen, die Vernunft, die Ethik, der Nationalstolz und der Trieb zur Selbsterhaltung alle auf unserer Seite wirken würden. Sie würde eine Welle der Hoffnung bei den Völkern der Welt auslösen und den kalten Kriegern ein kaltes Beben durch das Rückenmark jagen. Die erste Erklärung der Regierung im Parlament und die Maßnahmen, die sie ankündigt, würden zweifellos eine Auseinandersetzung mit ihren Verbündeten entfachen und scharfer Kritik begegnen. Sie würden jedoch gewaltige und anwachsende Unterstützung in allen Weltteilen finden, sowohl auf der Ebene der Regierungen wie auf der der öffentlichen Meinung. Wenn wir unsere Verhandlungsvorschläge unterbreiten, so würden sich die Vereinigten Staaten und die restlichen Länder unter großem Druck befinden, bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion nicht abseits zu stehen. Wenn sie es dennoch täten und wir vorangingen und eine allgemeine Grundlage für die Übereinkunft mit der Sowjetunion erreichten, die den meisten Menschen vernünftig erscheint und gewiß der Fortsetzung des nuklearen Wettrüstens vorzuziehen wäre, so würde sich der Druck gegen die Reaktion ins Unermeßliche steigern. Er würde unwiderstehlich werden, wenn es in der Vollversammlung der Vereinten Nationen klar würde, daß wir mit Hilfe des britischen Commonwealth, der sowjetischen Gruppen, der afro-asiatischen und lateinamerikanischen Länder eine überwältigende Mehrheit zusammenbrächten, um unser Abkommen als Grundlage für eine Vereinbarung zu empfehlen.

In irgendeiner Etappe dieser Verhandlungen, wenn nicht früher, würde sich die Regierung der USA durch den Druck der Öffentlichkeit und die Macht der Umstände zu einer Beteiligung genötigt sehen, unter dem Deckmantel einer Formulierung, die es gestattet, das Gesicht zu wahren, oder eines Abänderungsantrags, so daß es ihr ermöglicht wird, sich den Empfehlungen der Vollversammlung anzuschließen, bevor sie isoliert und in den Augen der zivilisierten Welt, einschließlich ihres eigenen Volkes, als das Hindernis zur Herstellung des Friedens gebrandmarkt wird. Danach würde man Verhandlungen führen, die wirkliche Ergebnisse erbringen, eine erfrischende Abwechslung nach den Friedensbemühungen Mr. Macmillans, der — schmeichlerisch gegenüber den USA — erklärte: „Es ist besser, hoffnungsvoll zu reisen als anzukommen"; eine Abwechslung auch nach der heuchlerischen, von Provokationen des Pentagon unterbrochenen Starrheit der Regierung der USA und der noch größeren Unnachgiebigkeit ihrer großkopfigen Untergebenen in Frankreich und Deutschland.

Das ist keine einfache Politik. Sie verlangt einen langwierigen, beharrlichen, harten und mutigen Kampf. Im Grunde genommen ist es eine Politik, die über die Köpfe der Regierungen hinweg an die Völker appelliert. Aber es ist die einzige Politik, die Ergebnis bringt. Sie wird durch das fortgesetzte Versagen, den Stillstand und die wachsenden Kosten und Gefahren der Strategie nuklearer Abschreckung vorangetrieben, und unsere Alternative wird zunehmende und schließlich entscheidende Unterstützung gewinnen. Auch wird ihr Einfluß nicht am Eisernen Vorhang haltmachen. Wenn das, was uns am Herzen liegt, Demokratie und Freiheit und nicht die Erhaltung der alten sozialen und kolonialen Ordnung ist, dann ist der Friede ein Verbündeter unserer Sache. Heute stellt der Kalte Krieg das Haupthindernis für die Ausbreitung der Demokratie und der Freiheit

nach Osten und eine wesentliche Gefahr für ihr Fortbestehen im Westen dar. Um so schneller dieses Hindernis verschwindet, um so mehr der Handel und die freundschaftlichen menschlichen Kontakte über die Grenzen hinweg zunehmen, um so schneller werden sich die Regierungsformen der sozialen Revolution vom Totalitarismus zu Formen politischer Demokratie entwickeln, die sich unseren Vorstellungen von den Menschenrechten, der Freiheit und der Herrschaft des Rechts nähern.

Großbritannien kann im Klub der nuklearen Selbstmörder nur eine Macht dritten Grades sein. Aber es kann eine Macht ersten Grades werden, wenn es die Menschheit aus dem Kalten Krieg zum Frieden führt, vom Auffassen der internationalen Angelegenheiten als außenpolitischen Angelegenheiten zu ihrem Verstehen als menschlichen Angelegenheiten, von Haß, Furcht, der sozialen Hysterie, dem politischen Analphabetentum und Götzendienst vor der höllischen Bombe als „Bewahrer des Friedens" zum Vertrauen in die Vernunft und in die Gemeinsamkeit der Menschen.

Dr. Achim v. Borries

Die Agonie Spaniens

Am 31. Mai 1960 berichtete die Deutsche Zeitung aus Lissabon: „Nach dem Scheitern der Gipfelkonferenz glaubt man auf der Iberischen Halbinsel, daß es nie einen günstigeren Augenblick gegeben habe, um die Aufnahme Spaniens in die Nato durchzusetzen ... In der neuen Phase des Kalten Krieges, die jetzt begonnen hat, dürfte die Pyrenäenhalbinsel zweifellos eine aktivere Rolle spielen als wärend der Koreakrise. Daß die USA zur engeren Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal bereit sind, ergibt sich nicht nur aus den Erklärungen Eisenhowers bei seinem kürzlichen Besuch in Lissabon, sondern auch aus der Botschaft, die er vor seinem Abflug an Franco richtete. Dieses bemerkenswerte Dokument läßt deutlich den schärferen Ton erkennen, den Amerika offenbar künftig gegenüber der Sowjetunion anschlagen wird."

Seit langem strebt der spanische Diktator eine außenpolitische Sicherung seines Regimes durch die Aufnahme Spaniens in das westliche Bündnissytem an, ohne daß er sich jemals der Nato aufgedrängt hätte. Franco gab stets zu verstehen, er könne warten, bis er gerufen werde. Er spekulierte auf eine Fortsetzung oder gar Verschärfung der weltpolitischen Spannungen, auf eine ideologische Radikalisierung und militärpolitische Forcierung des Antikommunismus und auf eine fortchreitende Aushöhlung des demokratisch-parlamentarischen Systems in Mittel- und Westeuropa durch autoritäre Elemente militant antikommunistischer Observanz. Und es hat den Anschein, als seien solche Hoffnungen, auf die Franco die Hoffnung auf Aufrechterhaltung seines eigenen Regimes gründet, nicht ganz ungerechtfertigt. Die zurückhaltende Beharrlichkeit des Diktators macht sich seit Jahr und Tag bezahlt. Ohnehin steht die amerikanische Politik Madrid gegenüber seit langem im Zeichen militärpolitischer Kooperation. Der Besuch Außenminster Castiellas in Bonn im November 1959 — über den damals an dieser Stelle berichtet worden ist — bestätigte, was man seit

langem wußte: daß die Bundesregierung die Einbeziehung Spaniens, die von Großbritannien und den skandinavischen Ländern bis heute wegen des antidemokratischen Charakters des Regimes abgelehnt wird, besonders eifrig befürwortet und es auch an offenen Sympathie-Erklärungen für das autoritäre Regime in Madrid nicht fehlen läßt. Die fatale Stützpunkt-Affäre Anfang dieses Jahres enthüllte dann, wie weit die ambitiösen militärpolitischen Pläne des Ministers Strauß bereits gediehen waren oder genauer gesagt: sind! Denn der nur allzu begründete Argwohn, mit dem die Öffentlichkeit auch im Westen auf diese Bonner Spanien-Projekte reagierte, veranlaßten Strauß nicht etwa zu einem Verzicht auf seine Ambitionen, sondern nur zu einem vorläufigen taktischen Rückzug, zu einer Verschleierung dieser Pläne. Nach der Verschärfung der internationalen Lage schon vor dem Gipfeltreffen — für die Bonn mitverantwortlich war — und vollends nach dem Pariser Fiasko wähnen nun die herrschenden Kreise in Madrid wie in Bonn die Stunde für eine offene militärpolitische und darüber hinaus enge politische Zusammenarbeit unter autoritär-antikommunistischen Vorzeichen im Rahmen der Nato gekommen. Adenauer sowohl als auch Franco brachten ihre unverhohlene Befriedigung über das Nichtzustandekommen der Pariser Konferenz und die amerikanische „Politik der Stärke" zum Ausdruck — kein Wunder, sind ihre Regimes doch die eigentlichen ‚Kriegsgewinnler' des Kalten Krieges, an dessen Fortsetzung sie alles Interesse haben, dessen Ablösung durch eine weltpolitische Entspannung sie vor allem aus innenpolitischen Gründen seit Jahr und Tag fürchten. Franco beginnt nunmehr aus seiner Reserve gegegenüber der Nato herauszutreten. Anfang Juli warb sein Außenminister Castiella in London um eine britische Zustimmung zur Nato-Mitgliedschaft Spaniens. Entsprechender Bemühungen in Bonn bedarf es nicht mehr, tut doch die Bundesregierung ihrerseits alles, den Anschluß Spaniens an die Nato durchzusetzen.

Aber nicht allein außenpolitisch hat Franco Oberwasser bekommen. Vor Jahresfrist noch wurde den Kritikern der langsam, aber stetig fortschreitenden Aufnahme Franco-Spaniens in die verschiedenen europäischen Organisationen in Bonn beschönigend erklärt, diese Entwicklung werde zu einer Liberalisierung des Franco-Regimes, zu einer Annäherung der politischen Institutionen Spaniens an die der parlamentarischen Demokratien Mittel- und Westeuropas führen. Schon damals zeichnete sich aber gerade die entgegengesetzte Tendenz ab. Und es haben sich denn auch im Laufe dieses letzten Jahres nicht etwa in Spanien die liberalen und demokratischen, sondern in Paris, Rom und vor allem in Bonn die autoritären, offen oder latent antidemokratischen Elemente weiter durchgesetzt! Anders gesagt: innenpolitisch und ideologisch hat sich die Bundesrepublik Spanien immer mehr angenähert, nicht umgekehrt! Dieser Trend ermutigt den spanischen Diktator dazu, sein System nun auch ganz offen anderen europäischen Staaten als das „Regime der Zukunft" zu empfehlen. Am 14. Juli verstieg Franco sich zu der Erklärung, es sei eine Reform der „überalterten demokratische Systeme" notwendig. Zwischen der „sowjetischen Sklaverei" und der „unorganischen Demokratie" bleibe noch Raum für „moderne demokratische Lösungen". Das jetzige spanische Regime komme den Wünschen nach „sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlichem Fortschritt und Steigerung des Lebensstandards" entgegen . . .

Internationale Aufwertung — Nationale Abwertung

Diese Erklärung Franco's mutet nun allerdings wie blanker Hohn an, zieht man die spanische Wirklichkeit von 1960 in Betracht. Ein Blick auf diese Wirklichkeit macht aber auch deutlich, in welchem Maße das Franco-Regime heute auf die

Einbeziehung Spaniens in die Nato-Planung und auf einen Machtgewinn der autoritär-antidemokratischen Kräfte in Paris, Rom und Bonn angewiesen, daß also das von Franco zur Schau gestellte Selbstbewußtsein rein außenpolitisch bedingt ist. Denn der spanische Staatschef hofft mit Hilfe der Nato und mit Hilfe jener autoritären Elemente im Westen sein System in einem Augenblick noch einmal stabilisieren zu können, da dessen Ansehen im eigenen Lande seinen bisherigen Tiefpunkt erreicht hat. Die internationale Aufwertung soll heute die fortschreitende nationale Abwertung des Franco-Regimes kompensieren. So wie Franco den Bürgerkrieg einst nur dank der massiven Unterstützung von seiten der faschistischen Mächte zu gewinnen vermochte, so vermag er heute seine Herrschaft nur noch aufrechtzuerhalten dank der Begünstigung seines Regimes durch die Nato-Mächte!

Die Unzufriedenheit des nicht nur der politischen Freiheit, sondern — unter Franco — auch der Aussicht auf eine Besserung seiner Lebensverhältnisse und auf eine freie Entfaltung seiner Kräfte beraubten spanischen Volkes wächst immer mehr. Erst kürzlich kam es wieder zu Unruhen in Südspanien, auf die das Regime mit zahlreichen Verhaftungen reagierte. Wenn man die Methoden solch autoritär-antidemokratischer Systeme einigermaßen kennt, wundert man sich nicht darüber, daß alle diese Unruhen den „Kommunisten" in die Schuhe geschoben und alle Gegner des Systems wenn irgend möglich als „Kommunisten" denunziert werden. In Wirklichkeit hat Franco mehr denn je Grund, gerade die nicht-kommunistische Opposition im eigenen Lande zu fürchten. Und so sehr ihn die Verschärfung der internationalen Lage, die Aushöhlung der Demokratie in der Bundesrepublik erfreuen kann — es gibt jenseits der spanischen Grenzen doch auch andere Vorgänge, die ihn alarmieren müssen, weil sie die freiheitlichen Kräfte im spanischen Volke ermutigen: in der Türkei, in Südkorea wurden terroristisch-antidemokratische Regimes hinweggefegt, die unter dem Vorwand des „Antikommunismus" die Freiheit unterdrückten und jeden sozialen Fortschritt verhinderten; in Japan und Italien haben die Protagonisten des Kalten Krieges und einer prä-faschistischen Entwicklung schwere Niederlagen erlitten! Um so mehr muß General Franco sich an die Exponenten solcher Tendenzen in Bonn, Paris und auch in Washington klammern — wie umgekehrt diese an ihn als einen Gesinnungsgenossen sich halten!

Das spanische Volk hat keine Möglichkeit, durch ein freies Votum die Behauptung Franco's, das jetzige spanische Regime komme den Wünschen nach sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlichem Fortschritt und Steigerung des Lebensstandards entgegen, zu bestätigen oder zu entkräften. Politische, aber auch geistige und wirtschaftliche Selbstbestimmung werden ihm versagt. Wie verzweifelt in Wirklichkeit seine Lage ist, hat ein anderer Vorgang der letzten Zeit erhellt. Es handelt sich um ein innenpolitisches Ereignis von ganz außerordentlicher Tragweite, das wie kaum ein anderes die politischen, geistigen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in Spanien erkennen läßt und darüber hinaus deutlich macht, in welchem Maße die Kritik an Franco's System um sich greift.

Am 30. Mai 1960 wandten sich 339 baskische Priester in einem Schreiben an ihre Oberhirten, den Erzbischof von Pamplona sowie die Bischöfe von Bilbao, San Sebastian und Vitoria. Sie protestierten gegen die gewohnheitsmäßige Brutalität der spanischen Polizei und die furchtbare soziale Not breiter Schichten des spanischen Volkes. Sie machten sich zum Dolmetsch der Kritik dieser ausgebeuteten und unterdrückten Schichten an dem Bündnis von Staat und Kirche in Franco-Spanien! Sie warnten die Bischöfe mit beschwörenden Worten vor der der Kirche selbst aus ihrer nahezu bedingungslosen Unterstützung jenes volksfeindlichen Regimes erwachsenden Gefahr. Schon einmal, im Bürgerkrieg von

1936—1939, hatte ja die traditionelle Parteinahme der spanischen katholischen Kirche zugunsten der sozialen Reaktion, ihr Kampf gegen alle die Kräfte, die für eine wirtschaftliche, politische und geistige Emanzipation des spanischen Volkes eintraten, einen radikalen, blutigen Anti-Klerikalismus provoziert. Eingedenk dieser Erfahrungen der Kirche weisen die tagtäglich mit dem Volke in Berührung kommenden Priester den hohen Klerus auf die Feindschaft hin, der sie selbst begegnen. Es heißt in ihrem Protestschreiben laut Neue Zürcher Zeitung vom 26. Juni u. a.: „Die Anklagen, die gegen uns erhoben werden, stellen wegen ihrer Heftigkeit und ihrer Ausführlichkeit einen eigentlichen Aufschrei des Volkes dar." Nicht als ob dieses Volk prinzipiell kirchen-feindlich, anti-christlich wäre; im Gegenteil, es macht gerade der Kirche selbst ihre faktische Un-Christlichkeit zum Vorwurf, es vergleicht die Lehre und die Praxis der Hierarchie: „Der Vorwurf, der gegen uns erhoben wird, ist kein anderer als derjenige des Widerspruchs, der daraus entsteht, daß die Kirche eine bestimmte Doktrin in bezug auf das menschliche Wesen hat und daß ein Regime, das sich offiziell als katholisch bezeichnet und welchem die kirchliche Hierarchie ihre entschlossene Unterstützung leiht, dieser Doktrin nicht nachlebt. Dies ist die Anklage, die gegen uns erhoben wird." Die Priester sprechen von dem „feindseligen Ambiente, das uns umgiebt", von der „Unaufrichtigkeit der heutigen spanischen Verhältnisse", von der Unfreiheit: „Die Wahrheit ist, daß alle Elemente der Macht, alle verantwortlichen Posten, vom Minister bis zum Dorfvorsteher, vom Rektor der Universität bis zum letzten Abteilungsleiter, von einem einzigen, absoluten und letztinstanzlichen Willen beherrscht werden. In diesem Klima ist es menschenunmöglich, die Unterwürfigkeit zu vermeiden." In diesem erschütternden Dokument kommen die Unterzeichner zu dem Schluß: „Ein großer Irrtum wäre es, die Schwere der Situation zu unterschätzen, die auf Generationen hinaus die Zukunft der Kirche gefährden könnte."

Das Protestschreiben der baskischen Priester geht seither in Spanien als Flugblatt von Hand zu Hand. Es erinnert an die Anklagen, die der große französische katholische Dichter Georg Bernanos zur Zeit des spanischen Bürgerkriegs in seinem Werk Les grands cimetières sous la lune (in deutscher Übersetzung 1959 unter dem Titel ‚Die großen Friedhöfe unter dem Mond') gegen die spanische Hierarchie erhoben hat, gegen ihre Unterstützung des weißen Terrors und ihre Verfälschung sozialer Kämpfe in religiöse Auseinandersetzungen, gegen den Mißbrauch des Christentums und der Kirche zur blutigen Aufrechterhaltung eines gesellschaftlichen Privilegiensystems auf Kosten des spanischen Volkes. Die Reaktion dieser Hierarchie auf den Alarmruf des niederen Klerus legt den Schluß nahe, daß die Bischöfe sich auf Gedeih und Verderb mit dem Franco-Regime identifizieren.. Ihre Antwort ist eine erschreckende Bestätigung all dessen, was das Volk der Kirche zum Vorwurf macht. Die Priester hatten von jenen Nöten und Anklagen gesprochen, die jeden Tag an sie herangetragen werden, nicht aber hinter die Mauern der feudalen Bischofssitze dringen. Die Bischöfe aber erklären diese Mahnungen der Priester einfach für sachlich unbegründet und für unrechtmäßig. Sie kritisieren den „politischen Charakter" und die „offensichtlichen Unrichtigkeiten" jenes Protestes des baskischen Klerus, der unannehmbar sei, ein „großer propagandistischer Skandal zweifelhaften Ursprungs und mit ebenso zweifelhaften Zielen". Die Geistlichen werden „ermahnt", sich auf ihre priesterliche Mission zu beschränken. Zu dieser gehört also nach Auffassung des Episkopats nicht die Sorge für Gerechtigkeit und Aufrichtigkeit in den sozialen Beziehungen der Katholiken. Und nicht die von den Priestern erwähnten Zustände sind ein Skandal, sondern die beschwörenden Hinweise auf die Unmenschlichkeit und darum Unchristlichkeit dieser Zustände!

Anfang Juli nahm auf dem 6. Internationalen Kongreß der katholischen Presse in Santander der Bischof von Huelva als Präsident der spanischen katholischen Pressekommission zu dieer Antwort des spanischen Episkopats an den baskischen Klerus Stellung. Er erklärte: „Wenn sich die kirchliche Hierarchie mittels einer kollektiven Erklärung ausspricht, muß sie angehört werden, wie wenn es die Stimme Christi wäre." Außerdem verlangte er, nicht allein die spanische, sondern auch die internationale katholische Presse müsse die Hierarchie unterstützen, wenn diese sich in einem Kollektivschreiben zu Problemen des eigenen Landes äußere. Die Neue Zürcher Zeitung berichtete am 16. Juli aus Madrid: „Der Kongreß von Santander stand gerade wegen des Vorfalls mit den baskischen Priestern im Zeichen der Disziplin und Unterwerfung unter die Hierarchie." Mit anderen Worten: die Hierarchie tut alles, um die Stimme des niederen Klerus, die hier als Stimme des Volkes gesprochen hat, zum Schweigen zu bringen. Die Autorität der Bischöfe wird betont und praktiziert — aber man weiß nun um welchen Preis! Um den der sozialen Gerechtigkeit und der Aufrichtigkeit! Mit Betroffenheit vernimmt man, daß der päpstliche Nuntius in Spanien, Msgr. Antoniutti, sich veranlaßt fühlte, die Hierarchie demonstrativ zu unterstützen. Anläßlich einer Priesterweihe in der Bischofsstadt Vitoria sagte er: „Wer sich dem Bischof entgegenstellt, stellt sich Christus entgegen. Wer die Mission des Bischofs erschwert, lähmt die Arbeit der Kirche ... Wer seinen Bischof nicht liebt, wer ihn nicht tröstet mit seinem Gehorsam, wer ihm nicht für seine Sorge Dank weiß, hat das Gefühl für seine christliche Würde verloren." Wie aber steht es um die Sorge dieser Hierarchie um das einfache Volk, ihr Gefühl für dessen „christliche Würde"? Die baskischen Priester taten nichts anderes, als an das Los dieses Volkes zu erinnern, an das Versagen der Kirche vor dieser Wirklichkeit des sozialen Lebens.

Die spanische Hierarchie profitiert von dem Bündnis mit Franco wie dieser nicht zuletzt auf die spanischen Bischöfe sich stützt. Die Stuttgarter Zeitung meldete am 13. Juli 1960 aus Madrid, „daß es der Kirche zu keiner Zeit und zu keinem Regime besser ergangen ist als unter Franco. Ist auch nur eine Chance denkbar, daß die Kirche in Spanien noch mehr Ehren, Reichtümer und Einfluß gewinnen könnte?" Und in der Neuen Zürcher Zeitung vom 26. Juni las man: „Nur die Diktatur kann der Kirche in dem Ausmaß, wie es geschieht, entgegenkommen, indem Zensur, Presse, Radio und Schulwesen usw. praktisch dem unbeschränkten Einfluß der Kirche unterliegen. Die Hierarchie ist offensichtlich nicht gewillt, ihre privilegierte Stellung zu gefährden." Aber ist eine solche Ballung weltlicher Macht, irdischer Schätze, politischen Einflusses bei gleichzeitiger geistiger und wirtschaftlicher Unfreiheit des Volkes die Mission der Kirche? Oder ist diese Kirche bereits endgültig und in einem besonders verhängnisvollen Maße der furchtbaren Verseuchung irdischer Herrschaft erlegen?

Von der verschleierten zur offenen Ausbeutung

Eine Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Franco-Spaniens bestätigt die Diagnose der baskischen Priester. Sie zeigt auch, daß die spanischen Bischöfe sich mit einem politischen Regime identifizieren, das mehr denn je seine Hauptaufgabe in der Aufrechterhaltung des traditionellen gesellschaftlichen Privilegiensystems, in der Verhinderung jeder den breiten Massen des spanischen Volkes zugutekommenden Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturprobleme des Landes sieht. Die Annahme ist falsch, der Eintritt Spaniens in die OEEC am 20. Juli 1959 und die Wirtschaftsreform desselben Jahres habe daran etwas geändert oder bedeute gar das Einschlagen neuer Wege. Ganz im Gegenteil sollen nurmehr die alten Ziele mit neuen Mit-

teln erreicht werden! Bis zu dieser Reform stand die spanische Wirtschaft im Zeichen der Autarkie, des bürokratischen Dirigismus, der Herrschaft teils staatlicher, teils privatkapitalistischer Monopole. Es gab hier Gewinnspannen bis zu 100 Prozent, ein ausgedehntes Schmuggelsystem und einen riesigen Schwarzen Markt, von dem man wohl nicht zu Unrecht gesagt hat, er sei der eigentliche Markt Spaniens. Die Erschließung der Produktivkräfte des Landes wurde vernachlässigt, von sozialen Reformen ganz zu schweigen. Die spanischen Gewerkschaften waren und sind nicht freie, sondern staatliche Gewerkschaften, die gleichzeitig die Interessen der Staatsführung durchsetzen und für die Unzufriedenheit der breiten Massen als Ventil dienen sollen. Die Falange, mit deren Hilfe Franco seinerzeit zur Macht kam, hatte ursprünglich den spanischen Massen gewisse soziale Reformen versprochen, und zwar im faschistisch-korporativen Sinne, nationalistisch und autoritär-‚sozialistisch'. Die falangistische Bewegung bildete den linken Flügel der Franco-Koalition von 1936 und Franco stützte sich zunächst vor allem auf sie, weil sie allein überhaupt eine gewisse, eben die faschistische Alternative hatte zu den wirtschaftlichen und sozialen Reformprogrammen der republikanischen Linken. Ein Teil des spanischen Volkes hoffte auf die Lösung der sozialen Probleme des Landes durch diese autoritär-nationalistisch-sozialistische Bewegung. Aber schon im Verlaufe des Bürgerkrieges verlor diese innerhalb der Rechts-Koalition an Einfluß. Immerhin hat sie zunächst bald zwei Jahrzehnte im Franco-System eine bestimmende Rolle gespielt, ohne irgendwelche Reformen durchsetzen zu können, die die Lage des spanischen Volkes von Grund auf verbessert hätten. Das nationalistisch-autarkistisch-dirigistische Wirtschaftssystem war volkswirtschaftlich denkbar unsinnig, es drosselte die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, ohne die Spanien nicht gesunden kann. Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des zahlreichen Agrarproletariats waren besonders trostlos. Sie hatten eine anhaltende Landflucht zur Folge; diese wiederum führte zu einer immer weiter zunehmenden Überbevölkerung der wenigen Großstädte des Landes, ohne daß dem die Schaffung ausreichender effektiver Arbeitsmöglichkeiten entsprochen hätte. Die nur sehr langsam fortschreitende Industrialisierung kam nur den vom Staate privilegierten Unternehmern zugute. Dieses wirtschaftlich völlig un-rationell arbeitende und gleichzeitig denkbar un-soziale ökonomische System bot dem spanischen Volk nicht die geringsten Aussichten auf eine Veränderung seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation. Der Unwille dieses Volkes sollte gedämpft werden durch eine gewisse, wirtschaftlich unsinnige Arbeitsschutzgesetzgebung, die auf Initiative der Falange geschaffen worden war.

Die Wirtschaftsreform von 1959 brachte vor allem ein Ende des nationalistischen Autarkismus. Spanien wurde für ausländisches Kapital wieder interessant. Wir haben schon im November 1959 darauf hingewiesen, in welchem Maße das Land unter seinen heutigen ökonomischen und politischen Bedingungen jetzt diesem Kapital ausgeliefert wird und daß Franco sich dieses fremden Kapitals zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft bedient. Gleichzeitig ist der Dirigismus und damit die wasserkopfartige Wirtschafts-Bürokratie, die in einem grotesken Mißverhältnis zum Umfang der Produktivkräfte stand, teilweise abgebaut worden. Die Importe wurden liberalisiert. Durch eine Abwertung der Peseta versuchte das Regime die Währung zu stabilisieren.

Gleichzeitig bedeutete diese relative wirtschaftliche Liberalisierung das Ende der „bisher praktizierten, künstlich geschaffenen und in Wirklichkeit durch Unterbeschäftigung in schädlichster Weise kompensierten Vollbeschäftigung" (Neue Zürcher Zeitung, 16. 3. 60), das heißt eine Erhöhung des wirtschaftlichen Druckes auf die breiten Massen mit ihren ohnehin geringen Verdienstmöglichkeiten. Die

Deutsche Zeitung prophezeite am 1. Februar dieses Jahres: „Die nächsten Monate werden für den spanischen Arbeitsmarkt die schwerste Belastung der letzten 20 Jahre bringen" und schrieb am 18. 3. 60 zu demselben Problem: „War es schon bisher für das Regime unmöglich, Arbeitsplätze für den jährlichen Bevölkerungszuwachs von 250 000 bis zu 300 000 Menschen zu schaffen, so wird diese Aufgabe im Zeichen der jetzigen Deflationskrise völlig undurchführbar." Mit anderen Worten: die sozialen Verhältnisse verschlechtern sich jetzt noch, an die Stelle einer sozialfaschistisch gedrosselten tritt die offen kapitalistische Ausbeutung der Massen. Die Situation auf dem spanischen Arbeitsmarkt vor und nach der Liberalisierung wurde am 16. 3. 60 von der Neuen Zürcher Zeitung charakterisiert: „In Westeuropa kann ein Arbeiter von seinem normalen Einkommen leben, wobei Überstunden wegen der hohen Arbeitsintensität und der hohen Löhne die Ausnahme bilden. In Spanien liegen die Dinge anders, weil hier das Existenzminimum in den letzten Jahren überhaupt nur durch Überstunden erreicht wurde. Das normale Einkommen aus dem Neun- oder Zehnstundentag ist dagegen so beschämend niedrig, daß damit kaum die dringendsten Ausgaben bezahlt werden können. Die Überstunden, die in vielen Betrieben großzügig gehandhabt wurden und auf die der Arbeiter meist in unbeschränkter Zahl rechnen konnte, ermöglichten ihm eine gewisse Ergänzung des kärglichen Normaleinkommens ... Neu ist, daß durch die wirtschaftliche Stagnation, die sich im Gefolge der Kreditrestriktionen und der Einfuhreinschränkungen ergab, die im Einkommen des spanischen Arbeiters eine besondere Rolle spielenden Überstunden in Frage gestellt wurden und daß die Arbeitslosenfrage durch Betriebseinstellungen akuter wurde." Der Berichterstatter macht dann darauf aufmerksam, daß sowohl die Gewerkschaften als auch die Kirche sich kritisch über die Einkommensverhältnisse der Arbeiter geäußert haben, wobei allerdings die Kritik des Episkopats sich angesichts ihrer späteren Stellungnahme zu dem Protestschreiben der baskischen Priester als platonisch erweist. Immerhin zeigt er, daß der hohe Klerus die furchtbaren sozialen Verhältnisse des Landes kennt. Völlig unzulänglich ist gerade unter den neuen Verhältnissen die Arbeitslosengesetzgebung, ohnehin die letzte Barriere vor der völlig hemmungslosen Ausbeutung des Volkes und seiner Verelendung: „Offiziell ist nur arbeitslos, wer nach einer drei- oder viermonatigen Zugehörigkeit zu einem Unternehmen zu den sogenannten ‚plantilla' gehört, d. h. sich in einem rechtlich festen Arbeitsverhältnis befindet. Wer aber zum Zeitpunkt der Schließung eines Betriebes oder dessen Teilschließung nicht den Status eines Arbeitnehmers mit festem Arbeitsverhältnis hat, hat kein Anrecht auf die Arbeitslosenunterstützung ... Die Gelegenheitsarbeiter sind nicht selten deshalb Gelegenheitsarbeiter, weil die Arbeitgeber die Verwendung solcher Arbeitskräfte zeitlich beschränken, um zu vermeiden, daß sie die Zeitgrenzen überschreiten und damit automatisch in ein festes Arbeitsverhältnis geraten. Diese Arbeitskräfte werden regelmäßig ausbezahlt und wieder neu verwendet, gelangen aber nie in ein fixes Arbeitsverhältnis. Sie genießen überhaupt keinen arbeitsrechtlichen Schutz." (Neue Zürcher Zeitung, 16. 3.).

Die „Lösung" dieses Problems überschüssiger Arbeitskraft besteht unter den heutigen spanischen Voraussetzungen nicht etwa in der systematischen Erweiterung der Arbeitsmöglichkeiten, der planmäßigen Erschließung der Produktivkräfte des Landes und einer grundlegenden Reform der Argrarverhältnisse, sondern in einem Abschieben jener Arbeitskraft ins Ausland. Die Bundesrepublik spielt in dieser Hinsicht eine ähnliche Rolle im Falle Spanien, wie etwa im Falle Italien und Griechenland. Das Regime mag froh sein, diese potentiell „Unzufriedenen" auf solche Weise los zu werden, die wirtschaftliche und soziale Emanzipation Spaniens aber wird dadurch nur weiter verschleppt. Ein schneller und

erheblicher Preis-Auftrieb und eine Erhöhung der Eisenbahntarife um 20 Prozent waren weitere Folgen der Wirtschaftsreform, von der das ausländische und das spanische Großkapital profitieren.

Die Restauration — Ruck nach rechts

Während General Franco versucht, das autoritäre System außenpolitisch zu legitimieren durch seinen Anschluß an die Nato, ist er gleichzeitig bemüht, ihm innenpolitisch eine Kontinuität über seine eigene, Franco's Person hinaus zu sichern. Seit er die Führung der anti-republikanischen Bürgerkriegs-Koalition übernahm, hat der spanische Diktator sich als ein Meister der außen- und innenpolitischen Anpassung erwiesen, der immer wieder gewissen Machtverschiebungen geschickt Rechnung trug und dadurch sein Regime konsolidierte. Wir haben schon erwähnt, daß er sich zur Zeit des Bürgerkrieges vor allem auf die autoritär-nationalistischen und sozial-faschistischen Elemente, die Falange stützte. Doch konnte sich die Falange keineswegs vollständig gegen die anderen ausgesprochen sozial-konservativen und restaurativ-monarchistischen Koalitionspartner durchsetzen, sondern diese zunächst nur kontrollieren. Sehr bald aber begann das Bemühen dieser Kräfte, der Falange das Heft aus der Hand zu nehmen und den entscheidenden Einfluß auf das Franco-Regime zu gewinnen. Franco selbst rückte langsam, aber sicher von der Falange ab. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die anti-klerikale Tendenz der Falange, die zwar die geistliche Vormachtstellung der Katholischen Kirche in Spanien anerkannte, ihren politischen Einfluß aber beschnitt oder doch zu beschneiden versuchte.

Die seit längerer Zeit von Franco vorbereitete Restauration der spanischen Monarchie entspricht genau dieser fortschreitenden Desavouierung der Falange, das heißt des linken, bedingt sozialreformerischen Flügels der Koalition zugunsten der klerikalen, feudalistischen und kapitalistischen Elemente. Es bahnt sich also nicht etwa eine politische Liberalisierung oder gar Verbesserung der sozialen Verhältnisse in Spanien an, sondern ganz im Gegenteil: nachdem die Falange ihre Schuldigkeit getan hat, im Bürgerkrieg einem Teil des Volkes die Erwartung sozialer Reformen zu suggerieren und sie von einer Identifizierung mit der sozialreformerischen republikanischen Linken abzuhalten, nachdem also die Rechte vor allem der ausländischen Hilfe an das falangistische System gesiegt und die Aufrechterhaltung der traditionellen Privilegien erreicht hat — muß die Falange jetzt gehen, weil sie es wagte, ein wenig gegen jene Privilegien aufzumucken, nicht etwa zugunsten freiheitlicher, demokratischer, sondern zugunsten faschistischer Tendenzen, aber gleichviel ...

„Der Weg Franco's ist in diesen Jahren beständig nach rechts gegangen", schrieb am 26. April 1960 die Deutsche Zeitung über die innenpolitische Entwicklung Spaniens seit Ende des Bürgerkrieges, die jetzt vor ihrem Abschluß steht. Denn Franco ist nun endgültig nicht mehr der Mann der „nationalen Erneuerung" unter falangistischen Vorzeichen, sondern der Mann der monarchistisch-konservativen Restauration. Er stützt sich heute vor allem auf die Monarchisten und die Kirche und bietet beiden die Chance einer Bestätigung und Verstärkung ihrer Macht, einer verfassungsmäßigen Sicherung ihrer Privilegien durch die Umwandlung des heutigen autoritären Spaniens in eine autoritär-konservativ-klerikale Monarchie!

Seit längerer Zeit hatte Franco den jungen Prinzen Juan Carlos als zukünftigen König vorgesehen und ihn bereits auf seine königlichen Pflichten vorbereiten lassen. Der Vater des Prinzen, Don Juan, als Sohn des letzten König Alfons XIII. der Thronprätendent, lebt in Estorial bei Lissabon im Exil und war gewisser liberaler Neigun-

gen verdächtig. Im Frühjahr dieses Jahres trat indes eine Wende in den Kalkulationen des spanischen Diktators ein. Ende März traf Franco sich in der Nähe der portugiesischen Grenze mit Don Juan und seither ist auch von diesem wieder als neuem König die Rede. Bezeichnenderweise ist dieses neue Arrangement aber offenbar nur darum zustandegekommen, weil der Thronprätendent von seinen Plänen zur Einführung einer konstitutionellen Monarchie in gegewissem Sinne abgerückt und auf Franco's autoritär und konservativ monarchistischer Linie eingeschwenkt ist. Nur unter diesen Voraussetzungen war Franco bereit, ihn wieder in Rechnung zu stellen. Schon Ende 1957 hatte sich Don Juan freilich grundsätzlich mit den Traditionalisten geeinigt. Nun mußte er sich offenbar die Anerkennung seiner Ansprüche „auf die direkte Nachfolge durch Berücksichtigung der Auffassung der (ultra-konservativen und ultra-katholischen D.V.) Carlisten" erkaufen, „von allem aber auch dadurch, daß er die früher vertretenen liberalen Ideen zwar nicht ausdrücklich widerrief, aber auch nicht hartnäckig an ihnen festhielt." (Neue Zürcher Zeitung, 10. 4. 60).

So haben offenbar auch im monarchistischen Lager diejenigen Kräfte endgültig die Oberhand gewonnen, die gemeinsam mit der Kirche eine liberale, konstitutionelle Monarchie strikt ablehnen. Und mit diesen Elementen arbeitet Franco zusammen, wenn er die monarchistische Restauration vorbereitet. Es handelt sich also um alles andere als um eine Liberalisierung oder gar Demokratisierung Spaniens, sondern im Gegenteil um eine institutionelle und ideologische Bestätigung der autoritären, sozialkonservativen und klerikalen Tendenzen von heute. Kein Wunder, daß sich das spanische Volk diesen Manipulationen der herrschenden Kreise gegenüber völlig gleichgültig zeigt, bleibt es doch auch weiterhin ausgeschlossen von jeder Mitsprache über sein eigenes Schicksal und dienen jene Machenschaften, deren bloßes Objekt es ist, doch nur dazu, die Herrschaft einiger Privilegierter zu sichern, die sich jetzt „zusammenraufen" ... Die Kölnische Rundschau berichtete dazu am 22. April aus Madrid: „Erstaunlich ist die Rolle des spanischen Volkes im ‚Unternehmen Caceres' (C. ist der Name des Orts, an dem sich der spanische Staatschef und Don Juan trafen. D. V.). Sie ist null. Das Volk hat sich mit einem offiziellen Communique abzufinden, Kommentar verbeten. Man darf sicher sein, daß das an sich schon geringe monarchistische Interesse der breiten Volkskreise nach der Aussprache Franco—Juan nicht zugenommen, sondern eher, soweit dies überhaupt möglich ist, abgenommen hat. Sie fühlen sich daran unbeteiligt, spüren nicht einmal Neugier. Das monarchistische Interesse konzentriert sich in den Kreisen des Adels, der Finanz und der Großindustrie." Die monarchistische Front ist heute also eine Koalition feudalistischer und großkapitalistischer Elemente, Francos Bestreben aber deren Einigung im ausgesprochen konservativen und autoritären Sinne.

Das „Opus Dei"

Es muß in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit auf eine Institution gerichtet werden, deren zumeist geschickt getarnter Einfluß auf die Geschicke Spaniens in den letzten Jahren offenbar immer größer geworden ist und die auch bei der Vorbereitung der monarchistischen Restauration eine entscheidende Rolle spielt. Es handelt sich um das „Opul Dei", einen 1928 von José Maria Escriva de Balaguer, einem Priester gewordenen Rechtsanwalt gegründeten Priester- und Laienorden. 1947 wurde das „Opus Dei" von der Kurie als „weltliches Institut" anerkannt. Balaguer residiert heute als sein Generalpräsident in Rom

Das „Opus Dei" ist eine Elite-Organisation des politischen Katholizismus. Es vertritt ausgesprochen autoritäre und sozialkonservative klerikale Tendenzen

und propagiert ein programmatisch anti-demokratisches Elite-Denken. Seine Macht tritt nur teilweise in Erscheinung. Sie ist geistiger, wirtschaftlicher und politischer Natur. Nach einem Bericht der Stuttgarter Zeitung (Nr. 122/1960) unterhält es in Pamplona eine eigene Universität, ist Herr eines eigenen Buchverlages und meherer Zeitschriften und kontrolliert ein eigenes Bank-Institut. Kürzlich gelang es ihm, den einflußreichen Pariser Verlag Plon zu erwerben, in dem die bekannte französische Zeitschrift „La table ronde" erscheint. Das „Opus Dei" ist aber nicht nur eine spanische katholische Organisation, sein Einfluß erstreckt sich über viele Länder. In Mexiko und Japan besitzt es Gymnasien, außerdem über die ganze Erde verstreut rund 150 „Heime", darunter auch in Deutschland. In Rom befindet sich ein Heim für Angehörige der afro-asiatischen Länder, das Führungskader für die Emanzipations-Völker Asiens und Afrikas ausbildet . . .

Der ideologisch-politische Standort dieser Organisation wurde am 7. Januar 1960 von der Frankfurter Allgemeinen charakterisiert: „Auf der Skala der inoffiziellen und schwer meßbaren Fraktionen des spanischen Katholizismus scheinen maßgebende Opus-Dei-Genossen doch eher auf dem rechten Flügel zu suchen zu sein, traditionalistisch, konservativ, in deutlichem Abstand von der Mitte der Katholischen Aktion mit ihren christlich-demokratischen Tendenzen und schon weit entfernt von den daran anschließenden Linkskatholiken mit ihrer lebhaften Kritik an der spanischen Gesellschaft, die dem Regime Franco's so manches Ungemach bereitet." So ist denn das „Opus Dei" auch eine der wichtigsten Triebkräfte in der restaurativen Entwicklung. Sein Monarchismus hat das Vorzeichen, von dem heute die monarchistische Bewegung in Spanien weit mehr denn von konstitutionellen, liberalen Prinzipien bestimmt wird: „Die Monarchie von Gottes Gnaden ist für sie ein geistiges Postulat; sie ist ihnen außerdem ein kämpferisches Anliegen, das sich mit einem hochzielenden Machthunger sehr wohl verträgt." (Stuttgarter Zeitung, 7. 3. 1957). Und gerade die fortschreitende Entmachtung der Falange zugunsten der konservativen Feudalisten ist nicht zuletzt ein Erfolg des beharrlichen Wirkens dieses mächtigen „weltlichen", ja offenbar allzu-weltlichen Instituts . . . Jedenfalls wußte der Madrider Korrespondent der Stuttgarter Zeitung am 9. April in diesem Blatt zu berichten, der Rücktritt des Wohnungsbauministers A r r e s e , eines Exponenten der Falange, sei ein besonders bemerkenswertes Symptom für die Machtverschiebungen innerhalb des Franco-Systems und: „Als Gewinner wird das „Opus Dei" angesehen. Schließlich sei erwähnt, daß der Thronkandidat Prinz Juan Carlos, der Sohn des Prätendenten Don Juan, auf Grund der Vereinbarungen zwischen diesem und Franco jetzt in El Escorial Staatswissenschaft studiert und erzogen wird von Prof. S u a r e z vom „Opus Dei"!

D i e B o n n e r „F r e i h e i t s k ä m p f e r"

Das ist die Wirklichkeit des Spanien von heute: trostlose wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, geistige und geistliche Unfreiheit, Unterdrückung aller freiheitlichen politischen Bestrebungen, kapitalistische, feudalistische und klerikale Machenschaften, Spekulation auf Nato-Hilfe für das Franco-Regime und auf eine weitere Verschärfung der internationalen Lage sowie auf Ablösung der Demokratie durch autoritäre Regimes in ganz Europa!

Vielleicht kann man nun ermessen, was es bedeutet, daß die Bundesregierung und die Regierungsparteien in Bonn in Europa seit langem die eifrigsten Befürworter einer Aufnahme Franco-Spaniens in die Nato und daß sie überdies mit unermüdlichem Eifer um eine moralische Anerkennung des heutigen spanischen Systems sich bemühen. Wir haben bereits im November 1959 darauf hingewiesen, daß es sich dabei um geradezu demonstrative Sympathie-Erklärungen han-

delt, die zu erkennen geben, wes Geistes Kind jene Bonner Fürsprecher Franco's sind. Nach all dem, was man in den letzten Monaten in der Bundesrepublik selbst erlebt hat, von der außenpolitischen Intransigenz über die Forcierung der Rüstung bis zum planmäßigen Abbau der demokratischen Freiheiten auf ‚kaltem Wege' — nach all diesen Erfahrungen mit dem „Friedens"- und „Freiheits"-Willen, der demokratischen Integrität und der Aufrichtigkeit der Bonner Obrigkeit wundert man sich allerdings über diese unverhohlene Zuneigung zu dem autoritär-antidemokratischen Spanien nicht mehr, dessen herrschende Mächte Feudalismus, Kapital und Kirche sind, die ihre Omnipotenz mit Hilfe der Ideologie des „christlich-abendländischen Antikommunismus" aufrechtzuerhalten und zu legitimieren versuchen, nicht unähnlich ihren entsprechenden Partnern in der Bundesrepublik. „Freiheit" bedeutet diesen wie jenen nichts anderes als — Sicherung ihrer Herrschaft um jeden Preis, so lange es möglich und zweckmäßig erscheint im Rahmen der parlamentarischen Demokratie, wenn nötig aber auch mittels autoritärer Methoden oder auf diktatorischem Wege, mit Hilfe einer Falange oder eines Nationalsozialismus.

Franco-Spanien ist heute Bastion und Hoffnung dieser Kreise, zu denen in der Bundesrepublik kein geringerer als ein Vizepräsident des Bundestages gehört, jener Herr Dr. Jaeger, der für sich den fragwürdigen Ruhm in Anspruch nehmen kann, der unermüdlichste oder auch unverschämteste Anwalt der Unterdrücker der Freiheit Spaniens zu sein. Wir ersparen uns, was reizvoll und lohnend genug wäre, auf die Auslassungen Jaegers in der Bundestagsdebatte vom April über die Strauß'schen Stützpunkt-Pläne einzugehen. Sie ließen erkennen, welch eindeutige Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit und welch unmißverständliche Parteinahme für die Zerstörer der spanischen Republik, die antidemokratischen Putschisten von 1936 heute im Parlament der Bundesrepublik bereits wieder möglich ist! Wir halten uns an andere, nur kurze Zeit zurückliegende Äußerungen Dr. Jaegers zum Thema Franco. In der Münchner „Abendzeitung" vom 14. Juli las man die folgende Schilderung eines „Besuchs bei Franco": „Nachdenklich verläßt man nach fast einstündiger Unterhaltung den Pardo (Die Residenz Francos. D. V.). Sollen wir Deutsche wirklich, wie unsere Opposition wünscht, die Freundeshand zurückweisen, die uns aus Spanien entgegengestreckt wird? Haben wir mit unserer jüngsten Vergangenheit das Recht, die politische Gouvernante anderer Länder zu spielen? Hat der Westen nicht ein Interesse daran, daß die Stabilität, die Spanien 21 Jahre inneren Frieden geschenkt hat, aufrechterhalten bleibt?" Mit anderen Worten: sollen wir nicht Alles tun, um Franco ideologisch, wirtschaftlich, politisch und militärpolitisch zu stützen? Sollen wir nicht alles tun, um uns selbst jetzt in Franco-Spanien militärisch einzunisten und jede erdenkliche Hilfe von dort gerne akzeptieren?

Eine Antwort auf die rhetorischen Fragen Dr. Jaegers erübrigt sich eigentlich, die Absicht ist zu deutlich. Aber: an ihren Freunden sollt ihr sie erkennen, die Herren von Bonn! Man erinnere sich des sehr ehrenwerten Freundeskreises: Syngman Rhee, Menderes, Kishi, Tschiangkaischek, Salazar, Franco ..... Nur daß zu Spott und Hohn kein Anlaß ist, solange diese Internationale der Autoritäten im Mäntelchen des Antikommunismus noch immer hoffen darf. Was aber die Mahnungen in Sachen „politische Gouvernante" betrifft, so wird man replizieren müssen: haben wir mit unserer jüngsten Vergangenheit, mit unserem entscheidenden Anteil an der Unterdrückung des spanischen Volkes, haben wir mit unserer berühmt-berüchtigten ‚Legion Condor' und unserem ganzen Nationalsozialismus das geringste moralische Recht, in die „Freundeshand" des spanischen Diktators einzuschlagen, ja ihm selbst unsere Freundeshand hinzustrecken? Oder

haben wir nicht vielmehr am ausgebeuteten und terrorisierten spanischen Volke ebenso wie an anderen Völkern wiedergutzumachen? Wie steht es denn um die in Bonn neuerdings so oft berufene „Selbstbestimmung" im Falle Spanien? Und noch etwas: warum verzichtet man in Bonn nicht darauf, gegenüber den Ländern des Ostens, den von Hitler-Deutschland Heimgesuchten, die „politische Gouvernante" zu spielen? Die Antwort liegt auf der Hand: weil jene, die sich in dergleichen Beweihräucherungen Franco's ergehen, ihre Geistesverwandtschaft mit diesem selbst nicht verleugnen können und auch kaum noch verleugnen wollen!

Der zitierte Bericht Dr. Jaegers über seinen Besuch bei Franco bezog sich auf eine Spanien-Reise anläßlich einer Tagung des ominösen „Europäischen Informations- und Dokumentationszentrums" in Madrid Anfang Juli. Diese ausgesprochen autoritär-konservative und militant anti-kommunistische Organisation beriet über das Thema „Der Westen vor der Bedrohung, Europa in der weltpolitischen Strategie". Vorsitzender des EDZ ist kein anderer als Otto von Habsburg, der kürzlich auf dem Münchner Eucharistischen Kongreß auftauchte, ein Gespräch mit Bundeskanzler Raab hatte und seine politischen Ambitionen kaum verhehlte. Otto von Habsburg denkt an eine Rückkehr nach Österreich und hofft dabei heute offenbar auf Unterstützung der ausgesprochen konservativ-klerikalen Elemente in der ÖVP. Seine politischen Machenschaften haben bereits das Mißtrauen der SPÖ hervorgerufen. Nicht ohne Grund, scheinen doch auch in Österreich die autoritären Ultra-Konservativen Morgenluft zu wittern, deren europäische Schlüsselfigur heute der Habsburger ist. Jene Tagung in Madrid wurde also von einer rein militärpolitischen Fragestellung beherrscht. Ganz offensichtlich verfolgten alle auf ihr gehaltenen Reden den Zweck, die ideologische und militärpolitische Forcierung des Antikommunismus zu propagieren und die militärpolitische Unersetzlichkeit Spaniens für die Nato zu betonen. Der Kongreß der konservativ-autoritär-klerikalen Institution (dieser ihr Charakter schließt die Teilnahme gleichgesinnter Protestanten, wie etwa des Herrn von Merkatz, nicht aus!) diente also der Propaganda für eine Verschärfung des Kalten Krieges und die Aufnahme Spaniens in das westliche Bündnissystem. Unter den namhaften bundesdeutschen Vertretern auf dieser Tagung war neben Herrn Dr. Jaeger auch Herr Majonica, der bekannte außenpolitische Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Majonica forderte ganz offen den Eintritt Spaniens in die Nato. Er erklärte — laut dpa vom 4. Juli — „unter großem Beifall", daß Spanien die kommunistische Bedrohung im eigenen Lande kennengelernt und große Opfer gebracht habe, die als Beitrag zur Wahrung der Freiheit gewürdigt werden müßten. Zynischer, aber auch offenherziger geht es nimmer mehr in Sachen Spanien!

Herr Majonica und Herr Jaeger fühlen sich in Madrid unter ihresgleichen. Und nicht nur sie. Wir haben eingangs darauf hingewiesen, daß es sich hier nicht allein um politische Zusammenarbeit, sondern um eine offene ideologisch-politische Sympathie und um eine militärpolitische Kooperation im Rahmen des Kalten Krieges handelt. Bonn stützt sich mehr denn je auf das Madrider System und es spekuliert auf Spanien als militärische Basis! Franco klammert sich an die jeder Koexistenz abholden Elemente innerhalb der Nato und er findet diese Elemente in besonderem Maße in Bonn. Der Fall Franco war einst ein Fall Hitler — er ist heute ein Fall Adenauer, Strauß, Jaeger, Majonica! In beiden Fällen war die „Rettung vor dem Kommunismus" die gemeinsame Parole und in beiden Fällen gemeint die Aufhebung oder Unterhöhlung der Freiheit, die zu retten man vorgibt. Hier wie dort versucht man die freiheits- und friedens-willige Opposition zum Schweigen zu bringen, als „kommunistisch" zu denunzieren. Aber im Grunde weiß man heute in Bonn schon so gut wie in Madrid, daß man nicht mehr

fest im Sattel sitzt und klammert sich gerade darum aneinander. In Südkorea, in der Türkei, in Japan und in Italien hat die große Götzendämmerung jenes freiheits-feindlichen machthungrigen Anti-Kommunismus begonnen, der sich in Spanien und in der Bundesrepublik christlicher Parolen bedient, das Christentum, seine Forderung nach Frieden, Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit aber verrät. Herr Jaeger schrieb in seinem Aufsatz in der Münchner Abendzeitung vom 14. Juli: „Wären japanische oder auch nur italienische Zustände in Madrid nicht das letzte, was wir den Spaniern und uns selbst wünschen könnten?" Nun, der Leser dieser „Blätter" kennt aus den Artikeln Shinoharas die „japanischen Zustände" und er erfährt in dieser Nummer von keinem Geringeren als dem großen italienischen Schriftsteller Carlo Levi das Entscheidende über die italienischen. In beiden Fällen, wie auch in Südkorea und in der Türkei, handelte es sich um echte Volksbewegungen gegen jene, die Freiheit und Frieden der Völker fürchten, weil ihre eigene Herrschaft auf der Unterdrückung der Völker und auf permanenten internationalen Spannungen beruht, auf dem Bündnis mit den Interessenten des Kalten Krieges in den USA. Die herrschenden Kreise in Madrid wie in Bonn fürchten dieses Erwachen der Völker, weil sie wissen, daß es eine internationale Bewegung gegen die Internationale der ‚antikommunistischen' Autoritären ist! Die Völker fordern Vernunft, Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit, sie beginnen zu begreifen, was ihnen allen blüht, wenn die Mächte der Rüstung, der Ausbeutung, der Verhinderung jeder wirtschaftlichen und sozialen Emanzipation noch lange das Heft in der Hand behalten. Kein schlimmerer Schlag aber für die Repräsentanten dieser Mächte in Bonn und in Madrid, die ‚christlich-abendländischen' Verräter des Christentums, als daß die Christen selbst in ihrem Machtbereich erwachen und der großen Bewegung des Friedens, der Vernunft und der Freiheit sich anschließen. Was die Neue Zürcher Zeitung am 31. Juli 1960 über die Situation Franco's schrieb — es gilt auch bereits für die Situation der Adenauer, Strauß und Jaeger: Der Berichterstatter des Blattes berichtet von einem Besuch in Katalonien und spricht von der Bewegung unter der Jugend. Er sagt, „daß diese Leute innerhalb des Katholizismus Stellung gegen das Regime beziehen und in Zweifel ziehen, daß es für Spanien keine andere Wahl mehr gebe als die zwischen General Franco und dem Kommunismus." Das ist derselbe heilsame Zweifel, der in der Bundesrepublik langsam, aber sicher um sich greift und den im Keime zu ersticken, als „kommunistische Gedankengänge" zu diffamieren, Bonn verzweifelte Anstrengungen unternimmt. Noch ist kein Grund zum Optimismus. Noch sind den Feinden des Friedens und der Freiheit, den Pseudo-Christen von Bonn und Madrid die Waffen nicht aus den Händen geschlagen, mit denen sie nunmehr gemeinsam sich rüsten für eine neue Runde im Kalten Krieg und im Kampf gegen die freiheits-willigen Kräfte in der Bundesrepublik und in Spanien. Nur wenn diese Kräfte in der Bundesrepublik sich der politischen Konsequenz und des Mutes ihrer Freunde in Japan und in Italien, in Südkorea und in Spanien erinnern und der Verpflichtung, die aus deren Entschlossenheit für uns selber erwächst, nur dann wird es gelingen, aus Spanien nicht, wie Bonn und Madrid planen, einen neuen Stützpunkt des Kalten Krieges, sondern eine Bastion der Freiheit und des Friedens zu machen — und aus Deutschland nicht minder!

Klaus Ehrler, MA.

Wer kann sich den Frieden leisten?

Der große Zusammenbruch der Pariser Gipfelhoffnungen ist von den Organen und Trägern der bundesdeutschen Öffentlichkeit mit einer Haltung quittiert und honoriert worden, deren Wurzeln und Konsequenzen selbst dem oberflächlichen Kenner der jüngeren deutschen Geschichte nur Grund zu den schlimmsten Befürchtungen um unsere unmittelbare und weitere Zukunft sein können.

Man hätte erwarten dürfen, daß eine „kritische Bestandsaufnahme" der Westblock-Politik im allgemeinen und der Bundespolitik im besonderen nach jenen kritischen Mai-Tagen zumindest von der deutschen Parlamentsopposition in Bonn auf die Tagesordnung gesetzt worden wäre. Im Zuge solcher kritischen und selbstkritischen Beleuchtungs- und Aufklärungsarbeit hätte man die Aufdeckung gefährlicher Fehlerquellen und nicht zuletzt die Rezepte zu ihrer wirksamen Ausschaltung erlangen müssen. Schließlich wäre als Hauptaufgabe die Entwicklung einer tragfähigen und dauerhaften politischen Gesamtkonzeption für die Zukunft zu lösen gewesen. Nichts dergleichen ist bis dato geschehen. Stattdessen fühlt sich das offizielle Bonn und der Stamm seiner schlecht beratenen Zeitungsleser wieder einmal „bestätigt" und bereit, sich politisch „einzuigeln", d. h. alles beim alten zu lassen oder gar noch darin zu bestärken.

Die damit zum Ausdruck gekommenen Versäumnisse sind aber in der heutigen Weltlage nicht einfach nur „schlechte Politik", die sozusagen „Privatsache" der Bundesrepublik bleiben könnte, sondern Ansätze zu einer katastrophalen Krise, in der Deutschland wieder einmal Ausgangs- und Mittelpunkt weltweiter Erschütterungen zu werden sich anschickt — natürlich „ohne es zu wollen", falls danach überhaupt noch Gelegenheit zu einer solchen biederen Beteuerung bleibt. Es ist nur so unendlich schwer, diesen Sachverhalt bei uns überhaupt in das Zentrum des öffentlichen Bewußtseins zu bringen, weil die Vielfalt egoistisch-privater Engagements einerseits und die Einförmigkeit argumentlos-emotionaler Sonntagspublizistik andererseits es zur Bildung und Ausbildung eines funktions- und reaktionsfähigen öffentlichen politischen Bewußtseins gar nicht eigentlich haben kommen lassen. Damit sind wir aber schon beim ersten Schwerpunkt der auf uns zukommenden Krise: bei der von vielen Seiten genährten de-facto-Gefahr für unsere Bundesdemokratie.

Wir könnten uns die Behandlung dieses Punktes leichtmachen mit dem Hinweis auf die der Situation so wenig angemessene Reaktion des Bundestages vom 30. Juni auf die Gipfelereignisse, die gewissermaßen symbolisch das Versagen des offiziellen Bundesdeutschland kundtat, das sich in Wirklichkeit aber aus vielen Einzelheiten wie Presseverlautbarungen, Regierungserklärungen, Interviews und Propagandareisen usw. zusammensetzt. Dieses Versagen muß etwas genauer beleuchtet werden, denn es hat sich schon von weither angebahnt. Um seine Wiederholung oder gar Steigerung zu verhindern, bedarf es der Anstrengung unserer besten Geistes- und Willenskräfte.

Dieses Versagen Bundesdeutschlands begann spätestens bei dem offiziellen Versäumnis einer wirklichen „Bewältigung der Vergangenheit". Gleichviel zunächst, ob dieses Versäumnis absichtlich oder ungewollt unterlief — es führte sehr bald dahin, daß die Tatsache des Zweiten Weltkrieges und seiner Verursachung durch Hitlerdeutschland (nicht nur durch Hitler) aus der Logik der offiziellen Bundesrepublik mehr und mehr, schließlich fast völlig verschwand. Das hatte notwendigerweise die Folge, daß die Schuld für die ja damit nicht ebenfalls beseitigten Kriegsauswirkungen in der Sicht Bundesdeutschlands moralisch

mehr und mehr auf das Konto der Kriegsgegner Hitlerdeutschlands, insbesondere seiner östlichen, verlagert wurde. So konnte das wahre Wunder vor unseren Augen geschehen — den meisten nur leider nicht als solches erkenntlich —, daß der natürliche Wunsch derjenigen Länder, die den Zweiten Weltkrieg überhaupt und am meisten mit allen ihren Riesenverlusten an Menschen und Gütern erlebt und durchlitten hatten, nämlich dauerhafte Garantien für ihre friedliche Zukunftsexistenz zu schaffen, heute von dem einen Nachfolgestaat des Weltkrieg-II-Aggressors als — Aggressionshandlung und unverschämte Einmischungspolitik gebrandmarkt wird. Der Beleidigte — die Völker Osteuropas — wird vom Beleidiger bzw. seinem partiellen Nachfolger — der offiziellen Repräsentanz unserer Bundespolitik, als „der Feind" hingestellt! Immer noch und immer wieder.

Eine unabwendbare Begleiterscheinung dieser anti-östlichen Extrovertiertheit der Bundespolitik war der verhängnisvolle Rückfall in den spezifisch preußisch-deutschen und seinem Wesen nach antidemokratischen Primat der (und dazu noch einer falschen) Außenpolitik. Alle kleineren und größeren Einschränkungen unserer Bundesdemokratie seit 1949 wurden, wenn überhaupt, mit Rücksicht auf atlantische, europäische oder sonstige außenpolitische Notwendigkeiten oder solche, die es sein sollten, begründet. Dem Wahlvolk wurde zugleich mehrheitlich plausibel gemacht, daß damit Sicherheit, Wohlstand und Demokratie fest verankert würden. Die Besserung des diplomatischen Klimas zwischen Bonn und den Metropolen der atlantischen Mächte mochte diesen Glauben bestärken. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion 1955 schien auch hier eine Normalisierung einzuleiten.

Stattdessen ging es mit forscher Remilitarisierung und KPD-Verbot in die nächste Jahresrunde. Die Optimisten unter den Demokraten rieben sich desillusioniert die Augen. Denn nun zeigte sich — es geht und ging bereits um mehr als nur um Deutschland. Die durch Bonner außenpolitische Vordringlichkeiten zurückgesetzte innere Entwicklung unserer Demokratie sollte auch von außen her immer weniger fördernde und belebende Impulse erhalten. Langsam begann Bundesdeutschland, dem atlantischen Bündnis das „Gesetz der deutschen Geschichte" als Wegweiser in die Zukunft aufzuprägen. In eine Zukunft, die sich bei näherem Zusehen als eine Restauration der Vergangenheit erweist.

Hier kommen wir zum zweiten Schwerpunkt der auf uns zueilenden Krise: zur Frage der funktionellen Hegemonie im Westblock. Bis zum Mai 1960 in Paris durfte die Hoffnung genährt werden, daß Bundesdeutschland letztlich doch immer der demokratischen Disziplin der von klassischen Demokratien geführten Westallianz eingefügt und untergeordnet werden könne. Wohl waren schon erhebliche Zweifel aufgetaucht, als die Bundesregierung unter verschleierndem propagandistischem Hinweis auf die ungarischen Ereignisse ihre Atomaufrüstung vorbereitete und trotz des Appells der Göttinger Achtzehn mit Verharmlosungsparolen die Bundestagswahl vom September 1957 gewann. Aber noch waren es nur Befürchtungen im Hinblick auf Eventualitäten. Noch war das letzte internationale Wort, die Entscheidung des Gipfeltreffens, nicht gesprochen. Noch konnte ja alles „von höchst oben" her zum Guten geregelt werden.

Aber Eventualitäten sind nichts gegen Realitäten. In aller Stille oder wenigstens Halböffentlichkeit wurde die Stationierung von Raketeneinheiten der Bundeswehr vollzogen, wurden den demokratischen Kritikern der Atomrüstung sanft oder weniger sanft die kritischen Zähne gezogen, wurde die öffentliche Emotion gestanzt statt öffentlicher Meinungsbildung Raum gegeben, wurde die Ir-

reparabilität der eingeführten Verhältnisse ohne Rücksicht auf demokratische Korrekturmöglichkeiten weiterzementiert.

Die Weltreisen des Kanzlers, die ultimativen Forderungen der Landsmannschaften an die Wiederwahlbeflissenen, die unbelehrbare Arroganz der bundesdeutschen Repräsentativpresse haben schließlich ihr nicht zu leichtes Quentchen in die Waagschale westlicher Unvernunft geworfen, als es darum ging, das Gipfeltreffen vorzubereiten.

Anstatt zu einem Ansatz der endgültigen und friedlichen Beendigung des Zweiten Weltkrieges zu führen, ist die Politik des Westblocks in die gefährliche Nähe des Versuchs gerückt, den Zweiten Weltkrieg nachträglich für eine wenig heilsame deutsche Traditions- und Ostpolitik zu gewinnen. Es wäre eine der größten Ironien der Weltgeschichte, wenn sich diese Tendenzen fortsetzten und durchsetzten: Amerika ist zweimal dem deutschen Imperialismus in den Arm gefallen, um Schlimmeres zu verhüten. Sollte es bei einem weiteren Male selbst in den Sog solchen Verhängnisses geraten wollen?

Wie aber soll man die Forcierung des leichtsinnigen „Polaris"-Programmes anders deuten? Der Sieger USA, der nach 1945 ausgezogen ist, die Deutschen die re-education zur Demokratie zu lehren, ist schließlich dabei, Lehre und Kampfprogramm des geschlagenen Gegners zu übernehmen? Kann das wahr sein? Darf das wahr sein? Solange nur unser Minister S t r a u ß sagt: „... dafür sind wir Soldaten, daß die Macht aus atheistischen Händen (in Osteuropa) wieder in christliche (!) Hände übergeht", mag man sich beruhigen mit dem Hinweis: „Strauß ist ja der von Demokratien geführten Nato unterstellt!" Wenn aber auch US-Kardinal S p e l l m a n tönt: „... die Zeit wird kommen, in der die heutigen kommunistischen Herrscher hinweggefegt werden, bis zu diesem Tage dürfen wir nicht ruhen", so ist darin ein gefährliches Symptom US-amerikanischer Anpassung an abendländisch-imperialistische Denkkategorien zu sehen. Wenn Washington sich nun anschickt, seinen „dynamischsten" Verbündeten mit brisantesten Angriffswaffen zu versehen, begibt es sich unwiderruflich der Möglichkeit demokratischer Selbstkorrektur, die im Falle des berüchtigten McCarthysmus und seiner Abstoppung durch wirksame Oppositionskräfte noch möglich war. Denn was im eigenstaatlichen Souveränitätsbereich damals an Redemokratisierung möglich war, wird im völkerrechtlichen Rahmen eines von einem Partner dynamisierten Allianzsystems unmöglich sein: wer P o l a r i s verteilt, identifiziert sich auch mit den bisher nicht geteilten politischen Wünschen aller P o l a r i s - Empfänger. Die Geister, die er damit ruft, wird er aber nicht mehr los.

Polaris ist eine Mittelstreckenrakete, deren Reichweite die Entfernung Bonn—Moskau übertrifft. Ihre Verwendungsfähigkeit für Nuklearsprengköpfe macht sie zu einer eindeutigen Angriffswaffe. Mit ihrer Einführung bei uns wiederholt sich der verhängnisvolle Zirkel der Fehler und Täuschungen, der 1914 in einer entsprechend eingetretenen Konsequenz zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges geführt hat. Der Anteil von etwa 25% Großkampfschiffen an der Gesamtzahl der im Weltmaßstab zweitgrößten Kriegsflotte, die das damalige Deutsche Reich in die Weltwaagschale zu werfen hatte, mußte für das primär auf Schiffahrtschutz bedachte England wie ein aggressiver Schock wirken — zumal es selbst nur einen Anteil von 17% Großkampfschiffen in seiner Gesamtkriegsflotte aufzuweisen hatte. Alle Beteuerungen des deutschen Kaisers und seines Admiralstabes konnten die defensive Funktion der deutschen Flotte nicht plausibel machen, solange ihre Angriffskraft dieses Ausmaß behielt. Vollends in Abhän-

gigkeit von militärischen „Notwendigkeiten", die sich erst als außenpolitische ankündigten, geriet die damalige deutsche Regierung beim Bruch der belgischen Neutralität. In Verlautbarungen des seinerzeit ideologisch federführenden Flottenvereins war scheinheilig auf die absolute völkerrechtliche Zuverlässigkeit des Deutschen Reiches hingewiesen worden mit dem Vermerk, daß nur England ein Interesse an der diesbezüglichen Verdächtigung Deutschlands haben könnte. Einige Jahre danach konnte der deutsche Kanzler im Reichstag mit dem Spruch „Not kennt kein Gebot" die belgische Neutralität für einen „Fetzen Papier" erklären. Englands Kriegseintritt war danach unvermeidlich. Drittens und schließlich war es die Angriffswaffe der U-Boote, deren blinder Einsatz die USA zum Kriegsgegner Deutschlands machte. Sollten diese völlig analogen Beispiele nicht gerade den Politikern aller betroffenen Länder, nicht zuletzt Bundesdeutschlands, zu denken geben?

Kann es d a n n bei der Durchführung des westdeutschen Polaris-Programmes bleiben? Wenn die Bundeswehr auch noch diese Waffe erhält, verliert Amerika funktionell die Führung des Westblocks. Es unterwirft sich dann den einst von ihm selbst bekämpften Tendenzen deutscher Katastrophenpolitik. Die Geschichte beweist es.

Noch ist es Gott sei Dank nicht endgültig so weit. Dennoch muß es zu denken geben, daß US-Minister G a t e s bereits sechs Wochen vor dem Termin des Pariser Gipfeltreffens das Polaris-Programm der Nato unterbreitet hat. Ein Zeichen mehr dafür, daß die Militärfronde gegen E i s e n h o w e r unbeirrt am Werke war, als noch alle Hoffnungen auf die Wirksamkeit internationaler Diplomatie gerichtet waren.

Was kann nun gegen die Fortsetzung dieser katastrophalen Tendenzen getan werden? Hier müssen wir beim Nächstliegenden beginnen: bei der Erhaltung der bundesdeutschen Demokratie, wo sie noch effektiv und lebendig ist, wo sie noch nicht der psychologischen Kriegsführung unter dem Primat der Außenpolitik gen Osten zum Opfer gefallen ist. Wenn es der Demokratie im jetzigen Umfang gegen alle Notstandsbestrebungen zu „überwintern" gelingt, darf schon von einem bedeutenden Erfolg gegen das Hineinschlittern in eine akute Kriegsgefahr gesprochen werden.

Wir müssen den Sozialdemokraten Mut machen zu einer wirklich neuen Politik, deren Neuartigkeit nicht nur in der Aufkündigung alter bewährter Prinzipien und Ziele der eigenen Parteientwicklung besteht. Wir müssen im bundesdeutschen Föderalismus einen der festesten Garanten der Demokratie gegenüber Gleichschaltungstendenzen zentralistisch-autoritärer Art erkennen und schätzen lernen. Wir müssen der offiziösen Bundespresse bei jeder guten Gelegenheit klarmachen, wie schlecht, arrogant, argumentlos, phantasiearm und politisch vernebelnd sie ist. Das politische Weltbild, das sie zumeist bietet oder voraussetzt, ist so ohne wirkliche Zukunft und Perspektive, daß nur der Kultur- und Lokalteil als einigermaßen attraktionsfähig gelten kann. Erschreckend ist die Diskrepanz der Auslandsberichte über nicht-westliche Staaten auf der politischen Vorderseite einerseits und auf den kultur- und wirtschaftspolitischen Innenseiten andererseits. Vorn wird der Stoff ideologisch frisiert, daß oft ungute Assoziationen sich einstellen, in der weniger gelesenen Mitte der Zeitungen sind evtl. korrektere und differenzierendere Einzelberichte zu finden, die aber selbst im günstigsten Fall die primitiv emotionalisierenden Slogans der Vorderseite nicht auslöschen können.

Besonders gefährlich und irreführend sind die falschen Alternativen, die die Perspektiven solcher politischen Publizistik beherrschen. Sogar Presseleute, die

dem Kalten Krieg möglichst wenig Tribut zu zollen gewillt sind, können sich dem offiziell geförderten Sog zu dieser Pseudo-Alternativ-Technik nicht völlig entziehen. Daher kommt es dann zu derart himmelschreienden Alternativen wie „Kommunismus oder Atomkrieg". Das Schlimme ist aber, daß die Leser so etwas schließlich intensiver glauben als die jeweiligen Schreiber. Man will weder zugeben noch begreiflich machen, daß der Kommunismus in seinem heutigen internationalen Ausmaß die entschiedenste Form des Emanzipationsstrebens ehemals kolonialer oder halbkolonialer Völker ist und daß seine Grundtendenz die volleinschließliche Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit aller Völker auch mit den industriell höchstentwickelten Nationen ist. Die Folge dieser Unterlassung ist die Verketzerung dieser Tendenz und ihr völliges Mißverständnis, das schließlich zu Angst- und Furchtkomplexen vor dem zum Gespenst gewordenen Kommunismus führen muß mit allen Fehlreaktionen, deren schlimmste die geistig ohnmächtige Atomrüstung ist. Statt pädagogisch nach außen — gegenüber den entwicklungsfähigen und -bedürftigen Völkern — und nach innen — gegenüber dem politisch aufklärungsbedürftigen eigenen Volk — zu wirken, werden durch derlei künstliche Gefühlsmauern alle guten Chancen auch unserer Zukunft verbaut. Die deutsche Presse hat hier vieles wiedergutzumachen.

Der Kampf um das zweite und dritte Fernsehprogramm wird so hart, zumindest von seiten der Bundesregierung, geführt, um unter Umständen auf der Volksseele eine neue Tonart anzuschlagen. Solange Herr Zehrer nur in seiner WELT-Kolumne dazu auffordert, für die Politik, hinter deren Formulierungen man unschwer den Ungeist W. S. Schlamms erkennen kann, Opfer zu bringen und den Kopf hinzuhalten, ist es ja noch relativ harmlos. Wenn aber derlei ungereimtes Gebräu suggestiv durch die Bildröhren strömt, ist es mit der demokratischen Gemütlichkeit vorbei. Auch hier also können gefährliche Tendenzen noch rechtzeitig eingedämmt werden. Auf die Dauer aber kann der Frieden, der in Zukunft kein besonderes Ergebnis, sondern nur die Voraussetzung aller Politik sein darf, nur durch eine umfassende Neukonzeption westlicher, insbesondere bundesdeutscher Politik gewonnen werden.

Eine Regierung, die ihre Einwilligung in die Liquidierung des vergangenen Krieges auf Grund verdrehter politischer und historischer Optik schlechtweg verweigert, kann sich den erforderlichen und für alle Welt unentbehrlichen Frieden einfach nicht leisten. Sie muß nach der Logik ihres Denkansatzes möglichst viele Partner auf ihre Seite zu ziehen trachten, um den Weg in die auf die Dauer allein mögliche Zukunft zu blockieren. Dadurch trägt sie automatisch und entscheidend dazu bei, die Welt in Unruhe und Friedlosigkeit zu halten.

Unter diesem Aspekt kann es auch geschehen, daß sie in den Völkern des neutralistischen Südblocks potentielle Verbündete der Sowjetunion und Chinas sieht und fürchtet. Dabei werden oft Ausdrücke strapaziert, die an Wilhelms II. „gelbe Gefahr" oder rassentheoretische Diskriminierungen der Nazizeit in peinlicher Weise erinnern. Es ist aber doch nicht zuletzt auch eine Schuld der weißen Völker, daß die vielen farbigen Hundertmillionen heute erst ein so niedriges Lebensniveau erreicht haben. Diese Perspektive wird man kaum aus offiziellem Munde bei uns hören können.

So gilt es, durch unermüdliches Aufklären und Appellieren an Menschlichkeit und Gerechtigkeit endlich Verständnis für die Länder und Völker des neutralistischen Südblocks zu verbreiten. Dem CDU-Slogan: „Neutralität ist Selbstmord" ist zu antworten: „Polaris ist Völkermord und Selbstmord!" Die auch im Westen in Gang kommende Hilfsbereitschaft für die jungen Nationen des Südens muß aus ihrer regierungsamtlichen Anti-Ost-Akzentuierung befreit werden. Wie in der noch menschenleeren Antarktis, wo die Zu-

sammenarbeit von 12 Ländern verschiedener Sozialsysteme und Hemisphären gut funktioniert, sollte auch in den menschenreichen wirklichen Lebensnotstandsgebieten der Welt gute und uneigennützige Zusammenarbeit mit allen hilfswilligen Ländern gepflegt werden. Hier können auch die beiden Staaten Deutschlands in einen edlen Wettstreit treten.

Aber auch in Deutschland selbst sollte der kalte Krampf langsam gelöst werden. In diesem Falle sollte man den von der inhomogenen Bundeseinheitsfront verketzerten Philosophen Karl Jaspers gut anhören: seine Formulierungen bedeuteten u. a. auch eine Konstatierung der Existenz des anderen deutschen Staates. Von dieser Voraussetzung abzugehen, bedeute den Rückfall in die Bismarckzeit. Nur die innere und äußere Form der Staaten Deutschlands will Jaspers zum Gegenstand der Diskussion gemacht wissen. In unserem hochexplosiven Zeitalter ist diese Außer-Zweifel-Stellung einzelstaatlicher Existenz eine beherzigenswerte Lehre. Wir müssen noch die Konsequenz anknüpfen, daß alle Staaten eine innere und äußere Form erhalten sollten, die die Weiterexistenz aller Länder und Völker in optimaler Weise garantiert.

Die Tabuisierung des östlichen deutschen Staates steht im Widerspruch zum Urteil philosophischer Existenzbesinnung. Sie steht im Widerspruch zu den existentiellen Elementarinteressen des deutschen Volkes. Wo aber findet sich endlich ein deutscher Politologe, der eine fundierte Existenzpolitik konzipierte und damit im letzten Augenblick unseren beamteten Bundespolitikern die „Grundlagen des 19. Jahrhunderts" — ihr allzu gutes Gewissen — entzöge?

Nach zwei verlorenen Kriegen ist Neutralitätspolitik die einzige anständige Politik, die uns überhaupt ansteht. Angesichts des drohenden internationalen Atomchaos sollte es keine Schranke auf dem Wege zum Frieden geben, die um der Existenz der Menschheit und des Lebens auf Erden willen nicht überschritten werden könnte.

Was für die klassische, sagen wir vor-atomare Politik gilt, muß nicht für die Praxis existenzpolitischen Denkens und Handelns zutreffen. Staatliche Anerkennung hat daher mindestens auf der Grundstufe der Konstatierung der Existenz und Unverletztlichkeit des anderen Staates stattzufinden. Eine andere Sache ist die Billigung oder Mißbilligung der inneren oder äußeren Form anderer Staaten. Hierüber muß friedlich von Staat zu Staat oder auf UNO-Ebene verhandelt werden. Jede andere Tendenz erweist sich logisch entwickelt als existenzpolitischer Wahnwitz.

Als äußere Form ihrer Politik sollten beide deutsche Staaten den von Chrustschow auf seiner Österreich-Reise empfohlenen Neutralitätsstatus vereinbaren und annehmen, d. h. das Ausscheiden aus den Militärpakten. Die Berliner Besatzungsmächte sollten ihre Befugnisse an die UNO delegieren, wenn sie sich nicht direkt über einen gemeinsam gebilligten Berlin-Status einigen können. Dadurch könnte wenigstens das Ausscheiden Berlins aus dem Kalten Krieg bewirkt werden.

Die bevorstehenden 82-Mächte-Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der UNO zeigen erneut die wachsende Bedeutung der Weltorganisation, die das Prinzip staatlicher Souveränität und dasjenige weltweiter friedlicher Einflußnahme um so besser in Einklang zu bringen vermag, je mehr junge und neutralistische Länder in sie eintreten.

An das Volk der USA richten wir den Wunsch, es möchte für eine wahre und neue Friedenspolitik aus dem Wahlkampf hervorgehen. Es sollte seinen großen Einfluß im Westblock dahingehend geltend machen, daß schließlich jeder Staat und jede Regierung von sich sagen können: „Wir können uns den Frieden leisten!" Letzten Endes wollen alle Völker solcherart eingestellte Regierungen,

selbst wenn ihr politisches Bewußtsein noch nicht genügend gereift ist, um den Weg zu ihrer Bildung zu beschreiten. So wie es nach dem Ewigen Landfrieden von 1495 in Deutschland keine Landfehde mehr gab, so sollte in wenigen Jahren der Ewige Weltfriede verbürgen, daß es nur noch Staaten gibt, die sich den Frieden leisten können. Die Mithilfe bei der Lösung dieser unmittelbar dringendsten Zukunftsaufgabe der Menschheit wäre für uns Deutsche auch endlich eine Bewältigung unserer unseligen Vergangenheit.

Dr. Carlo Levi

Der Juli 1960 in Italien

Der Verfasser der nachfolgenden Schilderungen und Bemerkungen, Arzt, Journalist und gleichzeitig einer der bedeutendsten heutigen italienischen Schriftsteller, ist in Deutschland vor allem durch sein nach dem Kriege erschienenes, weltberühmtes Buch „Christus kam nur bis Eboli" bekannt geworden. D. Red.

Es ist im Augenblick schwierig, eine abgeschlossene und in die Tiefe gehende Analyse der Ereignisse zu geben, die Italien im Monat Juli 1960 erlebt hat, denn diese Ereignisse sind nichts weiter als die erste Phase einer tiefgreifenden Krise der italienischen Gesellschaft, und weder ihr zeitlicher Ablauf noch die einzelnen Stufen ihrer Entwicklung sind bislang abzusehen. In diesen Ereignissen sind ganz verschiedenartige Elemente zusammengeflossen, die einen gemeinsamen Ausdruck gefunden haben, wenngleich sie sich aus ungleichartigen menschlichen Gegebenheiten, sozialen Bedingungen, Motiven und Traditionen herleiten: aus dem Protest gegen die fortschreitende und drückende Behauptung eines Regimes, das den Kontakt mit der Realität des italienischen Volkes verloren hatte, oder doch in zunehmendem Maße verlor, und sich immer mehr von seinen Problemen und Bedürfnissen entfernte; aus der immer dringlicher werdenden Notwendigkeit der Lösung der wesentlichen sozialen Probleme, die immer wieder verschoben und nie von der Wurzel angefaßt wurde; aus dem Abscheu vor der Rückkehr und Wiederaufnahme von Prinzipien und Methoden der faschistischen Ära; aus dem allgemeinen Bedürfnis nach Freiheit; aus dem Druck neuer Massen, die in den Organismen des Staates und der traditionellen Parteien kein wirksames Mittel der Selbstbehauptung finden; aus der Wiederaufnahme der Befreiungsbewegung der Bauern des italienischen Südens; und schließlich aus der Bewegung der jüngeren, noch nicht eindeutig politisch orientierten Generationen, die jedoch voller Energie und Vitalität sind und damit im Widerstreit zur erzwungenen Starre der beherrschenden politischen Gruppen stehen.

Die Widerstandsbewegung war für Italien das größte historische Ereignis seit der Zeit seines politischen Zusammenschlusses, sie war das erste Ereignis, das zugleich nationalen und ‚populären' Charakter hatte, durch das Menschen aller Regionen und aller Klassen sich im Kampf vereinigt sahen, sich kennenlernten und Bewußtsein ihrer selbst und der Welt gewannen. Die Widerstandsbewegung war demnach für Italien ein gewaltiger revolutionärer und kultureller Faktor, dessen Konsequenzen auf allen Gebieten aufzuspüren sind: von der künstlerischen Schöpfung bis zu den sozialen Errungenschaften, zum Bruch in den traditionellen und unverrückbaren Beziehungen der ländlichen Welt, zur Wiedergeburt der modernen Parteien und des demokratischen Lebens nach der langen

faschistischen Periode. Doch war der Sieg der Widerstandsbewegung nur ein Teilsieg, und ihre Bestrebungen nach radikaler Umwälzung der italienischen Gesellschaft, nach Strukturwandel und Wandel in den herrschenden Klassen ließen sich — auf Grund der internationalen Lage und auf Grund innerer Unreife — eben nur teilweise realisieren. Der massive Einbruch der großen katholischen Massen in das politische Leben ermöglichte die zumindest partielle Wiederherstellung der konservativen Struktur des präfaschistischen Staatswesens und begünstigte die Vorherrschaft der Kräfte der Industrie-Monopole und der Einflüsse der vatikanischen Politik.

Im vergangenen Dezennium — nach der Niederlage vom 18. April 1948 und den Teilerfolgen der Bauernbewegungen des Südens — gestattete die durch die internationale Situation des „Kalten Krieges" begründete und geförderte politische Starre den progressiven Übergang von der Vorherrschaft katholischer Kräfte der Mitte zum Aufbau eines klerikalen Regimes, das zahlreiche Elemente und Motive der faschistischen Periode wieder aufnahm und absorbierte. Die unlösbaren internen Zwistigkeiten der katholischen Partei brachten diese immer mehr zu Bindungen an die konservativen und reaktionären Kräfte. Diese Bindung nahm schließlich ausdrückliche Gestalt an in der Bildung des Kabinetts Tambroni, das zum erstenmal die Unterstützung und die Stimmen der neofaschistischen Partei, des M.S.I., als bestimmendes Element seiner parlamentarischen Basis akzeptierte. Dieser, nunmehr ausdrückliche und offen darliegende Sachverhalt gab den letzten Anstoß zu einer generellen Reaktion, in der die umfassendsten Motive zusammentraten, geeint von ihrem Bezug auf die Prinzipien des Antifaschismus und der Widerstandsbewegung. Der Kongreß des M.S.I., einberufen nach Genua, in eine traditionell antifaschistische Stadt, war der Anlaß, der einen spontanen Zusammenschluß der verschiedenen, im Volk lebendigen Kräfte auslöste. Doch die Ereignisse in Genua waren schon im voraus angekündigt durch die unvorhergesehene Entwicklung der Aktivität der Gewerkschaften, wie etwa den Streik aus Anlaß der Industrialisierung Siziliens, der in Palermo völlig unerwartet mehr als 30 000 Arbeiter in Bewegung brachte.

Die Volksbewegung im Juli hatte in den verschiedenen Städten Italiens ganz verschiedenen Charakter: sie bewegte sich von klaren antifaschistischen und antiklerikalen Äußerungen in Genua und in Rom über den sozialen Protest der Städte in wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten — wie Licata —, wo Arbeitslosigkeit und Elend grundlegende Lebenselemente sind, bis zu den Äußerungen in Palermo und Catania, wo sich die verschiedenen Motive mischten und sich die Feindseligkeit des Proletariats und des Unterproletariats gegen einen als fremd und unfreundlich empfundenen Staat Luft machte.

Unter den verschiedenen Überlegungen, die diese Juli-Bewegungen aufdrängen, scheinen mir einige Elemente recht wesentlich. Zunächst: der spontane Charakter der Bewegungen, die weit über die Parteiorganisationen hinausgingen und sie im allgemeinen ganz unvorbereitet fanden; zweitens: der Reichtum und der umfassende Charakter ihres Inhalts, der imstande war, die realen Kräfte des Landes zusammenzufassen; drittens: ihr demokratischer Charakter im Sinne einer Verteidigung der Verfassung und Forderung nach Durchführung der Verfassungsbestimmungen; viertens: ihr antifaschistischer Charakter und ihr ausdrücklicher Bezug auf die geistigen Prinzipien der Widerstandsbewegung, mit der Bildung von „Widerstands-Räten", lokalen und zentralen Organisationen, die — ohne eine „Volksfront" zu sein — die überparteiliche Struktur von nationalen Befreiungskommités annahmen; fünftens: die bestimmende Teilnahme junger Menschen, (auf der gleichen Linie der jungen Generation vieler Länder der Erde, aber mit besonders lebhaftem und ausdrücklichem Charakter).

Ich werde mich hier auf einige Notizen beschränken, die ich Tag für Tag aufgezeichnet habe, während ich den Ereignissen bis zu ihrer provisorischen parlamentarischen Lösung und dem Rücktritt der Regierung Tambroni folgte.

Die Ereignisse in Genua

Die Bedeutung der Ereignisse in Genua ist nach meiner Meinung überaus groß, und so wird sie, mehr oder weniger deutlich, von allen eingeschätzt. Es scheint, daß sich etwas geändert hat in der Atmosphäre unseres Landes, daß seine Hoffnungen neu erwacht sind, daß mit einem tiefen Atemzug seine Lebenskraft zugenommen hat. Jedermann empfindet, daß diese Tatsachen keine gewöhnliche Episode innerhalb eines politischen Zankes sind, daß sie sich nicht erschöpfen, wenn sie ihren unmittelbaren Zweck — die Verhinderung des M.S.I.-Kongresses — erreicht haben. Sie sind das Anzeichen einer neuen Situation, einer neuen Haltung, der Beweis dafür, daß neue und unerwartete Kräfte und Menschen aufgetreten sind, sie zeigten an, daß der Kampf sich nicht im Innern des herrschenden Systems erschöpft, sondern daß Kräfte bestehen, die dies System nicht anerkennen und nicht von ihm verdorben worden sind. Diese Kräfte sind in der Lage, dazu beizutragen, das politische und kulturelle Leben auf eine Ebene zu verschieben, auf der allein zunächst unlösbar scheinende Probleme begriffen und gelöst werden können.

Die allgemeine Erregung des Landes ist der Beweis dafür; jene Erregung, die die Augen der jungen Leute zum Strahlen bringt, die den Dichter Antonio Delphini über Nacht wachhielt und ihn eine Ode an Genua schreiben ließ, die beginnt: „Genova è in rivolta / Torino ascolta ...", „Genua ist in Aufruhr / Turin lauscht ...", und die weiter von einer „italienischen Revolution" spricht. Ist sie vielleicht übertrieben, die Begeisterung dieses aufrechten, reinen Herzens? Seine Bewegung ist echt, und das gleiche empfinden die jungen und die einfachen Menschen. Die Politiker müssen sie in Rechnung stellen, und sie versuchen und werden versuchen, sich ihrer zu bedienen oder sich ihr entgegenzustellen; doch diese Tage in Genua haben einen Klang gehabt, der vielen vergessen und unbekannt schien: den Klang des Volksaufstandes.

Die Volksaktion war spontan („sogar allzu spontan", sagt mir ein junger Genueser, der zu den Hauptakteuren gehört). Die Erfindungen der faschistischen und klerikalen Zeitungen, die von tschechoslowakischen Zentralen sprachen, von Technikern des Aufstandes, von in ausländischen Parteischulen organisierten Banden, von schreckenerregenden, mit Eisenhaken bewaffneten Hafenarbeitern — sind natürlich nichts weiter als Bilder und Mythen der Angst und des Schreckens, Delirien der furchterfüllten Bestürzung angesichts einer unerwarteten Realität —, aber auch die demokratischen Parteien und Organisationen selbst sahen sich überrannt und übergangen von der Initiative des Volkes, von den Aktionen der jungen Leute, die sich für etwas schlugen, das weit über den unmittelbaren Zweck der Demonstration hinausging.

Einer dieser jungen Leute, ein zwanzigjähriger Student, schreibt mir: „Zum erstenmal in meinem Leben hörte ich von Revolution als von etwas durchaus Möglichem sprechen. „Die Ereignisse waren nicht vorbereitet, man erwartete für die wirklichen Unternehmungen den 2. Juli." Mein junger Freund fährt fort: „In Wirklichkeit sind die Dinge in viel schwerwiegenderer, schärferer Form vor sich gegangen, als man es bei der ANPI, der PCI, der PSI und der CGIL [1]) erwartete: es hat sich gezeigt, daß die Leute nicht nur von den Faschisten genug hatten —

[1]) ANPI = Associazione Nazionale Partigiani d'Italia
PCI = Partito Comunista Italiano
PSI = Partito Socialista Italiano
CGIL = Confederazione Generale Italiana del Lavoro (Allgemeiner italienischer Gewerkschaftsbund)

dazu gehört wenig —, sondern auch von der Schwerfälligkeit und dem ständigen Zögern der verschiedenen Massen-Organismen. Wir hatten immer Angst, daß sich die CGIL noch im letzten Augenblick zurückziehen würde. So hat denn die ANPI nichts weiter getan, als immer wieder allen zu wiederholen: verhaltet euch ruhig, macht keinen Krawall, provoziert die Polizei nicht. Das Ergebnis war, daß wir — als uns die Polizei provozierte — zahlenmäßig schon ziemlich zusammengeschrumpft waren in unserem Umzug. Als während der Demonstration einer der ANPI-Chefs sprach und zur Ruhe aufforderte, während die Polizei Leute verhaftete, wurde er ausgepfiffen. Wer sich wirklich eingesetz und geschlagen hat, das waren die jungen Arbeiter und einige Studenten. Und dann die Leute aus der „carrugi" — aus den Gäßchen der Altstadt

Das ganze alte Genua oberhalb vom Haus des Columbus, hatte Barrikaden gebaut, die in alle Ewigkeit gehalten hätten. Da geht's den Leuten wirklich schlecht, und außerdem hassen sie die Polizei seit eh und je. Ich glaube, daß dies alles das wichtigste Ereignis in Norditalien seit 1948 war. Zum erstenmal hat der Präfekt tatsächlich Angst gehabt, als J o n a von der ANPI ihm sagte, daß sie die Kontrolle der Situation verloren hätten, daß die Leute sich auf jeden Fall schlagen würden, auch gegen die Direktiven der Parteien." Dieser junge Mann spricht vom „Kampf" und beschreibt ihn mit der Schlichtheit und Entschlossenheit eines Menschen, der sich der Bedeutung dieses Begriffes sicher ist. „Sofort wurde die Polizei in die Flucht geschlagen, gleich zweimal hintereinander; das erste Mal in einem allgemeinen Wutausbruch ohne jegliche Koordinierung, das zweite Mal unter Hinterlassung eines erbeuteten und verbrannten Streifenwagens. An dieser Stelle hat man die erste Barrikade errichtet, aber sie war nur schwach, bestand aus Pflanzen, Blumentöpfen und Rohrstühlen, und die Polizei hat sie sofort durchbrochen. Die Polizei wurde aus der Luft von einem Hubschrauber gelenkt und teilte die Demonstranten in sechs oder sieben Gruppen. Drei Stunden lang haben wir nichts anderes getan als Steine geworfen und gebrüllt, wir haben einen Polizisten gefangengenommen, aber er war so verletzt, daß wir ihn sofort ins Krankenhaus geschickt haben." Und die Schilderung geht weiter mit der Erbeutung von zwei Mannschaftswagen der Carabinieri voller Tränengasbomben, mit der Blockierung eines Streifenwagens durch Steinwürfe, während er, mein junger „Held", sich übergab, weil er zuviel Tränengas geschluckt hatte, und dann, als er von allen Seiten eingekreist war, mit geschlossenen Augen — wegen der geschwollenen Lider — fliehen mußte.

Ein anderer junger Student schreibt mir: „Was in diesen Tagen geschehen ist, ist darum so wichtig, weil es die Moral, die Stimmung der Arbeiterklasse gehoben hat, die aus sehr triftigen Gründen niedrig und gedrückt war. Jetzt sind sich die Leute darüber klar geworden, daß man viel erreichen kann, wenn man sein ganzes Wollen dafür einsetzt. Die Genueser haben etwas wirklich Positives geleistet, und man muß zugeben, daß das in erster Linie die Arbeiter geleistet haben. Waren sie auch überaus aktiv, die Studenten, so waren sie doch wenige. Das Ganze hatte viel vom „Klassenkampf", aber man muß sagen, daß Genua im allgemeinen mit den Demonstranten solidarisch empfand. Diese Solidarität ist jetzt, nach diesen Vorfällen, noch stärker, denn im Grunde ist ja alles gut gegangen." Ein anderer erzählt mir von der Nacht zum 2. Juli, als die Lage noch ungeklärt war und man Gerüchte hörte, der Kongreß solle in Nervi stattfinden: er erzählt von den Plänen der jungen Leute, in der Nacht noch nach Nervi zu fahren, um dort das Kino zu besetzen, ehe sich die Polizei zusammenschließen und die Via Aurelia absperren könnte.

Aus diesen und anderen Berichten entstand ganz offensichtlich das Bild einer empfundenen und realen Bewegung, die aus tiefen Gründen erwächst, Gefühle

anregt, auf autonomer, städtischer, kommunaler Ebene Form gewinnt und zu revolutionären Aktionen drängt.

Warum rühren sich die jungen Leute, warum sammeln sie hinter dem antifaschistischen Ideal all die vielfältigen Motive zu Unzufriedenheit, das Bedürfnis nach Freiheit, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Unduldsamkeit gegen eine Welt, die keine Entwicklungsmöglichkeiten, keine Aussichten mehr bietet? Ist es vielleicht ein Phänomen ähnlich dem, das in Frankreich so viele Jahre später in den jugendlichen Volksbewegungen, in den Gestalten S t e n d h a l s und V i c t o r H u g o s, den Napoleon-Mythos bewahrte?

In Genua handelte es sich in Wahrheit nicht darum, die Widerstandsbewegung als eine heilige und unantastbare Sache zu verteidigen; auch nicht die armselige Gruppe des MSI war der eigentliche Gegenstand. Die Widerstandsbewegung war nichts weiter als ein Augenblick — der dramatischste und wichtigste freilich — auf dem langen Weg zur Befreiung und Umwandlung der italienischen Gesellschaft. Die Widerstandsbewegung f e i e r t e nicht sich selbst, sondern sie lebte in ihrem Fundament, ihrer Daseinsberechtigung, ihren Programmen, ihren Entschlüssen, ihren Zwecken, in ihren richtungsweisenden Motiven: Autonomie, Freiheit, unmittelbare Demokratie, Strukturreformen, Abschaffung der präfektoralen Organismen, Arbeiter-Kontrolle, Räte-Staat, Landwirtschafts- und Industriereform, u.s.w., in jenem Komplex von Programmen, die begannen, Gesetzesform anzunehmen innerhalb der legislativen Aktivität der C.L.N. Das waren jugendliche, aber nicht utopische Programme, und der Hintergrund der Probleme, der nur noch lastender wird durch das Schweigen und die Nachgiebigkeit der Zeit, hat sich in diesen Jahren nicht gewandelt. Daher kann die Widerstandsbewegung für die jungen Leute von heute — auch wenn sie nicht informiert sind, auch wenn sie keine Erinnerung an diese Fakten haben, ein Mythos sein, etwas, worauf man sich beziehen, woran man sich orientieren kann: ein Kristallisationspunkt. Der Antifaschismus wird wiedergeboren, nicht als Anti-MSI oder als Antiklerikalismus oder Anti-Regierungsbewegung, sondern als positives Moment, als eine der Äußerungen einer neuen Realität, die Gestalt annimmt. In und mit der Widerstandsbewegung hatte sich diese italienische Realität zum erstenmal gezeigt und geäußert. Konkrete Form gewann sie schließlich mit der Besetzung des Landes, mit den tiefgreifenden Veränderungen der bäuerlichen Welt des Südens, mit dem Bewußtsein eines Italien der kleinen Leute, real und lebendig unter der Schale dessen, was Giacomo N o v e n t a, der große Dichter, Denker und Freund, der uns nun verlassen hat, als das Italien der „Anarchisten" und der Toten bezeichnete.

Genua ist daher auf diesem Wege der schöpferischen Realität und der Realisierung unserer selbst unter einem neuen Aspekt das erste Anzeichen, daß die Widerstandsbewegung auf's neue beginnen kann, nicht als vergangene Glorie, nicht als etwas Zelebriertes, sondern als Kampf von heute, als Form des völkischen Lebens. Lassen wir die Vergangenheit ruhen. Neue Menschen, neue junge Menschen denken auf's neue neue Gedanken, die die unseren sind. Und das Vertrauen wird wiedergeboren.

Z w a n z i g J a h r e

Wer sind denn diejenigen, die in diesen Tagen ganz unerwartet den Lauf der Dinge geändert, die eine italienische Realität in Bewegung gebracht haben, die schon stagnierend, korrupt, ohne Auswege noch Hoffnungen schien; wer sind also diejenigen, die das entdeckt haben, was unter der Schale der beherrschenden Gruppen lebt, die doch dazu bestimmt schienen, nach und nach alles autonome Leben des Landes auszulöschen und es ganz und gar zur Vergangenheit

und Bedeutungslosigkeit zurückzuführen? Es sind zum großen Teil junge Leute, neue Leute, Unbekannte, Zwanzigjährige. Ein junger Mann ist in Palermo getötet worden, an einem endlos langen Nachmittag, der alle Kennzeichen des Volksaufstandes trug. (Wie ähnlich sind doch die Fotografien der improvisierten Barrikaden, wie ähnlich sind die Gesichter, die Gesten der Menschen in den Straßen jenen antiken des Kampfes von Palermo, mit Garibaldi auf der Piazza Bologni; und das ist hundert Jahre her!) Zwanzig Jahre war Savatore Novembre alt, der arbeitslose Tagelöhner aus Catania, der erschossen wurde; und seine junge Frau ist noch ein Kind, eine sizilianische Bäuerin. Ganz jung sind die Toten aus Reggio Emilia, von grausamen Scharfschützen zur Zielscheibe genommen. Und junge Menschen finden sich überall, ob Blut geflossen ist oder nicht, an allen Orten dieses ersten Erwachens eines Nationalbewußtseins, dieser unvorhergesehenen Bejahung der Werte des Staates und des Gesetzes durch das Volk — gegen ein Regime, von dem man empfindet, es habe kein Staatsbewußtsein, es sei unfähig, die Gesetze zu respektieren.

Nach Genua — dann Rom. Die Ereignisse dieser Tage haben bei aller Ähnlichkeit verschiedene Merkmale gehabt, je nach dem Ort der Handlung; sie sind derart authentisch gewesen, daß sie den Charakter der jeweiligen Stadt respektierten, ihr Empfinden und ihr Kolorit zeigten. Die Ereignisse in Rom haben glücklicherweise keine Toten gefordert, und dort war die Menge vielleicht weniger zahlreich als anderswo. Es gab wenig mehr als eine Reihe von Scharmützeln, wie in der Zeit des Risorgimento; aber in der Heftigkeit der Angriffe, in der freiwillig beschlossenen Beleidigung der Abgeordneten, in den ganz und gar römischen, spontanen, weder organisierten noch vorbereiteten, sondern instinktiv bereiten, entschlossenen und mutigen Kennzeichen der städtischen Widerstandsbewegung war es ein in jedem Sinne beispielhafter Tag. Wer am Abend des 6. Juli an der Porta San Paolo gewesen ist und dem wilden Aufgebot von Streifenwagen und Pferden und auch der Verteidigung des Volkes beigewohnt hat, dem ist klargeworden, wer diese jungen Leute, diese Zwanzigjährigen sind.

Sie kamen von allen Seiten, sie verschwanden, sie tauchten plötzlich wieder auf, sie waren allen unbekannt, frisch, unvorhergesehen. Als ganz langsam und schutzlos die kurze Marschkolonne auftauchte, die aus älteren und alten Leuten, aus Abgeordneten, aus Witwen, aus ehemaligen Deportierten, aus Partisanen bestand, die ihre Kränze zum Gedenkstein an der Porta San Paolo trugen, brach ein Schwarm von jungen Leuten aus allen Seitenstraßen hervor, und sie umringten die Kolonne der Alten, als ob sie sie beschützen wollten, sie sangen und skandierten im Chor RESISTENZA! — fröhliche Beschützer jener antiken, ihnen unbekannten Realität. Aber als die Streifenwagen sich auf die Kränze stürzten und wie verrückt Blumenbeete und Bürgersteige überrollten, als die Waffen schußbereit waren, Gummiknüppel, Tränengaswerfer, Wasserschläuche und galoppierende Pferde bereitgemacht wurden, da erwarteten diese jungen Leute die Ereignisse ganz gefaßt und hielten jene ungebändigte Wut mit Kieselsteinwürfen auf: als ob sie ganz plötzlich die Technik der Straßenschlacht erlernt hätten. Sie, die Hauptdarsteller, traten an zur Verteidigung der Väter!

Alte Einwohner von Trastevere, gewöhnt an Streitigkeiten und Schlägereien, harte Leute mit weichem Herzen, betrachteten diese jungen Leute voller Bewunderung und mit Tränen in den Augen. „Sieh sie dir an!", sagten sie, „sie sind tapferer als wir!" Sie waren so überrascht von den jungen Leuten, daß es schien, als ob sie trotz der Steinwürfe, Schlägereien, trotz der aufgeregten Pferde, alle Gefahr vergessen hätten, um die improvisierte Strategie dieser Jungen zu bewundern, die, nur ihrem Instinkt folgend, die geeignetsten Orte für ihre Verteidigung fanden. Sie verbarrikadierten sich in den Baustellen der neuen Häuser

in der Nähe des Bahnhofes der Linie nach Ostia, sie benutzten stehengebliebene Straßenbahnen, sie erfanden jede Art von Waffen, wechselten schnell die Stellung, kletterten in die Häuser, verschwanden ganz plötzlich. In Testaccio hielten sie nach kurzer Zeit voller Mut und Sicherheit den Platz, sie waren voller Leidenschaft, voll klarer Übersicht, kannten weder Zweifel noch Rhetorik und erwiesen sich als äußerst wirksam.

„Wie wütend betrachteten sie uns!", berichtet ein junger Mann, „Das war nicht die Polizei — die kennen wir —, das waren verkappte Faschisten aus Genua, die sich rächen wollten". Andere sagten freundlich und in neckendem Ton zu den Carabinieri: „Was treibt Ihr denn? Merkt Ihr denn nicht, daß Ihr Euch für die anderen bloßstellen sollt?" Und wieder ein anderer, ein ganz Kleiner, sagte zu dem Sportler D'Inzeo, der sich auf ihn stürzte: „Schämst Du Dich nicht, cavaliere?". Die Säbel zerteilten zischend die Luft, die Reitgerten hinterließen ihre Spuren. „Ich dachte nicht, daß Pferde so riesengroß wären, man bekommt Angst", erzählt eine Studentin der Kunstgeschichte. Aber die Jungen aus Trastevere reden wie Veteranen: „Zuerst haben sie uns überrascht, das war eine neue Waffe, die hatten sie für uns aufgehoben. Aber das sollen sie nur noch einmal probieren! Jetzt haben wir gelernt, wie wir uns verteidigen müssen".

„Mehr als umbringen können sie uns ja nicht", sagte ruhig ein Junge auf einer provisorischen Barrikade, die von allen Seiten eingeschlossen war. „Die Nazis!", schrie ein anderer und zeigte auf die Streifenwagen und die Pferde: so verband er, in unbewußter, historischer Intuition, zwei Elemente am gleichen Ort. Eines davon war ihm persönlich unbekannt, aber es lebte in ihm als natürlicher Bezug und Zusammenhang.

Als alles vorbei war, grüßten sich in den Straßen Roms andere junge Menschen mit dem Ruf: „Viva la Resistenza!". Was für eine ‚Resistenza'? Sie meinten nicht die alte Widerstandsbewegung sondern die neue, ihre Widerstandsbewegung, die sie zum erstenmal erprobt hatten. Was drängt nun diese jungen Leute dazu, diejenigen, die herrschen, regieren und kommandieren als fremd zu empfinden, eine unversöhnliche Opposition zu bilden, die keine Kompromisse gestattet und zur Tat drängt, selbst bis zur ruhigen Hinnahme der Möglichkeit des Todes („Mehr als umbringen können sie uns nicht")? Tausend verschiedene Motive laufen in einem Punkt zusammen, ideale und praktische, individuelle und soziale, die für sie heute die Bejahung einerseits und die Ablehnung andererseits zur gemeinsamen Sache werden lassen. Es handelt sich nicht mehr um anarchische Verzweiflung oder um erste, einfache, irrationale Impulse, sondern um einen — wenn auch nicht immer klar durchformulierten — Akt des Gewissens und der Freiheit angesichts einer Situation, die zur moralischen Revolte drängt.

Was wollen sie? Es fällt schwer, auch ihnen selbst, das zu sagen: sie wollen die Freiheit, das Ende eine unsichtbaren, fortgesetzten und lastenden Bedrückung. Sie wollen bestätigen, daß sie existieren, und sie finden naturgemäß und mit Sicherheit die ewigen Feinde; sie stützen sich zweifellos auf eine noch lebendige Tradition. Diese Bewegung der jungen Leute ist ein großes nationales Phänomen (aber überall anderswo, von Amerika über Rußland bis nach Japan rühren sie sich im gleichen Sinne). Zum großen Teil sind sie nicht politisch organisiert, sie folgen noch keinen Formeln und Programmen. Diese jungen Leute ohne Programme sind nicht ohne Ideen, und sie zerbrechen mit ihrer Gegenwart ein unheilvolles Gleichgewicht. Sie dürfen nicht verkannt oder verraten werden: sie sind eine lebendige Kraft, die kämpft, um sich zu formen, um zu wachsen und zu existieren, und sie trägt in sich die Werte einer Lebensenergie, die der größte Reichtum für alle ist.

Reggio Emilia

Wenn die Ereignisse wahr sind und die Tiefe des Lebens aller ausloten, wird auch das schmuckloseste Wort ein Faktum, eine Realität. Anläßlich der Sitzung des Bundesrates der Widerstandsbewegung in Rom erhob sich nach der Rede von Ferruccio Parri zu einer Erwiderung Boiardi, ein katholischer Sozialist aus Reggio Emilia. Es war dies einer der seltenen Augenblicke voller Dramatik und Erhabenheit. Es war ein Zeuge, der sprach: Er sagte in vollkommener Schlichtheit das, was er gesehen hatte: ein kaltblütiges Gemetzel: vernehmlicher, härter, erschütternder als jede Erfindung und als jedes Urteil. Heute habe ich, zur Bestätigung der Worte Boiardis, die Aufnahme der Piazza in Reggio Emilia gesehen, und zwar vor und während des Feuers: es gab keinen Massenaufstand, nur wenige und ruhige Leute entfernen sich in Frieden. Dann plötzlich schießt einer, und zielt wie in einer kriegerischen Übung mit aufgestütztem Knie auf einen einzelnen Feind, allein hinter einem Baum. Und ich habe ein Tondokument gehört, das einem das Blut in den Adern gefrieren läßt: die Tonaufnahme von 27 Minuten Gewehrfeuer auf dem Platz in Reggio Emilia: ein Büchsenschuß, das Geräusch des Ladens, wieder ein Schuß, eine MG-Salve, die Sirenen, die Tränengaswerfer, wieder eine Gewehrsalve, die Worte der Menschen, abgerissen, bestürzt, zornig, schmerzlich: „Taugenichtse, schwarze Brigaden, nicht schießen, nicht schießen!" Und wieder Salven und einzelne Schüsse, ohne Ende. Plötzlich hört man in der kleinen Schar die jungen Leute, die sich Rock und Hemd ausgezogen haben, mit entblößter Brust dastehen und schreien (man hört sie zwischen den Schüssen auf dem Band): „Bringt uns doch auch noch um! Erschießt uns doch!" Das Tonbandgerät läuft weiter, gnadenlos: ein Schuß, wieder ein Schuß, eine lange Salve, ein Schuß, ein Augenblick der Stille.

Diese jungen Leute, diese beleidigten Menschen sind die waffenlosen Träger einer Freiheit, die jede Verbindung mit jener Vergangenheit in Sklaverei abgebrochen hat, die noch heute zuschlägt und tötet. In dieser schmerzlichen Tragödie ohne Verteidigung, mit dieser mechanischen Aufzeichnung von Geräusch und Wut lehren sie jeden, die Werte des Lebens zu erkennen.

Noch eine Minute, noch eine Sekunde

Einen Tag zu gewinnen, eine Stunde, eine Minute, eine Sekunde: das war die angsterfüllte, beklommene und psychotische Art der Reaktion der regierenden Klassen auf den Sieg des völkischen Protestes. Die Abdankung eines Kabinetts ist in Zeiten der Demokratie ein normaler, undramatischer Vorfall, der einer gewissen Verschiebung im Gleichgewicht der Kräfte entspricht. Die Minister verlassen im allgemeinen ihren Posten mit einem schlichten (möglicherweise unschuldigen und falschen) Lächeln, ehrenvoll und würdig, stets bereit, sich wieder in den Vordergrund zu schieben und zurückzukehren, sobald die Umstände es begünstigen und gestatten. Die parlamentarische Auflösung der Krise dieser Tage hat jedoch entgegengesetzten Charakter gehabt: den der Langsamkeit eines Alpdrucks; als ob es sich nicht um ein aktuelles, objektives und reales Ereignis handle, sondern um einen Traum; um einen jener Träume, in denen alles mit erschreckender Langsamkeit und unnatürlicher Verzögerung vor sich geht, jede Bewegung eine ungeheure Anstrengung kostet, man die Hand ausstreckt, um einen Gegenstand zu berühren und ihn nie erreicht, und immer schiebt sich ein neues Hindernis dazwischen — bis man noch ganz verstört aufwacht und die vertrauten Dinge, das Fenster, die Möbel, das Zimmer mit Dankbarkeit betrachtet, weil sie real sind und ihre Verhältnisse die des freien Willens und der Wirklichkeit sind.

Die Traum-Irrealität der Regierungskrise vom Monat Juli 1960 geht über das hinaus, was für den armen Renzo, für den Bauern, die unverständliche Welt des Rechtes des Azzeccagarbugli (Promessi Sposi) ist: sie ähnelt mehr den Phänomenen der Auflösung aller Zusammenhänge und der quälenden Besessenheit, die man in der psychiatrischen Praxis beobachten kann, und Erinnerungen kamen mir wider Willen ins Gedächtnis aus einer fernen Zeit, in der ich mich mit Symptomen und Diagnosen beschäftigte. Dabei saß ich auf der Tribüne als objektiver Beobachter außerhalb des politischen Spiels und seiner Technik der jüngsten Parlamentsitzungen.

Eine eigenartige Atmosphäre, die nur dem bekannt und vertraut ist, der einige Erfahrung in psychologischer Analyse hat, schien den Sitzungssaal zu füllen: eine Irrealität, ein Mißbehagen, eine Zusammenhanglosigkeit, ein merkliches Anzeichen von Delirium, eine Mischung aus gleichermaßen immaginärer Bedrängnis und Größe: die süßliche und entsetzliche Luft der Paranoia. Auf dem Tisch des Redners lag ein Aktenstück: typisches Element und typische Stütze der Bedrängnis. Es war ein dickes grünes Aktenstück. Man erwartete, daß daraus, wie aus dem Zylinder eines Zauberers, die ungeahntesten und verblüffendsten Dinge hervorkämen. Ein normaler Politiker hätte — denn die Aufgabe war, entgegen Augenschein und Wahrheit, nachzuweisen, daß der spontane Aufstand des Volkes und der jungen Leute gegen ein verhaßtes Regime verschleierten oder offenen Faschismus' nichts anderes war als ein organisiertes „kommunistisches Komplott" —, jeder andere Politiker hätte dem Aktenstück mit der deutlichen falschen Überzeugtheit eines rationalen Planes wer weiß was für authentische Dokumente entnommen, die man voller Geschick und Schläue aus den Tausenden von möglichen Dokumenten ausgesucht hätte, vielleicht in China oder noch weiter entfernt; oder, was noch einfacher gewesen wäre, da es für solche Zwecke listige Spezialisten gibt, irgendeinen überzeugend nachgebauten Plan X voller Räuberromantik. Nichts von alledem geschah. Die Dokumente, die verlesen wurden, waren so unschuldig wie möglich und so wenig beweiskräftig, wie man sich nur vorstellen kann. Es waren alte Kongreßbeschlüsse, in denen man von Frieden und demokratischer Eroberung der parlamentarischen Mehrheit sprach; Partei-Rundschreiben, die von Sozialdemokraten oder Liberalen hätten unterzeichnet sein können: Aufrufe des Partisanenverbandes zur Wachsamkeit gegen den Faschismus u.s.w. Und derjenige, der diese Dokumente darlegte, schien ehrlich überzeugt von ihrer Beweiskraft.

Diese inhaltlosen unhaltbaren Folgerungen und Schlüsse erinnerten mich an einen Fall aus meiner Zeit als Mediziner: einen beispielhaften Fall von metaphysischer Paranoia. Es handelte sich um einen alten, harmlosen und unschädlichen Mann: er hielt sich für den lieben Gott, den einzigartigen Schöpfer und Lenker des Universums. Seit mehr als zehn Jahren lag er in seinem Bett im Wandelgang des Krankenhauses, er verließ es nie und bewegte sich darin mit äußerster Langsamkeit und Vorsicht: jede brüske Bewegung hätte ein Erdbeben, einen Orkan oder eine andere Naturkatastrophe auslösen können. Wenn er die Augen schloß, senkte sich die Nacht hernieder, wenn er sie wieder öffnete, erschien die Morgenröte. Auch sein Delirium von Größe baute sich auf einem nichtigen Beweis auf: er war an dem Schaufenster eines Landkartengeschäftes vorbeigekommen und hatte darin eine Weltkarte gesehen, unter der der Name der Firma De Agostini stand. Er hieß Agostino, folglich war er der Erbauer und Schöpfer der Welt.

Es ist die Manie der Größe, die die Rollen vertauscht, die die Leute an der Regierung glauben macht, es sei ihre Aufgabe, über Opportunität und Augenblick

der Wachablösung zu entscheiden: wenn man sich allzu hastig bewegt, kommt der Weltuntergang.

Natürlich ist die Mischform aus Größen- und Verfolgungswahn kein einfaches, individuelles Phänomen: der Präsident des Ministerrats, der diese absonderlichen Äußerungen tat, hat sicherlich in seinem Privatleben ein vollkommenes mentales Gleichgewicht. Aber eine ganze politische Klasse ist an diesem zweifachen Delirium erkrankt, und auf Grund dieses Deliriums ist sie der Meinung, daß alles geschehen kann und daß eine gewonnene Stunde, eine Minute, eine Sekunde eine Situation umkehren kann, die gezeichnet ist vom Gedanken, von der Arbeit, und auch vom Blut der Italiener. Man verschiebt um einen Tag, dann um einen weiteren Tag, in Erwartung des Eingriffes der Vorsehung, den furchterregenden Augenblick des Weltuntergangs. Und wenn man an der äußersten Grenze angelangt ist, sich auf einen anständigen Tod vorbereiten muß, zieht man diesen Augenblick noch um eine Stunde in die Länge — für ein gemeinsames Mittagessen, um eine halbe Stunde — für den Kaffee, um fünf Minuten — für die letzte Zigarette. Die Realität ist so weit weg, so unsichtbar und unbekannt!

So ist für diese herrschende Klasse die Zwietracht, die Verständnislosigkeit, die Feindseligkeit, der Bruch mit Italien ein totaler. Der Bruch mit dem Italien der jungen Leute, der Arbeiter, der kleinen Leute, der Armen; dem Italien, das gelernt hat, sich Gehör zu verschaffen, das sein ganzes Leben in einen spontanen Protest gelegt hat: die Leiden; die Mühen; den Schweiß; die erzwungene Unwissenheit; die erzwungene Muße das erzwungene Elend; das Fehlen von Aussichten und von Gerechtigkeit; die Beleidigung der einfachsten Prinzipien moralischer Sauberkeit; die moralistische und pseudo-religiöse Anmaßung; das Unbehagen, seine Heiligen zu Machtinstrumenten herabgewürdigt zu sehen; den Wunsch nach Freiheit, nach Selbstbehauptung, nach Existenz zur Hoffnung. Dieses Zusammenwirken von Gefühlen, von Regungen, von vagen Wünschen, von konkreten Forderungen, von Idealen ist die Substanz der Neuen Widerstandsbewegung.

Die Krisis dieses Monats ist keine Regierungskrise, sondern die Krise eines Regimes. Die Entfernung von der Realität äußert sich in den zwiefachen Delirien. Die neue Regierung, die heute entsteht, wird die Probleme, aus denen sie entstanden ist, nicht lösen und nicht lösen können. Es ist unvernünftig zu verlangen, daß die Mücken den Kampf gegen die Malaria führen. Was durch den Sturz der Regierung erreicht wurde, das ist ein Sieg; ein großer Sieg, weil er aus dem Willen des Volkes geboren wurde, weil er den Menschen das Vertrauen wiedergegeben, dem Volk seine Macht gezeigt, das Vorhandensein der jungen Leute enthüllt hat. Es ist ein großer Sieg: aber in diesem Leben sind die Siege nie vollkommen, nie endgültig: sie sind winzige, wandelbare, vorläufige, reale Punkte, denn sie sind wahr. Italien ist wieder in Bewegung geraten: dies heute ist ein Anfangssieg, er ist noch in Gefahr und macht Wachsamkeit, Aktivität, Initiative, Vertrauen, Programme und Aktionen notwendig.

Albrecht Goes

Mit brennender Sorge

Sie haben mich, sehr geehrter Herr Pahl-Rugenstein, um ein ‚Wort zur Stunde' gebeten. Sie meinten, ein Autor, der sich vor Jahren so deutlich zu einer Frage der Zeit geäußert habe, dürfe in diesem düsteren Sommer 1960 nicht schuldig werden durch falsches Schweigen: ich werde Ihnen, verzeihen Sie, schlecht dienen können. Ich beobachte, ich nehme wahr, aber kein Tag vergeht, an dem mir nicht die Meister-Anton-Worte aus Hebbels ‚Maria Magdalena' durch den Kopf gehen: ‚Ich verstehe die Welt nicht mehr', und dabei meine ich nun freilich nicht die ferne, sondern die nahe Welt. ‚Mit brennender Sorge —': warum gehen mir diese drei Worte nicht mehr aus dem Sinn? So fing einst die Enzyklika Pius XI. an, in der zu Hitlerdeutschland — endlich — ein klares Wort gesprochen wurde. Es geht unter uns etwas vor, was nur mit brennender Sorge betrachtet werden kann. Es kommt etwas abhanden, Monat um Monat mehr, was nur in Untergangszeiten abhanden kommt: die Furcht. Die Furcht vor dem Menschenbild, das uns wechselseitig anvertraut ist, vor der Menschenwürde, die nicht ungestraft verachtet, mit Füßen getreten werden darf.

Einzelheiten? Als kürzlich dieser Zind sich von neuem in der Bundesrepublik herumtrieb und seine Karten und Briefe aussandte, wie hätte man da reagieren müssen? Man hätte den Mann und sein Tun mit Verachtung strafen müssen: ein trauriger Feigling, der sich der Verbüßung einer gerechten Strafe durch die Flucht entzieht, ist uns kein Gramm Druckerschwärze wert. Aber unsre Illustrierten haben mit seinen Schreibereien einen Handel getrieben. — Der Mordanwalt Lautz, die rechte Hand des Blutfreisler, hat in diesen Jahren mehr als hunderttausend Mark Pension bekommen, ein Vielfaches von dem, was die Witwe eines seiner Opfer, die Frau Stieff, sich mühsam erstreiten konnte ... Als der Exgeneral Simon zum drittenmal in Ansbach vor Gericht stand, sprach man ihn zum drittenmal frei. Ich hüte mich vor jedem Angriff auf die Justiz: gibt es keine Rechtshandhabe, ihn zu verurteilen, wie unser Empfinden ihn längst verurteilt hat, so muß er wohl freigesprochen werden. Aber warum gibt es keine Instanz, die den einen Satz ausspricht: dieser Mensch hat den Erhängten Schilder um den Hals gehängt, er hat, über den Tod hinaus, die Menschenwürde besudelt; in unsren Augen ist er, dreimal freigesprochen, dennoch ehrlos auf Lebenszeit? — Man ist milde und nachsichtig, wo es um national sich gebärdende Narren und Bösewichter geht, aber man ist sofort zum Mißtrauen geneigt, wo ein Mensch mit dem heiligen Wort ‚Frieden', ‚Frieden über Gegensätze hin' wirklich Ernst machen will ... das heißt aber: man versteht sich im Grunde nur auf eine Abwehrhaltung, der man dann notdürftig einige Zugeständnisse abringt; man versteht sich nicht auf den geduldigen Versuch, auch dem Osten gegenüber wahrzunehmen, was wirklich ist, und was im Ernst gemeint ist. — Man schüttelt, heute noch befremdet, aber morgen nur noch amüsiert, den Kopf über die Tricks, mit denen die Machthaber sich die Verfügung über eines der Hauptinstrumente des Wahlkampfes 1961 gesichert haben. Und man fürchtet sich nicht. Ich sehe: Schweizer Freunde, auf deren Wort und Urteil man gerne viel geben würde, verstehen nicht im mindesten, warum wir so verstört sind. Freunde hin, Freunde her: in erschrockenem Ernst will ich fragen: weiß man in Bonn, weiß man in der Welt, daß es in der Bundesrepublik Christenmenschen gibt, die ihr Vaterland und den Frieden der Welt gleich liebhaben, die wahrhaftig nicht schwarz-weiß und weißschwarz malen, die auch mit brennender Sorge nicht überhören, was in den Briefen aus Magdeburg und Dresden steht und — nicht steht, die aber hier, am

Ort ihrer Ohnmacht, einfach nicht mehr wissen, wie sie für eine zynisch und mutwillig gewordene Obrigkeit beten sollen — so, wie sie es vor zwanzig Jahren auch nicht mehr gewußt haben? Wenn einer von den Verantwortlichen weiß, was Gebet ist, dann sollte er sich davor, denk' ich, fürchten. — Das ist alles, was ich Ihnen, sehr geehrter Herr Pahl-Rugenstein, schreiben kann. Und das ‚dixi, et salvavi animam meam' kann ich nicht darunter setzen. Denn dergleichen schreibt keiner mit gerettetem Herzen.

Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl

Im Krebsgang voran!

Die Restauration

In dem Prozeß gegen zwei SS-Führer und einen Wehrmachtsoffizier vor dem Schwurgericht in Ansbach, hat sich einer der Angeklagten in der vor Jahren stattgefundenen ersten Verhandlung damit zu entschuldigen versucht, er habe in einem Befehlsnotstand gehandelt. Auf die zweite Zurückweisung des Falles durch den Bundesgerichtshof wurde im Jahre 1960, zum drittenmal in der gleichen Angelegenheit, wieder vor dem Schwurgericht Ansbach verhandelt. Nun erklärte jener Angeklagte, er halte das Vorgehen gegen die Brettheimer Bürger, die im April 1945 vor dem Einmarsch der Amerikaner aufgehängt worden waren, für korrekt; seine frühere Berufung auf Befehlsnotstand nahm er zurück mit der Erklärung, bei der ersten Verhandlung hätte man nach der herrschenden öffentlichen Meinung noch nicht zugeben können, daß so ein willkürlich abgehaltenes Standgerichtsverfahren in Ordnung gewesen sei; aber heute nach dem Aufbau der Bundeswehr dürfe man so etwas wieder sagen. Eine solche Aussage vor einem Gericht läßt tief blicken. Sie ist so symptomatisch für die innere Entwicklung unseres Staatswesens wie es das Schicksal der durch Hitler oder in seinem Namen verliehenen Orden ist. Nach dem Zusammenbruch von 1945 wanderten die meisten dieser Orden wohl in den Mülleimer, weil selbst ein Nationalsozialist es für unmöglich hielt, daß Auszeichnungen für die Teilnahme an den Kriegen Hitlers, eben für verbrecherisch erklärt, jemals wieder zu Ehren kämen. Als dann aber die Bundesrepublik dank ihres Beitrages zur westlichen Verteidigung für souverain (besser souzerain) erklärt worden war, hat sie das Tragen jener Orden durch ein besonderes Gesetz wieder ehrbar gemacht.

Hitlers Geist wirkt in der Tat nicht nur in den internationalen Beziehungen durch unheilvolle Spannungen fort, auch im nachhitlerschen Deutschland wurde der Geist des Dritten Reiches wieder wirksam, kaum wahrgenommen von vielen, besonders was die jüngere Generation betrifft, die ja nichts anderes erlebt und kennengelernt hat. Dies gilt für das Gebiet des politischen Lebens — man denke nur an das Verbot politischer Parteien, durch das sich die Bundesrepublik von allen anderen freiheitlichen Rechtsstaaten unterscheidet — nicht weniger als für das Berufs- und Wirtschaftsleben, ja das ganze bürgerliche Dasein. Aus dem Einparteistaat ist der Parteienstaat geworden, aus dem Führerprinzip eine Paragraphenordnung mit einem Bürokraten- und Justizsystem.

Der Parteienstaat

Der parlamentarische Rat, bestellt durch die Parteien der Landesparlamente, nahm in das nur provisorisch gedachte Grundgesetz für die gleichfalls nur provisorisch gedachte Bundesrepublik die Bestimmung auf: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit." Nie zuvor hat sich die Verfassung eines Rechtsstaates mit Parteien befaßt, weil ein solcher Staat a priori keine Parteien, sondern nur Staatsbürger, Volksvertretung und Regierung kennt und kennen soll. Die 1945 zunächst von den Besatzungsmächten lizenzierten Parteien nahmen denn auch nicht die Stellung ein, wie die Parteien vor 1933; sie betrachteten sich eher als die Nachfolger der einen Partei (des Dritten Reichs) zwar nicht dem Geiste, aber der Bedeutung nach. Sie hielten sich für alle öffentlichen Angelegenheiten als in erster und letzter Instanz zuständig. Daneben behielt der Verfassungsgrundsatz „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" stillschweigend nur platonischen Wert, wurde zum Lippenbekenntnis degradiert. So wie im Dritten Reich die eine Partei über Reich, Länder und Gemeinden verfügte und sie gleichschaltete, so versuchen die heutigen Parteien da, wo sie die Möglichkeiten finden, alles gleichzuschalten. Für sie gibt es keinen Unterschied zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Nicht die Bürger, sondern kleine Parteikliquen bestimmen, wer in einem Land oder in einer Gemeinde eine führende Stellung einzunehmen hat. Ja sie tauschen die Kandidaten zwischen verschiedenen Bezirken, die gar nichts miteinander zu tun haben, aus und bestimmen beispielsweise, wen die Bürger einer Stadt etwa zu ihrem Bürgermeister zu wählen haben. Den Wahlbürgern selbst bleibt oft mangels einer festen Organisation mit entsprechenden Finanzquellen gar nichts anderes übrig, als das Tauschgeschäft der Parteien (denen nur einige Prozent der Wähler angehören) durch ihren Stimmzettel zu bestätigen. Dem Herrschaftsanspruch der Parteien wird praktisch die Eigenständigkeit der Länder und das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nachgeordnet. Da, wie gesagt, nur einige Prozent der Bürger Parteimitglieder sind, ist es nicht zu verwundern, daß die Volksvertretungen nach und nach ihre „Arbeit" gewissermaßen nur noch im luftleeren Raum verrichten, vom Volke kaum beachtet oder gestört.

Justitia, die Göttin der Gerechtigkeit, wird versinnbildlicht mit verbundenen Augen, die Waage in der Hand haltend, womit gemeint ist, sie spreche Recht, unparteiisch, ohne Ansehen der Person. Wie für jeden Beamten und Richter, gilt oder galt wenigstens früher auch für einen Minister der im allgemeinen Diensteid enthaltene Grundsatz, seine Amtspflichten ohne Ansehen der Person nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Im heutigen Parteienstaat besteht die große Versuchung, daß alles nach parteipolitischen Gesichtspunkten, das heißt nach dem Grundsatz „cui bono" (wem nützt es) beurteilt wird. Mit Recht wird ein öffentlicher Funktionär bestraft, der sein Amt zu Gunsten oder zum Nachteil einer Partei mißbraucht, wegen Rechtsbeugung oder Begünstigung. Und ein Richter, der sich außerdienstlich mit einem Rechtsuchenden über dessen Fall ausläßt, muß wegen Befangenheit seine Mitwirkung in der Sache ablehnen. So strenge Maßstäbe werden an die Objektivität eines öffentlichen Funktionärs gestellt. Für eine solche Objektivität, eine derartige Reinlichkeit der Amtsführung müßten gerade die obersten Funktionäre des Staates, die Regierungsmitglieder, vorbildlich sein, da sie ja nicht für ihre Partei, sondern für die staatliche Gemeinschaft bestellt und auch von dieser bezahlt werden. Daß eine Regierung nicht eine Art Parteiausschuß oder -vertretung zu sein braucht, das kann man derzeit an dem Beispiel der USA studieren, wo der Präsident mit seiner Regierung sehr wohl zu regieren vermag, auch wenn er keine Parteimehrheit hinter sich hat.

Ähnlich wie im versunkenen Einparteistaat die Partei den Staat kommandierte, hat sich in unserem Mehrparteienstaat die Unsitte Bahn gebrochen, daß eine Parteiclique wichtige Entscheidungen der Volksvertretung oder der Regierung im voraus manipuliert. Die Bundesregierung hat sich bei manchen Entscheidungen in unserem Bundesstaat mit den Vertretern der Bundesländer auseinanderzusetzen. Es ist nun geradezu absurd und verstößt gegen einen selbstverständlichen Grundsatz rechtsstaatlichen Denkens, wenn der Bundeskanzler staatliche Angelegenheiten nicht als Regierungschef mit den gesetzlichen Vertretern der Länder, sondern als Parteichef mit seinen Parteifreunden, die zufällig auch Ländervertreter sind, also nur mit einem Teil der Ländervertreter verhandelt und im voraus, bevor sich die anderen Bundesländer äußern können, wichtige Fragen entscheiden läßt oder zum mindesten endgültig manipuliert. Einer der wichtigsten Grundsätze in unserem Grundgesetz, nämlich der, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, wurde zu Gunsten der Parteien denaturiert und praktisch ersetzt durch den nebensächlichen Beisatz, daß die Parteien bei der Willensbildung des Volkes mitwirken. Die Erwähnung der Parteien im Grundgesetz geschah auf Veranlassung des parlamentarischen Rates, der sich bekanntlich aus Mitgliedern zusammensetzt, die die Parteien der einzelnen Länder und nicht das Volk selbst delegiert hatten, wohl zur Erhöhung des Ansehens der Parteien. Wie sehr unser ganzes politisches Dasein heute von dem Willen der Parteien zur Vorherrschaft überwuchert, erhellt deutlich aus der Absicht, die Volksvertreter der einzelnen Länder einheitlich an einem einzigen Wahltermin, zusammen mit den Abgeordneten des Bundestages, wählen zu lassen. Für die Kommunalwahlen ist ein solcher Einheitswahltag mit Rücksicht auf die Parteien bereits durchgeführt. Früher, in der Weimarer Republik nicht anders als unter der Monarchie, konnte jede Gemeinde den Termin ihrer Wahlen selbständig festlegen. Heute ist ihnen durch den Staat ein gemeinsamer Wahltermin b i n d e n d vorgeschrieben, damit die Parteileute ihre Wahlfeldzüge in einem Aufwaschen durchführen können. Es ist geradezu grotesk, daß dabei die eigentlichen Kommunalprobleme kaum behandelt werden, um so mehr aber die Bundespolitik, sogar die Weltpolitik, als ob auf den Rathäusern Weltprobleme entschieden würden.

Ist es angesichts der solcherart eingerissenen Parteienhyperthrophie verwunderlich, daß gar zu gerne jeder Bürger parteipolitisch rubriziert wird? Wer nicht links steht, muß wohl rechts stehen und umgekehrt. Bekennt sich jemand zu keiner der Parteirichtungen, so wird er zur heimatlosen Linken oder Rechten gezählt, oftmals gar abwertend diffamiert. Im Parteidenken gibt es eben keinen Platz für den Gedanken, es könne auch Menschen geben, die die Dinge ohne die offizielle Parteibrille sehen und beurteilen, ganz im Bemühen nach objektiver, realer und vernünftiger Betrachtung des einzelnen Falles unter gewissenhafter Abwägung des Für und Wider. Und dies gilt vor allem für die großen Gegenwartsprobleme unseres deutschen Volkes.

D a s B ü r o k r a t e n - u n d J u s t i z s y s t e m

Dem untergegangenen Führer- und Zwangsstaat ist nicht das erhoffte freiheitliche Staatswesen gefolgt, sondern parallel zur politischen und militärischen Restauration ein überbürokratisierter Paragraphen- und Justizstaat. Dies kommt einem recht zum Bewußtsein im Blick auf Großbritannien, den Staat mit dem ältesten Freiheits- und Rechtssystem, obwohl es dort überhaupt keine geschriebene Verfassung gibt, geschweige denn Myriaden von Rechtsnormen in Einzelgesetzen, wie sie bei uns dem Bürger zur Beachtung auferlegt werden, obwohl sich in dem Paragraphendschungel kaum der gewiegteste Jurist zurechtfindet.

Im Dritten Reich wurde durch den omnipotenten „Führer" als unumschränkten Gesetzgeber oder „auf Führerbefehl" ein ganzer Ozean von Gesetzen und Verordnungen erlassen. Statt nun diese Gesetzes- und Vorschriftenflut des Dritten Reiches grundsätzlich aufzuheben und von ihnen nur die wenigen weitergelten zu lassen, die ausdrücklich von der Aufhebung ausgenommen sind, wurden seit 1949 fast alle Nazigesetze und -verordnungen durch eine enorme Gesetzesinflation etwas umfrisiert, wenn oft auch sehr mangelhaft, in ihrem materiellen Gehalt aber großenteils bestehen gelassen. Zahlreiche im Zuge der Entnazifizierung durch die Besatzungsmächte wegen ihres nationalsozialistischen Gehaltes aufgehobenen Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten wurden seit Bestehen der Bundesrepublik allmählich wieder eingeführt.

Wir erlebten und erleben auf ziemlicher Breite eine Restauration, aber eine Restauration nicht etwa von einfachen und bewährten Gewohnheiten aus der monarchischen Zeit oder der Weimarer Republik, vielmehr zurück zur Reglementier- und Verwaltungspraxis des Dritten Reiches. Wir genießen heute eine Freiheit, die sich nicht mit den natürlichen Grundrechten des Menschen deckt, vielmehr eine Freiheit, die durchweg vom Staat geregelt und eingeschränkt ist, also nur ein bedingte oder Halbfreiheit, die eine Rheinfreiheit ist. Diesen Geist der Halbvormundschaft oder Gängelung atmen viele Gesetze und Verordnung. Dies ist kein Wunder, wenn man in Betracht zieht, daß die Referenten in den Ministerien wie auch die meisten Volksvertreter die früheren freiheitlichen Verhältnisse nicht mehr bewußt erlebt, ihre Kenntnisse und Berufserfahrungen vielmehr während des Dritten Reiches in sich aufgenommen haben und dementsprechend auch Gebote und Verbote für staatsnotwendig betrachten, die es im Dritten Reich gab. Die Gesetzentwürfe werden in den Ministerien meist von Referenten ausgearbeitet, die oft in der gewohnten Schablone ihrer Praxis vom Dritten Reich her weitermachen. Sind aber gewisse Grundsätze einmal in die Gesetzentwürfe hineingeschlittert, dann passieren sie mechanisch die folgenden Beratungen, soweit es sich um keine wichtigen politischen Fragen handelt. Es bestehen in der Bundesrepublik eine Menge Belästigungen und Einschränkungen, die es früher bei uns nie gegeben hat und die auch bis heute in keinem anderen freiheitlichen Rechtsstaat existieren. Es sei nur an die polizeilichen Meldezettel im Fremdenverkehr erinnert, an das Familienstammbuch, das vom Dritten Reich zu seiner Rassenpolitik benötigt wurde und das jetzt durch Bundesgesetz zum Zwang erhoben ist, sonst aber in keinem europäischen Staat besteht.

Schon vor der Gründung des Deutschen Reiches und erst recht darnach herrschte in Deutschland allgemeine Gewerbe- und Berufsfreiheit, bis es den Machthabern des Dritten Reiches einfiel, ihre Hammelherde in allen menschlichen, besonders beruflichen Angelegenheiten zu gängeln. Für fast jeden Berufsstand schuf man ein Berufsordnungsgesetz. So durfte u. a. niemand mehr ein Einzelhandelsgeschäft oder einen Handwerksbetrieb selbständig besitzen, der nicht unter vorschriftsmäßigen Bedingungen zugelassen war. Im Jahre 1945 stellten die Besatzungsmächte die frühere Berufs- und Gewerbefreiheit wieder her. Aber inzwischen hat die Bundesrepublik die Berufsordnungsgesetze der Nazizeit in ihrem wesentlichen Gehalt wieder hergestellt.

Nie vor dem Dritten Reich gab es eine politische Überwachung der Bürger. Heute aber haben wir an Stelle der Gestapo unseliger Zeit einen Verfassungsschutz, der an Zahl der einstigen Gestapo kaum nachsteht. Nie gab es auch eine geheime Überwachung des Brief- und Telefonverkehrs, es sei denn auf gerichtlichen Beschluß. Wenn solche Vorkehrungen für die innere Sicherheit der Bundesrepublik wirklich nötig wären, dann müßte es eigentlich um unser Staatswesen

schlecht bestellt sein und bald dürfte, ähnlich wie im Dritten Reich, niemand seinem Nachbarn trauen. Ein solch umfangreiches Überwachungssystem kann gewiß nicht damit begründet werden, die Bundesrepublik grenze an die totalitäre Tschechei und die DDR. Denn Österreich und die skandinavischen Staaten haben zum Teil mehr Tuchfühlung mit solchen Staaten, ohne daß dort die innere Sicherheit für so bedroht gehalten würde wie hier in der Bundesrepublik.

Der neue Präsident des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz erklärte bei seiner kürzlichen Amtseinführung laut Süddeutscher Zeitung vom 2. 8. 1960: „Der Verfassungsschutz öffnet und zensiert keine Briefe, er hört keine Telefongespräche ab und läßt sich keine Telegrammabschriften vorlegen. Der Verfassungsschutz hat ein Recht darauf, daß ihm das geglaubt wird." Der Präsident wies dann darauf hin, daß die Bundesrepublik einem massiven Angriff freiheitsfeindlicher Kräfte durch Zerstörung, Unterwanderung, Verleumdung und nachrichtliche Ausspähung ausgesetzt sei und daß der Verfassungsschutz alle Hände voll zu tun habe. Diese Angriffe, die mit Hilfe leistungsfähiger Nachrichtendienste des Ostblocks nach allen Regeln der Ausspähungskunst gegen uns geführt würden, hätten ein Ausmaß erreicht, das die Welt noch nie gesehen hätte. — Wäre solchen Darstellungen zu glauben, dann müßte, ähnlich Berlin, ganz Deutschland ein Dschungel von Untergrundagenten sein. Doch wäre das Vorhandensein so mächtiger Untergrundbewegungen zugleich ein trauriges Zeugnis für den Mißerfolg der massiven, den Steuerzahler schwer belastenden Vorkehrungen der Bundesrepublik gegen den Kommunismus, sei es das Verbot der kommunistischen Partei oder die Einrichtung und Unterhaltung des Verfassungsschutzes, die Geheimdienste wie z. B. die Organisation Gehlen, den Bundesgrenzschutz, die verdoppelte Landes- und Kommunalpolizei — Organisationen, welche an Zahl jene im Dritten Reich tätigen Geheimdienste wie Gestapo und S. D. zusammen mit der einstigen Sipo und Schupo weit übertreffen.

Die Quintessenz

Die Einfügung der Bundesrepublick in eine amerikanisch-westeuropäische Militärallianz wurde seinerzeit vor dem Bundestag damit begründet, daß durch sie die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit herbeigeführt werde. Aber wer konnte schon damals glauben — und die Zwischenzeit hat es bewiesen —, daß dies durch den Beitritt der Bundesrepublik zu einer Militärallianz, die die Sowjetunion als gegen sich gerichtet ansehen mußte, tatsächlich zu erreichen wäre. Durch das Verbot der kommunistischen Partei in einem Augenblick, als diese nur geringes politisches Stimmengewicht hatte, mußte dieser östliche Eindruck noch verstärkt werden, ohne daß die damit erstrebte innere Sicherheit der Bundesrepublik — will man den amtlichen Stellen glauben — eingetreten ist.

Die restaurative Politik der Bundesregierung in Verbindung mit dem Vorantreiben einer neuen westdeutschen Superaufrüstung hat, wie immer man die Dinge auch betrachtet, die Wiedervereinigung Deutschlands nicht gefördert, sondern geradezu vereitelt. Diese Wiedervereinigung unseres Volkes im Zusammenhang mit einer dem Frieden dienenden Struktur unseres außenpolitischen und militärischen Status ist aber die Grundvoraussetzung für eine geordnete und friedliche Zukunft. Es ist erstaunlich, daß eine so offenkundige Fehlpolitik, die Jahr um Jahr deutlicher zutage tritt, keine tiefe Vertrauenskrise beim Volk ausgelöst hat. Es scheint, daß wir noch weit davon entfernt sind, ein politisch denkendes Volk zu sein, das erkennt, daß die Voraussetzung der Demokratie der unbequeme Staatsbürger ist — und dieses nicht wegen eines Prinzips, sondern wegen der vitalen Lebensinteressen des Menschen, denen der demokratische Staat zu dienen hat.

Dr. Günther Anders

Brief über Ignoranz

Vor einem Jahr hat Günther Anders an den Hiroshima-Piloten Eatherly einen inzwischen mehrfach übersetzten und nachgedruckten Brief geschrieben, und seit diesem Tage stehen die beiden in ständigem Briefwechsel über die Probleme des atomaren Zeitalters. Auf diesen Briefwechsel wird in dem nachstehenden Text wiederholt Bezug genommen. D. Red.

Mr. Francis G. Powers
z. Zt. Moskau
Dzerzhinsky 2

6. August 1960

Lieber Herr Powers!

Den Schreiber dieser Zeilen kennen Sie nicht. Im Laufe der Lektüre werden Sie ihn zwar etwas kennenlernen, aber im Vergleich mit den Problemen, vor denen Sie heute stehen, und deren Aufklärung nicht nur für Sie, sondern für alle Zeitgenossen unaufschiebbar ist, spielt seine Identität keine Rolle. Daher wird er erst einmal über diese, für Sie und für uns alle wichtigeren und uns allen näher liegenden Probleme sprechen. In diesem ersten Briefe aber (denn es werden noch weitere folgen) über einen seiner Freunde, den Sie gewissermaßen als einen Spiegel Ihres Schicksals benutzen können; oder anders ausgedrückt: mit dem Sie soviel gemein haben, daß Sie sich geradezu als dessen Bruder betrachten dürfen. Denn auch dieser Mann war ein amerikanischer Pilot, und auch er einer, der eine ahnungslos begangene epochale Tat hinter sich hat. Mit diesem Ihrem ‚älteren Bruder' und dessen ‚epochaler Tat' beginnen wir also.

*

Als Sie, Powers, von der Tat meines Freundes hörten, waren Sie noch ein Knabe, denn das Ereignis liegt nun fünfzehn Jahre zurück.

Fünfzehn Jahre — das klingt in Ihren Ohren vermutlich so, als spräche ich von grauer Vergangenheit. Aber glauben Sie nicht, daß das jedermann so gehe. Viele von denen, die an dem ‚epochalen' Tage bereits erwachsen waren, und gerade diejenigen, die sich am ernstesten mit der Tat beschäftigt haben, haben vielmehr das Gefühl, daß diese erst gestern stattgefunden hat, nein, eigentlich seit der Tatstunde niemals aufgehört habe, stattzufinden; daß sie damals nämlich zu groß war, als daß die Vergangenheit sie hätte schlucken können, daß sie deshalb gar nicht in die Vergangenheit eingegangen ist, und sich noch immer unverstanden und unabgeschlossen in unserem heutigen Leben herumtreibe. Es gibt nämlich eine Regel, die besagt, daß Ereignisse, die nicht verarbeitet werden, gewissermaßen zur Strafe für diese mangelnde Verarbeitung dazu verurteilt sind, Gegenwart zu bleiben; daß es ihnen sozusagen mißgönnt wird, Vergangenes zu werden. Sagen Sie mir nicht, diese Regel sei theoretisches Geschwätz, heute sei heute und gestern gestern, und Sie ließen sich keine Schwachheiten einreden. Wenn Sie mir damit kämen, dann würde ich Sie nämlich einfach auffordern, sich einen Augenblick lang im Kreise umzublicken: Die vier Zellenwände, von denen Sie eingeschlossen werden, die beweisen nämlich die Wahrheit unserer Regel. Ihre Auftraggeber wären nämlich überhaupt nicht auf den Gedanken gekommen, Ihnen den U-2-Auftrag zu geben; sie hätten auf diesen Gedanken gar nicht kommen können, wenn sie das damalige Ereignis angemessen verstanden und verarbeitet hätten; und das heißt zugleich: Sie, Powers, wären nicht

über Swerdlowsk abgeschossen worden, Sie würden heute nicht diese vier Wände anstarren müssen. — Sie sehen: Mein Satz, daß Noch-nicht-Verarbeitetes dazu verurteilt ist, Gegenwart zu bleiben, ist nichts weniger als theoretisch, vielmehr gibt es nichts, was Ihr Schicksal je unmittelbarer betroffen hätte oder betreffen wird als diese These.

*

Nun werden Sie erfahren wollen, auf wessen Tat ich anspiele, und warum ich diese Tat ‚epochal' nenne. Ich antworte erst einmal negativ:

So nenne ich diese Tat nicht aus denjenigen Gründen, aus denen wir auf der Schule gelernt haben, Taten ‚epochal' zu nennen: Nicht deswegen, weil ihr Täter mit eigener Verantwortung in die Geschichte eingegriffen, deren Gang in ein neues Geleise hineingelenkt und dabei gewußt hätte, was er damit wollte und was er damit effektiv durchführte. Ganz im Gegenteil: als unser Mann seine ‚Tat' vollbrachte, da erledigte er einfach einen Handgriff, da wußte er schlechthin nichts, da war er geradezu der Inbegriff der Ignoranz. Nicht nur die wirkliche Bewandtnis seiner Tat blieb ihm unbekannt, sondern sogar auch jene vorgebliche, die der Bevölkerung später offeriert wurde; und nicht nur, was er tat, gehörte nicht zu seinem business, sondern in gewissem Sinne sogar noch nicht einmal, daß er überhaupt etwas tat.

Das klingt nun nicht gerade nach einem großen Mann, und erst recht nicht nach einem ‚epochalen'. Und dabei sind wir erst ganz im Anfang. Denn seinen Zustand der Ignoranz betrachtete unser Mann nicht etwa nur als eine Kalamität, mit der er sich nun einmal abzufinden hatte, sondern als etwas moralisch Gebotenes. Damit meine ich, daß er die Neugierde mehr über seinen Handgriff zu erfahren, als was man ihm in seinem ‚briefing' über diesen mitgeteilt hatte, also das Interesse an dessen Bewandtnis, als Pflichtverletzung von sich wies. Oder richtiger, oder noch schlimmer: daß er dieses Interesse als Pflichtverletzung von sich gewiesen hätte. Nämlich dann, wenn er von Neugierde geplagt gewesen wäre.

Aber das war er nicht mehr. Und zwar deshalb nicht mehr, weil seine ‚Moral' (genauer: dasjenige, was er als seine ‚Moral' betrachtete: also der ‚set of attitudes', der ihm von seinen Auftraggebern und Ausbildern geliefert und zu seiner ‚zweiten Natur' gemacht worden war) bereits perfekt ‚klappte'.

Was heißt das: ‚Eine Moral klappt perfekt'?

Das bedeutet: daß die Tabus, aus denen sich diese ‚Moral' zusammensetzt, moralischen Kampf bereits überflüssig machen. Und das tun sie dann, wenn sie nicht nur die Erfüllung unserer Begierden unterbinden, sondern sogar schon deren Auftreten.

Nun, daß ein solches ‚Klappen der Moral' in vielen Fällen von Vorteil ist, das braucht man gar nicht zu bestreiten: So ist es zum Beispiel erfreulich, daß unsere Nachbarn zur rechten und zur linken (statt täglich Mordlust erst mühselig niederzukämpfen) gar nicht auf den Gedanken kommen können, uns umzubringen oder uns umbringen zu wollen.

In anderen Fällen dagegen ist solch ‚perfektes Klappen' das Schlimmste, das Unwürdigste und das Verhängnisvollste, was uns überhaupt passieren kann. Und zwar eben in denjenigen Fällen, bei denen es sich um die ‚Moralen' in Anführungszeichen handelt; also um solche, die aus nichts anderem bestehen als aus denjenigen Attitüden, die die Machtinteressenten in uns ausbilden, damit wir ihre Ziele befördern. Und zu dieser Klasse gehörte eben auch der Fall unseres ‚epochalen Mannes'. Die Ausbildung, der man ihn unterworfen hatte (und zwar nicht etwa nur in speziellen Ausbildungskursen, sondern durch Bereitstellung einer Alltagswelt, die mit der gleichen Selbstverständlichkeit aus prä-

parierten Meinungen, ‚Überzeugungen und Attitüden bestand wie aus präparierten Waren und Geräten) — diese Ausbildung hatte eine so perfekte Wirkung, daß die Versuchung, mehr zu wissen, als was man ihn hatte wissen lassen, schon gar nicht mehr an ihn herantreten konnte. Da er nun seine Tugend nicht nur dadurch bewies, daß er den gegebenen Auftrag ausführte; auch nicht nur dadurch, daß er auf das Verständnis seines Auftrages (also der impliziten Zielsetzungen und Effekte) verzichtete; sondern sogar auch noch dadurch, daß er auf den Wunsch verzichtete, diesen Auftrag zu verstehen — war er in der Tat in einen perfekten Tugendbold verwandelt[1]). Der Zustand, auf dessen Erzeugung seine Auftraggeber hingearbeitet hatten: nämlich aus ihm einen Mann zu machen, der nicht nur nichts wußte, sondern noch nicht einmal wußte, daß er nichts wußte, und deshalb für jede gewissenlose Aktion eingesetzt werden konnte, der war also Wirklichkeit geworden.

Ihnen als Amerikaner läge es vielleicht nahe, für diese Operation, der man meinen Freund (aber natürlich nicht nur diesen) unterworfen hatte, die in Ihrer Heimat so beliebte Vokabel ‚Gehirnwäsche' zu verwenden. Wenn Sie damit ausdrücken wollen, daß durch die Bearbeitung alle Einsichten, die das Gehirn meines Freundes hätten ‚verschmutzen' können, fortgewaschen worden seien, dann wäre das vollkommen berechtigt. Aber diese Wortverwendung würde doch dem üblichen Sinn des Wortes zuwiderlaufen, denn gewöhnlich soll dieses ja besagen, daß das Gehirn durch die ‚Gehirnwäsche' systematisch verwirrt oder verschmutzt werde, mindestens seine Fähigkeit einbüße, sauber zu funktionieren. Daß man eine Verschmutzungsprozedur ‚Wäsche' nennt, ist freilich absurd, aber das ist nun einmal die heutige Verwendung des Wortes, für deren Unlogik ich nichts kann; die wir aber um so ernster nehmen müssen, als das Wort in diesem Sinne ja auch auf Ihren Fall angewendet worden ist. Es ist mir unbekannt, ob Sie darüber informiert sind — aber wir in der sogenannten ‚freien Welt' haben in zahllosen Blättern die Vermutung ausgesprochen gefunden, daß Sie mit ‚Gehirnwäsche' traktiert worden seien; und damit war natürlich nicht diejenige Prozedur gemeint, durch die man in den Jahren Ihrer Ausbildung Ihre Ahnungslosigkeit hergestellt hatte, sondern eine Operation, der Sie ‚wahrscheinlich' nach Ihrem Abschuß über Swerdlowsk unterworfen worden seien. Wenn Sie erfahren, mit welchem Argument diese ‚Wahrscheinlichkeit' begründet wird, dann wird Ihnen der Mechanismus, dessen Opfer Sie geworden sind, völlig durchsichtig werden. Das Argument lautet nämlich: es sei einfach unvorstellbar, daß es jemanden gebe, der ohne Vergewaltigung (ohne jene Vergewaltigung, die man eben ‚Gehirnwäsche' nennt) so wie Sie ‚gegen besseres Wissen und Gewissen' aussage. Horchen Sie in dieses ‚gegen besseres Wissen und Gewissen' hinein. Diese Redensart ist (nachdem man Sie erst einmal systematisch unwissend und dadurch auch gewissenlos gemacht hatte) nicht nur ein starkes Stück, sie ist die haarsträubendste Heuchelei, die man sich überhaupt ausdenken könnte. Und machen Sie es sich bitte klar, Powers, was dieser Heuchelei zugrundeliegt. (Nun beginnt meine ‚Gehirnwäsche' — denn als solche wird man diesen meinen Brief natürlich verleumden.) Zugrunde liegt nämlich die Enttäuschung und die Indignation von Produzenten über ein schlecht gemachtes Produkt. Das Produkt sind Sie. Ihre Pro-

---

1) Möglich, sogar wahrscheinlich, daß er diesen letzten Verzicht abgeleugnet hätte, und sogar ‚nach bestem Wissen und Gewissen'. Aber diese Ableugnung wäre unglaubhaft geblieben, weil es zum Wesen totaler Verzichtleistung gehört, daß der Verzichtende schon nicht mehr spürt und schon nichts mehr davon weiß, daß er auf etwas verzichtet hat.

duzenten, die durch ‚Gehirnwäsche' aus Ihnen einen unwissenden und gewissenlosen Menschen gemacht hatten, empfinden es als empörend, daß sich dieses, von Ihnen hergestellte Erzeugnis, das sie perfekt gewähnt hatten, als nicht total widerstandsfähig herausstellt; als einen Skandal, daß es wirkliche Situationen und wirkliche Erfahrungen gibt, in denen diesem Produkte die Schuppen von den Augen fallen können. Denn das ist ja geschehen, Ihnen sind ja die Schuppen von den Augen gefallen, als Sie die Wahrheit einsahen: Nämlich, daß Sie mißbraucht worden sind, und zwar für eine manifest völkerrechtswidrige Aktion; und zwar von Leuten, die damit die Chancen der Gipfelkonferenz, also die Gefahr eines ‚Friedensausbruches', zu gefährden hofften.

In anderen Worten: Daß jemand, den man systematisch mit ‚bombensicherer' Ignoranz ausgestattet hatte, auf Grund einer realen Erfahrung so etwas einsehen könne, das können sich diese Herren nur so erklären, wie die Zerstörung eines Apparates, also nur als Effekt einer Gewaltaktion. Dies also ist der Grund für die Hypothese, daß Sie das Opfer einer seelischen Freiheitsberaubung gewesen seien. Von da bis zu dem selbstgerechten Ausruf: ‚Da kann man einmal wieder sehen, wo der Mensch frei, und wo er unfrei ist!', und zum Appell an das Gewissen der freien Welt, ist nicht mehr als nur ein Schritt. —

Aber ich habe bereits vorgegriffen und versehentlich statt von Ihrem ‚älteren Bruder' von Ihnen selbst gesprochen. Die Fälle sind einfach zu ähnlich. Kehren wir nun zu ihm zurück.

Obwohl ich ihn als ‚epochal' angekündigt hatte, hatten wir bisher nicht die geringste epochale Qualität an ihm entdecken können, im Gegenteil: lediglich Züge seiner Unselbständigkeit; und dabei hatten wir das Portrait seiner Unselbständigkeit noch nicht einmal fertiggezeichnet. Das wollen wir nun tun, und zwar mit aller Rücksichtslosigkeit, um dann die Frage, warum wir ihn trotzdem ‚epochal' nennen, wieder aufzunehmen.

*

Seine Herren bearbeiteten ihn also, sie verwandelten ihn also in ein Produkt. Aber das Produkt, das sie im Auge hatten, das sollte nicht nur aus (ihm eingeflößter) totaler Ignoranz bestehen, sondern außerdem auch (damit sie seiner absolut sicher sein konnten) aus totalem (ihm eingeflößten) Vertrauen. Wie konnten sie das ‚totale Vertrauen' herstellen? Wie taten sie das?

Durch Verführung: dadurch nämlich, daß sie ihm weismachten, daß das Vertrauen, das er ihnen (angeblich) schuldete, nur eine Hälfte darstellte; die komplementäre Hälfte eines auf Gegenseitigkeit beruhenden Vertrauensverhältnisses; und daß die andere Hälfte dasjenige Vertrauen sei, das sie ihm entgegenbrachten. In anderen Worten: Um gewiß zu sein, daß sie ihm total vertrauen konnten, redeten sie ihm ein, daß sie ihm bereits total vertrauten. Sie erschwindelten sich die Wirklichkeit.

Und dieser Kniff gelang ihnen. Er reagiert gewissermaßen wie eine Frau, der ein Mann, um von ihr geliebt zu werden, seine Liebe weisgemacht hat, und die nun daraufhin in wirklicher Liebe zu diesem Mann entbrennt. Da er ein argloser Mensch war, da es ihm also unanständig vorgekommen wäre, geschenktes Vertrauen nicht mit Vertrauen zu erwidern: und da ihm kein Verdacht ferner lag als der, daß einer der beliebtesten Tricks der Unanständigkeit gerade in der Spekulation auf diese anständige Empfindung besteht, zweifelte er keinen Moment lang daran, daß das Vertrauen, das sie ihm schenkten, genau so vollständig und genau so blind war wie dasjenige, das sie von ihm erwarteten. Und deshalb hätte er, wenn es ihn doch noch einmal gejuckt hätte, über seinen Auftrag mehr zu wissen, als was sie ihn freilich hatten wissen lassen, diese Begierde

nicht nur als eine durchschnittliche Pflichtverletzung von sich gewiesen, sondern als etwas Infames: nämlich als einen gemeinen Vertrauensbruch.

Freilich, schwer gemacht war ihm dieses totale Vertrauen nicht. Im Gegenteil: Es war ihm ein Vergnügen, zu vertrauen.

Es gehört nämlich zum Wesen der Verführung, daß der Verführer das Vertrauen, das er zu produzieren hofft, mit Eitelkeit legiert; das heißt: daß er denjenigen, deren totales Vertrauen er zu erzeugen wünscht, einredet, daß sein blindes Vertrauen (auf ihr blindes Vertrauen) für sie eine Ehre darstelle. — Daß auch das ein Trick ist, durch den das moralische Verhältnis einfach umgestülpt wird, das liegt ja auf der Hand: denn Ehre entspringt ja nicht dadurch, daß uns, gleich von wem, Vertrauen entgegengebracht wird; umgekehrt entspringt Vertrauen dann, wenn wir wirklich Ehrwürdigem begegnen. Aber wo und von wem hätte mein Freund, der ein unschuldiger, in eine schmucke Fliegeruniform gesteckter Texasboy war, das lernen sollen? Was er spürte, blieb daher ganz vage; was er sah, war lediglich, daß Vertrauen und Ehre ‚irgendwie' zusammengehören. Daher war es ihm auch unmöglich, zu durchschauen, daß, was er als ‚seine Ehre' (die Vertrauensbruch ausschloß) auffaßte, in Wirklichkeit gar nicht ‚seine' war, vielmehr eine Ehre, die ihm seine Produzenten (wie die Sprache es wahrheitsliebend ausdrückt) nur ‚verliehen' hatten, und zwar ausschließlich zu dem Zweck, um sein blindes Vertrauen zu erzeugen. — Und völlig fern lag es ihm schließlich, sich zu fragen, ob denn das Ehren-Reservoir jener, die ihm die Ehre ‚verliehen', für solche Leihgaben wirklich ausreichte. Vielmehr war es eben seine Überzeugung, daß nicht zu vertrauen in sich bereits einen Vertrauensbruch und damit unter allen Umständen etwas Ehrenrühriges darstelle. —

*

Nein, sogar noch leichter war ihm das Vertrauen gemacht. Denn ihm waren ja (wie es schien: aufs loyalste) alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt worden. Damit meine ich, daß ihm seine Auftraggeber pränumerando und pauschal Sündenerlaß erteilt: sich nämlich dafür verbürgt hatten, daß er für nichts, was er als ihr Angestellter tun würde, je würde Verantwortung tragen müssen. Eine solche Loyalität hätte er illoyal beantworten, eine solche Ehre entehren sollen? Kein Wunder also, daß er durchführte, was ihm aufgetragen war. Daß er ‚seine Tat' tat.

*

Nun, wenn man meinen Freund so rücksichtslos prüft, wie wir es soeben getan haben, dann kann man sich in der Tat nur schwer des Eindrucks erwehren, daß es sich hier um einen total ignorantenhaften Menschen, um einen wahren ‚Niemand' handele. Daher würde es mich auch nicht im geringsten überraschen, wenn Sie mir einwenden würden, es sei geradezu abenteuerlich, einen Menschen trotz solcher Nichtigkeit ‚epochal' zu nennen. Und doch wäre der Vorwurf schief. Und zwar deshalb, weil ich den Mann nicht ‚trotz' seines Nichtwissens so nenne.

Sondern?

Ich überlege mir, ob ich nicht einfach niederschreiben soll: ‚wegen'; also ‚wegen seines Nichtwissens'. Aber ich zögere, denn so einfach ist die Antwort nun auch wieder nicht. Als solches ist Nichtwissen ja nicht epochal, sondern nur verdrießlich. Und doch, in die Nachbarschaft der Wahrheit käme diese Antwort schon.

Und zwar deshalb, weil wir die heutige Ignoranz nicht isoliert, nicht ‚undialektisch' sehen dürfen, sondern nur innerhalb des Ganzen unserer heutigen Situation; und weil es zu dieser Situation, innerhalb derer wir die Ignoranz zu

sehen haben, gehört, daß wir o m n i p o t e n t geworden sind, mindestens ‚negativ omnipotent'; das heißt: daß wir fähig geworden sind, uns, die Menschheit, auszulöschen.

Allmacht und Ignoranz — diese Kombination ist also das Epochale.

Und damit, Powers, stehen wir vor dem Punkte, der für Sie und für uns alle der entscheidende ist. ‚Epochal' ist nicht allein der unvorstellbare Effekt unserer heutigen, durch die Entwicklung der Atomphysik möglich gewordenen Allmacht; nicht allein, daß, was mein Freund nach Erledigung seines Auftrages (den man eine ‚Mission' nannte) zurückließ, eine zu radioaktivem Staub verbrannte Stadt war, eine mit zweihunderttausend verkohlten Leichen bestreute Brandstätte, und rings um diese Brandstätte, eine klagende Menschheit. Noch ‚epochaler' ist vielmehr die Tatsache, daß dieser Effekt mit Hilfe eines Mannes produziert worden ist, der so unwissend wie Sie war; daß er n u r mit Hilfe eines solchen Unwissenden produziert werden konnte; und daß man nur deshalb einen Ignoranten aus ihm gemacht hatte, w e i l man ihn dadurch instandsetzte, bedenkenlos eine Katastrophe von so unabsehbarem Ausmaß auszulösen.

Wenn wir es philosophisch ausdrücken wollen: ‚Epochal' ist, daß man, eben um uns für totale Vernichtung einsetzen zu können, die Kluft zwischen unserem ‚K ö n n e n' und unserem ‚K e n n e n' unendlich breit gemacht hat.

*

Und deshalb hatte ich meinen Freund ‚epochal' genannt: weil er der erste war, der in diesem Sinne verwendet worden ist. Und da er der erste war, ist seine Rolle sogar doppelt epochal, nämlich symbolisch für die Epoche, in der Sie und ich, also wir alle, nun leben. Denn was ihm geschehen ist: total unwissend für totale Vernichtung, gleich ob direkt oder indirekt, eingesetzt zu werden, das ist die Gefahr, der wir alle nun ausgesetzt sind. Wir alle, gleich ob wir (weil ‚das ja auch nur ein Job' ist) beim Bau von Raketenbasen mithelfen; oder ob wir es als Publizisten (weil wir Angst vor der öffentlichen Meinung haben) mit scheinbarem Mut den möglichen Atomkrieg verharmlosen; oder ob wir (wie Sie es getan haben) als Spione in souveräne Länder einfliegen. Die meisten von uns, die so oder so mitmachen, die wissen gar nicht, welche entsetzliche Gefahr sie riskieren: nämlich die G e f a h r , a l l e z u g e f ä h r d e n.

*

Natürlich ist es Ihnen unterdessen klar, Powers, von wem und wovon ich gesprochen habe. Sollten Sie es nicht erraten haben, dann werfen Sie bitte einen Blick auf das Datum dieses Briefes. Ich schreibe ihn am 6. August, umranden Sie dieses Datum schwarz, denn dieses Datum ist der Todestag Hiroshimas, er jährt sich heute zum 15. Male, und dieser Todestag ist auch heute noch — Sie entsinnen sich meiner Eingangsworte — ‚Gegenwart'.

Was aber meinen Freund betrifft, den ‚epochalen' — der Mann ist der Hiroshima-Pilot Claude Eatherly. — Natürlich kennen Sie den Namen, wenn Sie mit diesem auch nicht den Inbegriff der Tragik des heutigen Menschen verbinden, sondern das Bild eines lächelnden Nationalhelden — denn in einen solchen hat man ihn ja zu verwandeln und als solchen zu verkaufen versucht. Wenn auch Sie dem Trugbild, das man aus Eatherly hergestellt hatte, zum Opfer gefallen sein sollten, wenn auch Sie beim Hören dieses Namens das photogene glamour boy-Gesicht vor sich sehen sollten, dann lernen Sie bitte um, Powers. Denn Eatherly war für viele Jahre ein ruinierter und unseliger Mensch, und um die fünfzehn Jahre, die hinter ihm liegen, brauchen Sie ihn nicht zu beneiden. Aber nun ist er e i n M a n n geworden, d e r w e i ß , w a s e s m i t d e m N i c h t w i s s e n a u f s i c h h a t ; u n d d e r f ü r n i c h t s a n d e r e s m e h r

lebt, als dafür, daß ‚seine Tat' sich nicht wiederhole; sich nicht wiederholen könne.

Beinahe, Powers, beinahe hat sich diese Tat durch Sie wiederholt; beinahe ist das Schicksal, das ihm zugestoßen ist, auch Ihres geworden — denn zur (wie man so schön sagt) ‚klaglosen' Auslösung der Katastrophe hat ja bei Ihnen nur ganz wenig gefehlt. Und wenn es geschehen wäre — die Katastrophe wäre noch ungleich größer gewesen als alles Unvorstellbare, das wir mit der Vorstellung Hiroshima verbinden. Hiroshima hatte schließlich noch in unserer Welt stattgefunden: Sie aber hätten die Welt in ein Hiroshima verwandelt.

Sie, sein ‚jüngerer Bruder', hatten also das unerhörte, das absolut unverdiente Glück, ‚noch gerade davonzukommen'. Ihnen ist es erspart geblieben, zweihunderttausend Tote hinter sich zu lassen, oder die gar nicht abzählbare Ziffer von Opfern, die es gekostet hätte, wenn die von Ihnen Bedrohten Ihre Aktion als das behandelt hätten, was sie effektiv war: also als eine Aggression; und wenn sie dementsprechend zurückgeschlagen hätten. In dem Grammophon-Song, der in Ihrer Heimat wie hot cakes auf den Markt geworfen wurde, und in dem die krähende Stimme eines Cowboys (die behauptet, Sie zu sein) über die ‚gottlose Zelle' klagt, in der zu sitzen Sie verdammt seien — in diesem Machwerk kommt auch ein Vers vor, der besagt, daß Sie ‚Pearl Harbours' gedächten. Da bleibt gewiß kein Auge trocken. Der große Poet weiß gar nicht, wie recht er hat. Denn eine Art von Pearl Harbour war wirklich, was Sie da beinahe provoziert haben. Wenn sich Ihre Tat zu einem wirklichen Pearl Harbour nicht ausgewachsen hat, so war das das ausschließliche Verdienst derer, die in dem Gedicht diffamiert werden.

Beinahe also wäre es zu einem Pearl Harbour gekommen. Und diese Wörtchen ‚beinahe' und ‚wäre' — die sollten Sie noch jetzt atemlos machen; und dieser Schrecken sollte Ihre Angst vor dem, was Ihnen persönlich vielleicht zustoßen wird, vollkommen auslöschen. Nur Schrecken und Dankbarkeit sollten Sie verspüren. Schrecken über das, was Sie beinahe angestellt haben; Dankbarkeit aber dafür, daß Sie und wir eben doch noch ‚gerade davongekommen' sind. ‚Noch gerade davon kommen' bedeutet nämlich ‚noch gerade nicht schuldig geworden sein'; ‚gerade davongekommen' wären Sie also selbst dann noch, wenn Ihnen das persönlich Schlimmste zustoßen sollte.

*

Nichts hoffe ich weniger, Powers. Denn obwohl die Ignoranz, die ich in diesem ersten Brief an Sie angeprangert habe, auch die Ihre ist, sollen Sie es sich doch auch deutlich vor Augen führen, daß diese Ignoranz nicht Ihre Schuld gewesen ist. Das betone ich nicht, um Sie nun zum Schluß auch noch ein bißchen zu trösten, sondern um Ihnen die Kraft zu geben, Ihr weiteres Leben, sofern Ihnen ein weiteres Leben vergönnt ist, so zu verwenden, wie es Ihr älterer Bruder Eatherly tut, nämlich um denjenigen die Stirn zu bieten, die daran schuld sind, daß Sie sich beinahe schuldig gemacht hätten. Nicht die Männer, über deren Land Sie geschickt worden sind, sind Ihre Feinde, sondern diejenigen, die (gleich ob sie das direkt wünschen oder ob sie es nur ‚nicht scheuen') Nichtwissende als Instrumente benötigen; und aus diesem Grunde solche ‚Instrumente' herstellen. Hören Sie auf, ein Instrument zu sein, Powers! Werden Sie ein Mensch!

*

Ich habe großes Zutrauen, Powers, daß Sie das werden werden. Denn in Ihrem ersten Brief, den Sie aus dem Gefängnis am 26. Mai an Ihre Familie ge-

richtet haben, haben Sie geschrieben: ‚Wenn ich an die Schmerzen denke, die ich Euch verursacht habe, dann begreife ich, daß kein Individuum das Recht hat, Menschen ohne deren Einverständnis Dinge von solcher Wirkung anzutun.' Mit diesem Satze haben Sie freilich in einem noch viel höheren Maße recht, als Sie es beim Schreiben gemeint hatten. Denn recht haben Sie nicht nur deshalb, weil Sie durch die heikle Situation, in der Sie sich nun befinden, Ihrer Familie die entsetzlichsten Sorgen bereiten, sondern auch deshalb (und nicht nur ‚auch', denn das ist die Hauptsache), weil sie die ganze Menschheitsfamilie, ohne diese zu fragen, in diese Sorge gestürzt haben. Und das haben Sie nicht dadurch getan, daß Sie (wie Sie es in Ihrem Briefe ein bißchen egozentrisch ausdrücken) nun in einer ‚mess', also im Dreck sitzen, vielmehr eben durch die Tat selbst, durch die Tat, auf Grund derer Sie im Dreck sitzen. Denn durch diese haben Sie die ‚ganze Familie', ohne sie zu fragen, in Kriegsgefahr gebracht; und das bedeutet heute: in Untergangsgefahr.

Wer immer Ihre Auftraggeber gewesen sein mögen: ob die Lockheed Aircraft Co., als deren Angestellter in der Türkei Sie getarnt waren; oder ob Ihr letzter Boss, Oberst Shelton in Pakistan, oder ob Mr. Allen Dulles oder ob Mr. Herter oder ob Ihr Präsident Mr. Eisenhower — sie alle, sowohl die Profiteure des kalten Krieges, die nichts so tief fürchten wie den Ausbruch des ‚heißen Friedens', als auch diejenigen, die (obwohl an leitenden Stellen) nicht anders als Sie selbst von den Profiteuren mißleitet und getarnt (sogar als Präsidenten getarnt) werden — sie alle hätten es bitter nötig, sich Ihren Satz als Maxime hinter den Spiegel zu stecken. Denn letztlich waren diese Männer es eben, die die ‚Familie' an den Rand des Abgrunds beordert haben, diese Männer, die es für überflüssig hielten, die ‚Familie' zu fragen, während Sie, Powers, nur der Botenjunge waren.

Und darum, weil Sie nur der Botenjunge waren, darum hoffe ich, daß man Ihnen eine Chance geben wird; die Chance, umzulernen; so umzulernen, wie Ihr großer Bruder Eatherly umgelernt hat, der wie Sie als Botenjunge begonnen hatte, nun aber für seine eigene, und doch unser aller Botschaft lebt. ‚Ich glaube', so schrieb er mir vor einem Jahre, ‚daß wir uns rapide einer Situation nähern, in der wir gezwungen sein werden, neu zu prüfen, wie es mit unserer Bereitschaft steht, die Verantwortung für unsere Gedanken und unsere Taten sozialen Einrichtungen (wie der Kirche oder dem Staat) einfach auszuliefern. Keine dieser Institutionen ist ausreichend in der Lage, unfehlbaren moralischen Rat zu geben, und deshalb ist es notwendig, deren Anspruch, solchen Rat zu erteilen, anzufechten.' Und er fährt fort: ‚Die Erfahrung, die ich gemacht habe, die muß nicht nur von mir, sondern von jedermann aufgefaßt werden.'

Es ist meine Hoffnung, daß eine solche Verwandlung auch Ihnen glücke; und daß es Ihnen gelinge, mit dem gleichen Schwung, mit dem Sie bisher die Grenzen anderer Staaten überflogen haben, nun auch die Ihnen von Ihren Auftraggebern aufgezwungenen Grenzen Ihrer Einsicht zu überfliegen. Das wünscht Ihnen einer jener Millionen ‚unbekannter morituri', aus denen die heutige Familie besteht, einer der Millionen ‚gerade noch Davongekommenen'; und ich glaube sagen zu dürfen: das wünscht er Ihnen im Namen der ganzen Familie.

Willy Huhn, West-Berlin

Historische Lektionen für den West-Berliner Senat

Senator Rolf Schwedler hat sich unter dem Datum des 5. Juli 1960 mit einem gedruckten, vierseitigen „Informationsblatt" „An alle Berliner Haushaltungen" gewendet. Seine Information behandelt das „Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht". Er behauptet als Senator für Bau- und Wohnungswesen gleich am Anfang dieser Drucksache:

„Berlin gehört zum Bundesgebiet und hatte zur Wahrung der Wirtschafts- und Rechtseinheit mit dem Bund auch dieses Gesetz zu übernehmen. Das Gesetz findet daher auch in Berlin Anwendung."

Der Senator hat nicht geschrieben: „Berlin gehört zur Bundesrepublik"; sondern: „Berlin gehört zum Bundesgebiet". Er hat damit behauptet, daß Berlin zum Territorium des westdeutschen Teil-Staates gehört. Zum Territorium der Bundesrepublik (BRD) zählen nach der feierlichen Präambel des „Grundgesetzes" die Länder: Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. Das Land Berlin ist also darunter nicht genannt, und selbst der Artikel 23 des „Grundgesetzes" (GG) erklärt nur, daß das GG im Gebiete auch „Groß-Berlins" gelte. Es ist dem Senator gut bekannt, welche Vorbehalte die westlichen Militärgouverneure in ihrem Bestätigungsschreiben vom 12. Mai 1949 an den damaligen Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Dr. Konrad Adenauer, zu diesem Artikel 23 sowie Art. 144, Absatz 2 GG im Hinbick auf den Viermächte-Besatzungsstatus Groß-Berlins gemacht haben.

In welchem Sinne kann Berlin zum Bundes-Gebiet, also zu einem der in der Präambel des GG genannten Länder gehören? Hat der Senator vielleicht an Bayern oder auch an Württemberg-Hohenzollern gedacht, weil der Burggraf von Nürnberg, Friedrich I., aus dem schwäbischen Geschlechte der Hohenzollern, im Jahre 1415 als Kurfürst mit der Mark Brandenburg belehnt wurde und die Erbhuldigung des Landes in Berlin empfangen konnte? (Hiermit mache ich von meinem Rechte „zur freien Verwendung" des vom Verkehrsamt Berlin-West herausgegebenen „Informationsmaterials" vom Juli 1957, S. 4, Gebrauch.) Nach demselben Informationsmaterial war aber Berlin damals schon eine „Freie Stadt"! Seit 1308 führte Berlin einen mittelmärkischen Städtebund und schloß sich 1358 mit Kölln der Hanse an. Wörtlich heißt es im „Informationsmaterial" des West-Berliner Verkehrsamtes: „1430 nimmt Berlin mit Frankfurt an der Tagung der Hansestädte in Lübeck teil (Verkündigung des Widerstands gegen fürstliche Willkür zur Wahrung der freien Rechte)." Diese Rechte der freien Hanse-Städte waren nämlich durch den Kurfürsten von Brandenburg bedroht. Die Hohenzollern kamen aus Süddeutschland, wo man den freien Städten feindlich gesinnt war, und die Hohenzollern waren auch in der Mark Brandenburg „die treibenden Kräfte gegen die städtische Selbständigkeit. Kurfürst Friedrich II. hatte 1442 Berlin-Kölln unterworfen und Bündnisse seiner Städte außerhalb des Landes verboten. Die märkischen Städte mußten damals praktisch aus der Hanse ausscheiden". Und dieses brandenburgische Beispiel fand dann Nachahmung. (Nach: Karl Pagel, „Die Hanse", Oldenburg 1942, S. 182/83, 188, 218 und 453.) Eine Aufstandsbewegung der Berliner gegen den Kurfürsten im Jahre 1447 scheiterte und führte zum Bau einer Zwingburg an der Stelle des späteren Schlosses. Damit war es mit der „sehr eigentümlichen, beinahe unabhängigen Stellung der zu einem Gemeinwesen verbundenen Nachbarstädte Berlin und Cöln zu diesen

Zeiten" aus. (Leopold von Ranke, „Zwölf Bücher Preußischer Geschichte", Gesamtausgabe der Deutschen Akademie, Band I. München 1930, S. 122—125.) Von nun an gehörte Berlin zum Gebiet des Kurfürsten und damit zu dem der Mark Brandenburg. Seit 1470 ist Berlin „landesfürstliche Residenzstadt" und seit 1701 durch König Friedrich I. „Hauptstadt von Preußen" — nach dem „Informationsmaterial des West-Berliner Verkehrsamtes".

Der West-Berliner Senat möge uns also die Fragen beantworten: Liegt Berlin auf dem Gebiet der Mark Brandenburg? War es die Residenz des Kurfürsten von Brandenburg? Und war es die Hauptstadt Preußens? Und wurde es denn nicht als solche 1871 Hauptstadt des Kaiserreiches, weil nun „zufällig" der König von Preußen deutscher Kaiser geworden war? Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Senat diese Fragen bejahend beantworten muß. Wir fragen weiter: wo stehen in der Präambel des Grundgesetzes die Mark Brandenburg oder Preußen? Wenn Brandenburg/Preußen aber nicht zu den Ländern gehört, welche die Bundesrepublik konstituierten, wieso gehört Berlin dann zum Bundesgebiet? Andererseits: zu welchem Territorium gehören heute die Gebiete der früheren Mark Brandenburg, sowie jene Teile Preußens, die weder unter polnischer Verwaltung, noch unter dem Regime der UdSSR stehen? Wenn man von Ost- und Westpreußen absieht, machen die Kernlande des brandenburgisch-preußischen Staates das heutige Gebiet der DDR aus. Berlin ist aber immer die führende Stadt, die Residenz und die Hauptstadt des Gebietes gewesen, auf dem heute die DDR „gebietet".

Natürlich beruht die Einvernahme Berlins im 15. Jh. durch die Hohenzollern und seine Unterwerfung unter die Macht Brandenburg-Preußens auf fürstlicher Gewaltanwendung und absolutistischer Staatsraison. Will man aber diese Einverleibung Berlins in das Kurfürstentum Brandenburg, seine „Integration" in Preußen wieder rückgängig machen, so bleibt nichts anderes übrig als „restitutio in integrum", als Wiedereinsetzung in den früheren Status: Wiederherstellung jener sehr eigentümlichen und beinahe unabhängigen Stellung Berlin-Köllns! Berlin brauchte gewiß keine Hanse-Stadt mehr zu werden, aber diejenigen, die für eine „Freie Stadt" Berlin plädieren, können sich gerade auf die freiheitliche Vergangenheit Berlins und Köllns vor ihrer Unterwerfung durch die Hohenzollern berufen.

Die Geschichte Berlins im Rahmen des brandenburgisch-preußischen Staates bis zur Gründung des preußisch-deutschen Kaiserreiches im Jahre 1871 stellt also den West-Berliner Senat vor eine klare Entscheidung: entweder anerkennt er, daß Berlin auf dem Gebiet der DDR als Kernland des früheren Brandenburg-Preußen liegt, oder er muß für die Wiederherstellung der unabhängigen Freien Stadt Berlin (vor 1442) eintreten!

Die Behauptung des West-Berliner Senators, daß Berlin zum Bundesgebiet gehöre, hat aber auch eine politisch-moralische Seite. Er steht mit ihr, gemeinsam mit den anderen Herren des Senats, sozusagen im Dienste der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik, die de facto West-Berlin einen Bundeskommissar vor die Nase gesetzt hat, der vielleicht weniger zu bestimmen hat als die drei Kommandanten der Westmächte, aber sicher mehr als das Berliner Abgeordnetenhaus. Jene Behauptung ist also die Meinung der westdeutschen Regierung in Bonn, eine „dienstliche Ansicht". Der West-Berliner Senat erhält ja seine Gebote aus Bonn, dort sitzen seine „Gebieter", und so ist es nur folgerichtig, wenn ein Senator erklärt, daß Berlin zum „Gebiet" des Bundes gehöre. Das Wort „Gebiet" hat eben ursprünglich den Sinn von „Befehlsbereich" und sogar von „Bereich der Gerichtsbarkeit" (im Alemannischen wird in diesem Sinne noch heute von den Gebieten Basel, Bern und Zürich — ohne die Vorsilbe — vom Basel-,

Bern- und Züribiet gesprochen). Wenn aber der West-Berliner Senat seine Behauptung, daß Berlin zum Bundesgebiet gehöre, in diesem Sinne aufgestellt hat — und von der „Rechtseinheit mit dem Bund" ist ja in seinem „Informationsblatt" auch die Rede —, dann möge er uns doch einmal erklären, was sich eigentlich die drei Militärgouverneure der Westmächte am 12. Mai 1949 in ihrem Billigungsschreiben an Dr. Konrad Adenauer unter ihrer „Forderung" vorgestellt haben, „daß Berlin ... nicht vom Bund verwaltet werden darf"? Und wenn der „Bund" Berlin nicht „verwalten", in Berlin jedoch „gebieten" darf: worin besteht dann der Unterschied zwischen „Verwaltung" und „Gebiet"?

Übrigens hat es der West-Berliner Senat — mindestens aber der Justitiar des Westberliner Abgeordnetenhauses — früher einmal besser gewußt. Im „Handbuch des Abgeordnetenhauses von Berlin" (II. Wahlperiode) stehen „Betrachtungen zur staatsrechtlichen Stellung Berlins" von Dr. jur. Otto Uhlitz, in denen es u. a. heißt:

„Der Bundesgerichtshof hat in einer Entscheidung vom 30. April 1952 (‚Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen', Band 6 S. 47 ff.). ..."

also nach dem „Gesetz über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes" — 3. Überleitungsgesetz — vom 4. Januar 1952, und vor seiner Übernahme durch West-Berlin am 12. Juni 1952! (W. H.)

„... ohne sich jedoch mit den entgegengesetzten Ansichten auseinanderzusetzen, ebenfalls beiläufig die Ansicht vertreten, daß Berlin kein Land der Bundesrepublik ist... und daß es in den Vorbehalten der Alliierten Kommandantur zur Berliner Verfassung heißt, daß Berlin in der Übergangsperiode ‚keine der Eigenschaften eines zwölften Landes besitzt... Bonn darf Berlin nach den Vorbehalten nicht ‚regieren' und Berlin darf Bonn nicht ‚mitregieren', d. h. die Vertreter Berlins im Bundestag und im Bundesrat haben kein Stimmrecht. Da das Wort ‚govern'... in der englischen Rechtssprache nicht nur die Regierung im eigentlichen Sinne, sondern auch die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtsprechung umfaßt, schließt der Vorbehalt die unmittelbare Wirksamkeit der Bundesgewalt in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung für Berlin aus."

Offenbar hat aber der West-Berliner Senat inzwischen diese Ansicht des Justitiars des Abgeordnetenhauses als „obsolet" verworfen und mit dem Bundeskommissar für West-Berlin auch den Bonner Anspruch auf West-Berlin angenommen.

Ein Mitglied des West-Berliner Abgeordnetenhauses (SPD) und keineswegs ein Konformist, sondern ein recht vernünftiger Mann, übergab mir einmal Disposition und Materialien seines oft gehaltenen Referates über das Thema: „Berlin sogenannten ‚Berlin-Begegnungen' mit Westdeutschen) über das Thema: „Berlin und die Wiedervereinigung — unsere Schicksalsfragen". Aber auch er zitiert das ‚Londoner Protokoll' zwischen den „Großen Drei" von Jalta und Potsdam in folgender Weise:

„Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 zum Zwecke der Besetzung in drei Zonen aufgeteilt. Jede der Mächte übernimmt eine der Zonen. Außerdem wird ein besonderes Berliner Gebiet geschaffen, welches unter der vereinigten Besatzung der drei Mächte stehen wird." (12. September 1944).

Mußte das Berliner Gebiet erst „geschaffen" werden? Geschaffen wurde es als „Groß-Berlin" schon am 27. April 1920 durch ein Gesetz des Preußischen Landtages, wie der SPD-Abgeordnete selbst im vorangehenden Absatz anführt. Neu war nach 1945 nicht das Groß-Berliner ‚Gebiet', sondern sein besonderer Besat-

zungs-Status. Aber auch die britische Formulierung hat einen merkwürdigen Ton: das ‚Londoner Protokoll' habe vorgesehen,

„daß es ein besonderes Groß-Berliner Gebiet unter gemeinsamer interalliierter Aufsicht geben sollte. Dieses Gebiet war nicht als ein Teil der sowjetischen oder irgendeiner anderen Besatzungszone gedacht..." („Britisches Weißbuch zur Berliner Krise. Eine Darstellung der Ereignisse, die zur Überweisung der Berliner Frage an die Vereinten Nationen führten." Deutsche Übersetzung und Druck vom 12. Oktober 1948, S. 4)

Im Deutschen heißt das, daß es ein ‚besonderes Groß-Berliner Gebiet' erst noch geben sollte; vielleicht meinte man, daß es für das Groß-Berliner Gebiet eine gemeinsame interalliierte Kontrolle geben sollte? In einer vom Verfasser für korrekt gehaltenen Ausgabe heißt es, daß

„das Sondergebiet Berlin ... unter eine Besatzungsbehörde der drei Mächte gestellt wird." („Ausgewählte Dokumente zum Viermächtestatus Berlins", Forschungsanstalt der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. in Frankfurt/Main.)

Das stimmt einigermaßen überein mit dem Text der „Diplomatischen Korrespondenz", wenn auch nicht mit dem unsinnigen Datum für das ‚Londoner Protokoll" vom 5. Mai 1949, nach der Wiedergabe der „Welt":

„... und ein besonderes Berliner Gebiet, das gemeinsam von den drei Mächten besetzt wird." („Die Welt", Nr. 61 vom 12. März 1960, S. 5)

Boris Meissner war also durchaus im Recht, diesen wirklichen Sachverhalt durch den einfachen Satz auszudrücken:

„Für Berlin war eine gemeinsame Dreimächteverwaltung vorgesehen." (B. Meissner, „Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943—1953", Hamburg 1953, S. 48.)

Zum Überfluß bestimmt nun auch noch Ziffer 2 des ‚Londoner Protokolls' „das Gebiet Berlin" als „das Gebiet von Groß-Berlin, wie es im Gesetz vom 27. April 1920 bestimmt worden ist". Und bekanntlich war es ein preußischer Landtag, der dieses Gesetz schuf. Und wer ist Preußens Rechtsnachfolger östlich der Elbe?

Nun ist es aber die Absicht des Artikels der „Diplomatischen Korrespondenz", die Ansicht von Prof. Dr. Gregori Tunkin in der „Iswestija" (Moskau) zurückzuweisen, „Berlin habe immer zur Zone gehört" (a. a. O.). Tatsächlich hat sich aber Prof. Tunkin viel präziser und richtiger ausgedrückt:

„Was Berlin anbetrifft, so wurde es nicht als fünfte Besatzungszone betrachtet (nachdem Frankreich in Jalta als vierte Besatzungsmacht anerkannt worden war, W. H.), sondern allein zwecks gemeinsamer Verwaltung aus der sowjetischen Zone ausgesondert." (Nach der deutschen Übersetzung in „Blätter für deutsche und internationale Politik", IV/Nr. 3, vom 25. März 1959, S. 198.)

Demgegenüber verweist die „Diplomatische Korrespondenz" zur Kritik des Standpunktes von Prof. Tunkin auf die Ziffer 2 des ‚Londoner Protokolls', wo es ausdrücklich heiße, daß das Ost- und Mittel-Deutschland umfassende Gebiet „von den bewaffneten Streitkräften der UdSSR besetzt wird mit Ausnahme des Berliner Gebietes, für das ein besonderes Besatzungssystem weiter unten vorgesehen ist." („Die Welt", Nr. 61 vom 12. März 1960, S. 5.)

Das Gebiet Groß-Berlins wird also nicht als fünfte Besatzungszone, sondern zur gemeinsamen Besetzung und Verwaltung aus der Besatzungszone der UdSSR „herausgenommen" (‚ausgenommen') bzw. „ausgesondert" — man zeige mir doch, wo hier ein relevanter Unterschied liegt? Hätte Berlin z. B. an der Elbe gelegen, genau zwischen der Ostzone und den Westzonen — zu welchem Gebiet würde es dann heute gehören? Angenommen man hätte Hannover als Sitz des Alliierten Kontrollrats bestimmt, und es wäre noch wie heute Berlin Sitz der vier Besatzungsmächte, dürfte man dann auch argumentieren, daß Hannover zur DDR gehöre? Die Russen und das Ulbricht-Regime könnten dann genau so argumentieren, es wäre nur die Logik von Bonn. Andererseits könnte die BRD behaupten, daß Hannover auf dem Territorium der Bundesrepublik liege und die Russen in

Hannover nichts mehr zu suchen und abzuziehen hätten. In diesem Falle würde Bonn ebenso argumentieren wie Ost-Berlin.

Es genügt jedoch Bonn nicht, nur die These zurückzuweisen, daß Berlin zur SBZ gehört habe. Es stellt einfach die Anti-These von der Zugehörigkeit Berlins zur BRD auf. Hierzu genügt es wohl darauf hinzuweisen, daß das ‚Britische Weißbuch' zur Berliner Krise von 1948 zwar betont, daß das Groß-Berliner Gebiet nicht als ein Teil der sowjetischen, aber auch nicht „irgendeiner anderen Besatzungszone gedacht" war. Von *Zugehörigkeit* kann also nach britischer Ansicht beiderseits keine Rede sein; nach ihr sind beide Thesen unhaltbar. Was aber die *Lage* Groß-Berlins betrifft, so kann nicht daran gezweifelt werden, daß es einst zum ostelbischen Preußen gehörte, auf dem Gebiet der Mark Brandenburg und damit auf dem Territorium der früheren SBZ und der heutigen DDR liegt. Warum wurde aber Berlin einem besonderen Besatzungs-Status aller vier Siegermächte unterstellt?

„Der Status einer gemeinsamen Besetzung und einer gemeinsamen Verwaltung von ‚Groß-Berlin' war im Zusammenhang damit entstanden, daß Berlin als Hauptstadt Deutschlands zum Sitz des Alliierten Kontrollrates bestimmt wurde, der zwecks Verwaltung Deutschlands in der Anfangsperiode der Besetzung gebildet worden war." (G. Tunkin, a.a.O., S. 198)

Das Londoner Zusatzabkommen vom 14. November 1944 drückt dies deutlich genug aus: nach dem 1. Artikel wird „die Oberste Gewalt in Deutschland" von den Oberbefehlshabern der vier Siegermächte „auf Weisung ihrer jeweiligen Regierungen ausgeübt", von jedem in seiner eigenen Besatzungszone und

„auch gemeinsam in den Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten als Mitglieder des durch das gegenwärtige Abkommen errichteten Obersten Kontrollorganes." organes."

Dieses „Oberste Kontrollorgan" wird unter Artikel 3 als „Kontrollrat (Control Council)" bezeichnet, und als seine Aufgaben werden bestimmt:

1. „Die gebotene Einheitlichkeit des Vorgehens der Oberbefehlshaber in ihren jeweiligen Besatzungszonen zu gewährleisten; . . ."

Hiergegen haben zweifellos primär die Westmächte, vor allem Frankreich, verstoßen.

2. „Pläne aufzustellen und gemeinsame Entscheidungen zu treffen über grundsätzliche, ganz Deutschland betreffende . . . Fragen . . ."

Als 3. Aufgabe wurde die Überwachung der unter Aufsicht des Control Councils tätigen „deutschen Zentralverwaltung" bestimmt. Die Verhinderung derselben vor allem durch Frankreich, das sich ab 1. Januar 1947 nicht einmal an der angelsächsischen Bi-Zone (‚Vereinigtes Wirtschaftsgebiet') beteiligte, ist bekannt.

Die 4. Aufgabe des Kontrollrates schließlich war es,

„die Verwaltung von Groß-Berlin mit Hilfe der hierzu bestellten Organe zu leiten."

Artikel 7 c bestimmt ausdrücklich, daß „unter der allgemeinen Leitung des Kontrollrates" eine „Interalliierte Regierungsbehörde (russisch: Kommandantura") arbeitet, deren Aufgabe nach Artikel 7 a darin besteht, „gemeinsam die Verwaltung des Gebietes von Groß-Berlin zu leiten". Diese Bestimmungen setzen also ganz eindeutig fest, daß die Viermächte-Besetzung und -Verwaltung Groß-Berlins (lt. preußischem Gesetz von 1920) nur ein besonderes Organ des Kontrollrates ist, weil auch die Verwaltung Groß-Berlins nur eine von den „ganz Deutschland betreffenden" Aufgaben des Kontrollrates darstellt. (Vgl. hierzu auch: „Sozialkundebriefe" der ‚Hessischen Landeszentrale für Heimatdienst', Januar 1959: „Berlin", bearbeitet von Dr. Hans Gerlach und Herbert Lilge; S. 9—10).

Die Folgerung liegt auf der Hand: entfallen die Voraussetzungen und die Aufgaben für die Tätigkeit des Kontrollrates ‚in den Deutschland als Ganzes betref-

fenden Angelegenheiten', so entfallen auch die Voraussetzungen und die Aufgaben für eine Viermächte-Besetzung und -Verwaltung Groß-Berlins! Das bestätigen auch die späteren Zusatzabkommen vom 12. Februar (in Jalta) und vom 5. Juni 1945.

Man vergleiche die folgenden drei Texte aus dem ‚Bericht über die Jalta-Konferenz' (3.—11. 2. 1945) vom 12. Februar 1945:

„Der Plan sieht eine koordinierte Verwaltung und Kontrolle durch eine Zentralkommission mit Sitz in Berlin vor, die aus den Oberbefehlshabern der drei Mächte bestehen soll." (Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente", Ost-Berlin 1959, S. 46)

„... daß eine koordinierte Verwaltung und Kontrolle durch eine zentrale Kontrollkommission, die aus den Oberkommandierenden mit dem Hauptquartier in Berlin besteht, vorgesehen sei." („Britisches Weißbuch zur Berlin-Krise" 1948, S. 4.)

„Eine koordinierte Administration und Kontrolle wurde im Plan durch eine zentrale Kontrollkommission vorgesehen, welche aus den Oberkommandierenden der drei Mächte mit dem Hauptsitz in Berlin bestehen wird." („Ausgewählte Dokumente zum Viermächtestatus Berlins", Frankfurt/Main; „Sozialkundebrief ‚Berlin' der hessischen Landeszentrale für Heimatdienst", Januar 1959, S. 10.)

Der vorangehende Satz spricht von der Besetzung je einer besonderen Zone Deutschlands durch je eine der drei Jaltamächte (Frankreich sollte als vierte alliierte Macht noch „eingeladen" werden), so daß sich als eindeutiger Sinn jener „Koordination" wieder die Wahrnehmung gesamtdeutscher Aufgaben für die Zentralkommission ergibt. Berlin aber wird eben als frühere Reichshauptstadt zum Sitz der zentralen Kontrollkommission bestimmt. Die „Erklärung über das Kontrollverfahren in Deutschland" vom 5. Juni 1945, eine Inkraftsetzung des Londoner Zusatzabkommens vom 14. November 1944, wiederholt noch einmal diese Grundsätze. „In allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten" fungiert der „Kontrollrat" als „oberste Gewalt", und unter seiner Leitung arbeitet eine „interalliierte Behörde" (Kommandantur), die ihrerseits „die Verwaltung des Gebietes von Groß-Berlin leitet". (Also des Gebietes, das 1920 durch preußisches Gesetz ‚geschaffen' wurde, um es nochmals zu wiederholen!) Es ist kein Zweifel mehr möglich: die Viermächteverwaltung Berlins war eine Deutschland als Ganzes betreffende Angelegenheit.

Als sofort nach Roosevelts Tod die Umschaltung der Politik der USA auf die Zurückdrängung Rußlands aus Mittel- und Osteuropa einsetzte — mit dem auf das Atombomben-Monopol gestützten, einkalkulierten Risiko des 3. Weltkrieges! — und sich die beiden Weltmachtblöcke bildeten, wurde von beiden Seiten praktisch die Einheitlichkeit der „obersten Gewalt" in Deutschland aufgegeben. Damit entfiel sie auch in Berlin. Die Anwesenheit der Westmächte in Berlin hat von da an nichts, aber auch gar nichts mehr mit ihrem ursprünglichen Sinn und Zweck „während der Periode, in der Deutschland die grundlegenden Forderungen der bedingungslosen Kapitulation erfüllen wird", zu tun. (So bestimmt es Artikel 10 des Londoner Zusatzabkommens vom 14. November 1944 für den Kontrollrat und die Kommandantur in Berlin.) Die Anwesenheit der Westmächte in Berlin hat nichts mehr mit der Kapitulation Deutschlands, und nur noch etwas mit der Führung des ‚Kalten Krieges' zu tun.

Man mag es vom westlichen Standpunkt aus bedauern, aber staats- und völkerrechtlich ist der Standpunkt Prof. Tunkins nicht zu widerlegen, wenn er z. B. schreibt:

„Westberlin ist natürlich ein Teil des Territoriums Deutschlands, und deshalb gilt für Westberlin das, was früher darüber gesagt wurde: daß nämlich die juristischen Grundlagen der Besetzung längst schon hinfällig geworden sind." (A.a.O., S. 198.)

Man beachte nun, daß Prof. Tunkin nicht behauptet, daß West-Berlin ein Teil des Territoriums Ost-Deutschlands sei. Die „Diplomatische Korrespondenz" des

Außenministers v. Brentano widerlegt also russische Thesen, die überhaupt nicht aufgestellt wurden; weniger höflich ausgedrückt: sie fälscht die Ausführungen Prof. Tunkins. Nach derselben wahrheitsliebenden „Diplomatischen Korrespondenz" vertrat Tunkin aber nicht nur die Ansicht, „Berlin habe immer zur Zone gehört", sondern er hätte auch behauptet, „Westberlin sei juristisch ein Bestandteil des Territoriums der Zonenrepublik, der ‚auch faktisch ein solcher werden müsse' ". (Nach der Wiedergabe in der „Welt" Nr. 61 vom 12. März 1960, S. 5.) Tatsächlich aber geht Tunkin davon aus, daß West-Berlin nach völkerrechtlichen Prinzipien gar nicht mehr von den vier Mächten besetzt gehalten werden dürfte, was zweifellos stimmt. Dann fährt er fort:

„Unter solchen Umständen müßten die Machtbefugnisse in Westberlin juridisch auf die DDR übergehen, auf deren Territorium Westberlin gelegen ist. Das wäre sowohl politisch wie juridisch die richtige Lösung der Frage. Unter Berücksichtigung der realen Situation jedoch hat die Sowjetregierung in ihrer Note vom 27. November 1958 eine Kompromißlösung vorgeschlagen: die Errichtung einer unabhängigen Freien Stadt Westberlin." („Blätter für deutsche und internationale Politik", Köln, IV/3, vom 25. März 1959, S. 202.)

Nach der Entwicklung von zwei deutschen Separat-Staaten kann keiner von beiden mehr einen Anspruch auf Berlin als frühere Reichshauptstadt erheben. Die Anwesenheit der vier Besatzungsmächte in Berlin kann nicht mehr mit der Aufgabe des Kontrollrats, Deutschland als „eine wirtschaftliche Ganzheit zu behandeln" begründet werden. (Siehe: Dr. Mladen Ivekovic, Belgrad, Präsident des Bundesrats der Bundesnationalversammlung, „Operation Berlin", in: „Internationale Politik", Belgrad, IX/209 vom 16. Dezember 1958, S. 2.) Nach dem völkerrechtlich verwirkten Recht auf die Viermächtebesetzung Berlins kann also die Frage, zu wem Berlin gehört, nur noch geographisch entschieden werden. Nach der fixierten Spaltung Deutschlands in zwei einander feindliche Staaten ist Berlin nur noch eine Millionenstadt in der Mark Brandenburg und damit auf dem Gebiet der DDR. Diese hat tatsächlich einen Rechtsanspruch auf Rückkehr der Stadt in ihren Machtbereich. Trotzdem ist die Frage, ob West-Berlin damit auch politisch in der DDR aufgehen soll, eine völlig andere. Die UdSSR hat diesem Unterschied durch ihren Kompromißvorschlag Rechnung getragen. Was will man also noch?

Angeblich will man dies:

„Der Bundestag bekennt sich zu Berlin als dem demokratischen Vorposten Deutschlands. Er erklärt feierlich vor aller Welt, daß nach dem Willen des deutschen Volkes Groß-Berlin Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland und ihre Hauptstadt sein soll." (Mehrheitsbeschluß in der 11. Sitzung am 30. September 1949.)

Wir sehen davon ab, daß — vom Gebiet der BRD aus betrachtet — eine exterritoriale Stadt, die außerdem auf dem Gebiet des anderen deutschen Teilstaates, der DDR, liegt allenfalls zur Hauptstadt eines künftig wiedervereinigten Deutschlands hätte deklariert werden können, jedoch niemals als „Bestandteil" und „Hauptstadt" der BRD. (Es sei denn, man hätte schon 1949 das ‚Provisorium' BRD als ‚Definitivum' konstituiert.) Wir fragen auch nicht, wie eine fremdmilitärisch besetzte und verwaltete Stadt ein „demokratischer Vorposten" sein kann. Wir bezweifeln nur, daß während des ‚Kalten Krieges' und zur Zeit offiziellen Bedauerns der Westmächte, daß der ‚Eiserne Vorhang' leider Erkundigungsflüge über dem Territorium der UdSSR und der Ostblockstaaten notwendig mache, an der Freiheit der West-Berliner ein echtes Interesse besteht. Man braucht unsere Stadt in Wahrheit nur als Horchposten hinter dem ‚Eisernen Vorhang', inmitten der DDR, und nicht als „demokratischen Vorposten"!

Die Aufgabe der Westmächte und der Ostmacht war es einst, nach 1945, durch den gemeinsamen „Kontrollrat" der Einheit Deutschlands zu dienen:

„Die gemeinsame Besetzung und Kontrolle der Reichshauptstadt ... sollte nicht nur die Gemeinsamkeit der alliierten Besatzungsziele unterstreichen, sondern mußte, ebenso wie die Errichtung der gemeinsamen obersten Kontrollbehörde in der Hauptstadt, zugleich auch dahin gedeutet werden, daß die Sieger das gemeinsam besetzte Land weiterhin zunächst als ein einheitliches Gebilde betrachteten." (Richard Thilenius, „Die Teilung Deutschlands. Eine zeitgeschichtliche Analyse." Rowohlt-Enzyklopädie Bd. 55, Oktober 1957, S. 110; vgl. auch S. 106!)

Heute dagegen besteht die Rolle der Westmächte in Berlin in erster Linie darin, die Spaltung Deutschlands im Interesse ihres ‚Kalten Krieges' aufrechtzuerhalten. Das bedeutet die Verkehrung der Aufgaben des Kontrollrates und der Viermächteverwaltung in Berlin bis ins völlige Gegenteil! Leider gibt es Individuen deutscher Abstammung und Sprache, die ihnen dabei behilflich sind.

Inzwischen haben wir Berliner Gründe genug erhalten, die These, daß Groß-Berlin Bestandteil der Bundesrepublik sein und zur BRD gehören soll, endgültig schärfstens zurückzuweisen. Der Außenminister der Bundesrepublik hat sich nämlich am 30. Juni 1960 einfach über die Präambel des Grundgesetzes hinweggesetzt, indem er sich dagegen wandte, die BRD als Provisorium anzusehen: die Bundesrepublik stelle „den endgültigen Ausdruck des staatlichen Ordnungsdenkens des deutschen Volkes" dar, verkündete er. („Die Tat", Zürich, Nr. 179 vom 1. Juli 1960.) Offenbar ist der Außenminister von Brentano um eine Begründung für diese erstaunliche und neue Auffassung über den politischen Charakter der Bundesrepublik ebenso wenig verlegen, wie der als Bewunderer autoritärer Staatssysteme, z. B. in Portugal, bekannt gewordene Winfried Martini, der sich einfach auf die ... Rechtsprechung des BGH in Hoch- und Landesverratsprozessen beruft! Unter dem Aspekt, „daß die Bundesrepublik nur ein Provisorium sei", würden ja sonst Hoch- und Landesverrat „das Pathos der Niedertracht" verlieren, meint er; „der Anspruch auf Wiedervereinigung" sei „der Anspruch der Bundesrepublik, ihre Herrschaft auf das Gebiet der Zone auszudehnen." (Zit. nach: Dr. Erich Küchenhoff, „‚Staatsgefährdender Nachrichtendienst' und Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes", in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Köln, V/3, vom 25. März 1960, S. 243—245.) Herr von Brentano dürfte keine andere Meinung haben als Herr Martini, denn Herrn von Brentanos enge Beziehungen zur „Abendländischen Akademie" sind bekannt. Diese aber verkündet in einer Schrift, zu der Dr. Adenauer das Vorwort schrieb: zuerst müsse das christliche Europa bestehen, dann die Gegenreformation über die Elbe hinausgetragen werden, und dann erst könne die Wiedervereinigung kommen! (Nach Dr. Wilhelm Longert in: „Neue Politik", Hamburg, IV/10, vom 7. März 1959, S. 11.) Die Bonner These ist also nichts anderes als eine Antizipation des Anschlusses der DDR einschließlich Berlins an die BRD, etwa nach dem Muster Österreichs im März 1938. Und nun wissen wir auch, warum auf einmal das deutsche Volk nach Herrn Adenauer „Nationalgefühl" haben soll!

Der West-Berliner Senat, alles andere als eine wirklich demokratisch gewählte Körperschaft, in Servilität ersterbend gegenüber den Westmächten und gegenüber dem großen Kanzler, wie noch jedes Regime unter einem Besatzungsstatus kollaborierend, ohne Opposition und öffentliche Kritik, weil Koalition „Frontstadt"-Diktat ist und Kritiklosigkeit den „Burgfrieden" erhält, dieser „Rat der Alten", der sich keiner echten Diskussion mehr zu stellen braucht, läßt natürlich auch in seinem logischen Leistungsvermögen nach: gen Osten schreit er nach Selbstbestimmung und Volksbefragung (vorgesehen in der Verfassung Berlins und bisher durch fehlendes Ausführungsgesetz klug verhindert!), gen Westen bettelt er um Beibehaltung des Besatzungsstatuts und Verbleiben der Besatzungstruppen. Diese Herren können nicht mehr im Namen Deutschlands und Berlins

sprechen. Die politisch und deutsch denkenden Groß-Berliner kennen bis zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten keine bessere, und d. h. keine friedlichere Lösung als die Aufhebung wenigstens der Spaltung der Stadt durch Schaffung einer Freien Stadt Groß-Berlin unter Kontrolle der UNO. „Nur von Gesamtberlin als einem Modellfall aus kann die ‚Wiedervereinigung' ihren Anfang nehmen." (Walter Moré, „Zur Berlin-Frage", in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", V/4, vom 25. April 1960, S. 400.) Warum hat man denn nicht den UNO-Status einer „Freien Stadt Berlin" — Nein oder Ja? — der Berliner Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt, wenn man für Volksbefragung und Selbstbestimmung in Berlin ist? Nach Schaffung einer solchen Freien Stadt könnte noch immer jeder Berliner dorthin gehen und wirken, wo und wie er es für richtig hält: entweder in der BRD oder in der DDR. Berlin aber würde einen neutralen Boden abgeben, auf dem die beiden feindlichen Teilstaaten miteinander um die Form der Wiedervereinigung ringen und die Berliner zwischen beiden vermitteln könnten. Wie viele von uns Berlinern würden dann noch der „Frontstadt" eine Träne nachweinen? —

Nachwort:

Für die ängstlichen Gemüter, die um den bescheidenen Anteil West-Berlins am bundesdeutschen ‚Wirtschaftswunder' bange haben!

Am 21. Oktober 1949 anerkannte der Bundestag durch Mehrheitsbeschluß in seiner 13. Sitzung eine Verpflichtung der BRD, „der so hart um ihre Existenz ringenden Wirtschaft und Bevölkerung Berlins zu helfen". Diese Hilfe besteht darin, daß nach dem 3. Überleitungsgesetz vom 4. Januar 1952 die BRD sich verpflichtete, die notwendigen Zuschüsse zum Ausgleich des Berliner Haushalts zu leisten, wofür Berlin verpflichtet wurde, die Bundesgesetze in Berlin anzuwenden, *die nach dem Willen des Bundestages in Berlin gelten sollen.* Also Zuschüsse gegen Annahme der Gebote aus Bonn, da ist es doch ganz natürlich, daß Berlin zum Bundesgebiet gehört?

Um das Recht des Bundetages, daß sein Wille und seine Gesetze in Berlin gelten sollen, steht es aber sehr schlecht, wie wir gesehen haben. Vor kurzem erst hat die UdSSR — immerhin eine von den vier Besatzungsmächten in Berlin — eine Note an die USA, Großbritannien und Frankreich gerichtet, die sich gegen die Ausdehnung des Rundfunkgesetzes der BRD auf Westberlin wendet. (Beschluß des Bundestages vom 29. Juni 1960) Die UdSSR verkündet in dieser Note ihre Pflicht, zu erklären, „daß sie irgendwelche Gesetze und Verfügungen der Behörden der BRD in Bezug auf Westberlin nicht anerkannte und nicht anerkennt." Sie weist auf den Vorbehalt der Westmächte von 1949 hin, „daß Westberlin nicht zu Westdeutschland gehört und von Organen der Bundesrepublik Deutschland nicht verwaltet werden darf." Die UdSSR erinnert ferner daran, daß noch auf der Genfer Außenministerkonferenz 1959 „vermerkt wurde, daß Westberlin nie einen Bestandteil des Hoheitsgebietes der BRD bildete und nicht bildet." Sie betrachtet die Schaffung von Bundesbehörden in West-Berlin als „offenen Anspruch der BRD auf Westberlin", der mit dem besonderen Status West-Berlins „unvereinbar" ist. (Moskau, 28. Juli 1960.) Wir haben oben begründet, warum dieser Standpunkt der UdSSR tatsächlich nicht zu widerlegen ist.

Wie sieht nun aber die Bundeshilfe für Berlin aus? Nach einer der SPD nahestehenden Zeitung in West-Berlin so: „Der Bund vereinnahmt in Berlin so viel an Steuern, wie er an Zuschüssen leistet." Schon bis 1958 betrug das gesamte West-Berliner Steueraufkommen über 2 Milliarden DM.

„Die Berliner bringen etwa ebenso viel an Bundessteuern auf, wie sie an echter Bundeshilfe von Bonn erhalten ... Insgesamt wird der Bund im laufenden Jahr über 1250 Millio-

nen DM aus Westberlin vereinnahmen, während er an echten Zuschüssen und Krediten im neuen Haushalt nur etwa 1110 Millionen DM zuschießt. Praktisch ist also Berlin in finanzieller Hinsicht kein Kostgänger des Bundes." („Telegraf", Nr. 79/14 vom 5. April 1959; ‚Wirschafts-Telegraf', S. 5.)

Wie in diesem Falle die BRD noch 140 Millionen aus Berlin herauszieht, so wurden nach einem Bericht des Statistischen Landesamtes von Januar bis April 1960 in West-Berlin an Steuern 939 896 000 DMW vereinnahmt, davon aber über die Hälfte, nämlich 530 622 000 DMW an die BRD abgeführt. Für diese großartige „Bundeshilfe" aber übernehmen wir großzügig ein reaktionäres und ein asoziales Gesetz des Adenauer-Regimes nach dem anderen — immer mit Zustimmung der Berliner SPD als Koalitionspartei auch zu solchen Gesetzen, denen die SPD der BRD als Oppositionspartei in Bonn nicht zustimmte. Was haben also wir West-Berliner eigentlich davon, zum Bundesgebiet zu gehören, wenn wir einmal von der etwas dubiosen Ehre absehen?

Kurt Pritzkoleit

Das private Imperium des Dr. h. c. Dr.-Ing. e. h. Friedrich Flick (II)

Dreimal brach für Friedrich Flick nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches der „dies irae", der Tag des Zornes, an: Das erste Mal am 13. Juni 1945, als er auf dem „Hof Sauersberg" in Bad Tölz von den Amerikanern verhaftet wurde; das zweite Mal, als am 22. Dezember 1947 das Urteil des Militärtribunals gegen Flick erging; das dritte Mal, als der Machtspruch der Entflechtungsinstanzen über den Flick-Konzern oder seinen westdeutschen Restbestand verhängt wurde.

Neben Flick waren auch sein Vetter und Bevollmächtigter Konrad Kaletsch, sein Neffe Bernhard Weiss und seine Mitarbeiter Otto Steinbrink, Hermann Teerberger und Dr. Odilo Burkart verhaftet worden.

Kaletsch, Teerberger und Burkart wurden freigesprochen. Gegen die anderen Angeklagten ergingen Urteile, die zwar der Hauptankläger in diesem Prozeß, der amerikanische Brigadegeneral Telford Taylor, „äußerst, um nicht zu sagen übertrieben milde und versöhnlich" nannte, die aber als ungewöhnlich hart, ja, ungerechtfertigt erscheinen, wenn man sie mit den Wahrsprüchen vergleicht, die in zahlreichen Fällen echter und schwerer Kriegsverbrechen ergangen sind: Flick wurde wegen „Plünderung" (Rombacher Hütte), „Inanspruchnahme von Sklavenarbeit" (Beschäftigung russischer Kriegsgefangener in der Breslauer Waggonfabrik) und Zugehörigkeit zu einer „verbrecherischen Organisation" (dem Freundeskreis Himmlers) zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Steinbrink wurde — wie Flick — wegen „Teilnahme an den Verbrechen der SS", darüber hinaus wegen seiner „Mitgliedschaft bei der SS", für fünf Jahre ins Gefängnis geschickt. Bernhard Weiss erhielt wegen „Inanspruchnahme von Sklavenarbeit" zweieinhalb Jahre Gefängnis.

Ungeachtet der Härte der Urteile hatte das Tribunal auf eine Reihe mildernder Umstände erkannt. „Flicks Verurteilung (wegen Plünderung)", sagt Telford Taylor in seiner Broschüre über die Nürnberger Prozesse, „wurde mit seinen Bemühungen begründet, in den dauernden Besitz eines großen Stahlwerks in

Elsaß-Lothringen zu gelangen. Jedoch hatte nach Ansicht des Gerichtshofes Flick nicht die Absicht, mit seinen Handlungen an einem von Hitler geplanten Programm der systematischen Ausraubung teilzunehmen, für das viele der Hauptkriegsverbrecher bestraft worden waren. Wenn Flick einen Beitrag zu diesem Hauptprogramm leistete, so war er sehr gering.'" Und was die „Oganisationsverbrechen" der Angeklagten Flick und Steinbrink angeht, so lesen wir in der Schrift des Hauptanklägers: „Die Tatsache ihrer finanziellen Zuschüsse und (ihrer) Verbindungen zur SS wurde als klar erwiesen angesehen. Das Gericht schloß daraus, daß beide Angeklagte genügend von den verbrecherischen Handlungen der Organisation wußten, um sie für schuldig zu erachten. Trotzdem konnte nach Ansicht des Gerichts auf eine Menge mildernder Umstände hingewiesen werden, wie ‚Furcht vor Vergeltung', ‚Preis zur Sicherung der persönlichen Sicherheit in den furchterfüllten Tagen des Dritten Reiches', ‚Himmlers Doppelpersönlichkeit' und ‚Kulturelle Interessen', die ihn befähigten, ‚den Mann von Lebensart und den munteren Gastgeber zu spielen'." Für Steinbrink fiel noch besonders ins Gewicht, daß er sich bei Himmler für Pastor Martin Niemöller eingesetzt hatte, den das Gericht allerdings nicht als Widerstandskämpfer qualifizierte, sondern als den „respektablen einstigen U-Boot-Kommandanten, der sein Leben und das seiner Untergebenen aufs Spiel setzte, um die Überlebenden eines Schiffes, das von ihm versenkt worden war, zu retten."

Daß trotz dieser und mancher anderer Milderungsgründe ein Urteil von solcher Härte gegen die Industriellen erging, muß überraschen; zumal wenn man bedenkt, welch Schicksal die Siegermächte dem deutschen Volk in den ersten Jahren der Besatzungszeit bereiteten und wie sie — entgegen ihren eigenen, in Millionen von Flugblättern verbrieften Versprechungen — viele Jahre lang mit den deutschen Kriegsgefangenen, besser gesagt: mit den Soldaten verfuhren, die 1945 die Waffen niedergelegt hatten.

Nun, wenigstens hat Flick in den zweieinhalb Jahren seiner Landsberger Haft, die auf die zweieinhalb Jahre der Untersuchungshaft folgten, nicht viel gelitten: Er hatte als Gefängnisbibliothekar viel Zeit, über die Angelegenheiten seines Restkonzerns nachzudenken, und da er mit seinen Mitarbeitern in ständigem Kontakt blieb — sie suchten ihn, als Anwälte getarnt, regelmäßig in Landsberg auf — behielt er auch soviel Überblick über die Außenwelt, daß sein Tag ausgefüllt und die Voraussetzungen einer gedeihlichen Weiterarbeit nach dem Tage seiner Freilassung gegeben war.

Dieser Tag brach am 25. August 1950 an und, wenn man will, war auch er wieder ein Tag des Zorns. Denn Flick hatte sich nun damit auseinanderzusetzen, daß sein ost- und mitteldeutscher Besitz — Mittelstahl und die Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen, das Hüttenwerk Unterwellenborn der Maxhütte und das Kratzwiecker Hochofenwerk der Hochofenwerk Lübeck AG, die Anhaltischen Kohlenwerke und die Linke-Hofmann-Werke AG, die ATG Maschinenbau GmbH, Leipzig, die Waggon- und Maschinenfabrik vorm. Busch AG, Bautzen, und viele andere Beteiligungen in verschiedenen Industrien — also den größten Teil seines in zweieinhalb Jahrzehnten erworbenen und kunstvoll montierten Eigentums verloren hatte.

Durch Tränen blinzelnd schrieben drei Montanjournalisten — von denen einer inzwischen in eine leitende Stellung beim Flick-Konzern aufgerückt ist — in ihrem Buch über „Die Nachfolge der Ruhrkonzerne": „Die Einbuße durch Demontage und Enteignung betrug ungefähr 75 bis 80% der früheren Kapazität. Der Verlust an Unternehmungen der verarbeitenden Industrie stellte sich (bezogen auf Friedens-Umsatzziffern) sogar auf etwa 95 Prozent."

Flick, mußte man folgern, war also ein armer Mann, ein Montanindustrieller mittlerer Größe geworden, dem die Entflechter überdies auferlegt hatten, seine „Beteiligungen an Eisen und Stahl erzeugenden Unternehmen sowie am Bergbau auf(zu)geben."

„Nach dem Plan für die Neuordnung des Flick-Konzerns vom 28. August 1952 (in Kraft gesetzt durch Verordnung der CSG vom 13. 12. 1952)", heißt es auf Seite 286 des Rechenschaftsberichts der Stahltreuhändervereinigung von 1954, „wird die Friedrich Flick KG ihre Beteiligung von 74 % an der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte Aktiengesellschaft an die Merkur Gesellschaft für Industrie- und Handelsunternehmen mit beschränkter Haftung übertragen; Gesellschafter der Merkur sind Otto-Ernst Flick und Friedrich-Karl Flick; die Söhne des persönlich haftenden Gesellschafters der Friedrich Flick KG. Mit der Maximilianshütte verliert die Friedrich Flick KG ihren Einfluß auch auf die Monopol-Bergwerks-AG, deren sämtliche Aktien bei der Maximilianshütte liegen.

Ferner soll die Friedrich Flick KG nach dem Plan auch ihre Beteiligungen an der Harpener Bergbau AG und der Essener Steinkohlenbergwerke AG aufgeben. Hiervon besaß sie über die Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb mbH 65 % der Aktien. Die hiernach auf die Verwaltungsgesellschaft entfallenden Anteilsrechte der beiden Bergbaugesellschaften werden Verfügungstreuhändern übergeben. Die Verwaltungsgesellschaft hat bis zum 1. September 1956 das ausschließliche Recht, die Aktien zu veräußern. Vom 1. September 1956 an werden sich auch die Treuhänder neben der Verwaltungsgesellschaft um den Verkauf bemühen. Sie dürfen ohne deren Zustimmung Aktien nur verkaufen, wenn sie bei voller Barzahlung einen den Umständen nach angemessenen Preis erzielen. Nach dem 1. September 1957 oder nach Ablauf einer etwaigen Verlängerung der Verkaufsfrist haben die Treuhänder die Aktien zu den günstigsten Bedingungen zu verkaufen, die zu erzielen sind.

Die Friedrich Flick KG soll sich somit ihrer Beteiligungen an der Eisen erzeugenden Industrie und am Bergbau begeben. Sie behält ihre übrigen Beteiligungen, darunter auch die Aktien der Hochofenwerke Lübeck AG, weil diese von der AHK im Hinblick auf ihre chemischen Betriebe nicht zur Eisen erzeugenden Industrie gerechnet worden ist."

Da haben wir's. Nach fünfjähriger Haft sieht Flick, der Ärmste, sich nicht nur auf einen winzigen Restbestand seines Imperiums reduziert — geblieben sind ihm die Anteile der um das Werk Unterwellenborn verkleinerten Maximilianshütte, 75 Prozent der Hochofenwerk Lübeck AG, die indessen das Werk Kratzwieck an die sowjetische Besatzungszone verloren hat, und je 65 Prozent der Harpener Bergbau und der Essener Steinkohlenbergwerke AG — die Stahltreuhänder haben ihm überdies die Auflage gemacht, sich von Eisen und Kohle zu trennen.

Den ersten Schritt in dieser Richtung tat Flick im Jahre 1951. „Als im Jahre 1951", berichtete 1953 der Chronist der Maximilianshütte, die unter beratender Mitarbeit von Dr. Thilo Krüger geschrieben worden war, „im Zuge der von alliierter Seite angeordneten Entflechtung die Neuordnung der Besitzverhältnisse in der gesamten westdeutschen Montanindustrie in Fluß kam, machte Herr Dr. Flick unter weitgehender Zurückstellung seines Kohlenbesitzes an der Ruhr seinen ganzen Einfluß dahingehend geltend, daß keine Veränderung der Eigentumsverhältnisse nach dem Ausland eintrat; vielmehr nahm in einem vom bayerischen Landtag fast einstimmig genehmigten Vertrage vom 13. Dezember 1951 der bayerische Staat 26 Prozent der Maxhütten-Anteile."

Ins Deutsche übersetzt soll das wohl heißen: Flick wollte unter keinen Umständen Geschäftsanteile der Maximilianshütte aus Anstand verkaufen, war aber damit einverstanden, daß ein gutes Viertel des Stammkapitals der Hütte vom Staate Bayern übernommen wurde.

Weiter heißt es, die der Flick KG verbliebenen 74 Prozent des Stammkapitals der Maxhütte seien 1952 an die Merkur Gesellschaft für Industrie- und Handelsunternehmungen überführt worden, deren Stammkapital je zur Hälfte in der Hand der Flick-Söhne, Otto-Ernst und Fritz-Karl Flick lag.

Nun, der Chronist der Maxhütte muß es ja wissen. Wenngleich die Gesellschafterliste, die die Merkur am 9. Juli 1952 dem Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf einreichte, als Gesellschafter nicht die Söhne und Erben Friedrich Flicks, sondern zum ersten die Friedrich Flick KG mit einer Einlage von 36,9 Millionen D-Mark, zum zweiten die Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb mbH mit einem Anteil von 100 000 D-Mark nannte.

Das ist zwar nur noch von historischem Interesse, aber immerhin wissenswert. Später wurde die Merkur zu hundert Prozent von der Friedrich Flick KG übernommen und heute ist sie als juristische Person verschwunden: Im Frühjahr 1960 wurden die Merkur Gesellschaft ... mbH und die Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb mbH in Aktiengesellschaften umgewandelt, das Kapital der Verwaltungsgesellschaft um 50 auf 200 Millionen D-Mark erhöht, die voll von der Friedrich Flick KG übernommen wurden, die Merkur auf die Verwaltungsgesellschaft und diese dann wieder in eine GmbH umgewandelt. Mit dem Effekt, daß zwei Zwischenholdings des Flick-Konzerns zu einer verschmolzen wurden, die überdies das Privileg genießt, nicht zur Bilanzveröffentlichung verpflichtet zu sein.

Doch, das nur nebenbei: Wichtig ist zunächst nur, daß der bayerische Staat nach wenigen Jahren seinen 26 %igen Anteil an der Maxhütte, mit gutem Gewinn natürlich, wieder an die Flick KG verkaufte.

Am Eisen also hielt Flick fest — was ihm nach den Ausführungen der Stahltreuhänder zwar verwehrt sein sollte, nach den Darlegungen des Harpen-Historikers Franz Mariaux aber gestattet war (Flick „hat die Wahl zwischen kohle- und eisenwirtschaftlicher Betätigung. Er wählte das Eisen.") Von der Kohle jedoch hat Flick, aus vielen inzwischen evident gewordenen Gründen, sich radikal getrennt.

Zuerst — Ende 1953 — gelang es ihm, die Mehrheit der Essener Steinkohlenbergwerke AG an die aus dem Mannesmann-Konzern hervorgegangene Consolidation Bergbau AG zu verkaufen und damit den Grundstein zur neuen Essener Steinkohlenbergwerke AG zu legen, die — 100prozentiges Eigentum der Mannesmann AG — den gesamten Bergwerksbesitz des Konzerns in vier Zechengruppen (Consolidation, Hugo, Katharina/Elisabeth und Ruhrzechen) zusammenfaßt.

Die Verhandlungen dagegen, die Flick mit der Deutschen Bundesbahn wegen Übernahme des Harpener Pakets schon 1952 begonnen hatte, zerschlugen sich und auch der Versuch, die Majorität an ein französisches Konsortium (Sidelor, Chatillon-Commentry u. a. m.) loszuschlagen, erwies sich als ein Fehlschlag: Der Vertrag schien im April 1953 schon zustandegekommen, der Übernahmepreis schon fixiert zu sein, als der de Wendel-Konzern mit der plausiblen Begründung absprang, sein alter Zechenbesitz in Deutschland (Steinkohlenbergwerk Friedrich Heinrich AG, Kamp-Lintfort, und Steinkohlenbergwerk Heinrich Robert AG, Herringen bei Hamm) reiche für die Bedürfnisse seiner Hütten vollständig aus. Friedrich Flick mußte aufs neue, und wieder mit dem Ausland, verhandeln, dem er noch 1951 nicht einmal eine Minderheitsbeteiligung an der Maxhütte hatte

einräumen wollen, um sich von der Kohle zu lösen. Doch diesmal klappte es: Im Mai 1954 ging die Harpener Majorität — nach den Angaben der Stahltreuhänder 65 Prozent der Aktien, nach Angaben anderer Autoren ein etwas kleineres Paket — an ein französisches Hüttenkonsortium über (die Société Sidérurgique de Participations et d'Approvisonnement en Charbons, „Sidéchar", Paris), das seine Beteiligung inzwischen auf über 80 Prozent erhöht, dafür aber wertvolle Beteiligungen (Chemische Werke Bergkamen AG, Märkische Seifenindustrie KG, Witten, Imhausen-Werk GmbH, Witten, Imhausen & Co. GmbH, Witten) abgestoßen hat.

Das Interessanteste an der Transaktion war der Preis, den Flick erzielte. Der Flick-Konzern war am Harpen-Kapital, das am 29. Juli 1952 von 70 Millionen R-Mark auf 154 Millionen D-Mark umgestellt, zwei Tage später aber auf Einspruch der Combined Coal Control Group (CCCG) auf 127,6 Millionen D-Mark herabgesetzt worden war, mit 65 Prozent oder nominell 82,94 Millionen D-Mark beteiligt. Da Harpener Bergbau in den Tagen des Vertragsschlusses mit 87,5 Prozent notiert wurde, besaß ein Paket einen Börsenwert von 72,5725 Millionen D-Mark. Die Franzosen aber zahlten 180 Millionen oder das Zweieinhalbfache des Börsenwerts (= 248,03 %): Wie zu Beginn des Jahres 1932 war es Flick wieder einmal gelungen, für ein Mehrheitspaket ein Vielfaches des Marktwertes einzuhandeln. Damals hatte das Reich die Zeche bezahlt, dieses Mal fanden sich die Franzosen bereit, den von Flick geforderten Aufpreis für die Herrschaft über ein großes Montanunternehmen herauszurücken.

Nebenbei: der Unterschied wäre nicht allzu groß gewesen, hätte Flick statt 65,0 nur 60,0 oder wie eine dritte Version es will 60,2 Prozent Harpener Aktien für 180 Millionen D-Mark an die Franzosen verkauft: Statt 248,03 Prozent des Marktwerts hätte er im ersten Fall 268,7, im zweiten Fall 267,8 Prozent erhalten.

Um die Maximilianshütte aber nicht völlig der Kohlengrundlage zu berauben, wurde das Steinkohlenbergwerk Monopol mit den Zechen Grillo 1—3 und Grimberg 1/2 sowie eine Berechtsame von 36,87 Millionen Quadratmetern — das nämliche, das die Gelsenkirchener Bergwerks AG 1930 mit den Anlagen der alten Essener Steinkohlenbergwerke AG vereinigt hatte — im Juni 1952 aus dem Bestand der Essener Steinkohlenbergwerke AG ausgegründet und als Monopol Bergwerks AG verselbständigt. Die Aktien — 40 Mill. DM — der Gesellschaft, die 1958 immerhin 1,78 Mill. t Kohle förderte und 660 000 t Koks produzierte, gingen zu hundert Prozent an die Maxhütte.

Aber auch die Eisenwerk-Gesellschaft bekundete dem Steinkohlenbergbau gegenüber die gleiche Skepsis, die Flick an den Tag gelegt hatte. Im Frühjahr 1956 verkaufte sie 49 Prozent der Monopol-Anteile — die übrigens im Verlauf dieser Transaktion in eine GmbH umgewandelt wurde — an die Fränkische Energie-GmbH, die Majoritätsbesitzerin der Großkraftwerk Franken AG, und brachte die restlichen 51 Prozent in die Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb ein. Über die Abgabe auch dieser Anteile an die Fränkische Energiegesellschaft wurde — anscheinend mit den besten Erfolgsaussichten — im Januar 1960 verhandelt.

Aus dem Erlös seiner Zechenverkäufe an die Franzosen, den „Erzfeind" von gestern, die Mannesmann AG und die Fränkische Energiegesellschaft, mit Hilfe von Bankkrediten, eigenen Gewinnen und dank der nicht zu überbietenden Geschicklichkeit das Herrschaftsinstrument des Aktienbesitzes zur Ausweitung seiner Macht zu nützen, hat Flick sich in weniger als einem Jahrzehnt einen Konzern aufgebaut, der, gemessen am Umsatz, alle anderen, auch den Krupp-Konzern, hinter sich läßt. Der Einbruch des ehemaligen Montanmonopolisten in die

Sphäre der Verarbeitung war schon 1953 vorauszusehen, aber nur wenige hatten damals die Phantasie, zu ermessen, daß dies eine der unabwendbaren Folgen des Entflechtungsprozesses sein würde: eine Konsequenz, die nicht weniger interessant ist, als die Steigerung der montanindustriellen Konzentrationsgrades, die sich im Gefolge der „Entflechtung" hergestellt hat.

Der Flick-Konzern ist nicht leicht zu überblicken.

Zum ersten, weil rings um Flick immer alles in Unruhe und Bewegung ist, weil seine Effekten ihm nicht dazu dienen, Renten zu ziehen, sondern dazu herhalten müssen, streng nach den Spielregeln des Gesellschaftsrechts die Basis einer beständig fortschreitenden Machtausweitung abzugeben, dann aber auch, weil der riesige Bestand an Produktions- und Handelsunternehmen, die den Konzern konstituieren, in ein Geflecht von Holdings eingeordnet sind, die ihrer Gesellschaftsform nach keiner Publizitätspflicht unterliegen.

Da ist zunächst, als Dachgesellschaft der ganzen Gruppe, die Friedrich Flick KG, Düsseldorf.

Persönlich haftende Gesellschafter der Kommanditgesellschaft sind: Dr. h. c. Friedrich Flick und die Dr.-Friedrich-Flick-Stiftung; Kommanditisten: Otto-Ernst und Friedrich-Karl Flick mit einer Einlage von je 16,875 Millionen D-Mark; Generalbevollmächtigte: Konrad Kaletsch, Max Paul Meier, Dr. Herbert Rohrer; Prokuristen: Fritz Christoffer, Wilhelm Bedbur, Gustav Kniess, Herbert Kummer, Dr. Ing. Hubert Müller, Günther Paefgen, Dr. Hans Schaefer, Dr. Adolf Thomae, Friedrich W. Vogel.

Bei der Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb GmbH (StK: 200 Mill. DM, das voll im Besitz der Flick KG ist), der größten Zwischenholding des Konzerns, auf die im Frühjahr 1960, wie schon gesagt, die Merkur Gesellschaft für Industrie- und Handelsunternehmungen GmbH umgewandelt wurde, finden wir das Personal der Konzernspitze wieder: Alleinzeichnungsberechtigter Geschäftsführer ist Dr. Friedrich Flick, weitere Geschäftsführer sind Konrad Kaletsch, Dr. Herbert Rohrer, Dr. Hans Schaefer und Max Paul Meier; als Prokuristen amtieren: Wilhelm Bedbur, Fritz Christoffer, Günther Paefgen, Friedrich W. Vogel, Herbert Kummer, Gustav Kniess und Dr. Adolf Thomae. Es fehlen in der Geschäftsführung nur die beiden Söhne des Konzernherrn; im übrigen sind die Friedrich Flick KG und die Verwaltungsgesellschaft praktisch identisch.

In den Herrschaftsbereich der Verwaltungsgesellschaft wurde von der Merkur die Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte AG, Sulzbach-Rosenberg, eingebracht, an deren 60-Millionen-DM-Kapital die frühere Holding mit 74 Prozent, die Friedrich Flick KG mit jenen 26 Prozent beteiligt war, die vom Bayerischen Staat zurückerworben wurden. Im Sessel des Vorstandsvorsitzenden treffen wir Dr. Odilo Burkart, einen Vertrauten Friedrich Flicks, der gleichzeitig das Haupt eines Zweiradkonzerns ist, der dem Flick-Konzern mindestens „nahesteht"; Vorstandsmitglieder sind ferner Dr. h. c. Erich Enzmann, Dr. Ing. Otto Leitner und Hans Zink. Als Vertreter der Anteilseigner amtieren im Aufsichtsrat der Vorsitzer Dr. Friedrich Flick; Dr. Alois Alzheimer (Generaldirektor der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft), Otto-Enst Flick; Konrad Kaletsch (Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick KG); Max Paul Meier (Generalbevollmächtigter der Friedrich Flick KG); Alfred Rohde (Vorstandsvorsitzender der Metallhättenwerk Lübeck GmbH) und Professor Dr. Ing. Dr. mont. Alfons Wagner. Der „fünfzehnte Mann", der dem Aufsichtsrat nach § 4, Abs. 1 Ziff. c. d. des Mitbestimmungsgesetzes angehört, ist Dr. Josef Bogner (Münchner Filialdirektor der Deutschen Bank), der sowohl mit dem Flick-Konzern wie mit dem Zweirad-Konzern Odilo Burkarts eng verbunden ist.

Also auch hier, bei der Maxhütte, ist die personale Verflechtung mit der Konzernspitze ziemlich eng, das Bestreben Friedrich Flicks unverkennbar, den Kreis der Personen, die ins Vertrauen gezogen werden müssen, klein zu halten.

Ob die Maximilianshütte noch immer das größte Industriewerk unter weißblauer Flagge ist, mag dahingestellt bleiben. Daß sie mit ihrer 8500köpfigen Belegschaft und ihrer großen Qualitätsproduktion (Halbzeug, Bleche aller Art, nahtlose Rohre, Maschinen- und Spezialguß), zu den führenden bayerischen Industrieunternehmen zählt, steht außer allem Zweifel. Überdies aber liegen in ihrem Portefeuille wertvolle Beteiligungen: Sie verfügt über sämtliche (1000) Kuxe der Gewerkschaft Wittelsbach, Sulzbach-Rosenberg, über zwei Drittel des Stammkapitals der WMD Waggon- und Maschinenbau GmbH, Donauwörth — ein Drittel des Stammkapitals wurde an die Ludwig-Bölkow-Entwicklungen KG, Ottobrunn, abgegeben — eines allerdings wenig rentablen Unternehmens, das sämtliche Anteile der Venus GmbH und der Siebel ATG GmbH, Donauwörth, besitzt, die ihrerseits wieder mit einem Drittel an der Flugzeugbau Nord GmbH in Hamburg beteiligt ist.

Ferner liegen im Tresor der Maxhütte 20 Prozent der Société des Aciéries et Tréfileries de Neuves Maisons, Chatillon/Frankreich und sämtliche Aktien der als französische Zwischenholding dienenden Forgelemi Société de Gestions et de Participations Sidérurgiques, Paris, die 22 Prozent der belgischen Hainaut Sambre Société Métallurgique, Couillet, erwerben konnte.

Beachtlich ist schließlich, welche Bedeutung die Maxhütte im deutschen Eisenhandel gewonnen hat: Sie besitzt sämtliche Anteile der Maxhütte Eisenhandels GmbH, Sulzbach-Rosenberg, und der Kommanditgesellschaft Fränkischer Eisenhof Wollenweber & Co. in Bamberg. Sie ist neben der Familie des Flick-Bevollmächtigten Kaletsch und der Familie Lang, die in Düsseldorf die Industrie Import- und Export GmbH betreibt, mit 50 Prozent an der Establech Gesellschaft für Eisen-, Stahl- und Blecherzeugnisse beteiligt, der einzigen Gesellschafterin der Establech Export GmbH; sie besitzt 51 Prozent der Hansa-Eisen Trippe & Co. GmbH mit der Hansa-Stahl-Export GmbH und der Betoneisen GmbH und nicht zuletzt hält sie ein Drittel der Deutschen Eisenhandel-Aktien im Portefeuille, womit sie an der Kontrolle über eine stattliche Kette norddeutscher, vornehmlich Berliner und Hamburger, Eisenhandlungen partizipiert.

Wahrscheinlich liegt das Stammkapital der Fellawerke GmbH in Feucht, die nach einem on dit im vorigen Jahr an Hugo Stinnes abgetreten sein sollte, auch heute noch in den Händen der Maxhütte.

Das glänzendste Juwel im Diadem der Verwaltungsgesellschaft aber hat weder mit Steinkohlenbergbau noch mit Hüttenbetrieb etwas zu tun, wie es der Name der Holding erwarten läßt, sondern ist ein Verarbeitungsunternehmen, das über eine pralle Handvoll deutscher und ausländischer Tochtergesellschaften, darunter auch über die Auto-Union GmbH, die nach Ingolstadt emigrierte Produzentin der DKW-Wagen, verfügt: die Daimler-Benz AG, Stuttgart („Dein guter Stern auf allen Wegen").

Flick hatte schon 1954, als der Kurs der Daimler-Benz-Aktie noch zwischen 200 und 244 schwankte, begonnen, das später so kostbare Papier zu kaufen. Mitte 1955 lagen 25 Prozent des Grundkapitals von 72,156 Millionen in den Händen der Verwaltungsgesellschaft. Ein Jahr später vertraten die Flick-Gruppe 32,62 Prozent, die Quandt-Gruppe 8,30 Prozent des Kapitals; die Deutsche Bank (Süddeutsche Bank) hatte 30,17, die Dresdner Bank (Rhein-Main-BK) 6,31, die Commerzbank 4,55 Prozent des Grundkapitals im Portefeuille: Die Beteiligungen des Industrie- und Großbankkapitals hielten sich noch die Waage. Im Jahre 1957 wurden die Banken von der Industrie überflügelt: auf die Verwaltungsgesell-

schaft entfielen 37,5, auf die Quandt-Gruppe 12,5 Prozent Daimler-Benz. 1958 holten die beiden Industriekonzerne sich die Mehrheit, da Flick jetzt 37,9, die Brüder Quandt 12,8 Prozent auf ihre Holdings vereinigten. Im letzten Jahr endlich scheint die Flick-Gruppe ihren Anteil auf ca. 43, die Quandt-Gruppe den ihren auf annähernd 14 Prozent gebracht zu haben; doch während der Quandt-Anteil mit 13,86 Prozent auf der HV vom 27. Juli 1960 wahrscheinlich voll vertreten war, kann nicht sicher damit gerechnet werden, daß die 37,85 Prozent, die für die Verwaltungsgesellschaft in die Praesenzliste eingetragen waren, den vollen Besitz des Flick-Konzerns darstellen. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß weitere Daimler-Benz-Aktien des Konzerns entweder im Bankdepot oder bei einer anderen Flick-Holding liegen. Flicks gesamter Anteil wird auf 40—45 Prozent geschätzt, so daß die Annahme, er halte ca. 43 Prozent, sich nicht weit von der Wahrheit entfernen wird. Jedenfalls besitzt die Verwaltungsgesellschaft die Hauptversammlungsmehrheit; die beiden Industriegruppen aber repräsentieren die absolute Majorität, während man den Großbanken doch mindestens einen Anteil von 20 bis 30 Prozent zubilligen sollte.

Das heißt: mindestens 75 bis 85 Prozent der Daimler-Benz-Aktien werden von festen Händen, Großkonzernen und Großbanken, gehalten. Nur ein kleiner Teil, die Sperrminorität oder weniger, finden sich im Besitz von Einzel- oder Kleinaktionären.

Konnte man die Kursentwicklung des Papiers, die die Notierung von 244 Ende 1954 auf 399 Ende 1955 brachte, sie bis 1956 wieder auf 308 fallen ließ, sie dann aber auf 409 Ende 1957 und 954 Ende 1958 emporschnellte, noch auf das Konto der Wirtschaftswunderkonjunktur und der Käufe der Großinteressenten bringen, so trat 1959/60 ein Umschwung ein, der Anlaß zu mancherlei Quizfragen und -antworten gegeben hat: Im April 1959 wurde zum ersten Mal die 1000-Prozent-Grenze, im August die 3000-Prozent-Marke überschritten, Ende 1959 wurde Daimler-Benz mit 2650 Prozent notiert. Das erste Quartal 1960 war ziemlich ruhig; doch Ende April lautete die Notierung 3011, Ende Mai 4250, Ende Juni 5550 und Mitte Juli — nachdem bereits 7000 Prozent erreicht worden waren — 6500 Prozent.

Für einen Mann wie Flick, dem es nicht so sehr auf die Rendite einer Kapitalanlage ankommt — Daimler-Benz zahlte 1955—1958 an Dividende 10 %, 11 %, 12 %, 15 % + 3 % Bonus, d. h. Flick erlöste 1958 einen Betrag von 4,92 Millionen D-Mark aus seinem Aktienpaket — sondern der auf die Ausweitung seiner Machtsphäre ausgeht, kann eine solche Entwicklung nicht nur angenehm sein. Auf den ersten Blick scheint es freilich so vorteilhaft wie nur möglich, wenn Papiere, die man, grob gerechnet, für 125 bis 150 Millionen gekauft hat, drei, vier Jahre später zum Marktwert von etwa zwei Milliarden gehandelt werden. Das Schlimme ist nur, daß einem Konzern, der sein Aktienpaket ja gar nicht verkaufen will, sondern eher geneigt ist, es zu vergrößern, der Wertzuwachs nur insofern zum Bewußtsein kommt, als er den Aktienbesitz Jahr für Jahr mit einem höheren Wert in die Steuerbilanz einsetzen, die Differenz zwischen Ertrag und Aufwand wachsen sehen, also höhere Steuern zahlen und, für den Fall, daß er noch Aktien hinzukaufen will, höhere Beträge anlegen muß. In diesem Fall aber befindet sich Flick. Bei aller Geschicklichkeit seiner Steuerjuristen wird ihm die jede Erwartung übersteigende Kurssteigerung der Daimler-Benz-Aktie — hervorgerufen durch die Spekulation einer kleinen Gruppe von Einzelaktionären — ein schönes Stück Geld kosten.

Dennoch ist Daimler-Benz samt der Auto-Union dem Flick-Konzern wertvoll genug, um die Aufwendigkeit seines Besitztums zu rechtfertigen. Unternehmen des Automobilbaus — zumal solche, deren Bestellbücher für Jahre gefüllt sind —

sind gute Käufer. Und Flick hat mancherlei anzubieten, was Daimler-Benz und die Auto-Union brauchen können: namentlich Träger und Bleche der Maxhütte und der Stahlwerke Südwestfalen AG — bei der Flick die Mehrheit erwerben konnte, während das Münchner Bankhaus Merck, Finck & Co. eher 40 als 30 Prozent besitzt — dann aber auch Kunstharze der Dynamit-Nobel AG und Erzeugnisse des Feldmühle-Konzerns. Das fällt schwer genug ins Gewicht, um die steuerlich kostspielige Anlage in Aktien der Daimler-Benz AG — die sich zum Kurs von 1000 ebenso rentieren würde wie zum Kurs von 6500 — für den Konzern zu rechtfertigen.

Beim Erwerb der Feldmühle- und der Dynamit-Nobel-Mehrheit hatte sich Flick erneut als Meister des Pakethandels oder, wenn man so will, des Börsenspiels erwiesen.

Er hatte 1954 angefangen, Aktien dieses größten Unternehmens der deutschen Papierindustrie durch die Verwaltungsgesellschaft kaufen zu lassen, zur nämlichen Zeit, als Hugo S t i n n e s jr. schon etwas mehr als die Sperrminorität besaß. Stinnes behauptet sich über alle Kapitalerhöhungen hinweg — die das Grundkapital von 25,6 Millionen D-Mark nach dem Umstellungstag auf 37 Millionen am 21. 7. 1955 brachten — im Besitz seines Anteils. Aber auch Flick kaufte hinzu. Gleichzeitig erwarb er Anteile der Dynamit-Nobel AG, so daß er als Besitzer von 16 Prozent des Dynamit-Nobel-Kapitals (= 47 Mill. DM) in der Hauptversammlung vom Juli 1958 zum Vorsitzer, Konrad Kaletsch zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt wurden.

Dabei blieb es aber nicht. Flick gab den größten Teil der Dynamit-Nobel-Papiere — etwa 15 Prozent — an die Feldmühle weiter, erwarb Feldmühle-Aktien und konnte sich auf der Hauptversammlung vom August 1959 mit 52,23 Prozent als Mehrheitsaktionär des größten deutschen Papierunternehmens präsentieren. Aber wiederum nicht genug damit. Er verkaufte der Feldmühle weitere zehn Prozent Dynamit-Nobel-Aktien — nom. 4,7 Mill. DM Dynamit gegen nom. 5 Mill. DM Feldmühle — so daß sie jetzt die Sperrminorität besaß: Acht Prozent der für die Transaktion notwendigen Papiere hatte er aus dem Paket der Verwaltungsgesellschaft der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon — Besitz der Zürcher Waffenfabrikantenfamilie B ü h r l e — erhalten, die 33 Prozent des Grundkapitals der Dynamitgesellschaft besessen hatte und jetzt noch 25 Prozent hielt; zwei Prozent hatte er aus dem eigenen hinzugegeben. Die Kapitalerhöhung der Feldmühle um fünf auf 42 Millionen D-Mark, die zur Finanzierung des Geschäfts notwendig war, floß Flick in Gestalt von jungen Aktien zu, so daß er jetzt 57,92 Prozent des aufgestockten Feldmühle-Kapitals besaß,

Neben Flick gab es nur noch einen Großaktionär bei der Feldmühle: Flicks Freund Hugo Stinnes d. J. Mit diesem aber wurde der Düsseldorfer Konzerngewaltige in der Weise einig, daß er ihm — so wenigstens sagte ein on dit — für sein ca. 21,4 prozentiges Feldmühle-Paket eine hohe Abfindung bot: soviele Aktien aus seiner 50prozentigen MAK-Beteiligung, daß Stinnes, der ein Paket gleicher Höhe hielt, die Umwandlung der MAK auf die Atlas-Werke AG vornehmen konnte; ferner die Fella-Werke GmbH in Feucht bei Nürnberg (StK 5. Mill. D-Mark) und ganz oder teilweise die 75 %ige Beteiligung der Feldmühle am 7,5-Millionen-Kapital der Wolff & Co. KG a. A., Walsrode.

Jedenfalls besaß Flick oder sein Konzern, vertreten durch die Verwaltungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau und Hüttenbetrieb AG, jetzt 79,3 Prozent des Feldmühlekapitals und brachte diese qualifizierte Mehrheit in die ad hoc gegründete „AG für Papier- und Zellstoffinteressen" (Grundkapital: 64 Millionen D-Mark) ein, die dadurch zum „Hauptgesellschafter" der Feldmühle wurde, wie das Gesetz es verlangt.

Auf der Hauptversammlung der Feldmühle vom 22. Dezember 1959 waren 37,99 Millionen D-Mark anwesend, von denen 33,33 Millionen allein auf Flick entfielen. In der Abstimmung ergab sich, daß 36,21 Millionen D-Mark oder 95,32 Prozent der anwesenden Stimmen für die Umwandlung, 1,73 Millionen D-Mark oder 4,55 Prozent dagegen stimmten, während 0,5 Mill. DM oder 0,13 Prozent sich der Stimme enthielten. Der Umwandlungsvorschlag war also mit großer Mehrheit angenommen. Nur Hermann K r a g e s, für den der Gatte seiner Düsseldorfer Anwältin 500 000 D-Mark vertreten hatte, machte nicht mit. Er erwirkte beim Landgericht Düsseldorf eine einstweilige Verfügung, die es dem Hauptgesellschafter, der 100%igen Flickgesellschaft „AG für Papier- und Zellstoffinteressen", verbot, die Umwandlung beim Handelsregister anzumelden oder eintragen zu lassen. Der Widerspruch der Feldmühle-Verwaltung wurde am 22. Januar 1960 verworfen, der Termin für die Hauptklage von Krages — die sich auf § 1004 BGB stützen wird — auf den 18. März festgesetzt, so daß jetzt noch Feldmühle-Papiere zu Kursen gehandelt werden, die hoch über dem vorgeschlagenen Abfindungskurs von 770 Prozent liegen.

Neben der Hauptklage des Minderheitsaktionärs Krages lief jedoch das Verfahren einher, daß der Hauptaktionär beim Oberlandesgericht Düsseldorf mit dem Ziel angestrengt hatte, die einstweilige Verfügung des Landgerichts aufheben zu lassen. Und hier obsiegte der von Flick vertretene Standpunkt.

Am 15. April 1960 gab die Feldmühle-Verwaltung bekannt: „Die einstweilige Verfügung des Landgerichts Düsseldorf, die der Feldmühle die Anmeldung der Umwandlung zum Handelsregister untersagte, ist durch die heute verkündete rechtskräftige Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf als letzter Instanz in vollem Umfang aufgehoben worden. Die Umwandlung der Feldmühle wurde am gleichen Tage zum Handelsregister angemeldet."

Durch die Anmeldung ist immerhin sichergestellt, daß die Feldmühle zu den steuerlich günstigen Bedingungen umgewandelt worden ist, die das Umwandlungsgesetz dem Hauptgesellschafter zubilligt. Für den Fall nämlich, daß die Umwandlung überhaupt stattfindet. Denn der Registerrichter beim Amtsgericht Düsseldorf hat zwar die Anmeldung pflichtgemäß angenommen, nicht aber ihre Eintragung ins Handelsregister vollzogen. Vielmehr hat er sich ans Bundesverfassungsgericht gewandt, um eine Entscheidung über die prinzipiell wichtige Frage zu erzielen, ob eine Umwandlung durch Mehrheitsbeschluß den Eigentumsschutzklauseln entspricht, die Artikel 14 des Grundgesetzes vorsieht.

Wie der Spruch des Bundesverfassungsgerichts aber auch lauten wird — da der Minderheitsaktionär Krages keinen Wert mehr auf die Durchführung seiner Anfechtungsklage legt, ist es möglich, daß Flick seinen nahezu 80prozentigen Feldmühlebesitz durch Zukäufe noch wesentlich erhöhen kann und schließlich doch in eine Position einrückt, die der Stellung des Alleinbesitzers nahekommt. Allerdings muß oder müßte er, um zum Ziel zu gelangen, tief in die Tasche greifen: Er hatte den Minderheitsaktionären eine Barabfindung von 770 geboten, am 22. Juli wurde Feldmühle in Düsseldorf zu 1450 Prozent gehandelt.

Nicht weniger als am Alleinbesitz der Feldmühle lag Friedrich Flick daran, in die beherrschende Position bei Dynamit-Nobel zu gelangen. Soviel sogar, daß er der Rheinische Stahlwerke AG, die über Jahr und Tag 32 Prozent des Troisdorfer Unternehmens gehalten hatte, im Sommer 1959 den Vorschlag machte, ihr Paket Dynamit-Nobel-Aktien gegen 51 Prozent Stahlwerke Südwestfalen AG und 30 Prozent Gußstahlwerk Witten AG, die er an sich gebracht hatte, in Tausch zu geben.

Aber Rheinstahl lehnte beharrlich ab und dementierte noch im November, daß sie bereit sei, mit Flick zu paktieren. Erst am 9. Dezember 1959 wurde bekannt,

daß der Handel abgeschlossen sei, nachdem Flick sich bereitgefunden hatte, das Dynamit-Nobel-Paket für 30 Prozent Gußstahlwerk Witten und eine hohe Barabfindung zu erwerben.

Jetzt endlich konnte Flick handeln: Er brachte die 32 Prozent Dynamit-Nobel-Aktien, die er von Rheinstahl erhalten und die 25 Prozent, die er der Feldmühle überlassen hatte, der Bührle-Konzern brachte die ihm verbliebenen 25 Prozent in die „AG für Kunststoffwerte" (GK: 96 Millionen DM) ein, die von den beiden mit der Bestimmung gegründet war, als Hauptgesellschafter der Dynamit AG vormals Nobel & Co. zu fungieren. Die Voraussetzungen dafür, die Umwandlung nach dem „Rausschmeißer-Paragraphen" (§ 15) des Gesetzes vorzunehmen, waren gegeben. Sie ging am 28. Dezember 1959 über die Bühne der Hauptversammlung. Wegen der Abfindung der freien Aktionäre, denen — wie übrigens auch den Feldmühle-Aktionären — der Abfindungskurs von 735% zu niedrig erschien, wurde die Spruchstelle angerufen.

Für Dynamit-Nobel hat eine neue Aera, das Zeitalter der Flick-Herrschaft, begonnen: einer konstitutionell gemäßigten Herrschaft allerdings, denn Flicks Verwaltungsgesellschaft besitzt nur 67,6 Prozent, Oerlikon-Bührle dagegen mit 32,4 Prozent des 96-Mill.-DM-Kapitals beinahe ebensoviel, wie der Schweizer Konzern ursprünglich besessen hatte. Ob dieser Status aufrechterhalten werden kann, muß dahinstehen. Vier der fünf Kläger — Nold, Bovensiepen, Schollen und das Bankhaus Darier & Cie., Genf — die beim Landgericht Bonn Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage gegen den Umwandlungsbeschluß der Dynamit-Nobel-AG erhoben, haben ihre Klage inzwischen zurückgezogen. Nur noch der Altaktionär Gizelt, Frankfurt, beharrte bei seiner Klage. Aber nach einem Beschluß des Landgerichts vom 18. Mai 1960 wurde das Verfahren für ruhend erklärt, da man offenbar abwarten will, wie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausfällt; denn das entsprechende Verfahren wird vor dem Landgericht Düsseldorf kaum noch stattfinden, da Krages, wie schon gesagt, nicht mehr daran interessiert ist.

Doch ob die Gerichte nun für oder wider Flick entscheiden werden, bemerkenswert bleibt die hohe Kunstfertigkeit, mit der Flick seine Manipulationen bei Feldmühle und Dynamit-Nobel durchgeführt hat: Mit Dynamit-Nobel-Aktien kaufte er sich in die Mehrheit bei der Feldmühle ein, die gleichen Aktien entnahm er dem Feldmühle-Portefeuille, um sich die Mehrheit bei der neuen Dynamit-Nobel zu sichern. Das Verfahren, das Friedrich Flick schon in jungen Jahren kultiviert hat — mit geringem Kapitalaufwand, dafür aber unter Ausnützung allen Chancen, die das Gesellschaftsrecht bietet, zu Mehrheiten zu kommen — hat sich in den Transaktionen, in deren Mittelpunkt Feldmühle und Dynamit-Nobel standen, wieder einmal glänzend bewährt.

Ein weiteres Glanzstück der Friedrich Flick KG ist die Metallhüttenwerke Lübeck GmbH, der niemand ansieht, daß sie das Ergebnis hoher kombinatorischer Kunstfertigkeit und des Bemühens ist, die Geschäftsgebarung des Flick-Konzerns weitgehend der Einsicht des Publikums zu entziehen.

Nachdem die Entflechter der Hochofenwerke Lübeck AG die Eigenschaft eines Unternehmens der chemischen Industrie zuerkannt hatten, blieb dieses Unternehmen dem Flick-Konzern erhalten. Es wurde zur Metallhüttenwerke AG umgewandelt und blieb — ausgestattet mit einem Grundkapital von 24 Millionen D-Mark — in dieser Form bis zum März 1959 bestehen: Am 19. 3. 1959 wurden die Metallhüttenwerke auf die Gesellschaft für Montaninteressen mbH umgewandelt — eine kleinere Holding, die ihren Sitz von Düsseldorf nach Lübeck verlegt hatte — die gleichzeitig den Namen „Metallhüttenwerke Lübeck GmbH" (StK: 30 Mill. DM) erhielt. Die neue Gesellschaft, befreit von der Bürde der Publizitätspflicht,

vereinigt in sich also die Doppelnatur der Holding und des Produktionsunternehmens.

Sie besitzt neben zwei kleineren Beteiligungen — Hüttenwerk Kayser AG, Lünen/W., (30 %), und Norddeutscher Werkshandel GmbH, Hamburg (100 %) — 60 Prozent der Buderus'sche Eisenwerke AG in Wetzlar. Und das will schon etwas heißen. Denn Buderus ist nicht nur „der größte deutsche Badewannen-Erzeuger", d. h. eine der größten Eisengießereien der Bundesrepublik, sie ist ein an wertvollen Beteiligungen überaus reiches Unternehmen.

Da ist zum ersten ihr 26prozentiger Anteil an der Hessische Berg- und Hüttenwerke AG, deren Mehrheit sich im Besitz des Landes Hessen befindet.

Zum zweiten teilt Buderus sich mit der Familie Röchling bzw. der Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke GmbH, Völklingen, brüderlich in den Besitz der Stahlwerke Röchling-Buderus AG, deren Edelstähle von den zahlreichen Niederlassungen der Röchlingstahl GmbH — einer reinblütigen Tochtergesellschaft der Stahlwerke Röchling-Buderus — unter anderem auch in Düsseldorf vertrieben werden.

Zum dritten verzeichnen wir die Buderus'sche Handelsgesellschaft mbH, hundertprozentiger Buderus-Besitz, die gleichfalls ein Netz von Niederlassungen besitzt, deren eine ihren Sitz in Düsseldorf hat.

Weiter nennen wir die Breuer-Werke GmbH, Frankfurt, die beiden Omniplast-Gesellschaften in Frankfurt-Höchst, die Burger Eisenwerke GmbH, Burg, die lange Kette der „Gerobau"-, „Wanit"-, „Deutsche Premo"- und „Hagewe"-Gesellschaften und Untergesellschaften, an der neben Buderus auch Rheinstahl und die Halberger Hütte beteiligt sind, und die in Herstellung und Vertrieb von Röhren und Baumaterial eine hervorragende Rolle spielt, schließlich und vor allem aber die Krauss-Maffei AG in München, die in der Erzeugung von Lokomotiven, Omnibussen und Maschinen für das Nahrungsmittel-, namentlich das Fleischergewerbe zu den führenden Unternehmen der Bundesrepublik zählt.

Von einer dritten und vierten Zwischenholding — die Metallhüttenwerke dienen ja auch als solche — ist wenig bekannt. Bei der Gesellschaft für Fahrzeug- und Maschinenwerte GmbH (StK: 3 Mill. DM) liegt wahrscheinlich mehr als nur 50 Prozent der Lauchhammer Maschinenbau und Stahlbau GmbH, Düsseldorf-Benrath. Wir wissen es nicht und wir wissen ebensowenig, welche Beteiligungen im Portefeuille der Gesellschaft für Beteiligungen und Handel mbH, Düsseldorf, ruhen, die bei einem Stammkapital von acht Millionen D-Mark noch eine Zweigniederlassung in Berlin besitzt.

Die übrigen Beteiligungen liegen in der Hand der Friedrich Flick KG. Zwar ist es möglich, ja schon sogar wahrscheinlich, daß die Flick-Mehrheit bei der VSt.-Nachfolgerin Stahlwerke Südwestfalen AG (GK: 40 Millionen DM) von der Maximilianshütte gehalten wird. Dafür spräche jedenfalls, daß der Vorstandsvorsitzende der Maximilianshütte, Dr. Odilo Burkart, auf der HV vom 26. Februar 1960 an Stelle des Opriba-Vertreters Dr. Rudolf Haus zum 1. stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzer der Stahlwerke Südwestfalen gewählt wurde. Um aber auch dem letzten Rest eines Zweifels gerecht zu werden, haben wir das große Geisweider Unternehmen — was ja in letzter Instanz immer zutrifft — der Friedrich Flick KG zugeordnet. Die 30- bis 40prozentige Beteiligung des Münchener Bankhauses Merck, Finck & Co. an der Stahlwerke Südwestfalen AG, wird durch die Übernahme der Majorität in den Flick-Konzern nicht berührt.

Die Friedrich Flick KG hält ferner einen wesentlichen, der Höhe nach aber unbekannten Anteil an der Süd-Chemie AG, München (GK: 5,4 Millionen) und ist mit 217 000 DM oder 34,44 Prozent des Kapitals (von 630 000 DM) kommanditi-

stisch an der Firma Kalker Trieurfabrik und Fabrik Gelochter Bleche Mayer & Cie., Heumar, bei Köln, beteiligt.

Da Frau Barbara Flick, geb, Raabe, die Schwiegertochter Friedrich Flicks und die Gattin eines Kommanditisten der Konzernspitze ist, wurde ihre fast 90prozentige Beteiligung an der Südferrum Eisenhandelsgesellschaft mbH, München (StK: 100 500 DM), die ihrerseits das gesamte Stammkapital (500 000 DM) der bedeutenderen Süd-Ferrum Eisenhandelsgesellschaft mbH, Stuttgart, besitzt, der Friedrich Flick KG zugerechnet.

Vermutlich mit Recht. Obwohl man nicht wissen kann, von welchen Erwägungen der Mann sich leiten ließ, der innerhalb weniger Jahre auf der Basis seiner Entflechtungserlöse — der stark überhöhten Erlöse, die er zur Zeit der Kohlenknappheit aus dem Verkauf seines Zechenbesitzes zog — einen Konzern aufbaute, der mit einem Umsatz von mindestens sechs Milliarden DM im Jahre 1958 und von sechs bis sieben Milliarden im vergangenen Jahr sich an die Spitze der industriellen Machtgilde setzte, die der Konzentrationsprozeß hervorgebracht hat.

Mit welchen Mitteln das geschehen ist, soll dahingestellt bleiben — bis auf den Umstand, der nicht klar genug ausgesprochen werden kann: Immer und in jedem Fall hat Flick sich an den Buchstaben des Gesetzes gehalten, auch dann, wenn er dem Geist der Gesetzgebung zuwider handelte.

Doch auch das gilt, was Felix Pinner vor etwa vier Jahrzehnten im „Berliner Tagblatt" schrieb: „Also ist dieser Flick ganz zweifellos ein Finanzgenie, ein meisterlicher Spieler auf dem Instrument der Börse, ein Künstler der Gruppierung und Konzentration ..., der es in allen diesen Beziehungen trotz seiner schwerindustriellen Herkunft mit Hugo J. Herzfeld, Castiglioni und anderen aus der Börse emporgestiegenen Matadoren sehr wohl aufnehmen kann."

Zeit seines Lebens war Friedrich Flick ein „Mann der einsamen Entschlüsse". Heute, da er sein Riesenreich mit Hilfe von Gesellschaften regiert — einer Kommanditgesellschaft und einigen Gesellschaften mbH — die keiner Publizitätspflicht unterliegen, vielleicht mehr als je. Die freien Aktionäre von Feldmühle und von Dynamit-Nobel können ein Lied davon singen, mit welcher Konsequenz Friedrich Flick die Rechte des Herrn im eigenen Hause geltend zu machen versteht. Wahrhaftig: ein Autokrat nach dem Herzen des Bundeskanzlers, der ihm — wie er in den zwanziger Jahren Hugo Stinnes d. Ä. beglückwünscht hatte — zu seinem 75. Geburtstag im Jahre 1956 drahtete:

„Sie haben in langer und entbehrungsreicher Arbeit, unbeirrt von allen Schicksalsschlägen, die unser Volk und Sie persönlich getroffen haben, ein großes und staunenswertes Lebenswerk aufgebaut."

Wie denn nicht?

Der Flick-Konzern mit seinem Sitz in Düsseldorf ist das staunenswerteste und unserer Zeit im höchsten Maße konforme Machtgebilde, das der wirtschaftliche Konzentrationsprozeß produziert hat.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Weitere Dokumente zum „Fall Demokratie"

Im nachfolgenden setzen wir unsere Dokumentation über die Resonanz der Öffentlichkeit zur Entfernung von Frau Prof. Dr. Renate Riemeck aus dem Prüfungsamt durch den nordrhein-westfälischen Kultusminister fort. Der „Fall Riemeck" ist inzwischen für die Öffentlichkeit zu dem geworden, was er im Grunde immer war: ein „Fall Demokratie" in der Bundesrepublik. Hinter dem Angriff auf Frau Prof. Riemeck verbirgt sich allzu deutlich der wenig verhüllte Versuch der Bundesregierung, die Gegner der atomaren Bewaffnung und die Befürworter einer deutschen Koexistenz- und Wiedervereinigungs-Politik einzuschüchtern und auszuschalten. D. Red.

Wortlaut einer Erklärung namhafter Persönlichkeiten an die deutsche Öffentlichkeit

Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen hat Frau Professor Dr. Renate Riemeck kurzfristig, wenige Stunden vor den Prüfungen, aus ihrem Prüfungsamt entfernt. Dieses Vorgehen des Ministers ist ganz klar aus politischen Motiven, nicht aus sachlichen Gründen erfolgt. Der Vorgang ist charakteristisch für die fatale politische Entwicklung, die seit längerem in der Bundesrepublik eingetreten ist. Die Unterzeichner geben im Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung hierzu folgende Erklärung ab:

Als das totalitäre System des Nationalsozialismus im zweiten Weltkrieg zerbrach, schien der Weg für eine freiheitliche, demokratische Neugestaltung in Deutschland offen. Grundgesetz und Länderverfassungen der Bundesrepublik haben eine solche staatliche Ordnung der Freiheit statuiert. Im Gegensatz hierzu suchen staatliche Machtfaktoren im zunehmenden Maße politisch nichtkonformistische Haltungen und Äußerungen von Staatsbürgern mit nichtverfassungsmäßigen, scheinlegalen Mitteln auszuschalten und beteiligte Persönlichkeiten einzuschüchtern und mattzusetzen. Diese Methode verstößt in flagranter Weise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, die die ehernen Grundrechte der freien Meinungsbildung und Meinungsäußerung und der Freiheit von Forschung und Lehre garantiert. Gänzlich unhaltbar sind die Versuche, durch Verwaltungsanordnungen oder durch Disziplinarverfahren im Widerspruch zu den Vorschriften des Grundgesetzes und der Länderverfassungen für Staatsbürger im öffentlichen Dienst einen Verfassungsstatus minderen Rechts einzuführen oder das akademische Leben politisch gleichzuschalten.

Aus ihrem Gewissen heraus erheben die Unterzeichner ihre Stimme. Sie warnen, auf dem eingeschlagenen verhängnisvollen Wege fortzuschreiten. Die Lehren der kaum hinter uns liegenden furchtbaren Vergangenheit können und dürfen nicht vergessen werden. Die gewissenhafte Beachtung der Normen einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die unverbrüchliche Treue zu ihr bilden die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß der Sinneswandel, die Metanoia der Deutschen, glaubwürdig in Erscheinung tritt, daß die nationalsozialistische Vergangenheit überwunden und bewältigt wird und nicht in neuen Formen wiedererersteht, und daß nicht durch die innenpolitische Entwicklung im Ausland erneut Mißtrauen, Argwohn und Feindseligkeit erweckt werden. Der Kampf ums Recht erfordert, daß jeder das Unrecht, das einem anderen, gleichviel von wem, zugefügt wird, als ein ihm selbst widerfahrenes Unrecht empfindet und sich mit dem Angegriffenen, Verfolgten oder Geschädigten in der Verteidigung solidarisch fühlt.

In diesem Sinne appellieren die Unterzeichner an die in ihrer zweifelsohne großen Mehrheit freiheitlich gesinnte deutsche Öffentlichkeit. Es muß den Anfängen gewehrt werden. Noch ist es Zeit.

Die Unterzeichner: Staatsminister i. R. Wilhelm Bökenkrüger
Kultusminister a. D. Dr. h. c. Adolf Grimme
Prof. Dr. Wolfgang Hartke
Prof. Dr. Frank Löbell
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Levin L. Schücking
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg
Prof. Dr. Aloys Wenzl

Prof. Riemeck: Man will nur eine Kritik, die Verhandlungsmöglichkeiten verbaut

Wie uns bekannt wird, haben sich Freunde von Frau Prof. Dr. Renate Riemeck zu einem „Freundeskreis Riemeck" zusammengeschlossen. Die Federführung hat Pfarrer Gottfried Wandersleb, Herne i. W., Bismarckstr. 98 a, übernommen. In einer ersten Publikation veröffentlicht der Kreis u. a. einen Brief von Frau Prof. Riemeck an Pfarrer Wandersleb. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Lieber Herr Pfarrer!

Ich habe viel darüber nachgedacht, was Sie und viele andere Menschen an dem „Fall Riemeck" so sehr bewegt und beschäftigt. Die erste Aufregung hat sich gelegt. Man beginnt, über die grundsätzliche Seite der ganzen Angelegenheit nachzudenken. Das ist gut, denn es darf dabei gar nicht um meine Person gehen.

Wenn Sie mich nach meiner Beurteilung der Sachlage fragen, die zu einem heftigen Für und Wider in der Presse geführt hat, so möchte ich folgendes sagen:

Die entscheidende Frage bei meiner durch das Kultusministerium getroffenen Maßregelung (denn als solche muß ich die Abberufung aus dem Prüfungsausschuß werten), scheint mir nicht in dem Problem zu liegen, ob die Meinungsfreiheit unterdrückt werden soll oder nicht. Das Problem ist vielmehr, auf welchen Inhalt man die verfassungsmäßig verbürgte Meinungsfreiheit jetzt und für die Zukunft festlegen möchte. Es geht um dieses: Kritik an der Politik des Westens, auch an der Politik der Bundesregierung darf geübt werden, wenn gleichzeitig das erwünschte Soll an ablehnender Kritik gegenüber dem Osten erfüllt wird.

Man wirft mir nicht vor, daß ich unwahre Behauptungen über die Bundesregierung oder die westliche Politik verbreitet hätte. Man wirft mir vor, daß ich mich nicht im Sinne des Kalten Krieges gegen den Osten äußere und erblickt darin eine ausgesprochene „Einseitigkeit". Das ist die Kernfrage, um die sich alles dreht.

Nun, es besteht für mich kein Zweifel, daß der Kalte Krieg die prinzipielle Verneinung der Koexistenz ist. Aber es gibt keine Alternative zur Koexistenz. Wir müssen es deshalb begreifen, daß der eigentliche Feind der Menschheit nicht der Kapitalismus oder der Sozialismus sondern einzig und allein der Atomkrieg ist.

Wer — wie unser Freund Heinrich Vogel — den „Ruf von Hiroshima" vernommen hat, der weiß auch, daß es nur ein einziges, realistisches Ziel aller politischen Bemühungen geben darf: die beiden großen Weltsysteme müssen es lernen, nebeneinander zu leben. Die Auseinandersetzung über die bessere der beiden Gesellschafts- und Wirtschaftsformen kann nicht durch Anwendung militärischer Gewalt entschieden werden. Wir müssen es also erreichen, daß der Wettkampf zwischen den beiden Systemen mit wirtschaftlichen und kulturellen Mitteln ausgetragen wird.

Das aber setzt voraus, daß wir danach trachten, ein neues Verhältnis zum Osten zu gewinnen.

Das Nein zur Koexistenz führt in die Katastrophe. Wir müssen uns deshalb darauf einstellen, daß wir den Weg der Verhandlungen und nicht den der fortgesetzten Aufrüstung zu gehen haben. Das heißt: Wir müssen diejenigen, mit denen wir verhandeln wollen, als verhandlungswürdig betrachten. Wir müssen also die Sowjetgesellschaft als das nehmen, was sie ist: das Produkt einer geschichtlichen Entwicklung, die nicht rückgängig gemacht werden kann.

Der Westen kann mit dem Osten in die Koexistenz eintreten in dem Bewußtsein, daß er der künftigen Menschheit das große Erbe seiner eigenen Kultur und Zivilisation einbringt. Mit Raketen und den Parolen des Kalten Krieges erreichen wir nichts. Wir steigern nur die ohnehin ständig vorhandene Kriegsgefahr.

Ich glaube, daß es nach westlichen Begriffen sehr vieles gibt, was am Osten zu kritisieren wäre (wie es umgekehrt auch der Fall ist). Was man aber jetzt von mir verlangt, ist nicht eine sachliche Auseinandersetzung mit Erscheinungen in der östlichen Welt, sondern eine — dem Kalten Krieg dienende — Kritik im Sinne einer zerstörerischen Todfeindschaft. Dazu bin ich nicht bereit.

In der vergifteten Atmosphäre des Kalten Krieges will man ja gar keine sachliche Auseinandersetzung. Diese gilt schon als kommunistenfreundliche „Anbiederung". Man will nur eine Kritik, die Verhandlungsmöglichkeiten verbaut, jedes Verständnis für die Reaktionen der „Sowjetmenschen" ausschließt, Abscheu und Furcht hervorruft und also den friedlichen Wettbewerb zwischen Ost und West als unmöglich erscheinen läßt.

Das steht im Widerspruch zu den besten Traditionen der westlichen Demokratie. Diese Demokratie gründete sich bei ihrer Entstehung darauf, daß die Regierten sich ein genügend großes Wissen erwerben, um die Regierenden für ihre Entschlüsse und Entscheidungen zur Rechenschaft ziehen zu können. Politiker, die sich diese urdemokratische „einseitige Kritik" nicht gefallen lassen wollen, sind bewußt oder unbewußt dabei, von der überlieferten westlichen Demokratie Abschied zu nehmen. Der Kalte Krieg ist nicht zuletzt auch ein willkommener Anlaß, um die Kritik an Fehlern und Irrtümern der eigenen Politik durch die Kritik an den „Andern" zu lähmen. Wir sollten deshalb alle, wie das der Amerikaner C. W. Mills vorschlägt, „Kriegsdienstverweigerer des Kalten Krieges" werden. Wir dienen dann der Demokratie und arbeiten für die Koexistenz.

In Verbundenheit
Ihre
gez. Renate Riemeck

Brief von Friedrich Wilhelm Foerster an Kultusminister Schütz

Friedrich Wilhelm Foerster Ph. D. D. D., der weltbekannte Pädagoge, ehemals Professor der Philosophie und Pädakogik an den Universitäten Wien und München, der wegen seiner gegen die deutsche Militärpolitik gerichteten Stellungnahme schon in der Weimarer Republik sein Amt aufgeben mußte, schreibt:

New York, July 25, 1960

„Dem Herrn Kultusminister Schuetz
von Nordrhein-Westfalen

Hochgeehrter Herr Minister!

Soeben berichten mir meine deutschen Freunde von Ihrer Aktion gegen Frau Professor Renate Riemeck. Erlauben Sie mir, als einem der ältesten deutschen Pädagogen, Sie im wahren deutschen Interesse sehr dringend um Revision dieser Aktion zu bitten. Da Frau Renate Riemeck nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland weithin als eine Erzieherin ersten Ranges bekannt ist, die auch von der jungen deutschen Generation mit Recht hoch verehrt wird, so müßte ein schwer wieder gut zu machender Schaden aus jeder amtlichen Unterdrückung der Wirksamkeit dieser höchst verehrungswürdigen Frau entstehen. Ich selber würde mich verpflichtet fühlen, mit meiner ganzen Autorität dafür einzutreten, daß eine solche Erzieherin der deutschen Jugend nicht nur vor jeder Unterdrückung und Verfolgung sichergestellt, sondern vielmehr noch ganz besonders geehrt würde. Da ich nur annehmen kann, daß Sie, hoch geehrter Herr Kultusminister, über diesen Fall ungenügend informiert wurden, so gebe ich mich der Hoffnung hin, daß Sie sicher bereit sein werden, Ihre Entscheidung in dieser Sache von Grund aus zu revidieren, und Frau Professor Riemeck durch irgend eine besondere Ehrung für die über sie verhängte Bedrohung zu entschädigen.

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr aufrichtig ergebener
gez.: Unterschrift"

Brief von Prof. Heckmann an Kultusminister Schütz

Herrn
Kultusminister Werner Schütz,
Düsseldorf

Herr Minister,

die Hannoversche Presse vom 19. Juli brachte eine dpa-Meldung aus Düsseldorf, nach der Sie Frau Professor Riemeck aus der Prüfungskommission der Pädagogischen Akademie Wuppertal entlassen haben mit der Begründung, Frau Riemeck sei in Ostkontakten besonders scharf hervorgetreten und vertrete die Auffassung, „das einzige Hindernis der politischen Befriedung der Welt liege beim Westen".

Diese beiden Gründe sagen über Frau Riemecks Fähigkeit, sachgemäß zu prüfen, gar nichts. Offenbar wollen Sie wieder, wie Sie es im Falle Hagemann getan haben, einem Hochschullehrer, der im Rahmen seiner Lehrtätigkeit Anschauungen vertritt, die der Außenpolitik Ihrer Partei zuwider sind, den Boden für seine Lehrtätigkeit entziehen. Im Falle Hagemann haben Sie Ihren Schritt zunächst mit dessen Vortrag vor der Volkskammer begründet, haben es aber später für notwendig gehalten, zur Verstärkung dieser Begründung auf jahrelang zurückliegende angebliche sittliche Verfehlungen Hagemanns zurückzugreifen. Unsere Universitäten und Hochschulen haben das und auch die erstaunliche Begründung des Landesverwaltungsgerichts Münster für sein gegen Hagemann gefälltes Urteil hingenommen, in der gesagt wird, daß Hagemann — Hochschullehrer einer politischen Disziplin! — mit seiner Kritik an der Politik des Bundeskanzlers das Maß überschreite, das für einen Beamten seiner rechtmäßigen Regierung gegenüber zulässig sei.

So weit sind wir in der Preisgabe der Freiheit von Forschung und Lehre, eines wesentlichen Wertes, den zu verteidigen wir verpflichtet sind, gekommen. Das Hinnehmen Ihrer Maßnahmen zur Gleichschaltung des akademischen Lebens kann ich nur auf Grund der schon allgemein gewordenen Furcht, für einen Freund der Kommunisten gehalten zu werden, verstehen. Diese Furcht trübt den Blick dafür, daß es hier nicht darauf ankommt, wie wir zum Inhalt dessen stehen, was Herr Hagemann oder Frau Riemeck lehren, sondern ausschließlich darauf, ob wir die Freiheit von Forschung und Lehre verteidigen wollen oder nicht.

Auf der Tagung der Kultusministerkonferenz in Hamburg im Februar haben Sie und Ihre Kollegen ihre Entschlossenheit verkündet, der politischen Bildung der zukünftigen Lehrer aller Schulgattungen besondere Anstrengungen zuzuwenden. Mit Ihren Gleichschaltungsmaßnahmen haben Sie dieses Ziel preisgegeben. Ein Lehrer, der heute politisch bilden will, muß den Mut haben, heiße Eisen anzufassen, und ein Hochschullehrer, der in zukünftigen Lehrern diesen Mut wecken will, muß ihn selber beweisen. Das hat Frau Riemeck immer wieder getan. Dafür gebührt ihr, unabhängig von unserer Stellung zum Inhalt ihrer Lehre, der Dank aller, denen die politische Bildung der Lehrer am Herzen liegt. Sie aber ziehen mit Ihren Methoden politische Feiglinge heran.

Ich werde mich bemühen, diesen Brief bekanntzumachen.

gez. Prof. Dr. Gustav Heckmann, Hannover

Auszüge aus einem Interview der Studentenzeitung „konkret" mit Kultusminister a. D. Prof. Dr. Paul Luchtenberg (FDP)

konkret ...

Prof. Luchtenberg: Ich war sehr betroffen, als ich von meiner Nordlandreise heimkehrte und das Schreiben der Studentenschaft der Pädagogischen Akademie in Wuppertal vorfand, das an die Mitglieder des Kultusausschusses des Düsseldorfer Landtages, gerichtet war. Als ich las, daß Frau Riemeck aus der Prüfungskommission der Akademie in Wuppertal herausgenommen worden war, wurde ich an mein eigenes Schicksal erinnert. Sie wissen vielleicht, daß, bevor ich von Hitler entlassen wurde, mir genau dasselbe begegnete: ich wurde aus den Prüfungskommissionen ausgeschlossen, was ja nichts anderes bedeutete als eine Vernichtung der Wirkungsmöglichkeit überhaupt. Diese wenig noble Methode habe ich in unserem demokratischen Staatswesen nicht für möglich gehalten. Ich kann mir auch nicht recht vorstellen, daß mein Herr Amtsnachfolger sie so intiiert hat, wie es mir vorgetragen worden ist.

konkret ...

Prof. Luchtenberg: Zunächst ist davon auszugehen, daß die politische Meinungsäußerung frei ist im demokratischen Staate. Ich kenne keine politische Äußerung der Frau Riemeck, die irgendwie Grund zu einer solchen Maßnahme bieten könnte. Ich habe mich seinerzeit mit Herrn Prof. Hammelsbeck über Frau Prof. Riemeck unterhalten und war erstaunt zu hören, daß sie sogar zur Vertrauensdozentin der Akademie gewählt worden war. Ich hatte also keinerlei Anlaß, etwas gegen Frau R. zu unternehmen, wie es anscheinend doch behauptet worden ist.

konkret ...

Prof. Luchtenberg: Sie wissen, daß man seinerzeit, als sich das 3. Reich etablieren konnte, gerade den akademischen Kreisen und insbesondere den Professoren unserer Hochschulen vorgeworfen hat — später, rückschauend — daß sie hätten sehen müssen, um was es sich handelte bei der Vorbereitung eben dieser „Machtergreifung" durch Hitler und daß sie hätten reden müssen. Ich bin der Meinung, daß wie damals so auch heute in keiner Weise dem Gewissen der Mund verboten werden darf, und wenn Frau Riemeck glaubt, sich politisch äußern zu sollen, dann kann man es nicht dadurch unmöglich machen, daß man sie als Mitglied einer Prüfungskommission kurzerhand ausbootet. So geht es nicht. Ich glaube, es müßten andere Methoden Platz greifen, um Auseinandersetzungen und Klärungen herbeizuführen, von denen der Minister annehmen mag, daß sie nötig seien.

konkret ...

Prof. Luchtenberg: Ja, wenn man uns einerseits im Grundgesetz diese Meinungs- und Lehrfreiheit zusichert, wenn man andererseits — und das hat der Herr Minister Schütz auch getan — sich bemüht um eine politische Bildung der Jugend und dann schließlich sieht, daß diese Jugend sich im Gewissen gedrängt fühlt, für etwas einzutreten, demgegenüber sie Ungerechtigkeiten festzustellen glaubt, dann kann man, glaube ich, nur Achtung vor einer solchen Studentenschaft haben.

konkret ...

Prof. Luchtenberg: Ja, es ist nicht zu erwarten, daß jeder Dozent ausgerechnet das äußert, was in der Masse der Studierenden jeder einzelne für sich als Bestätigung seiner Auffassung erwartet. Es ist selbstverständlich, daß sich hier und da Widerspruch anmeldet und dieses dialektische Prinzip des Widerspruchs in allem Erkennen ist ja schließlich ungemein befruchtend. Und warum soll nun nicht auch ein Dozent eine andere politische Auffassung von dem Geschehen haben als sie von der Mehrzahl seiner Hörer vertreten wird? Das kann doch nur kritischer Analyse und gewissenhafter Selbstprüfung dienen.

konkret ...

Prof. Luchtenberg: Nein, das ist mir nicht bekannt. Aber ich werde mich damit zu befassen haben, zumal ich voraussehe, daß diese Angelegenheit ein Nachspiel im Landtag veranlassen wird. Ich bin nicht der Auffassung, kann es nicht sein, daß die Beamtenschaft eines demokratischen Staates über die politische Meinungsbildung zu wachen hätte. Man kann ja auch nicht eine Partei, eine demokratische Partei kurzerhand ausschalten, weil sie nicht die Meinung der regierenden Mehrheit vertritt.

konkret ...

Prof. Luchtenberg: Es wäre tragisch, wenn ich darin einen wirklichen Zusammenhang sehen müßte. Man kann ihn natürlich mutmaßen; ich hoffe nicht, daß wir schon so weit sind, in derartigen Vorfällen eine bewußte Attacke auf die Selbstverwaltung der Hochschulen oder, im erweiterten Sinne, auf die Autonomie des akademischen Bereichs überhaupt sehen zu müssen. Das wäre allerdings sehr, sehr bitter.

konkret ...

Prof. Luchtenberg: Ich habe zu meiner großen Freude gehört, daß das Kollegium sich bereit gefunden hat, von sich aus eine Resolution zu veröffentlichen, um seinen Standpunkt zu der Angelegenheit zu begründen; denn ich nehme an, daß das doch aus einem verpflichtenden Gewissensdrang heraus geschehen ist. Daher war ich denn auch außerordentlich überrascht zu erfahren, daß es verboten worden sei, die Erklärung an die Presse zu geben. Das ist natürlich äußerst bedenklich, zumal sich eine gewisse Verbindung zwischen der Autonomie der Hochschule und dem Diktat des Ministers konstruieren läßt. Man wird sich zu fragen haben, was die Hochschullehrer der übrigen Akademien

und Hochschulen dazu sagen; denn ich kann mir nicht recht vorstellen, daß man das so sang- und klanglos einstecken wird.

konkret ...

Prof. Luchtenberg: Ja, es ist verständlich und sogar, ich möchte sagen, rühmenswert, daß die Professoren von Wuppertal sich diesem Vorgehen insofern angeschlossen haben, als auch sie ihre Meinungsfreiheit und ihre Gewissensfreiheit zu verteidigen sich aufgerufen fühlten und demgemäß ihre Resolution verfaßten. Ich frage mich: w i e ist denn das Ganze zustandegekommen, welcher Anlaß war dazu gegeben? Stimmt es, daß ein Ministerialbeamter beauftragt war, von langer Hand ein Disziplinarverfahren gegen Frau Riemeck vorzubereiten?

konkret: Ja, und zwar jetzt das zweite Mal. Das erste Mal konnte es nicht eingeleitet werden, weil es keine Angriffe enthielt und das ist jetzt zum zweiten Mal geschehen und es heißt, der Minister habe seinem Beauftragten gesagt, wenn er das Verfahren nicht zustande brächte, das Material nicht fände, dann müßte er eben einen anderen nehmen, dem es gelänge, das Disziplinarverfahren durchzuführen.

Prof. Luchtenberg: Ach, ist das möglich? Ist Ihnen das so sicher übermittelt worden, daß Sie es in dieser Form weitergeben können?

konkret: Ja, ich weiß es genau, da es von dem betreffenden Mann, der das Verfahren eröffnen sollte, selbst gesagt worden ist und das nicht ganz ohne Bitterkeit.

Prof. Luchtenberg: Ach, das ist allerdings ein sehr unangenehmer Tatbestand in der ganzen Entwicklung; denn das sieht ja nun so aus, als ob planvoll gegen Frau Riemeck vorgegangen werden sollte, obgleich man im Augenblick keinen konkreten Anlaß dazu sah. Das erinnert an Methoden eines Polizeistaats.

konkret ...

Prof. Luchtenberg: Ich sagte Ihnen schon, daß es mir sehr unangenehm ist, in diesem Falle ein Verfahren meines Amtsnachfolgers zu kritisieren, und wenn ich mich an mein eigenes Schicksal erinnert fand, so liegt das ausschließlich an der praktizierten Methode. Ich finde es natürlich nicht in Ordnung, daß man einem Menschen das Prüfungsamt und damit zuguterletzt die Wirkungsmöglichkeit nimmt; denn wenn man auch so tut, als ließe man ihn sozusagen ungeschoren, so weiß man doch, daß er auf diese Weise in seinem Lehramt „vertrocknen" muß!

Das ist unmöglich. Das ist irgendwie nicht aufrichtig. Mit derartigen Verfahrensweisen kann ich mich nicht befreunden.

konkret: Ja, was meinen Sie denn nun, was müßte geschehen? Man geht davon aus, der Schritt des Ministers ist in dieser Form und in dieser Begründung untragbar. Was muß geschehen?

Prof. Luchtenberg: Diese Frage wird wohl eine Frage an die Hochschule überhaupt sein, und ich meine, daß die Dozentenschaft jeglicher Hochschule sich aufgerufen findet, sehr ernst zu prüfen, ob es in diesem Stile weitergehen kann; denn wohin das führt, das wissen wir, das haben wir ja, wie gesagt, im dritten Reich erlebt und eine kommandierte Wissenschaft wollen wir nicht. Die Frage ist natürlich: hat Frau Riemeck in ihrer Wissenschaft versagt und in ihrer Haltung den Studierenden gegenüber, oder hat sie irgend etwas getan, was ihre demokratische Gesinnung und ihre Treue zur Verfassung in Frage stellt? Was ist in Wirklichkeit geschehen?

konkret: Sie wissen, daß der Minister einen solchen Vorwurf nicht macht. Er schätzt sie heute noch als eine Persönlichkeit in der Geschichtswissenschaft für die Lehrerbildung.

Prof. Luchtenberg: Ja, dann frage ich mich aber „Warum"? Herr Minister Schütz hat doch, so weit ich unterrichtet bin, Frau Riemeck selbst berufen, und zwar für Geschichte und politische Bildung.

konkret: Er hat sie selbst berufen. Der Minister sagt, er müsse sie schützen vor Angriffen aus der Öffentlichkeit.

Prof. Luchtenberg: Schützen von Angriffen aus der Öffentlichkeit?

konkret: Angriffen, die sich zusammensetzen aus der Deutschen Zeitung, Westdeutscher Rundschau und Rotbuch des Komitees „Rettet die Freiheit". Das heißt also, daß er einen Vorwand braucht aus ganz anderen Gründen, sie auszuschließen. Weil er nämlich, so ist unsere Vermutung, in ihr einen gefährlichen Gegner der Bundesregierung sieht.

Prof. Luchtenberg: Die Angriffe, die aus der Öffentlichkeit gegen Frau Riemeck vorgetragen worden sind, hätten doch wohl zunächst untersucht werden müssen, bevor man so weitgehende Folgerungen daraus zieht. Wenn man aber Konsequenzen zieht, dann habe ich zu bemängeln, daß man hier auf halbem Wege stehen geblieben ist; denn ich kann einen Beamten, der sich seiner demokratischen Pflichten nicht bewußt ist, nicht nur zur Hälfte seines Amtes entheben. Man kann ihn also nicht nur aus der Prüfungskommission zurückziehen, und ihn im übrigen in seiner Lehrtätigkeit und seinen Einflußmöglichkeiten belassen. Die Frage ist, ob das überhaupt im demokratischen Staate in dieser Weise praktiziert werden kann.

konkret: Müßte nicht, bevor überhaupt ein solcher Schritt unternommen wird, wie ihn der Herr Minister getan hat, erst einmal ein Grund nachgewiesen werden, der der Öffentlichkeit auch nur einigermaßen plausibel ist?

Prof. Luchtenberg: Das ist es, was soeben Herr Kirchenpräsident Niemöller in einem Telegramm an den Minister, wie ich es in der Zeitung las, gefordert hat. Man kann nicht einfach sozusagen auf Verdacht hin handeln, sondern müßte doch gerade in den entscheidenden Bereichen der Pädagogischen Provinz mit besonderer Behutsamkeit verfahren, bevor man derartige sehr gravierende Maßnahmen trifft, die zwangsläufig bildungspolitische Schwierigkeiten erzeugen. So sehr ich bedaure, daß dieses Mißgeschick nun Herrn Minister Schütz bedrängt, so sehr begrüße ich die verantwortungsbewußte Haltung der Studentenschaft und der Dozentenschaft. Ich bin überzeugt, daß, wenn dies Wuppertaler Ereignis weiter behandelt wird, auch die übrigen Hochschulen noch ein gewichtiges Wort über akademische Freiheit und die Autonomie der Hochschulen zu sagen haben werden.

konkret: Vielen Dank, Herr Professor.

Von überall her Proteste

Die Leitung der Kirchlichen Bruderschaften im Rheinland erklärte laut Evangelischem Pressedienst Nr. 79 ihre Beunruhigung über die Begründung des Ministers für die Abberufung von Frau Riemeck.

Namens der Kirchlichen Bruderschaften von Westfalen hat Oberkirchenrat Kloppenburg bei Kultusminister Schütz protestiert.

Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) demonstrierte am 23. 7. mit einem Auto-Corso durch Wuppertal. Am 6. 8. wurde von der IdK in Duisburg im Anschluß an eine Atom-Mahnwache zum Gedenken des Tages von Hiroshima ein Schweigemarsch für Prof. Riemeck in der Innenstadt durchgeführt.

Das Studenten-Parlament der Kölner Universität bekundete seine Solidarität mit den Demostrationen der Wuppertaler Studenten, ebenfalls die Hochschulgruppe des SDS Marburg und Münster. Die Düsseldorfer Studenten-Gemeinde sprach Prof. Riemeck ihre Sympathie aus.

Der Vorstand des DGB-Ortskartells, Erkrath, sandte ein Protestschreiben an das Kultusministerium in Düsseldorf und erklärte gleichzeitig seine Sympathie mit Frau Riemeck.

Der geschäftsführende Vorstand des Kreisverbandes Wuppertal des VdK drückte Frau Prof. Riemeck seine ganze Sympathie aus und die Erwartung, daß sie unverzüglich in ihre Rechte wieder eingesetzt werden müsse.

In Köln kleben an allen Litfaßsäulen Plakate der IdK mit der Aufschrift „Die ganze Freiheit für Frau Prof. Riemeck!"

Täglich erreichen Frau Riemeck zahlreiche Briefe aus der Bevölkerung, in denen der Kämpferin gegen die atomare Bewaffnung nicht nur die Sympathie ausgedrückt wird, sondern auch die Bereitschaft, in der Öffentlichkeit für ihre Wiedereinsetzung einzutreten.

Frau Riemeck erhält laufend zahlreiche Durchschriften von Protestbriefen, die aus der Bevölkerung an Minister Schütz geschickt werden.

„Die Zeit" vom 19. Juli 1960:

Am 15. Juli 1960 standen die Studenten der Pädagogischen Akademie Wuppertal vor ihrem schwarzen Brett und lasen, was da unter der Überschrift „Dringende Mitteilung" geschrieben stand:

„Am 14. Juli, 17 Uhr, traf in der Akademie eine Mitteilung des Staatlichen Prüfungsamtes ein, die folgenden Inhalt hatte:

„Auf Grund eines Erlasses des Herrn Kultusministers tritt in dem bereits bekanntgegebenen Prüfungsplan für die am 16. 7. 1960 beginnende Prüfung folgende Änderung ein: Die Berufung von Frau Professor Riemeck in das Prüfungsamt ist mit dem 30. 6. 60 erloschen ... Die Kandidaten, die beabsichtigen, sich das Thema der schriftlichen Examensarbeit ... im Frühjahr 1961 von Frau Professor Riemeck geben zu lassen, werden gebeten, ... die Übernahme des vorgesehenen Prüfungsthemas mit dem nunmehr zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestellten Dozenten zu besprechen ..."

Darunter stand:

„In einem Schreiben hat das Kollegium der Pädagogischen Akademie Wuppertal sein Bedauern über die in dem Erlaß des Herrn Kultusministers vom 6. 7. 60 ausgesprochenen Maßnahmen zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig festgestellt, daß es sich deren Begründung nicht anschließen kann. Damit ist für das Dozenten-Kollegium die Angelegenheit jedoch nicht abgeschlossen. Im Auftrage des Dozenten-Kollegiums — gezeichnet Heuser.

Der Grund für die Maßnahme des nordrhein-westfälischen Kultusministers Werner Schütz sprach sich bald unter den 717 Studentinnen und Studenten der Pädagogischen Akademie Wuppertal herum: Dr. Renate Riemeck, Professor für Geschichte, Didaktik und Methodik, soll Ost-Kontakte gehabt haben. Es gab einige Unruhe auf den Fluren und lange Diskussionen darüber, was die sehr beliebte Professorin wohl angestellt haben könnte. Bekannt war, daß Dr. Riemeck Ende 1959 von zwei Zeitungen angegriffen worden war: Sie stehe nicht so zum Westen wie sich das für eine beamtete Lehrkraft der Pädagogischen Akademie gehöre. Das Wuppertaler Dozenten-Kollegium bat daraufhin den Kultusminister in einer Eingabe um Schutz vor den Angriffen.

Jetzt meinten die Studenten: „Vielleicht ist dies die erbetene Schutzmaßnahme." Tatsächlich erläuterte Kultusminister Schütz drei Vertretern des ASTA einen Tag später: „Die Abberufung ist eine Schutzmaßnahme für Frau Prof. Riemeck, da sich als Folge ihrer Tätigkeit eine verstärkte Kritik der Öffentlichkeit gezeigt hat. Sie wurde daher aus der vorderen Schußlinie herausgezogen."

Folgendes hat die Professorin nach Meinung des Kultusministeriums in die „Schußlinie" gebracht:

Reisen in die Ostzone;

einseitige Reden in Jena, Leipzig und Ostberlin gegen die Bundesrepublik;

Publikationen in Blättern und Zeitschriften, die pro-östlich ausgerichtet sind;

und schließlich, „daß Frau Riemeck immer die Bundesrepublik, aber nie den Osten angreife".

Der Pressereferent des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums, Oberregierungsrat Schlau, fügte noch hinzu: „Sie hat sogar zahlreiche Aufrufe gegen die Atombombe unterschrieben ..." Zwei Artikel haben nach seiner Meinung das Maß vollgemacht: „Aufstand in Korea — Revolte in der Türkei" in den „Blättern für Deutsche und Internationale Politik" und „Die Lage nach der Pariser Gipfelkonferenz" in den „Stimmen der Gemeinde". Oberregierungsrat Schlau meinte: „Da feiert sie Chrustschow als Retter des Weltfriedens. So geht es doch nicht ..."

Dozenten und Studentenschaft sehen das anders. „Dreimal war Frau Professor Riemeck im Osten: zu den Jubiläen der Universitäten Leipzig und Jena. Einmal hat sie dort eine Rede gehalten — nicht mehr. Sie sprach vor der Evangelisch-Theologischen Fakultät zum Thema ‚Der Westfälische Friede'. Und dann war sie einmal bei der Evangelischen Akademie in Ostberlin. Aber niemand spricht davon, daß sie mindestens ein dutzendmal in England war."

Alle wollen bezeugen, daß ihre Kollegin und Lehrerin keineswegs den Geschehnissen in der DDR kritiklos gegenüberstehe. „Von fünfzehn aus politischen Gründen geflüchteten Oststudenten haben sich elf bei Riemeck zur Prüfung gemeldet. Und man weiß doch, wie empfindlich diese Leute — mit Recht — sind."

Über die Publikationen der Dr. Renate Riemeck, die sie in die Schußlinie gebracht haben, ist wenig zu erfahren. Das Ministerium kann sie nicht nennen — bis auf die zwei angeführten. Die Studenten haben sie nur zum kleinen Teil gelesen. „Die politische Meinung unserer Professorin interessiert uns nicht. Als Lehrerin schätzen wir sie sehr ..." Der Minister dagegen: „Wer im Ausschuß sitzt, darf nicht im Schußfeld stehen." Es habe außerdem schon einmal eine Vorermittlung zu einem Disziplinarverfahren gegeben. Von der Einleitung eines förmlichen Verfahrens wurde abgesehen. Danach sei Professor Riemeck „Zurückhaltung" empfohlen worden. Trotzdem habe sie weiter geschrieben.

Unbefriedigt kehrten die drei ASTA-Abgesandten nach Wuppertal zurück. Sonntag versammelten sich 500 Studenten, „um die Lage zu erörtern". Es wurde ein Sitzstreik beschlossen.

Montag saßen rund 300 Studentinnen und Studenten von 10 bis 12 Uhr auf der großen Treppe vor dem Kultusministerium in Düsseldorf. Sie hatten Schilder mitgebracht, auf denen einschlägige Artikel des Grundgesetzes zu lesen waren. Oberregierungsrat Schlau dazu: „Wir haben davon abgesehen, Maßnahmen gegen die Kinder zu ergreifen. Es regnete etwas. Hoffentlich haben sie sich nicht erkältet ..."

Minister Schütz erklärte noch: „Unbeschadet der Freiheit der Meinungsäußerung kann der Staat niemals darauf verzichten, über die richtige Wertung außenpolitischer und sonstiger Vorgänge durch seine Beamten zu wachen." Der ASTA erwiderte: „Zwar hat der Herr Kultusminister das Recht, Mitglieder des Prüfungsamtes zu berufen und abzuberufen. Dieses Recht wurde ihm aber in dem guten Glauben zugestanden, daß er es in demokratischer Weise handhaben und nicht mißbrauchen werde. Sollte das Ministerium der Ansicht sein, daß ein Professor die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik untergräbt, so hat es gegen ihn ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Offensichtlich fehlen jedoch im Fall Riemeck die notwendigen Anhaltspunkte zur Eröffnung eines Disziplinarverfahrens, und so versucht man, Frau Professor Riemeck auf eine Weise auszuschalten, die formaljuristisch vielleicht nicht anfechtbar ist. Dadurch schafft man aber einen Präzedenzfall, in dem die im Grundgesetz festgelegten Rechte durch Erlasse gefährdet werden. Das ist nach unserer Meinung ein klarer Mißbrauch demokratischer Machtbefugnisse."

Dies ist es, was nun zu klären wäre. Frau Professor Riemeck ist hier im Land eine hochgeschätzte Persönlichkeit — geschätzt auch von jenen, die ihre politische Meinung nicht teilen. Ihre manchmal ein wenig überspitzte Polemik läßt sich vielleicht mit jugendlichem Temperament erklären: Sie war noch vor kurzem die jüngste Professorin in der Bundesrepublik.

Über die Wahl ihrer Publikationsmethoden ist man indessen weniger glücklich. Und muß eine so kluge und integere Frau sich politisch im „Deutschen Club 54" des Grafen von Westfalen oder im Mochalski-Kreis betätigen? Aber weder die Publikationen, in denen sie schreibt, noch diese Kreise sind verboten. Auch wird niemand behaupten, daß sie vom Osten gesteuert sind. Und so bleibt die Frage: Darf ein Beamter dort schreiben oder darf er es nicht? Diese Frage muß beantwortet werden. Denn, wenn jene Publikationen tatsächlich die freiheitliche Ordnung gefährden, dann darf Professor Riemeck doch auch keinen angehenden Volksschullehrer mehr ausbilden.

Kultusminister Schütz meinte: „Es ist das Pech von Frau Riemeck, daß sie Beamtin ist. Man muß ja nicht Beamter sein. Dann hat man auch mehr politische Freiheiten ..." Und er zitierte den Paragraphen 64 des Landes-Beamten-Gesetzes von Nordrhein-Westfalen: „Der Beamte hat bei politischer Betätigung die Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht gegenüber seinem Amt ergeben."

„Andere Zeitung", Nr. 62/1960:

... Als Herr Kultusminister Schütz vor mehr als einem halben Jahr vom Dozentenkollegium der Pädagogischen Akademie in Wuppertal tatsächlich um Schutz für die in ungehöriger Weise angegriffene Professorin angegangen wurde, ließ er nichts von sich hören. Der sonst recht tatkräftige Mann ließ sich viel Zeit zum Nachdenken. Das Ergebnis war

statt eines Schutzes die Degradierung der Vertrauensdozentin zahlreicher Kommilitonen an der Pädagogischen Akademie. Und das einen Tag vor den Ferien und vor Beginn der Prüfungen ...

Dabei hat Herr Schütz Beispiele dafür erbracht, daß er sehr wohl ein Förderer und Beschützer sein kann. So verwendete er sich im Jahre 1941 für einen gewissen Anwaltsassessor Erik Fuchs, der vom 16. September 1937 bis zum 1. Juni 1940 in seiner Rechtsanwaltspraxis tätig war. Der damalige Rechtsanwalt Werner Schütz schrieb über seinen Schützling Fuchs:

„Anwaltsassessor Fuchs war, wie mir bekannt ist, schon lange vor dem Beginn seiner Beschäftigung bei mir Mitglied der NSDAP und SA. Ich habe mich mit ihm vielfach über nationale und politische Fragen unterhalten und hierbei festgestellt, daß seine Einstellung zu Führer, Volk und Staat eine besonders positive und in jeder Beziehung einwandfreie ist. Für die Persönlichkeit und das Werk des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler zeigte Anwaltsassessor Fuchs eine uneingeschränkte Bewunderung; an dem SA-Dienst nahm er mit großer Freude teil und erbat und erhielt von mir hierzu die nötige Beurlaubung ...

Ich halte, wie ich abschließend bemerke, Anwaltsassessor Fuchs für in besonderem Maße geeignet, den Beruf eines Rechtsanwalts auszufüllen und befürworte deswegen seine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft auf das wärmste."

Herr Schütz konnte schützen. Und drohen konnte er auch.

Als Rechtsvertreter eines Solinger Fabrikanten schrieb Rechtsanwalt Schütz im Jahre 1943 einen Brief an einen Herrmann W. in Solingen-Wald, in dem es unter anderem heißt:

„Wie zwischenzeitlich gerüchtlich bekannt und erst jüngst festgestellt wurde, hat ihr Sohn Ernst im Jahre 1935 die Ehe mit einer Volljüdin geschlossen, so daß Sie selbst über Ihren Sohn jüdisch versippt sind. Diese Tatsache haben Sie gegen Treu und Glauben sowohl bei der Umwandlung der GmbH wie auch bei dem Abschluß der späteren Verträge, die sogar eine Rechtsnachfolge dieses Sohnes in ihre Rechte vorsehen, wie auch bis in die Gegenwart hinein, arglistig verschwiegen. Hiermit haben Sie meine Auftraggeber getäuscht, die niemals mit einem jüdisch Versippten einen Gesellschaftsvertrag eingegangen oder sogar die Mitinhaberschaft des Gatten einer Volljüdin in Aussicht genommen haben würden ..."

Und weiter: „Da ich annehmen muß, daß Sie eine schiedlich, friedliche Auseinandersetzung einer gerichtlichen sowohl in Ihrem eigenen Interesse als auch in dem Ihrer Angehörigen vorziehen, stehe ich mit meinen Auftraggebern zu einer Besprechung zur Verfügung ... Heil Hitler!"

Dieses Dokument aus der Vergangenheit des Herrn CDU-Kultusministers, der es sich angelegen sein ließ, die mutige Kriegsdienstgegnerin Riemeck durch eine Degradierung zu „schützen", ist erhalten.

Als Nachfolger für Frau Professor Renate Riemeck hat Herr Kultusminister Schütz nun einen gewissen Herrn Dr. Klein aus Bad Godesberg ins Prüfungsamt berufen. Er soll sich vor zwei Jahren selbst einmal als Mitarbeiter des Generals Gehlen bezeichnet haben. Herr Schütz will von diesen Dingen nichts wissen. Aber wenn sie nun den Tatsachen entsprechen, so wurde er in Düsseldorf auf der besagten Pressekonferenz gefragt, was dann? Der Minister ersparte sich auf diese präzise Frage eine klare Antwort. Hier handelt es sich offenbar um einen Mann, der sich wirklich auf seine Förderung und seinen Schutz verlassen kann.

Die Südschleswigsche Heimat-Zeitung, Flensburg, vom 3. August 1960, schreibt unter dem Titel „Professoren lassen sich nicht einschüchtern — Neue Proteste gegen Entlassung von Frau Prof. Dr. Renate Riemeck":

Der ehemalige niedersächsische Kultusminister Dr. h. c. Adolf Grimme hat zusammen mit mehreren Professoren der Universität München gegen die Entlassung von Frau Professor Dr. Renate Riemeck aus ihrem Prüfungsamt an der Pädagogischen Akademie Wuppertal protestiert. Zu der gegen Frau Prof. Dr. Riemeck gerichteten Aktion, für die der Kultusminister Schütz (CDU) von Nordrhein-Westfalen verantwortlich zeichnet, wird in dem Schreiben der Münchener Professoren folgende Aufklärung über die Hintergründe gegeben:

„Im Gegensatz zum Grundgesetz suchen staatliche Machtfaktoren in zunehmendem Maße politisch nicht-konformistische Haltungen und Äußerungen von Staatsbürgern mit nicht verfassungsmäßigen, scheinlegalen Mitteln auszuschalten und die beteiligten Persönlichkeiten einzuschüchtern und mattzusetzen".

Zu den Unterzeichnern des Protestes gehört auch der ehemalige Oberbürgermeister von Ulm, Robert Scholl, der Vater der von den Nationalsozialisten hingerichteten Geschwister Scholl, die der liberalen Studentengruppe „Weiße Rose" angehörten.

Frau Professor Dr. Renate Riemeck war Mitte Juli aus der Prüfungskommission der Akademie Wuppertal entlassen worden. Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen hatte die Entlassung damit begründet, daß Frau Riemeck, „das Mitglied der akademischen Welt in der Bundesrepublik sei, das in sogenannten Ostkontakten am häufigsten und stärksten hervorgetreten ist".

Zu diesem Vorwurf hat Frau Prof. Dr. Renate Riemeck eine Stellungnahme abgegeben, die sie mit Bitte um Abdruck unserer Südschleswigschen Heimatzeitung zustellte.

Die SHZ hatte am 19. Juli (sowie 26. Juli) über Studentendemonstrationen und Professorenbriefe zugunsten der Hochschullehrerin und gegen den Kultusminister in Düsseldorf berichtet. Da in der Öffentlichkeit der Eindruck hervorgerufen werde, daß sie besonders häufig in „Ostkontakten" hervorgetreten sei und folglich ausgedehnte Reisen in die Zone unternommen habe, legt Frau Prof. Riemeck auf folgende Richtigstellung Wert:

„Seit 1945 bin ich zweimal in den anderen Teil Deutschlands und einmal in die Osthälfte Berlins gefahren. Von diesen drei Reisen habe ich zwei im Dienste evangelischer Verständigung unternommen: Ich habe im Oktober 1959 auf Einladung der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig vor den Studenten und Professoren dieser Fakultät einen Vortrag über den „Westfälischen Frieden von 1648" gehalten. Außer mir sind noch zwei andere westdeutsche Professoren bei Gelegenheit dieser Fakultätsfeier mit Vorträgen in Erscheinung getreten. Ich habe ferner im Juli dieses Jahres auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Ostberlin eine Vorlesung über ein mir gestelltes Thema („Der Wille zur Macht in der Geschichte der Kirche") gehalten. Außer mir referierte dort auch ein westdeutscher Theologe.

Abgesehen von diesen beiden Aufenthalten bin ich lediglich 1958 einige Tage als Privatperson in Jena gewesen, wo ich mich im Rahmen der 400-Jahrfeier der Universität wiederum für die Veranstaltungen der Theologischen Fakultät interessiert habe.

Ich werde auch in Zukunft — unangefochten vom Terror des Kalten Krieges und ohne Rücksicht auf persönliche Nachteile — solche „Ostkontakte" pflegen und mich durch nichts davon abhalten lassen, für Verständigung und Frieden einzutreten."

„Oberfränkische Volkszeitung", Hof, vom 4. August 1960:

Denn berufene Richter in diesem Lande haben wiederholt festgestellt, daß die Gesinnung allein nicht strafbar ist. Strafbar sind Taten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Das aber wird Frau Riemeck nicht vorgeworfen. Vielmehr wurde sie, weil sie vom Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch machte, in eine Art geistiger Schutzhaft genommen. Und die Begründung: Einige Leute haben sich beschwert. Als ob man nicht immer einige traurige Figuren bekommen könnte, die sich mal rasch beschweren! Wohin kommen wir, wenn diese Methode Schule macht?

Es war dann noch von Reisen der Frau Riemeck in die DDR die Rede. Wieder zeigt sich die ganze elende offizielle Heuchelei. Da sollen die Verbindungen „zu den Brüdern und Schwestern in der Zone" gepflegt werden und der Erfolg ist Schikane! Frau Riemeck folgte nämlich als Mitglied der Bekennenden Kirche einer Einladung der theologischen Fakultät der Universität Leipzig, wo sie über den Westfälischen Frieden referierte, und sie nahm an der 400-Jahrfeier der theologischen Fakultät der Universität Jena teil, und besuchte in Ostberlin den Theologen Prof. Vogel. Alle drei Reisen bezahlte Frau Riemeck aus eigener Tasche.

Der Minister, dem alle diese Argumente und Tatsachen von den Studenten vorgehalten wurden, wich von seiner Meinung und Entscheidung nicht zurück. Ein Beamter, so sagte er, dürfe auch nicht den Anschein erwecken, anfällig zu sein. Es erhebt sich also nun die Frage, wer denn nun darüber wacht, wie, wann und wo Beamte die richtige Meinung haben und vortragen dürfen? Die Antwort ist klar: Die Obrigkeit und die Gesinnungs-

schnüffler. Am Willkürakt gegen Frau Professor Renate Riemeck wird deutlich, wie weit sich das Bürgertum entfernt hat von jener stolzen Aussage des Francois Marie Arouet Voltaire: „Ich stimme in keinem Wort mit dem überein, was du sagst, aber ich werde dein Recht, es zu sagen, verteidigen bis zum Tode."

Ein Hauch dieser Gesinnung fand im Grundgesetz seinen Niederschlag. Doch die täglichen Attentate auf das Grundgesetz scheinen hämisch zu offenbaren: Wir hatten mal ein Grundgesetz!

„Kölner Stadtanzeiger" vom 4. August 1960:

... Inzwischen ist die Öffentlichkeit in die Lage versetzt worden, sich ein eigenes Bild von der Entwicklung zu machen, in die wir treiben, wenn solche „Freiheitsretter" weiter am Werk bleiben. (Der „Kölner Stadtanzeiger" hat in den letzten Wochen zur Entfernung von Frau Prof. Riemeck wiederholt kritisch Stellung genommen. D. Red.)

Wer das Rotbuch der Aktion mit dem Titel „Verschwörung gegen die Freiheit" in die Hand bekommt und es nicht wieder fortlegt, ohne sich zu schütteln, der hat von „geistiger Auseinandersetzung mit allen Gegnern der Freiheit" nur eine trübe, wenn nicht eine durch Eigensucht getrübte Vorstellung. Die Verfasser des Buches — sie bleiben ungenannt — scheinen zu jener Sorte „Demokraten" zu gehören, die nach Freiheit nur so lange rufen, bis sie selber die Macht haben, sie anderen vorzuenthalten. ... Bundespräsident Dr. Lübke hat kürzlich die deutschen Professoren aufgefordert, sie möchten nicht nur in Freiheit ihr Reagenzglas schütteln und Resultate registrieren, sondern sich auch der Tatsache bewußt sein und ihr öffentlich die Ehre geben, daß sie von niemand gegängelt würden und frei dokumentieren dürften, was immer ihnen beim Forschen als Resultat sich ergebe. Entkleidet man diese Ansprache ihrer Bildhaftigkeit, so ergibt sich eine vom Präsidenten eines demokratischen Staates nicht anders zu erwartende vornehme Aufforderung, der Forscher möge von seiner Freiheit mit politischem Verantwortungsbewußtsein Gebrauch machen. Unbeteiligtes Spezialistentum konnte nicht positiver abgelehnt werden. Der Einklang von Wissen und Verantwortung wurde selbst wie in einem Reagenzglas als Strukturformel politischer Freiheit sichtbar ...

Stuttgarter Zeitung vom 22. August 1960:

Die Anschuldigungen, die der nordrhein-westfälische Kultusminister Werner Schütz im vergangenen Monat auf einer Pressekonferenz gegen Frau Professor Dr. Renate Riemeck, Dozentin an der pädagogischen Akademie in Wuppertal, erhoben hat, werden unter Umständen ein gerichtliches Nachspiel haben. Durch ihren Rechtsanwalt, den SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Neuberger aus Düsseldorf, hat Frau Riemeck den Kultusminister auffordern lassen, fünf nach ihren Angaben unwahre Behauptungen über sie bis spätestens zum 25. August zu widerrufen. Wie Rechtsanwalt Dr. Neuberger am Samstag mitteilte, ist er von seiner Mandantin beauftragt worden, eine zivilrechtliche Unterlassungsklage gegen Kultusminister Schütz einzureichen, wenn der Minister dem Ersuchen nicht nachkommt. Schütz, der sich zur Zeit in Urlaub befindet und sich deshalb bisher zu dem Schreiben noch nicht geäußert hat, hatte auf der Düsseldorfer Pressekonferenz die Dozentin unter anderem beschuldigt, „Ostkontakte" gehabt und sich in der Sowjetzone abfällig über die Bundesrepublik geäußert zu haben. Frau Professor Riemeck wurde deshalb aus der Prüfungskommission der Wuppertaler Akademie abberufen.

Zwölf Namen — ein Programm?
Bundesregierung beruft Kommission für staatsbürgerliche Erziehung- und Bildungsarbeit

Die Bundesregierung hat eine Kommission von Wissenschaftlern und Hochschullehrern berufen, die sie künftig in Fragen der staatsbürgerlichen Bildungs- und Erziehungsarbeit beraten soll. Zur Kommission gehören zwölf Pädagogen, Theologen, Juristen, Historiker und Vertreter der politischen Wissenschaften. Wie das Bundesinnenministerium am Dienstag mitteilte, wurden folgende Mitglieder berufen:

Prof. Dr. Arnold Bergstraesser, Ordinarius für wissenschaftliche Politik und Soziologie an der Universität Freiburg,

Prof. Dr. Wilhelm Hahn, Ordinarius für praktische Theologie an der Universität Heidelberg,

Prof. Dr. Johann Baptist Hirschmann, Ordinarius für Moraltheologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt,

Prof. Dr. Max Horkheimer, Ordinarius für Philosophie und Soziologie an der Universität Frankfurt,

Prof. Dr. Paul Egon Hübinger, Ordinarius für mittelalterliche Geschichte und historische Hilfswissenschaften an der Universität Bonn,

Prof. Dr. Erich Kaufmann, emeritierter Prof. der Universität München, Honorarprofessor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Universität Heidelberg,

Dr. Helmut Krausnick, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München,

Prof. Dr. Theodor Litt, Ordinarius für Philosophie und Pädagogik an der Universität Bonn,

Prof. Dr. Gerhard Möbus, Wissenschaftlicher Direktor bei der Schule der Bundeswehr für innere Führung in Koblenz,

Prof. Dr. Hans Peters, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Köln,

Prof. Dr. Hans Rothfels, Ordinarius für neuere Geschichte an der Universität Tübingen,

Prof. Dr. Hans Wenke, Ordinarius für Erziehungswissenschaften an der Universität Hamburg.

Die Berufung der Kommission geht auf eine Anregung von Bundesinnenminister Schröder in der Bundestagsdebatte vom 18. Februar dieses Jahres zurück.

Frankfurter Rundschau vom 17. August 1960

Vertrauter Ruf ...

Die deutschen Generale lassen einen vertrauten Ruf laut werden. Es ist eine Forderung nach mehr Macht. Es ist der Ruf, den man schon einmal gehört hat. Die Generäle halfen Hitler bei der Eroberung der Macht, und sie standen in der ersten Reihe derer, die nach dem Kriege die Wiederbewaffnung Deutschlands forderten.

Sunday Express vom 21. August 1960.

Militärs in die Schranken

Im Jahre 1952 veröffentlichte der englische Historiker Wheeler-Bennett unter dem Titel „Die Nemesis der Macht" ein Buch, in dem er die Rolle der deutschen Armee in der deutschen Politik von 1918 bis 1945 beschrieb, eine verhängnisvolle Rolle, „die militärisch, politisch und geistig in einer schmählichen Niederlage endete". Die Nemesis, so erklärt der Brockhaus, ist die gerechte Vergeltung, die von den Griechen als Göttin verehrt wurde. Sie rächt menschlichen Frevel.

An diesem Wochenende hat der Wiedererstandene deutsche Generalstab den ersten Schritt getan, um noch einmal den Fluch der Rachegöttin über das deutsche Volk heraufzu beschwören. Die Führung der Bundeswehr hat sich mit einer Denkschrift an die Öffentlichkeit gewandt, in der die allgemeine Wehrpflicht, die Zugehörigkeit zur Nato und die atomare Bewaffnung der Streitkräfte als Voraussetzung für eine wirksame Verteidigung gefordert werden. Die Inspekteure Heusinger, Ruge, Kammhuber und Zerbel, die alle während des Zweiten Weltkrieges in der Wehrmacht Adolf Hit-

l e r s an verantwortlicher Stelle Dienst taten, haben die Bundeswehr damit auf einen Weg geführt, der die Lehren zweier totaler politischer und militärischer Katastrophen außer Acht läßt.

Diese Denkschrift, ihr Inhalt und die Art ihrer Veröffentlichung, knüpft an die schlechtesten Traditionen des deutschen Generalstabes an. Ihr platter Stil, ihr Mangel an zwingender Logik, ihre propagandistische Tönung lassen darüber hinaus auch noch die positiven Traditionen der deutschen Heeresleitung vermissen, deren Vorbild es einmal war, wenig hervorzutreten und mehr zu sein als zu scheinen. Das schlimmste aber ist, daß die Bundeswehr jetzt von ihrer eigenen Führung in einen innen- und außenpolitischen Konflikt hineingestürzt wird, der sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben hindern muß. Noch niemals haben die Kritiker und Gegner einer deutschen Wiederbewaffnung im Westen, im Osten und im eigenen Land einen derartig berechtigten Anlaß für ihre Kritik und Ablehnung gehabt, wie heute!

Innenpolitisch bedeutet die Denkschrift eine eindeutige Stellungnahme für die Bundesregierung und für die CDU, eine Wahlhilfe für die herrschende Partei, da die vom Führungsstab erhobenen drei „Forderungen" bereits verwirklicht sind. Außenpolitisch ist sie ein Beitrag zur Verschärfung der internationalen Lage und wird zwangsläufig dazu führen, daß die Bundesrepublik mehr noch als bisher als Brutstätte einer aggressiven Militärpolitik angesehen wird. Militärisch ist die Denkschrift wenig ermutigend und noch weniger einfallsreich. Ihr Hauptargument gegen eine Neutralität, daß die Bundesrepublik bei einem Krieg in Europa in jedem Fall Kampfgebiet werden würde, ist geradezu ein „Schuß nach hinten", weil es die Überlegung nahelegt, ob nicht vielleicht doch durch eine gesamtdeutsche Neutralität ein Krieg eher vermieden werden könnte, als durch die vom Führungsstab gewünschte atomare Bewaffnung.

Doch treten diese Einzelheiten hinter der Tatsache zurück, daß die deutsche Generalität im Begriffe ist, ihre geschichtlichen Irrtümer und Fehler zu wiederholen, die unser Volk schon zweimal in diesem Jahrhundert ins Unglück gestürzt haben. Der Geist, der aus diesem Dokument spricht, ist eine Mischung von militärischem Hochmut und nationalsozialistischer Propaganda. Es ist derselbe Geist, der uns bei den Aussagen des Stabschefs von General Heusinger, v o n H o b e, im Prozeß gegen den SS-General S i m o n — „die Zivilbevölkerung kommt an zweiter Stelle. Erst kommt das Instrument Truppe" — sowie in einem kürzlich ergangenen Urteil des obersten Bundesgerichts entgegentrat, dessen Präsident der Bruder von General Heusinger ist, und worin dem Offizierskorps eine besondere Standesehre zugebilligt wird. Kurzum, jener deutsche Ungeist, den man sich nach 1945 zu überwinden anschickte und der Westdeutschland heute wieder beherrscht.

Es bedarf keiner großen Phantasie, um sich vorzustellen, was daraus werden wird. Voller Optimismus wurde einmal behauptet, daß Bonn nicht Weimar sei. Es scheint, daß Bonn langsam schlimmer wird als Weimar, wenn sich die Generale nicht mehr wie früher g e g e n die jeweilige Regierung, sondern m i t Billigung und Unterstützung der Regierung in die Politik einmischen. Wheeler-Bennett zitiert in seinem Buch ein Wort des Freiherrn v o m S t e i n: „Wir erwarten ganz vergebens, daß der Gemeingeist der Engländer, Franzosen und anderer bei uns erwachen werde, wenn wir nicht dem Militär die Schranken anweisen, welche es in allen anderen Ländern, wo Gemeingeist herrscht, nicht überschreiten darf." Einhundertfünfzig Jahre nach Stein schlagen wir uns immer noch — erfolglos — mit demselben Problem herum.

Conrad Ahlers in der Frankfurter Rundschau v. 22. August 1960.

Die Christen und ihre Obrigkeit

Erklärung Evangelischer Geistlicher

Mit jedem Jahr nimmt der Kalte Krieg in unserem geteilten Vaterland schlimmere Formen an. Die beiderseitige Haßpropaganda und gegenseitige Verteufelung lähmt das Denken, Reden und Handeln der Christen in beiden deutschen Teilstaaten. Wir Christen aber sind aufgerufen, den Glauben, die Liebe und die Geduld zu leben. —

Das nachfolgende Wort, von einer Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Kirchlichen Bruderschaft beschlossen, wird hiermit den Kirchlichen Bruderschaften und den evangelischen

Christen in Ost und West als eine evangelische Stellungnahme zu der Frage: „Die Christen und ihre Obrigkeit" vorgelegt mit der Aufforderung, ihm beizutreten. Unterschriften bitte an die „Stimme der Gemeinde" schicken.

Dieses Wort haben in Heidelberg am 4. 7. 1960 auf ihre Verantwortung genommen:

Pfarrer Dr. Werner, Pfarrer Schlenker, Pfarrer Rücker, Pfarrer Haag aus der Kirchlichen Bruderschaft in Württemberg;

Pfarrer Mochalski, Pfarrer Treblin, Pfarrer Farr, Pfarrer Stroh, Pfarrer Semmelrock, Dipl.-Biol. Bethke aus der Kirchlichen Bruderschaft in Hessen und Nassau;

Pfarrer Handrich, Pfarrer Jockers, Pfarrer Oeffler, Gemeindediakon Sefrin, Vikar Werner aus der Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaft Pfalz;

Dr. Hannelis Schulte aus der Theologischen Sozietät in Baden.

Angeschlossen haben sich dieser Erklärung bereits:

Pfarrer Dieter Linz, Pfarrer Möricke (Loßburg), Pfarrer Köhler (Balingen), Pfarrer John (Heilbronn-Böckingen), Pfarrer Poguntke (Reutlingen), Helmut Niess (Ulm), Pfarrer Andres (Frankfurt am Main), Pfarrerin Erika Küppers (Frankfurt am Main), Pauline Kredel (Frankfurt am Main), Pfarrer Creutz (Pfalz), Vikar Hauck (Pfalz), Pfarrer Held (Pfalz), Vikar Stopka (Pfalz), Vikar Heipp (Saar), Pfarrer Mees (Saar), Pfarrer Hunsicker (Saar), Pastor i. R. Karwehl (Osnabrück), Pfarrer Brünig (Osnabrück), Prof. Dr. Dr. Wenzel (Braunschweig), Pastor J. H. Wicke (Braunschweig), Diakon Holzberger (Coburg), Pfarrer Sanss (Selm in Westfalen), Pfarrer Dr. Müller (Dillingen in Westfalen), Pfarrer Simon (Mannheim), Pfarrer Dohrmann (Wolfsburg, Niedersachsen), Pastor Gerlach (Bremen), Pfarrer Schlunk (Dudenrode, Bezirk Kassel), Pfarrer Dr. Redhardt (Wolfgang bei Hanau), Pfarrer Schmidt v. Puskas (Wallroth, Schlüchtern), Pastor H. Diestelmeier (Brake i. Lippe), Pfarrer Dr. Bartsch (Hessen-Nassau), Pfarrer Atto Albrecht von Oppen (Datteln i. W.), Pfarrer G. Wandersleb (Herne i. W.).

I.

Die Heilige Schrift lehrt uns, in allen Menschen, die im Staat und in den politischen Gemeinden verantwortlich tätig sind, Werkzeuge Gottes zu sehen, unabhängig davon, auf welche Weise sie zu ihren übergeordneten Ämtern gekommen sind. Wir leben in keinem Staat außerhalb der Herrschaft Gottes. Die Christen in der Deutschen Demokratischen Republik können darum ihrer Regierung ebensowenig die Anerkennung als Obrigkeit versagen, wie die Christen in der Bundesrepublik ihrer Regierung.

II.

Die Christen sind wie alle Staatsbürger dazu berufen, an den Aufgaben der Staatswesen in den beiden Teilen Deutschlands verantwortlich mitzuarbeiten und hüben wie drüben „der Stadt Bestes zu suchen". Es wäre für sie verantwortungslos, obrigkeitliche Personen deshalb abzulehnen, weil sie sich als Atheisten bezeichnen. Ebenso verantwortungslos wäre für sie ein kritikloser Gehorsam, der sich darauf beruft, daß die Regierenden Christen seien. Christen beteiligen sich an allen staatlichen Bemühungen, die dem Wohl der Menschen dienen. Da aber die Personen in den übergeordneten Ämtern ständig der Versuchung ausgesetzt sind, ihre Macht zu mißbrauchen, gehört es zur Verantwortung der Christen, sie an ihren Auftrag zur Bewahrung des menschlichen Lebens zu erinnern, um den rechten Gebrauch der Machtmittel in ihren Händen zu beten, zu Forderungen und Maßnahmen, die dem Willen Gottes widersprechen, Nein zu sagen und, wenn es sein muß, durch Leiden das Zeichen dafür aufzurichten, daß Christen Gott mehr gehorchen wollen als den Menschen.

III.

Christen können sich in der besonderen Gefahr befinden, ihre gesellschaftlichen Privilegien und die althergebrachten Vorrechte der Kirche als schlechthin gottgewollt anzusehen und also zu meinen, deren Verteidigung sei die notwendige Bewährung des Glaubensgehorsams. Ihre Verkündigung des Reiches Gottes und ihr eigenes ewiges Heil hängt aber nicht daran, daß sie behalten, was ihre Vorfahren und sie selbst einmal besaßen. Christus, ihr Herr, hat sie dazu frei gemacht, die Güter der Welt zu haben, als hätten sie sie nicht. Das bedeutet heute:

- Sie sind dazu frei, sowohl in der westlichen wie in der östlichen Welt dem Evangelium zu leben.
- Sie sind dazu frei, ihre bürgerliche und ihre besondere christliche Verantwortlichkeit auch in der östlichen Welt wahrzunehmen, sich in deren politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche Gegebenheiten oder Veränderungen einzuordnen und z. B. als Mitglieder von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Volkseigenen Betrieben ihr Christsein zu bewähren.
- Sie sind davon befreit, sich an unmenschlichen oder verlogenen Maßnahmen — im Westen wie im Osten — zu beteiligen oder sie gut zu heißen, mit denen die bestehende Ordnung bewahrt oder eine neue herbeigeführt werden soll.
- Sie sind davon befreit, im Osten oder Westen den Kalten Krieg und die Hetze gegen andere Staaten und Völker mitzumachen, und lehnen darum auch die Nichtanerkennung der Deutschen Demokratischen Republik als eine Maßnahme des Kalten Krieges ab. Von der Schrift her gibt es keine Gründe, einer wechselseitigen staatsrechtlichen Anerkennung der beiden deutschen Teilstaaten in den Weg zu treten.
- Christen halten sich in allen Dingen an das Wort des Apostels: „Die Liebe sucht nicht das Ihre, sie läßt sich nicht erbittern, sie rechnet das Böse nicht zu, sie freut sich nicht der Ungerechtigkeit, sie freut sich aber der Wahrheit."

Provisorium Bundesrepublik

Mit aller Entschiedenheit bestreiten heute führende Politiker der Mehrheitspartei den provisorischen Charakter der Bundesrepublik. Bindende Verfassungsvorschriften werden hinweginterpretiert, anderslautende Äußerungen eigener Parteifreunde aus der Zeit der Konstituierung der Bundesrepublik als zeitgebunden abgewertet, gemeinsame Erklärungen des Deutschen Bundestages ignoriert. Obgleich das Grundgesetz in seiner Präambel eindeutig feststellt, daß dem staatlichen Leben in der Bundesrepublik für eine Übergangszeit eine neue Form gegeben werden soll, obgleich Artikel 146 GG ausdrücklich klarlegt, daß die westdeutsche Verfassung provisorischen Charakter hat („Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist"), werden diejenigen belächelt, getadelt oder gar diffamiert, die auch heute noch von dem provisorischen Charakter der Bundesrepublik sprechen. Der Tag scheint nicht mehr fern, an dem die Zitierung der Bundesrepublik als Provisorium den Tatbestand des L a n d e s v e r r a t e s erfüllt.

Freie Demokratische Korrespondenz vom 10. August 1960

Was nicht nur in West-Berlin nicht gesendet werden darf?!

Folgende 1½-Minuten-Erinnerung an Hiroshima am 6. August im aktuellen Zeitfunk der westberliner Sender SFB und RIAS auszustrahlen, war die Bitte der Berliner Studentengruppe gegen Atomrüstung. Das Gedenkwort wurde nicht gesendet. D. Red.

„Gibt es eine a t o m a r e Bedrohung? — Ein Gedanke zum 15. Hiroshimatag

Seit der historisch kurzen Zeitspanne einer halben Generation lastet auf der Erde und ihrer Menschheit d i e Bedrohung, die man sich als die a t o m a r e Bedrohung zu bezeichnen angewöhnt hat.

Wir Studenten möchten Sie heute nur bitten, — Sie alle —, von diesem irreführenden Sprachgebrauch und der mit ihm verbundenen Denk- und Handlungsweise Abschied zu nehmen: nicht eine a t o m a r e Bedrohung liegt u m und ü b e r uns, sondern eine Bedrohung von Menschen d u r c h Menschen, die sich fast ausnahmslos gar nicht kennen. Es ist also keine übermenschliche Gewalt, die uns bedroht, es ist Gewalt in den Händen von M e n s c h e n , die uns bedroht.

Laßt den Menschen und seine milliardenfache Einzelexistenz nie außer Betracht, nicht die hunderttausend Opfer von Hiroshima, aber auch nicht Sie und Dich und mich, die es alle noch treffen kann.

Nicht das Atom an sich birgt Gefahr, sondern nur unter Umständen bestimmte Menschen mit bestimmten atomaren Mitteln. Darauf lenkt Euer Augenmerk. Untersucht genau die U m s t ä n d e , die Menschen mit Atominstrumenten zur Gefahr werden lassen.

Wenn dieser eine Gedanke von vielen verstanden und beachtet wird, ist der Tod von Hiroshima nicht völlig vergeblich gewesen."

„Wenn notwendig, wie die Teufel für Berlin kämpfen!"

Die amerikanische Armee hat die 4000 Soldaten der Berliner US-Garnison am Wochenende aufgerufen, „wie Teufel" zu kämpfen, wenn es sich als notwendig erweisen sollte. Die Aufforderung ist in einem Befehl enthalten, mit dem eine Schulung für amerikanische Soldaten in Berlin angeordnet wird.

In der Instruktionsstunde soll den Soldaten die Bedeutung des freien Berlin und der Berliner Garnison vor Augen geführt werden. Die Schulung ist angeordnet worden, weil die Kommunisten ihre Angriffe gegen das freie Berlin und gegen die alliierten Rechte in der Stadt in letzter Zeit verstärkt haben. Das heiße allerdings nicht, erklärten die amerikanischen Militärbehörden in Berlin, daß die US-Armee an eine bevorstehende kommunistische Aktion gegen Berlin glaube.

Kölnische Rundschau vom 15. August 1960

Presse blieb ausgeschlossen

In einer Münchener Bundeswehrkaserne fand am Samstag im Rahmen des Eucharistischen Weltkongresses ein Treffen der am Kongreß teilnehmenden katholischen Militärseelsorger statt, bei dem auch Bundesverteidigungsminister Strauß sprach. Den Journalisten wurde der Zutritt zu dieser Veranstaltung verwehrt.

Westfälische Rundschau vom 8. August 1960

Tschou En-lai schlägt atomwaffenfreie Zone in Asien vor

Der Ministerpräsident der Volksrepublik China, Tschou En-lai, gab am Montag bekannt.

China möchte einen Friedensvertrag abschließen, in den auch die Vereinigten Staaten eingeschlossen werden sollten, und der in Asien und im westlichen Pazifik eine neklearwaffenfreie Zone vorsehe.

Der Ministerpräsident gab diese Erklärung anläßlich eines Überraschungsbesuches an der 1.-August-Garten-Partie in der schweizerischen Botschaft ab, nachdem er 90 Minuten zu spät angekommen war und viele Diplomaten bereits schon wieder weg waren. Diplomaten erachteten diese Erklärung als die mildeste, die seit Jahren aus dem Munde eines chinesischen Führers gehört worden war. Der Ministerpräsident erklärte, die friedliche Koexistenz und die guten Beziehungen zwischen China und der Schweiz seien „ein gutes Beispiel für alle in der Welt". Zurzeit bestünden in der Welt Militärblöcke, zum Beispiel die SEATO, die China feindlich gesinnt seien, und versuchten, das Land einzuschließen und es zu verraten. Aber China werde sich für die friedliche Koexistenz einsetzen.

Die Tat, Zürich, vom 3. August 1960

Notstandsgesetz und Kozentrationslager

Der hessische Ministerpräsident, Georg August Zinn (SPD), griff den Regierungsentwurf heftig an und sagte, der Bundestag könne bei Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfes mit einfacher Mehrheit den Ausnahmezustand beschließen. Dadurch sei es möglich, eine fast unbeschränkte Diktatur zu errichten. Die Konzentration der Macht bei der Bundesregierung könne so weit getrieben werden, daß die Diktatur eines einzelnen möglich sei, die den Zuständen am Ende der Weimarer Republik oder im Dritten Reich nahe käme. Die Bundesregierung oder ein von ihr eingesetzter Diktator — so betonte Zinn — könnten beispielsweise den Schutz der Verfassung gegen willkürliche Freiheitsentziehung außer Kraft setzen, Konzentrationslager einrichten, den bundesstaatlichen Aufbau „legal" beseitigen und ohne formelle Auflösung der Länder die Bundesrepublik in einen perfekten Einheitsstaat umwandeln.

Westdeutsches Tageblatt vom 27. Februar 1960

Luftschutzraum in jedem Neubau

Ende 1961 wird die Bundesrepublik nach optimistischen Schätzungen ein funktionierendes Luftschutzwarnsystem haben. Gesetzliche Vorschriften über den Bau von Schutzräumen werden voraussichtlich noch Jahre auf sich warten lassen.

In den Panzerschränken des Bundesinnenministeriums liegen seit Monaten Entwürfe eines Gesetzes über den Schutzraumbau. Es erscheint jedoch ausgeschlossen, daß der Bundestag dieses Gesetz noch vor den Wahlen im September 1961 verabschiedet. Das Kabinett wird deshalb voraussichtlich darauf verzichten, den Entwurf noch dem Parlament zuzuleiten. Weil es gegenwärtig noch zu wenig Luftschutzräume gibt, würde sich die Bevölkerung im Ernstfall nur zum Teil in Sicherheit bringen können.

Die Sachverständigen des Innenministeriums und des Wohnungsbauministeriums konnten sich noch nicht auf eine gemeinsame Regierungsvorlage einigen. Dem Wohnungsbauministerium sind die Vorschläge des Innenministeriums zu wenig umfassend, weil es den möglichst vollkommenen Schutz wünscht. Wie Fachleute meinten, wird diese Absicht wahrscheinlich an den hohen Kosten scheitern. Nach dem Entwurf des Innenministeriums würden ohnehin schon in acht Jahren 28 Milliarden aufgebracht werden müssen. Davon müßte der Bund etwa sechzehn Milliarden DM übernehmen.

Dem zivilen Bevölkerungsschutz fehlen genügend finanzielle Mittel und freiwilliges Personal. Nach Jahren des Zögerns setzte die Bundesregierung im Haushaltsplan 1960 zum ersten Male für den Bevölkerungsschutz etwas mehr als 100 Millionen DM ein. 1959 waren es nur 42 Millionen DM. Die personellen Schwierigkeiten, so hofft die Regierung, können überwunden werden: 1. durch die Novelle zum Wehrpflichtgesetz und 2. durch das Notdienstgesetz. Allein der Luftschutz braucht 260 000 Helfer. Bisher meldeten sich jedoch erst knapp 20 000 Personen.

In nächster Zeit sollen die letzten der insgesamt zehn Warnämter betriebsbereit sein. Sie müssen allerdings noch „verbunkert" werden. Der Bau eines Warnamtes kostet acht Millionen DM.

Für die zehn Warngebiete sind zunächst 130 Richtfunkstellen vorgesehen. Davon sollen etwa 60 in Gebäude der Bundespost untergebracht werden. Für die 70 anderen Richtfunkstellen sind Betriebsbunker mit einem Kostenaufwand von 24,5 Millionen DM geplant.

Große Kosten verursachen die Fernmeldetechnischen Einrichtungen für den Warndienst über Draht. Allein im Jahr 1960 sollen mehr als 53 Millionen DM dafür ausgegeben werden. Insgesamt kosten diese Einrichtungen achtzig Millionen DM. Dazu kommen die fernmeldetechnischen Einrichtungen für die 130 Richtfunkstellen, die zusammen 39 Millionen DM kosten.

An die einzelnen Warnämter werden Hunderte von Warnstellen angeschlossen, vor allem die Luftschutzführungsstellen und die örtlichen Luftschutzleiter. Mit den Warnämtern verbunden werden auch Versorgungs-, Verkehrs- und Industriebetriebe, Krankenhäuser, Schulen und Sirenen in den Orten des Warngebietes.

Mangelhaft ist noch das Sirenenwarnsystem. Erst im vergangenen Jahr bestellte der Bund 6000 neue Sirenen, die jetzt montiert werden sollen. In vielen Orten sind aber die technischen Voraussetzungen für den Anschluß der Sirenen an die Alarmstelle noch nicht geschaffen. Manchmal weigern sich, wie vor kurzem in Nürnberg, die Hausbesitzer, obwohl der Bund alle Kosten trägt.

Welt vom 2. März 1960

Der Bruder des ranghöchsten Offiziers der Bundeswehr zum Präsidenten des Bundesgerichtshofes ernannt

Der 60jährige Präsident des Oberlandesgerichts in Celle und des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes Bückeburg, Dr. Bruno Heusinger, ist zum neuen Präsidenten des Bundesgerichtshofes berufen worden. Der bisherige Präsident des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe, Hermann Weinkauff, tritt am 31. März in den Ruhestand.

Deutsche Zeitung vom 14. März 1960

Außergewöhnliche Ehrung für Prof. Rheinfelder

Prof. Dr. Hans Rheinfelder wurde als erster und bisher einziger Deutscher wegen seiner Verdienste um die deutsch-französische Verständigung in die Akademie d'Alsace berufen. Das Land Bayern hat Prof. Rheinfelder mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet.

D. Red.

Es schrieben bisher u. a.:

Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred von Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Wilhelm R. Beyer - Dr. Achim von Borries — Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Harold Davies, M. P. - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Klaus Ehrler, Master of Arts - Prof. Dr. Fritz Eichholtz - Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hermann Etzel - Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick - RA Erwin Fischer - Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz von Frankenberg und Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Johannes Harder - Prof. Dr. Wilhelm Hasenack - Esther Sophia Hayfron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand † - Hans Henny Jahnn † - Dr. Viktor Kadalie - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Dr. Eugen Koller - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Dr. Carlo Levi - Prof. Dr. Hanns Linhardt — Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Wladimir Massitsch - Dr. Basil Mathiopoulos - Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter v. Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Mayer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Mârton von Pâkozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Senator a. D. Ernst Plate - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Helmut Ridder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Ludwig Ritter von Rudolph - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Dr. Seiei Shinohara - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Heinrich Steege - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Herbert Stubenrauch - Stephen Swingler, M. P. - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Reinhard Tietz - Dr. Ing. Jan Friedrich Tönnies - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB † - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,15 DM Porto oder 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.